

Aether

A FELIX LÜTTGE, FELIX VOGEL

Was war Universität?
Medien, Architekturen,
Kulturtechniken

B SIMEON JANKOVIC

Die Alma Mater im
Selbstporträt

C JAËL STEINER

Sind gelehrte Frauen
gefährlich?

D SILVAN BOLLIGER

Tierversuche an der
Universität

E CHIARA MONACO

Die Apothekerin – eine
nicht-akademische
Wissenschaftlerin?

F KAYA SCHÜLER

Fleissig verteilt

G NAEMI MEIER

Der Basler
»Diapositiven-Konflikt«
(1934)

H REA GRÜNENFELDER

Spielfeld eröffnet

I ADNA RUHOTINA

Universität und Jugend-
unruhen

J MARIAN CRAMM

Geschlechtergeschichte
auf die Strasse tragen

K JOSHUA KLEIN

Was mit Wahrnehmung:
Medienwissenschaften in
Basel

L ALEA LÄUCHLI

»Fräuleins« und
»Schnäggli« im
Verbindungswesen:
Feministische (Gegen-)
Räume an der Universität
Basel

M ELIAS STARK

Kartenlesen: Zur
Medienökologie des
Studierendenausweises

Was ist Universität?
Zwölf Antworten aus Basel

Was ist Universität?
Zwölf Antworten aus Basel

aether.ethz.ch/ausgabe5

Was war Universität? Medien, Architekturen, Kulturtechniken

Die Universität ist nicht nur eine Idee und ein Campus, ihre Geschichte nicht nur die Geschichte von Professor*innen und Bildungsreformen. Am Beispiel Basels stellt *Æther #5* die Frage nach der Universität als Frage nach der Geschichte der Medien und Architekturen, des Personals und den Mikropolitiken, die unser akademisches Tun prägen.

»Ein redender Mund und sehr viele Ohren, mit halbsoviel schreibenden Händen – das ist der äußerliche akademische Apparat, das ist die in Thätigkeit gesetzte Bildungsmaschine der Universität.«¹ Die Beschreibung der Universität durch Friedrich Nietzsche, vorgetragen 1871 auf Einladung der Akademischen Gesellschaft Basel, erfolgt als Analyse der akademischen Kommunikationssituation. Es ist in diesem fünften öffentlichen Vortrag *Ueber die Zukunft unserer Bildungsanstalten* nicht der junge Professor der Philologie selbst, der spricht, sondern ein alter Philosoph, den Nietzsche in einer Erzählung aus seiner Studienzeit auftreten lässt. Er berichtet seinen Zuhörer*innen von einer Begegnung mit einem Greis, der auf einem Berg bei Bonn und mit Blick auf den Rhein ein Klagelied über den Niedergang der Universität anstimmt.

150 Jahre später geht es mit der Universität immer noch bergab. An die Stelle der »akroamatische[n] Lehrmethode«,² über die sich Nietzsches emeritierter Eremit beklagt, sind in den Seuchensemestern der Jahre 2020 und 2021 »hybride Veranstaltungsformen«, »virtuelle Lehre«, »Online-Präsenz« und »Distanzunterricht« getreten. Dem plötzlich verordneten Umzug sämtlicher universitärer Veranstaltungen – vom Proseminar über die Disputation bis zur Antrittsvorlesung – aus Seminarräumen und Hörsälen in virtuelle Räume begegnen viele Universitätsangehörige skeptisch. Die universitäre Pandemieerfahrung wird als Verlustgeschichte erzählt, weil sich »Präsenz« oder »das Persönliche« nicht aus dem Analogen ins Digitale übersetzen liessen. Dabei werden althergebrachte kulturkritische Topoi bemüht, die man mit der Publizistin Kathrin Passig als »Standardsituationen der Technologiekritik« bezeichnen könnte.³

Das ist zwar nicht falsch, aber doch zu einfach. Dass Universitäten auch im dritten Digitalsemester weiterhin Softwarelizenzen erwerben statt gemeinsam in öffentliche digitale Infrastruktur zu investieren, ist nicht nur datenschutzrechtlich heikel, sondern auch deshalb, weil jede Software eigene Vorschriften mitbringt. Der Medienwissenschaftler Jan Distelmeyer hat ihren Einsatz deshalb als »programmatische Verhältnisse« beschrieben: »Der berühmte Satz ›Code is Law‹ ist dafür noch zu schwach, weil Code – solange er auf Rechnern läuft und nicht umgangen oder umprogrammiert wird – sowohl Gesetz als auch seine widerspruchslose Anwendung ist.«⁴ Universitäre Lehre behilft sich nicht einfach mit Videokonferenz-Software, sondern findet unter den technischen Bedingungen von Zoom, Microsoft Teams oder Webex statt. Die Regeln für ein Seminar in »Online-Präsenz«, die in einer Studienordnung oder auf dem Seminarplan stehen, gelten nur, solange sie den Community-Standards von Zoom nicht widersprechen.⁵ Dass das nicht trivial ist, zeigen die Zensurvorwürfe, die New Yorker Professor*innen und das amerikanische Justizministerium gegenüber Zoom erheben.⁶ Die Möglichkeitsbedingungen der Corona-Universität fallen zusammen mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Softwareunternehmen.

Während die digitale Notfalllehre die Debatten bestimmt, ist die Forschung in Bibliotheken und Archiven fast vollständig zum Erliegen gekommen. Der

grösste Teil des akademischen Personals blickt mit stetig wachsender Sorge auf die eigene berufliche Zukunft. In der Schweiz arbeiten 80 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen in prekären Anstellungsverhältnissen, in Deutschland sind es 92 Prozent.⁷ Abschluss- und Qualifikationsarbeiten kommen wegen geschlossener Bibliotheken und Archive und wegen Schulen und Kitas im On/Off-Modus nicht voran, während Verträge auslaufen und Studiensemester weitergezählt werden.



Abb.1: Gartenhofseite des Kollegengebäudes der Universität Basel, aus einem Album von Carl Friedrich Meyer (nach 1938).

Dass die digitale Übertragung und das Prozessieren von Videobildern, in denen sich die akademische Pandemierealität abspielt, nicht störungsfrei verlaufen und diese Störungen – verpixelte Kacheln, *audio delays*, eingefrorene Bilder – häufig unterhalb der bewussten Wahrnehmung von Computernutzer*innen liegen, ist die physiologische Erklärung für das Phänomen der »Zoom fatigue«; dass zwischen Seminarraum und Geburtstags- oder Trauerfeier kein ästhetischer Unterschied mehr besteht, weil sie alle im selben medialen Dispositiv der digitalen Kachelwand stattfinden, eine soziale. So ist die Klage über »Zoom fatigue« – die Erschöpfung nach der Teilnahme an Videokonferenzen – auch nicht nur von Professor*innen zu hören, sondern ebenso von Studierenden aus der zweiten Generation der *digital natives*.⁸ Im Vorschlag von Universitätsleitungen, Einführungsvorlesungen als Podcasts zu produzieren, kommt die »akroamatische Lehrmethode« zu sich selbst.

Wer unter Pandemiebedingungen über Universitätsgeschichte nachdenkt, kommt um eine Beschäftigung mit der Corona-Universität nicht herum. Man muss sich dabei nicht auf die Seite der Kulturkritik oder des Techno-

Optimismus schlagen, sondern kann sich die universitären »Corona-Massnahmen« auch epistemologisch zunutze machen und das Unselbstverständlichwerden der Universität, dem wir seit März 2020 ausgesetzt sind, zum Anlass nehmen, Forschungsfragen zu stellen. Aus der Zustandsbeschreibung gilt es also, methodisches Kapital zu schlagen. Darin, was in die virtuelle Universität hinübergerettet und was als verzichtbar angesehen wird; darin, wofür – und für wen – Geld ausgegeben und darin, wo und an wem gespart wird, lässt sich nicht nur erkennen, wie es um die Universität im 21. Jahrhundert bestellt ist, sondern auch, was immer schon, mehr oder weniger offenkundig, zur Universität gehörte oder eben nicht. Dass das studentische Leben, das sich nicht nur im Hörsaal, sondern auch in Mensen, beim Unisport, in Clubs und Kneipen und in WGs und Lesegruppen abspielt, seit Beginn der Pandemie ebenso suspendiert ist wie Bekanntschaften und Kollegialitäten; dass studentische Jobs in grosser Zahl gekündigt wurden und geschlossene Mensen Entlassungen des Kantinenpersonals zur Folge hatten, provoziert – zumindest im Rahmen eines Seminars zur Universitätsgeschichte wie es diesem Heft zugrunde liegt – sozial- und kulturhistorische Fragestellungen nach den Vergangenheiten dieser Phänomene und der Politischen Ökonomie der Universität. Dabei drängt sich der Verdacht auf, dass die Covid-19-Krise zwar zu Einschnitten an Universitäten geführt hat, deren Folgen kaum absehbar sind, dabei aber nur Prozesse beschleunigt hat, die vorher bereits eingeleitet worden waren.

Die Entgrenzung der Universität zeigt sich nicht nur darin, dass in Videokonferenzen Studierende aus ihren WG-Zimmern in die Küchen der Dozierenden senden. Sie ist auch dort festzustellen, wo die Lehre nicht nur ohne den IT-Service der Universität undenkbar geworden, sondern auch auf den Tech-Support von Firmen wie Zoom angewiesen ist. In den Callcentern der Softwareunternehmen werden Programme von Leuten am Laufen gehalten, die uns davor schützen, uns mit dem Coronavirus anzustecken, während ihre eigenen Arbeitsorte auf den Philippinen zu Ansteckungsherden werden.⁹ Unter Pandemiebedingungen wird das Digitale erfahrbar als Effekt von Infrastrukturen und der akademische Apparat als Medienverbund, der er immer schon gewesen ist. Damit stellen sich Fragen nach den Bestandteilen der analogen Bildungsmaschine und nach denen, die sie gewartet und gestürmt haben [Abb. 1].¹⁰ Nicht zuletzt wirft der Verlust klassischer »Präsenzformate«, die vor der Covid-19-Pandemie einfach »Veranstaltungen« hiessen, Fragen auf nach den Medien und Kulturtechniken akademischer Präsenz. Das Klischee des Professors, der in einer Vorlesung etwas in den Raum stellt und »die Welt [...] in und durch seine Rede als Thema gegenwärtig« werden lässt, ist zwar schal, weil es jeder studentischen Erfahrung widerspricht, lenkt den Blick aber auf die Bedingungen, unter denen solche Präsentationen möglich werden.¹¹ Diese reichen vom Projektor, der Bilder aus Museen im Hörsaal präsentieren kann, bis zu den vieldiskutierten Anwesenheitslisten und vom Schreibakt der Immatrikulation [Abb. 2], der aus einer Maturandin eine Studentin macht, bis zu arbeitsrechtlichen Fragen der Kernarbeitszeit und der Pendeluniversität.¹²



Abb. 2: Immatrikulationsfeier, 20. Mai 1964.

Wissensarchitekturen

Mit der Pandemie verstärken sich also Tendenzen im Bildungssektor, die nun zu einer tatsächlichen Krise herangewachsen sind, die auch eine Raumkrise ist. Gemeint sind damit nicht nur die vermeintliche Enträumlichung durch die Auslagerung der Lehre in die digitale Sphäre, die eher eine Verlagerung in vormals als »privat« markierte Räume darstellt, oder Abstandsregeln, durch die überfüllte Hörsäle unvorstellbar erscheinen, sondern vor allem die ökonomischen und ästhetischen Folgen der virtuellen Lehre, die sich von Inzidenzzahlen und Hygienekonzepten unabhängig zu machen drohen. Im Blog von *n+1* hat Simon Torracinta bereits im Mai 2020 davon berichtet, dass fehlende Mieteinnahmen, hervorgerufen durch fernbleibende Studierende, US-amerikanische Universitäten in eine finanzielle Schiefelage bringen. Es zeige sich nun deutlich, was Universitäten eigentlich seien: »Most schools are closer to sprawling conglomerates: an equity fund, a real estate empire, a private hospital, a football team, an apparel company, a brand licensing agency, and an event space, with a little teaching on the side.«¹³ Auf Schweizer Universitäten lässt sich dieser

Befund nicht ohne Weiteres übertragen, aber auch hier wird die Frage aufkommen, ob weiterhin teure Liegenschaften unterhalten oder gemietet werden müssen, wenn vieles auch in den digitalen Raum ausgelagert werden kann. Die ästhetische Folge, die im Kern auf einem ökonomischen Kalkül beruht, wird durch die Pandemie ebenfalls nur verstärkt: Photogene Universitätsbauten werden zu Faktoren, die Studierende anziehen sollen. Eine Studie des Beratungsunternehmens Vector Consulting über Digitalisierungsvorhaben australischer Hochschulen als Reaktion auf Covid-19 zeichnet das Bild einer Zukunft der Universitätsarchitektur, deren Aufgabe darin bestehe, »Instagram-worthy« experiences« zu ermöglichen.¹⁴ Der von den Telekommunikationsunternehmen Cisco (das mit Webex eine viel genutzte Alternative zu Zoom anbietet) und Optus in Auftrag gegebene Bericht prognostiziert, dass es in Zukunft einen geringeren Bedarf an Hörsälen geben werde und Universitäten sich stärker um die Reduzierung von Betriebskosten bemühen würden.



Abb. 3: Abbildung aus dem Festbericht über die Einweihung des neuen Kollegienhauses. Erstattet im Auftrage der Universität von Paul Roth, Basel 1939.

46 Prozent der befragten Hochschulen erwägen dem Bericht zufolge, Gebäude zu verkaufen, um Ressourcen für digitale Infrastrukturen freizusetzen. Glaubt man dieser Prognose, dann ist die Aufgabe der Universitätsarchitektur der Zukunft nicht mehr die, Wissen zu ordnen oder zu ermöglichen (aber natürlich auch: einzuschränken), sondern in den sozialen Medien gut auszusehen.

Wenn zwischen dem Frühjahrsemester 2020 und dem Frühjahrsemester 2021 die Frage danach, wo Universität stattfindet, nur mit »auf Zoom« korrekt beantwortet werden konnte, lässt sich unter nicht-pandemischen Bedingungen schwerer eine Antwort darauf finden. Doch nicht nur »auf

Zoom« bedeutet in jeder Situation und für alle Beteiligten etwas anderes, sondern auch die Frage nach dem Ort der analogen Universität wird dadurch verkompliziert, dass die Universität Basel – wie die meisten traditionellen kontinentaleuropäischen Universitäten – nicht über einen zusammenhängenden Campus verfügt, sondern sich über die gesamte Stadt verteilt. Konkret sind es etwa 100 Liegenschaften, die auf fünf Standorte konzentriert sind. Die Architekten Herzog & de Meuron bezeichnen diese Form der Ausbreitung über die gesamte Stadt in einer von der Universität Basel in Auftrag gegebenen Studie zur räumlichen Neustrukturierung ihrer Bauten als »sozialistisches Modell«, das »die Gefahr der Unsichtbarkeit [der Universität]«¹⁵ berge. Das Basler Architekturbüro behält diese Struktur in seinem Vorschlag bei, entwickelt aber räumliche Strategien der Verdichtung, die die einzelnen Orte besser miteinander verknüpfen sollen. Neben dieser Neustrukturierung des Vorhandenen zu einem »Stadt-campus« schlagen Herzog & de Meuron vor, den Stadtteil St. Johann zum »Quartier des Wissens«¹⁶ auszubauen. Dieser Vorschlag ist in zweifacher Hinsicht geradezu paradigmatisch für den Stellenwert der Universität in der Stadt Basel und der Wissensgesellschaft allgemein: Einerseits – und das erwähnt die Studie auch explizit – befände sich die Universität Basel damit in unmittelbarer Nähe zum Novartis Campus, womit die vielfältigen Beziehungen zwischen Universität und Pharmaindustrie ausgebaut werden könnten. Andererseits – und da reiht sich die Studie in zahlreiche andere Universitätsplanungen der letzten Jahrzehnte ein – würde die Universität damit zu einer Akteurin in der Aufwertung ganzer Stadtviertel.



Abb. 4: Studierendenkörper mit Merchandise.

War das St. Johann-Quartier lange ein industriell geprägtes Arbeiter*innenquartier am Rand der Stadt, befindet es sich – nicht zuletzt durch die Ansiedlung von Projekten wie dem Novartis Campus – seit einiger

Zeit im Prozess der Aufwertung, zu dem auch das Architekturbüro nicht nur durch Auftragsarbeiten beiträgt: Das Büro von Herzog & de Meuron erstreckt sich über einen ganzen Block des Stadtteils. Die Umstrukturierung des St. Johann ist damit als Symptom der Wissensgesellschaft zu verstehen, die sich auch städtebaulich und architektonisch manifestiert.

Educating Talents since 1460

Übernahm lange Zeit die Architektur die offensichtlichste Funktion der repräsentativen Aussenwirkung von Universitäten (auf einer anderen Ebene war selbstverständlich das Prestige der Professor*innen dafür verantwortlich, das aber auch angemessen ästhetisch gewürdigt werden musste [Abb. 3]), wird das Image der Universität seit etwa einem Jahrzehnt vermehrt auch mit anderen Mitteln erzeugt und verbreitet: In Form von Kampagnen in den sozialen Medien, mittels Merchandise und Werbebroschüren [Abb. 4]. Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von der Korporatisierung der Universitäten über den umkämpften Bildungsmarkt, auf dem die Budgets der Hochschulen auch unabhängig von Studiengebühren an die Studierendenzahlen gekoppelt sind, bis zur zunehmenden Trennung von Forschung und Lehre durch die Etablierung von Exzellenzclustern oder Nationalen Forschungsschwerpunkten, die sich nach aussen auch irgendwie darstellen müssen. Gerade in der Auseinandersetzung mit den Ephemera universitärer Selbstdarstellung ist vielleicht etwas darüber zu erfahren, was Universität ist.

Das früheste auffindbare Zeugnis einer Werbeaktion der Universität Basel ist knapp 100 Jahre alt. Es ist der Entwurf einer Zeitungsannonce [Abb. 5]. Äusserst nüchtern sind dort die Fakultäten, mögliche Abschlüsse und Immatrikulationsdaten aufgelistet. Angepriesen – wenn dies überhaupt der richtige Begriff ist – werden unter anderem die »reichhaltige Universitätsbibliothek«, »erstklassige Sammlungen« sowie eine »Studenten-Krankenkasse-Unfallversicherungs- und Unterstützungskasse«. Was Universität ist, folgt man dieser Annonce, ist eher bürokratischer Natur.¹⁷

Anders in der aktuellen »Portrait«-Broschüre, die die Abteilung Kommunikation und Marketing¹⁸ 2018 herausgab: Junge Leute blicken in Petrischalen, halten einen Globus, zeigen auf Folien oder sitzen in einem lauschigen Innenhof, den man für ein Café halten könnte, wenn man nicht wüsste, dass er zum Deutschen Seminar gehört. Wir erfahren etwas über die beiden an der Universität Basel tätigen Nobelpreisträger, über die »grossen Geister«, die »hier lernten und lehrten« (alles Männer) und über die Platzierung der Universität Basel in Hochschulrankings: »Unsere Tops«. All das ist zwar bunter, aber die Bilder, Zahlen und Diagramme sind nicht weniger generisch als die Auflistung von Abschlüssen in der früheren Zeitungsannonce [Abb. 6]. Die Rede von »Exzellenz«, dem »Flagship-Charakter« von Forschungsprogrammen, von »Think Tanks«, »strategischem Potenzial«, »interdisziplinären Lösungsansätzen«,

»gegenseitige[r] Inspiration und produktive[m] Wettstreit« und »regionale[n] und internationale[n] Schwerpunkte[n]« findet sich in ähnlicher Form in nahezu jeder Selbstdarstellung einer Universität.¹⁹ Durch die kurzen Texte der Broschüre zieht sich ein zentrales Leitthema: »Wissen zum Nutzen der Gesellschaft«.²⁰ Das ist eine auf den ersten Blick kaum abzulehnende Forderung, die jedoch gerade in ihrer Konsensualität kritisches Potenzial einbüsst.

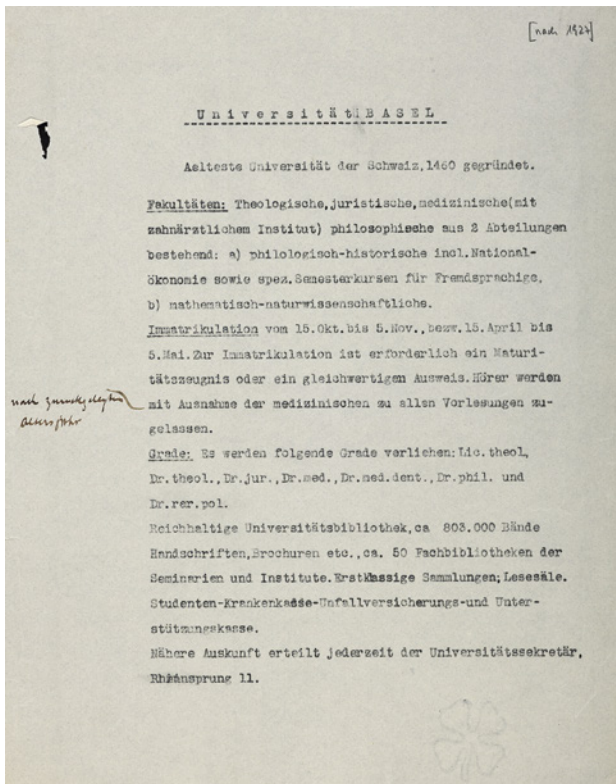


Abb. 5: Inseratsentwurf der Universität Basel, nach 1927.

Die Kritik der Universität darf jedoch nicht vergessen, dass Universitäten immer auch Refugien eines besseren Kommenden bieten.²¹ Schon vor 70 Jahren liess Max Horkheimer seine eigenen pessimistischen Ausführungen zur Lage der Universität nicht unwidersprochen. Die schwindende Lesekompetenz der Studierenden, die bis heute ein *darling* der Kulturkritik ist, machte ihm ebenso Sorgen wie die »Radiosucht«, die heute »Internetsucht« heisst.²² Aber er belies es nicht dabei:

»Es ist an uns, das, was an Formen der Lehre noch gegenwärtig ist, daran zu wenden, daß das Bewußtsein derer, für die wir die Verantwortung tragen, weiter reiche als ein Zustand, der uns allesamt in Funktionäre verwandeln möchte. [...] Was wir unsren Studenten übermitteln können, damit sie nicht die Vernunft verraten, das ist keineswegs bloß rational. Wir können ihnen nicht beweisen, warum sie sich nicht zu Angestellten machen lassen

sollen [...]. Aber wir können durch die lebendige und unausdrückliche Differenz ausdrücken, daß die satanische Notwendigkeit doch auch ein Schein ist, ein von Menschen Gemachtes, das von Menschen hinweggenommen werden kann [...].«²³

Dafür, dass Kritik und Reflexion dabei nicht auf der Strecke bleiben, haben wir, die wir als Forscher*innen und als Lehrende und Studierende ebenfalls Universität sind, Sorge zu tragen. Denn was Universität ist, haben wir selbst in der Hand.

Selbstbeobachtung und -distanzierung

Die wenigsten der hier erwähnten Geschichten können wir in diesem Heft erzählen, doch sie haben die Seminardiskussionen geprägt, aus denen es hervorgegangen ist. Im Herbstsemester 2020 und im Frühjahrssemester 2021 haben wir – das Projektseminar »Was ist Universität? Architektur, Geschichte, Medien« – zuerst im Seminarraum, dann auf Exkursionen an die Universität Basel, unserem Lern- und Arbeitsplatz, später in Videokonferenzen und immer wieder im Staatsarchiv Basel-Stadt, wo das Basler Universitätsarchiv beheimatet ist, über die Geschichte und Theorie der Universität gesprochen, gelesen und schliesslich geforscht. So unterschiedlich wie die Fächer, die auf unseren Diplomen stehen (werden) – Kunstgeschichte, Medienwissenschaft, Geschichte, Germanistik, Geographie, Geschlechterforschung, Urbanistik, Kulturtechniken –, waren die Fragen, die wir an die Bestände des Universitätsarchivs gestellt haben. Das eigene Fach, der eigene Ort im Kosmos »Universität«, die Faszination für bestimmte universitäre Orte haben das initiale Erkenntnisinteresse bestimmt. Dass wir damit irgendwie auch über uns selbst lasen, sprachen und forschten, machte, während wir bereits zu Profis des *social distancing* geworden waren, die Schreib- und Forschungswerkstatt auch zu einer Übung in Selbstdistanz.

Die Vermittlung von Innen- und Aussenperspektive auf die Universität, der Befund, dass Autor*innen von Universitätsgeschichten immer auch ihre Akteur*innen sind, hat unsere Diskussionen über zwei Semester ebenso geprägt wie die nunmehr naheliegende Frage nach Ein- und Ausschlüssen. Sie basiert auf der Beobachtung, dass nicht nur Aufnahme- und Abschlussprüfungen Zugänge zur Universität regulieren, sondern dass die Universität beständig Ausschlüsse produziert, dass sie, mit einem Wort des Wissenschaftssoziologen Thomas Gieryn, *boundary work* betreibt.²⁴

Im Blick auf diese Ausschlusstechniken und in der Konfrontation mit immer neuen Widerständigkeiten, die daran arbeiteten, sie zu unterlaufen, wurde beständig unklarer, wer, was oder wo »die Universität« eigentlich ist. Diese Ausgabe von *Æther* bietet zwölf sehr spezifische Antworten auf diese Fragen, die zeigen, dass Universitäten zugleich schwerfällig sind, weil sie

auf Traditionen beharren, und agil, weil zahlreiche Prozesse überhaupt erst von ihnen ausgelöst werden. Die Frage nach der Geschichte der Universität ist damit auch eine nach ihrer Zukunft.

08
09

An der Spitze der Forschung.

Die Universität Basel ist eine Forschungsuniversität mit einem hohen Output an wissenschaftlichen Publikationen und starken Partnerschaften.

Die Universität Basel rangiert unter den 100 besten Universitäten weltweit. Das bestätigt das jährlich veröffentlichte Academic Ranking of World Universities der Shanghai Jiao Tong University. Die Erhebung honoriert die hohe Zahl an wissenschaftlichen Publikationen der Universität Basel in führenden Wissenschaftsmagazinen, aber auch die Häufigkeit, mit der die Ergebnisse ihrer Forscherinnen und Forscher zitiert werden. Die Universität Basel bekennt sich zur Förderung der Exzellenz. Kompetenzzentren und Forschungsplattformen setzen interdisziplinäre Synergien frei.

Von grosser Bedeutung ist die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz, dem Departement für Biosysteme (D-BSE) und weiteren Institutionen des ETH-Bereichs, aber auch mit Forschungspartnern der regionalen Biochemie- und Pharmaindustrie.



THEOLOGISCHE FAKULTÄT
Die Schwerpunkte tragen dem urbanen und religiös pluralen Umfeld Rechnung und betonen die Interaktion des Christentums mit anderen Religionsformen mit ein.

JURISTISCHE FAKULTÄT
Die Fakultät setzt regionale und internationale Schwerpunkte in Forschung und Lehre, unter anderem beim Wirtschafts- und beim Life-Sciences-Recht.

MEDIZINISCHE FAKULTÄT
Zu den Schwerpunkten gehören Immunologie, Onkologie, Neurowissenschaften, Zellplastizität und Gewebeparatour sowie Biomedical Engineering.

PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE FAKULTÄT
Vielseitige Fachbereiche, die Bildwissenschaften und die European and Global Studies prägen das Profil der Fakultät.

PHILOSOPHISCH-NATURWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT
Wichtige Schwerpunkte in Life Sciences, Nano- und Quantenphysik, Chemie, Computational Sciences sowie in der Erforschung neuer Materialien und Energieformen.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT
Die Fakultät pflegt die Integration der Volkswirtschaftslehre und fokussiert neu die Nachhaltigkeits- und Energieforschung.

FAKULTÄT FÜR PSYCHOLOGIE
Die Fakultät hat sich drei Schwerpunkten verpflichtet: Klinische Psychologie und Neurowissenschaften; Sozial-, Wirtschafts- und Entscheidungspsychologie; Entwicklungs- und Persönlichkeitspsychologie.

QUALITÄTSKULTUR IN FORSCHUNG UND LEHRE
Die Universität Basel hat sich über die gesamte Institution hinweg einer Qualitätskultur verschrieben. Bei der Forschung wird das Niveau auf Basis einer Mischung von Publikationen, Drittmitteln, wissenschaftlichen Preisen und weiteren Parametern sichergestellt. Das Qualitätsmanagement umfasst ferner die Evaluation von Lehrveranstaltungen, Studiengängen sowie der Organisationsstruktur. Externe Qualitätsprüfungen garantieren die wissenschaftliche Exzellenz gemäss etablierten Standards.

Abb. 6: Broschüre der Universität Basel.

Auch dieses Heft ist Universität und wäre ohne institutionelle und persönliche Unterstützung nicht zustande kommen. Dass es erscheinen kann, verdanken wir der grosszügigen Förderung durch Markus Krajewski und Ralph Ubl und durch das Seminar für Medienwissenschaft und das Kunsthistorische Seminar der Universität Basel; wir verdanken es auch Jacqueline Dubach, Barbara Hufft, Daniela Steinebrunner und Susanne Zacherl. Wie so oft sind auch hier die Mitarbeiter*innen der Universitätsbibliothek anonym geblieben, die Seminarlektüren gescaant haben; gleiches gilt für die vielen Mitarbeiter*innen des Staatsarchivs Basel-Stadt, die Akten herausuchten und bereitstellten. Maja Egli hat einen Semesterapparat in der Bibliothek des Kunsthistorischen Seminars eingerichtet. Susanna Burghartz hat lange mit uns über Zugänge zur Universitätsgeschichte gesprochen und ihre Expertise zu derjenigen Basels mit uns geteilt. Besonderer Dank gilt Hermann Wichers vom Staatsarchiv Basel-Stadt, der uns mit grosser Hilfsbereitschaft und Fachkenntnis den Weg in und durch die Akten des Universitätsarchivs gewiesen hat. Wir danken weiterhin Sophie Bürgi, Brigitta Gerber, Sabine Gisiger, Susanne Grulich Zier, Martin Stingelin, Sabine Strebel, Gaby Sutter, Regina Wecker, Sandro Zanetti und unserer Lektorin Birgit Lulay. Nicht zuletzt gilt unser Dank Ines Barner, Zohra Briki, Nils Güttler, Niki Rhyner und Max Stadler von *Æther*, die unseren Band in ihre Reihe aufgenommen haben.

Auch das ist, wie gesagt, Universität. Zoom-Konferenzen werden genauso wenig wieder verschwinden wie SARS-CoV-2. Aber auch Hörsäle werden wieder überquellern und Studierende und Dozierende in Seminarräumen streiten. Refugien eines besseren Kommenden werden weiter geschaffen werden. Bangemachen gilt nicht.

Felix Lüttge unterrichtet Medienwissenschaft an der Universität Basel. Felix Vogel ist Professor für Kunst und Wissen an der Universität Kassel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Staatsarchiv Basel-Stadt, AL 45, 9-20-1.

Abb. 2: Staatsarchiv Basel-Stadt, BSL 1013 1-2465 2.

Abb. 3: Staatsarchiv Basel-Stadt, BILD 15, 455.

Abb. 4: © Universität Basel, Foto: Niklaus Spoerri.

Abb. 5: Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 17a.

Abb. 6: Universität Basel, Kommunikation & Marketing (Hg.): Portrait Universität Basel, Basel 2018, S. 8-9.

Literatur

- 1 Friedrich Nietzsche: »Ueber die Zukunft unserer Bildungsanstalten. Sechs öffentliche Vorträge«, in: *Die Geburt der Tragödie. Unzeitgemäße Betrachtungen I-IV. Nachgelassene Schriften 1870-1873. Kritische Studienausgabe I*, hg. v. Giorgio Colli und Mazzino Montinaro, München: dtv (1988), S. 641-752, hier: S. 740.
- 2 Friedrich Nietzsche: »Ueber die Zukunft unserer Bildungsanstalten. Sechs öffentliche Vorträge«, in: *Die Geburt der Tragödie. Unzeitgemäße Betrachtungen I-IV. Nachgelassene Schriften 1870-1873. Kritische Studienausgabe I*, hg. v. Giorgio Colli und Mazzino Montinaro, München: dtv (1988), S. 739. »Akroamatisch« heißen in der Spätantike diejenigen Texte, die »zum Hören [also zur Vorlesung, FL/FV] bestimmt« waren, sowie aus Vorträgen an der Akademie entstandene Lehrschriften des Aristoteles. Die Gattung ist damit älter als die Institution der Universität. Das wusste der Althilologe Nietzsche, dem auch bewusst gewesen sein dürfte, dass eine Universität, die daran zugrunde ginge, dass studentische Ohren an professorale Mäuler gekoppelt werden, sich nie *nicht* im Niedergang befunden hätte.
- 3 Kathrin Passig: *Standardsituationen der Technologiekritik*, Berlin: Suhrkamp (2013).
- 4 Jan Distelmeyer: »Programmatische Verhältnisse. Wer oder was lebt in Zoom? Fragen an die neue Normalität von Videokonferenzen«, in: *Cargo* 13/49 (2021), S. 28-34, hier S. 29.
- 5 »Community Standards«, <https://zoom.us/de/community-standards> (2020).
- 6 »NYU Professors Accuse Zoom of Censoring Political Speech«, in: *Artforum*, <https://www.artforum.com/news/nyu-professors-accuse-zoom-of-censoring-academic-political-speech-84276> (27. Oktober 2020); Drew Harwell, Ellen Nakashima: »Federal prosecutors accuse Zoom executive of working with Chinese government to surveil users and suppress video calls«, in: *Washington Post*, <https://www.washingtonpost.com/technology/2020/12/18/zoom-helped-china-surveillance/> (19. Dezember 2020).
- 7 Thomas Hildbrand: *Next Generation. Für eine wirksame Nachwuchsförderung*, Bern: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (2018) (= *Swiss Academies Reports* 13/1), S. 15; Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs: *Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*, Bielefeld: wbv (2021), S. 29.
- 8 Manyu Jiang: »The Reason Zoom Calls Drain Your Energy«, in: *BBC*, <https://www.bbc.com/worklife/article/20200421-why-zoom-video-chats-are-so-exhausting> (22. April 2020); Geert Lovink: »The anatomy of Zoom fatigue«, in: *Eurozine*, <https://www.eurozine.com/the-anatomy-of-zoom-fatigue/> (2. November 2020).
- 9 Maddy Thompson: »COVID-19 and the Philippines' outsourcing industry«, <https://blogs.lse.ac.uk/seac/2020/09/22/covid-19-and-the-philippines-outsourcing-industry/> (18. Mai 2021).
- 10 Hierzu Bettina Vismann: »Eine Gebäudeunterhaltung«, in: Morten Paul, Felix Vogel (Hg.): *Architekturen unserer Arbeit*, Hamburg: adocs (2016) (= Grundlagenforschung 2), S. 96-98; Cheryce Kramer, Helmut

- Müller-Sievers: »Netzwerk Stanford«, in: Friedrich Kittler, Manfred Schneider, Samuel Weber: *Diskursanalysen 2. Institution Universität*, Opladen: Westdeutscher Verlag (1990), S. 167–173; Craig Steven Wilder: *Ebony and Ivy. Race, Slavery, and the Troubled History of America's Universities*, New York: Bloomsbury Press (2013).
- 11 Jan Masschelein, Maarten Simons: *Jenseits der Exzellenz. Eine kleine Morphologie der Welt-Universität*, Zürich (2010), S. 56–60.
 - 12 Hierzu William Clark: *Academic Charisma and the Origins of the Research University*, Chicago: The University of Chicago Press (2006); Remberth Hüser: »Dreitagebart«, in: *Merkur* 71 (2017), S. 38–51, 44–58; Reinhold Martin: *Knowledge Worlds. Media, Materiality, and the Making of the Modern University*, New York: Columbia University Press (2021).
 - 13 Simon Torracinta: »Extinction Event. Given what is to come, schools of every kind are now at risk«, in: *n+1*, <https://nplusonemag.com/online-only/online-only/extinction-event/> (28. Mai 2020).
 - 14 Vector Consulting: *The Tipping Point for Digitisation of Education Campuses* (3. Dezember 2020), S. 7. Online: https://2.cdn.optusdigital.com/content/dam/optus/documents/enterprise/accelerate/tipping-point-report_final_nov20.pdf
 - 15 Herzog & de Meuron Architekten Basel: *Die Universität in Der Stadt. Eine städtebauliche Studie für Basel*, Basel (2003), o.S.
 - 16 Herzog & de Meuron Architekten Basel: *Die Universität in Der Stadt. Eine städtebauliche Studie für Basel*, Basel (2003), o.S.
 - 17 Inserat Universität Basel, nach 1927, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 17a, o.S.
 - 18 Das Ressort »Kommunikation und Marketing« der Universität Basel existiert seit 2009, bis dahin war der Adjunkt des Rektors für die Kommunikation mit den Medien zuständig. Ab wann dies zum festen Aufgabengebiet der Universität Basel gehörte, lässt sich nicht eindeutig rekonstruieren. Die älteste Spur, die sich im Staatsarchiv findet, ist ein Brief zur Einstellung des (vermutlich ersten) Pressechefs im Jahr 1970. Darin ist die Rede von der »Herausgabe eines dringend nötigen Informationsblattes, das Öffentlichkeit, universitätsintern, übrige Schweiz, Hochschulen, in mannigfaltiger Weise orientieren sollte[.]« Brief an R. Stichelberger, 25. Mai 1970, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 17c, o.S.
 - 19 Die Universität Zürich wirbt damit, »Spitzenforschung an sieben Fakultäten« zu bieten; die Tübinger Universität versteht sich als »Innovativ. Interdisziplinär. International«; der Präsident der Universität Hamburg, Dieter Lenzen, formuliert im Grusswort der Imagebroschüre kurioserweise, dass die Universität an die Aufgaben »Der Forschung – Der Lehre – Der Bildung [...] immer wieder erinnert werden« müsse. Siehe Universitätsleitung der Universität Zürich (Hg.): *Die Universität Zürich*, Zürich 2016; Der Präsident der Universität Hamburg (Hg.): *Universität Hamburg. Der Forschung. Der Lehre. Der Bildung*, Hamburg 2020; Der Rektor der Universität Tübingen (Hg.): *Eberhard Karls Universität Tübingen. Innovativ. International. Disziplinär. Seit 1477*, Tübingen o.J.
 - 20 Universität Basel, Kommunikation & Marketing (Hg.): *Portrait Universität Basel*, Basel 2018, S. 2.
 - 21 Max Horkheimer: »Fragen des Hochschulunterrichts«, in: *Gesammelte Schriften, Bd. 8: Vorträge und Aufzeichnungen 1949–1973*, Frankfurt am Main: S. Fischer (1985/1952), S. 391–498, hier S. 407.
 - 22 Max Horkheimer: »Fragen des Hochschulunterrichts«, in: *Gesammelte Schriften, Bd. 8: Vorträge und Aufzeichnungen 1949–1973*, Frankfurt am Main: S. Fischer (1985/1952), S. 391–498, hier S. 397.
 - 23 Max Horkheimer: »Fragen des Hochschulunterrichts«, in: *Gesammelte Schriften, Bd. 8: Vorträge und Aufzeichnungen 1949–1973*, Frankfurt am Main: S. Fischer (1985/1952), S. 391–498, hier S. 407f.
 - 24 Thomas F. Gieryn: »Boundary-Work and the Demarcation of Science from Non-Science: Strains and Interests in Professional Ideologies of Scientists«, in: *American Sociological Review* 48:6 (1983), S. 781–795.

Die Alma Mater im Selbstportrait

Über einen Zeitraum von vierhundert Jahren stellte sich die Basler Academia in Malerei, Skulptur und Grafik als privilegierte und ausschliesslich männliche Bildungsschicht dar. Diese heute nur partiell einsehbare Sammlung veranschaulicht eine Repräsentation von Universität, in welcher ihrer mütterlichen Fürsorge eine untergeordnete Rolle zukommt.

Verteilt in verschiedenen Institutionen in Basel bilden die Darstellungen ehemaliger Professoren und Forscher an der Universität Basel eine umfassende und zugleich kaum überschaubare Sammlung der vergangenen vierhundert Jahre. Diese Artefakte präsentieren sich entweder zugänglich und feierlich inszeniert, wie etwa die Professorengalerie im heutigen Obergeschoss des Naturhistorischen Museums, oder aber sie verharren in unterirdischen Depots der Universität, fern von den Blicken ihrer Rezipient*innen. Alle Dargestellten eint ihre wissenschaftliche Tätigkeit in Basel, im akademischen Rahmen als Gelehrte, Forschende und Förderer der Universität. Ihr homogenes Erscheinungsbild des weissen, männlichen Gelehrten aus dem deutschsprachigen Raum eignet sich jedoch als Reflexionsfläche für die Frage nach der Darstellbarkeit von Wissen und den damit einhergehenden Leistungen, die nicht an die Fürsorge der »nährenden Mutter« (lat. *alma mater*) gekoppelt sind, sondern an der Repräsentation des einzelnen Individuums gemessen werden. So wird mit dem Begriff der »Alma Mater« die Heimuniversität bezeichnet, an welcher die Studierenden einen massgeblichen Teil ihrer akademischen Ausbildung erfahren. Etymologisch findet die »nährende Mutter« ihren Ursprung im Lateinischen *alere*, auf welches sich wiederum der Begriff des »Alumnus« als »Zögling« und »Schüler« bezieht. Ikonographisch wird sie deshalb als mütterliche, fürsorgliche Figur dargestellt, die ihre Arme in schützender Geste den Alumni entgegenhält, aber auch buchstäblich als stillende Mutter.¹



Abb. 1: Blick in die als Professorengalerie dienende Aula des Berri-Baus. Sowohl die Gemälde als auch die beiden Marmorbüsten gehören der Porträtsammlung an.

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist der Versuch, anhand ausgewählter Beispiele Zugang zu diesem komplexen Bildkosmos zu erlangen. Als Ausgangspunkt für eine kunst- und kulturhistorische Diskussion sollen diese Beispiele einerseits Einblick in die unterschiedlichen

Darstellungskonventionen in der Akademie gewähren und zum anderen Raum für eine Reflexion des Begriffs der Tradition und ihrer Darstellbarkeit in den bildenden Künsten bieten. Wie repräsentiert sich die Universität und mit welchen Schwierigkeiten sieht sie sich vor dem Hintergrund ihrer Repräsentation konfrontiert?

Als Ort der Vermittlung und Aneignung von Wissen bietet die Universität ein anschauliches Beispiel für eine Institution, die ihren Fokus stets auf ihre eigene Historiografie gerichtet hat. Als älteste Hochschule der Schweiz blickt die Universität Basel auf knapp 600 Jahre Bestehen zurück und macht sich diesen Umstand in einer wirkungsvoll formulierten Wendung bewusst zunutze: »Educating talents since 1460«. Dabei ist insbesondere auf die Präposition *since* hinzuweisen, die unweigerlich auf ihr fortwährendes Wirken deutet. Mit Eric Hobsbawm gesprochen impliziert die Universität Basel mit diesem Slogan die Einprägung von Werten und Verhaltensnormen, die automatisch auf die Kontinuität mit der Vergangenheit verweisen und damit eine Tradition konstruieren.² Auf diese Vergangenheit wird heute durch wiederkehrende Jubiläen, lateinische Prädikate bei Prüfungs- und Abschlussnoten, alljährlich stattfindende Feierlichkeiten wie den *Dies Academicus*, das Tragen von Talaren, Studierendenverbindungen und Fakultätsemeleme verwiesen.³ Damit wird ein Wiedererkennungswert als eine Art *Corporate Design* herbeigeführt, das sich die universitären Einrichtungen im Zuge ihres langjährigen Bestehens angeeignet und dadurch standardisiert haben.⁴ Ferner können wir auch von einer Individualisierung von Wissen ausgehen, auf der nach William Clarks Definition das »academic charisma« massgeblich beruht. So sei die Entstehung der modernen Universität, wie Clark in seiner Untersuchung am Beispiel des protestantischen Deutschlands um die Wende zum 19. Jahrhundert beleuchtet, eng mit dem Bild des erfolgreichen und charismatischen Akademikers verknüpft, der nicht nur mit Originalität überzeugen könne, sondern auch mit dem Funken seines Genies in seinen Schriften.⁵ Modern sei dieser Gelehrte insbesondere mit Blick auf seinen nepotistischen, altmodischen und traditionellen Kontrahenten, der die Universität nach wie vor als homogene Institution sah.⁶

Auch in den Interieurs der universitären Bauten in Basel zeichnet sich ein ähnlicher, von der Vergangenheit geprägter Eindruck ab. Begibt man sich in die Räumlichkeiten des Kollegienhauses, der Institute und Seminare, trifft man nicht selten auf Kunstwerke, die mit der Universitätsgeschichte Basels in Einklang stehen und sie gleichsam mitschreiben und verfestigen. Oftmals handelt es sich dabei um Kunstwerke, welche einst ihren festen Platz in bestimmten universitären Räumlichkeiten hatten oder im Auftrag von Personen, die in diesen Räumlichkeiten lehrten und forschten, angefertigt wurden. Sie gehören der eigenen *Kunstsammlung der Universität Basel* an, die mit insgesamt 600 Kunstwerken eine anschauliche Anzahl umfasst.⁷ Die einzelnen Artefakte können als eine Art Materialisierung dessen verstanden werden, was zu einem spezifischen Zeitpunkt das Selbstverständnis der Universität bildete.



Abb. 2: Emmanuel Handmann (1718–1781), *Leonhard Euler* (1707–1783), 1756, Öl auf Leinwand.

Die Professorengalerie

Als anschauliches Beispiel für die universitäre Repräsentation von Wissen in bildlicher Form dient die Galerie der porträtierten Professoren, zu finden in der Aula des heutigen Naturhistorischen Museums, das zwischen 1842 und 1849 von dem Architekten Melchior Berri (1801–1854) erbaut wurde. Berri, der 1842 dem Basler Baugremium seinen spätklassizistischen Entwurf für einen Mischbau aus Museum und Kollegengebäude einreichte, schuf einen Ort, der die öffentliche Sammlung Basels und die universitären Räumlichkeiten zusammenbrachte: ein zu der damaligen Zeit durchaus ungewöhnlicher Entscheid. Neben den Basler Sammlungen, unter welchen sich auch das Kabinett des Basilius Amerbach sowie die Gemäldegalerie und eine Kollektion naturhistorischer Objekte befanden, hielt die Universität ihrerseits mit den Physikalischen Institut, allgemeinen Hörsälen, Bibliotheksräumen und einer beachtlichen Aula Einzug in das Gebäude. Diese beherbergt einen Teil der gesammelten Darstellungen universitärer Würdenträger – sowohl auf Leinwand gemalt als auch in Marmor gehauen [Abb. 1]. Die Professorengalerie ermöglicht eine kulturhistorische Deutung der Darstellbarkeit von Gelehrten über die Jahrhunderte, die für die Historiografie einer Universität identitätsstiftend wirkt. Die Universität Basel reiht sich mit ihrer Professorengalerie, initiiert 1687, früh in eine Tradition

ein, die ab dem 16. Jahrhundert in Süd-, Mittel- und Westeuropa entsteht. Die Galerie umfasst 125 Gemälde und Büsten als Zeugnisse der Gelehrten und Förderer der akademischen Einrichtungen Basels.⁸ Paul Leonhard Ganz, der selbst als Professor für Kunstgeschichte an der Universität Basel tätig war, hob mit Blick auf die Initiierung des Galerieprojekts die Bedeutung der 1662 durch die Stadt Basel erworbenen Kunstsammlung und Bibliothek von Bonifacius und Basilius Amerbach hervor, die 1671 mit der Bücherei der Universität Einzug im »Haus zur Mücke« hielt. Diese Erweiterung, die mit dem Amerbachkabinett einige Basler Gelehrtenbildnisse vereinte, sowie ein durch die Nachwehen der Reformation stärker ausgeprägtes persönliches wie auch lokales Selbstgefühl, Ruf und Würde einer Stätte zu verherrlichen und verewigen, hätten schliesslich die Planung einer Porträtgalerie erleichtert.⁹ Grösstenteils setzen sich die Porträtierten aus Persönlichkeiten der Disziplinen Mathematik, Medizin, Jurisprudenz und Theologie zusammen. Bis ins 18. Jahrhundert zeigen die Porträts eine mehrheitlich uniforme Gestaltung. Einige Beispiele vermitteln den Eindruck, dass lediglich das Gesicht der abgebildeten Person ersetzt wurde, während der bekleidete Körper, ausgezeichnet durch eine markante Halskrause, derselbe blieb. Individualität zeigt sich somit lediglich in den Gesichtszügen und den sporadisch eingestreuten Attributen in Form von Büchern, auf die der Porträtierte mit dem Finger verweist.¹⁰



Abb. 3: Hans Holbein der Jüngere, *Der Schreibende Erasmus*, 1523, Öl und Tempera auf Papier auf Holz aufgezogen, 37.1 x 30.8 cm, Kunstmuseum Basel.

Die Stellung und die Präsentation des Professors scheinen somit dieselben zu bleiben, lediglich bekleidet durch immerwährend wechselnde Personen. Erst ab der Mitte des 18. Jahrhunderts spiegeln die Porträts vermehrt die charakteristischen Züge ihrer Dargestellten wider. Die Bekleidung wird extravaganter und die Gesamterscheinung individueller, wovon das Porträt des Mathematikers Leonhard Euler (1707–1783) ein repräsentatives Zeugnis ablegt [Abb. 2]. Sein Bildnis, angefertigt von Emanuel Handmann (1718–1781) im Jahr 1756, lenkt den Blick der Betrachtenden am Porträtierten vorbei auf seine Attribute. Eulers Stuhl sowie die mathematischen Schriften, auf welche er mit einem Zeigegestus verweist, werden für spätere Abbildungen zum Programm. Auch das herabhängende Augenlid signalisiert eine verstärkte auf das Individuum bezogene Darstellungsweise.

Professorengalerien dienen einer kollektiven und individuellen Darstellung der universitären Institution, ihrer Figuren und Repräsentanten. Exemplifizieren lässt sich diese Intention etwa an der emblematischen Struktur der Gemälde – einer Verschränkung von Bild und beschreibender Inschrift –, die zu einer klaren Zuordnung von Disziplin und Rang innerhalb der Bildungseinrichtung und zugleich der Gesellschaft verhelfen. Die Aufnahme in eine Galerie erfolgte meist entweder über eine Selbstfinanzierung des Abbildes oder die Schenkung eines Porträts durch Familienangehörige, etwa nach dem Ableben einer für die Universität bedeutenden Persönlichkeit.¹¹ Vielleicht habe dieser Grund Zurückhaltung bewirkt, so Ganz, umfasse doch der gesamte Beitrag des 18. Jahrhunderts nur etwa 25 Bildnisse, die etwa ein Drittel der seit 1700 dozierenden Lehrkräfte überliefern.¹² In dieser Zusammenkunft von Institution, Individuum und gesellschaftlichem Kontext wie Familie offenbart sich die stete Einbindung der Universität in einen breiteren Rahmen und damit einhergehende, durchaus divergierende Interessen. Eine gängige Praxis stellte auch die Anfertigung eines Porträts nach bereits existierenden Gemälden oder Kupferstichen dar. Wenn nach dem Empfinden der jeweiligen Initianten an der Universität wichtige frühe Persönlichkeiten in der Professorengalerie fehlten, wie in Basel beispielsweise der Gründer und erste Rektor Papst Pius II., wurden deren Bildnisse mithilfe von Kopien ergänzt, um eine Form durchgängiger Chronologie zu erhalten.¹³ Neben Basel sind frühe Zeugnisse von Professorengalerien an den Universitäten in Bologna, Paris, Leiden, Tübingen und Jena zu finden. Mit späteren Universitätsgründungen entstanden auch zahlreiche jüngere Professorengalerien, die schliesslich zum festen Bestand zahlreicher universitärer Bildersammlungen wurden.¹⁴

Durch die Profanisierung der Wissenschaft und der damit einhergehenden Begründung universitärer Einrichtungen entstand ab dem 14. Jahrhundert ein neues und eigenes Verständnis des Gelehrten und dessen Abbildbarkeit.¹⁵ Orientiert sich die Darstellung des Professors zu Beginn noch stark an dem Bildtypus des »Gelehrte[n] im Gehäuse«, oft in asketischer Manier am Schreibtisch in seiner Studierstube vor seinen aufgeschlagenen Büchern sitzend und seiner Arbeit zugewandt,

emanzipierte sich das Verständnis des Gelehrten zusehends zu einer gesellschaftlich prominenten Persönlichkeit, die sich ihres Status und Einflusses bewusst zu werden schien. In diesen Fällen dient die »Produktionsstätte der Gedanken«¹⁶ als Kulisse für die Komposition. Als Beispiel hierfür sei etwa die Darstellung des Erasmus von Rotterdam durch Hans Holbein d.J. genannt, der den Humanisten im Augenblick des Niederschreibens porträtierte, völlig vertieft in seine geistige Tätigkeit und der Blicke der Betrachter*innen nicht gewahr [Abb. 3]. Diese Entwicklung stand im Einklang mit den neuen Ansprüchen an die Darstellbarkeit von Persönlichkeiten mit dem Eintritt in die Frühe Neuzeit. *Porträt* und *porträtieren*, dem lateinischen *protrahere* und *protractum* entnommen, lassen sich mit *hervorziehen* oder *herausziehen des Wesens* übersetzen.¹⁷ Der Mensch als Individuum soll nach aussen getragen werden. Charakter- und Wesenseigenschaften, aber auch der soziale Rang des Porträtierten sollen den Betrachtenden bildlich vor Augen treten. Für die Gelehrten stellte eine adäquate bildliche Repräsentation ihrer Person ausserdem einen wichtigen Bestandteil ihrer Popularität dar, da sie nunmehr durch die Möglichkeiten der sich rasant entwickelnden Druckmedien ein breiteres Publikum erreichen konnten.



Abb. 4: Josef Reinhard (1749–1824), *Johann Jakob D'Annone* (1728–1804), 1801, Öl auf Leinwand.

Das Porträt eines Gelehrten, etwa auf dem Frontispiz seiner publizierten Schriften, wurde zur Norm. Dabei griffen die Stecher solcher Illustrationen oft auf ein bereits bestehendes Bildnis zurück und transferierten dieses auf das Buchmedium.¹⁸ Ab 1800 wird die Ausstattung des abgebildeten Interieurs durch den Einbezug von Attributen vielfältiger. Johann Jakob d'Annone (1718–1804), porträtiert 1801 von Josef Reinhard (1749–1824), stützt seinen linken Arm auf die Oberfläche eines Tisches [Abb. 4]. Die Auslage präsentiert sich reich bestückt mit Attributen, die in ihrer Zusammenstellung an eine Wunderkammer erinnern. D'Annone zeigt sich vor einer Ansammlung an Objekten und Artefakten, darunter ein Fossil, ein Rollmassband, antike Münzen, eine Schrift in Buchform und ein bläuliches Vulkangestein. Die Objekte verweisen auf seine Tätigkeit als Dozent: Seit 1759/60 unterrichtete er römisches Recht, Numismatik, Mathematik sowie Naturgeschichte und Mineralogie. Ins Auge springen ferner eine Altmeisterzeichnung und eine kleine bronzene Büste am rechten Bildrand.

Generell kann aus diesen Veränderungen gefolgert werden, dass sich die Professorengestalt aus einer vereinheitlichenden Position herauslöst und immer stärker als Individuum wahrgenommen werden soll – und will. Dies im Gegensatz zu der ein Amt innehabenden Persona. Diese Entwicklung wird erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts allmählich wieder gebrochen und führt zu weiteren Neuerungen in der Ahnengalerie. Jacob Burckhardts (1818–1897) Profilansicht vor homogenem, dunklem Farbhintergrund ist das erste in einer ganzen Reihe, die einen moderneren Pinselduktus sowie einen verstärkten Fokus auf die Figur des Referenten offenbaren [Abb. 5]. Ferner verschwinden die Serifen aus den Bildbeschreibungen. Die im 19. Jahrhundert aufkommende und bald florierende Fotografie, deren Porträtgedanke zunächst stark von Studio und Staffage geprägt war, übte einen entscheidenden Einfluss auf die Darstellung im Porträt in der bildenden Kunst der Malerei aus. Ausserdem stellt Burckhardts Porträt ein eindrückliches Beispiel für ein Bildnis dar, das *posthum* nach einer Fotografie angefertigt wurde.¹⁹ Die stetige Entwicklung der medialen Techniken schreibt sich somit in die Basler Porträtreihe ein. Die Staffage schwindet und gibt dem Porträtmaler den Raum, mit seiner Hand das Wesentliche der dargestellten Person auf der Leinwand festzuhalten.

Der Berri-Bau als Repräsentationsort

Mit dem Übergang ins 20. Jahrhundert löste sich die Kultur der Basler Gelehrtenbildnisse allmählich auf, wobei die letzten zehn zwischen etwa 1890 und 1914 entstandenen Bildnisse den Abschluss dieser über 200-jährigen Tradition bilden. Er markiert aber auch die erstmalige Regelung der Verhältnisse in der Porträtgalerie durch die Regenz am 22. Mai 1906. Einer der Hauptinhalte erscheint mit Blick auf die Frage nach der Repräsentation von Wissen an der Universität besonders gewinnbringend und gibt Hinweise auf die Funktion der Galerie im Berri-Bau: »Die Bilder und Büsten, welche seit dem Bestehen der Aula in dieselbe aufgenommen worden sind [...], bilden einen integrierenden Bestandteil dieses für die offiziellen

akademischen Akte bestimmten Saales.«²⁰ Zum einen ist die Aula mit der Professorengalerie bis heute zentraler Versammlungsort für universitäre Feierlichkeiten. Hervorzuheben sind etwa die Antrittsvorlesungen der neu berufenen Professor*innen, die wiederkehrend in den prominenten Räumlichkeiten an der Augustinergasse stattfinden und sowohl Dozierenden wie auch Studierenden ihre Pforten öffnen. Am *Dies Academicus* dient die Aula den Professorinnen und Professoren als »Ankleideraum«, wo sie sich mit den fakultätsspezifischen Talaren bekleiden, um sich auf den traditionellen Zug in Richtung Martinskirche zu begeben. Zum anderen erweist sich genau ihr offizieller Charakter als relevanter Ausgangspunkt, um die Professorengalerie und die Repräsentation der Gelehrten aus heutiger Perspektive zu reflektieren.

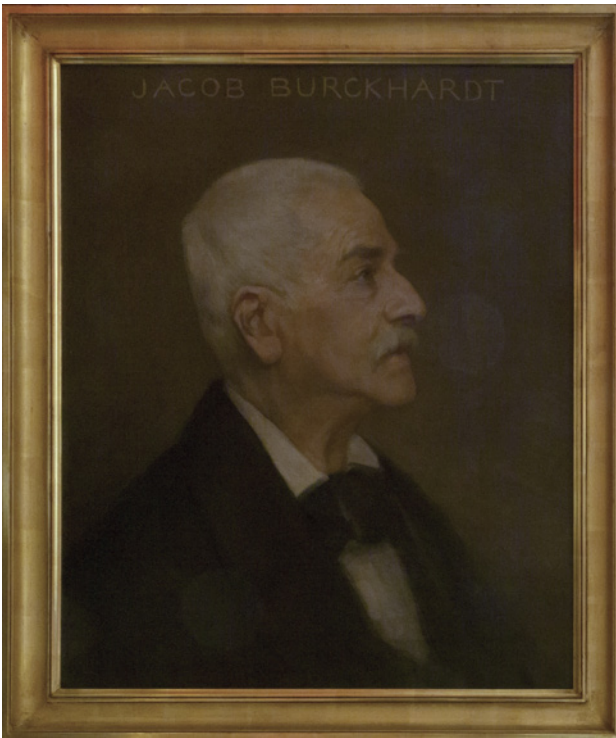


Abb. 5: Hans Lendorff (1863–1946), *Jacob Burckhardt* (1818–1897), 1898, Öl auf Leinwand.

Durch die Gründung neuer Museumsinstitutionen, wie etwa das 1936 eröffnete Kunstmuseum am St-Alban-Graben 16, erhielten die verschiedenen, bis anhin im Berri-Bau beherbergten Sammlungen neue Aufbewahrungsorte. Die Universität tauschte daraufhin aufgrund von Platz- und Infrastrukturansprüchen den Münsterhügel gegen den Petersplatz.²¹ Das führte dazu, dass der Fokus auf den universitären Nutzen des Berri-Baus allmählich verloren ging und seine repräsentative Funktion sich auf die verschiedenen universitären Räumlichkeiten verteilte. Die Büste des Kunsthistorikers Heinrich Wölfflin (1864–1945) im Kunsthistorischen Seminar stellt ein anschauliches Beispiel dar [Abb. 6]. Mit dem etwas karg

modellierten Gesicht Wölfflins erinnert sie an eine Totenmaske und bricht durch ihre nüchterne Erscheinung mit dem Dekor der Professorengalerie. Lokalisiert im Kunsthistorischen Seminar steht sie darüber hinaus in einem physischen Abstand zu ihren Vorgängern an der Augustinergasse. Betritt man das Kunsthistorische Seminar im ersten Obergeschoss des Laurenz-Baus am Basler St. Alban-Graben 8, steht man im Gegensatz zu seinem grossen Nachbarn, dem Kunstmuseum Basel, nicht Kunstwerken aus dem frühen Mittelalter bis zur Gegenwart gegenüber. Im Foyer angekommen erblickt man vielmehr einen langen Korridor mit den Büros der Professor*innen und den Sekretariaten und zur Rechten, etwas erhöht platziert, eine Büste aus Bronze. Diese zeigt den Schweizer Kunsthistoriker Wölfflin in hohem Alter, abgebildet 1944 vom Bildhauer Hermann Hubacher (1885–1976).²² Hervorzuheben sind die tiefe Zornesfalte und die zusammengezogenen Augenbrauen, mit welchen Hubacher den Kunsthistoriker in der Pose des Denkers wiedergibt. Wölfflin trat am 3. Mai 1893 die Nachfolge Jacob Burckhardts als Professor für Kunstgeschichte an der Universität Basel an.²³

Die Kunstgeschichte ist in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine junge, jedoch ernst zu nehmende Wissenschaft, die zunächst vorwiegend an deutschsprachigen Universitäten gelehrt wird. Basel bildet mit Burckhardt und Wölfflin, die massgeblich an der Historiografie des Faches beteiligt sind, einen zentralen Bezugsort. Christopher S. Wood hebt Wölfflins »Konvertierung« zum Fach durch seine Lehrjahre bei Burckhardt hervor und weist damit nicht nur auf seine interdisziplinären Interessen hin, sondern auch auf den Einfluss, der von seinem älteren Kollegen ausgeht.²⁴ Wölfflins Beiträge zur Form- und Stilgeschichte – eine Kunstgeschichte, die das Kunstwerk ausschliesslich nach seiner Gestalt definiert – zählen zu den signifikanten Diskursen des Faches und spiegeln durch zahlreiche Bezugnahmen und Revisionen die Aktualität dieser fortdauernden Rezeption wider.

Von Rezeption als massgebendem Faktor, der eine autoritäre, charismatische Instanz bildet, muss nicht nur in Hinblick auf Wölfflins Beziehung zu seinem Vorgänger Burckhardt ausgegangen werden, wenn er ihn etwa als »eine Art Stadtheilige[n] von Basel«²⁵ bezeichnet, sondern auch mit Blick auf seine Rolle als Professor, wie aus einer Aufnahme ersichtlich wird, die Wölfflin mit seinen Studierenden im Wintersemester 1895/1896 im Kunstmuseum Basel zeigt, das zum damaligen Zeitpunkt im Berri-Bau beherbergt war [Abb. 7]. Die fotografische Abbildung zeigt den Kunsthistoriker, umgeben von neun Studierenden, vor den Gemälden Arnold Böcklins (1827–1901), *Selbstbildnis im Atelier* (1893), *Spiel der Najaden* (1886) und *Vita somnium breve* (1888), auf einem Stuhl posierend. Wölfflin hebt sich durch das Tragen eines schwarzen Hutes von seinen Studierenden ab, die mit einer Ausnahme alle in die Kameralinse blicken. Bemerkenswert ist die fotografische Abbildung nicht nur aufgrund der Dreiviertelausrichtung von Wölfflins Oberkörper, die ihn in einen direkten Bezug zu Böcklins Selbstporträt im Hintergrund setzt. Die in Kleidung und Haltung einander ähnelnden angehenden Kunsthistoriker im

Bild erwidern die Präsenz Wölfflins und akzentuieren die Relevanz, die sie ihrem Professor beim Studium vor den Originalen Böcklins und nicht zuletzt auch in ihrer Inszenierung beim Festhalten dieses Augenblicks beimessen.

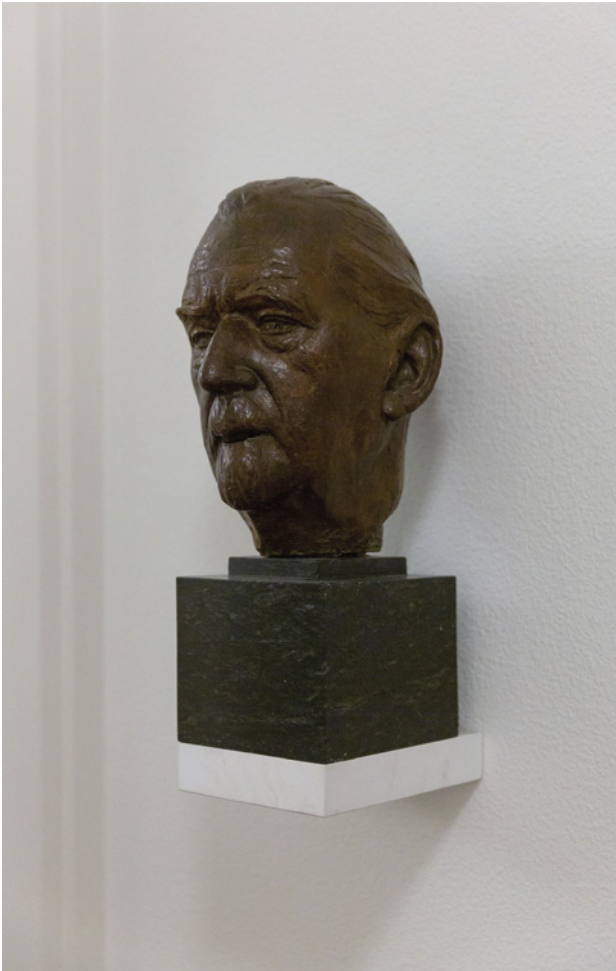


Abb. 6: Die Bronze-Büste des Kunsthistorikers Heinrich Wölfflin im Foyer des Kunsthistorischen Seminars der Universität Basel, 2021.

Mit Clark gesprochen spiegelt dieses Bild die charismatische Figur des Akademikers wider, von welchem eine ausserordentliche und autoritäre Ausstrahlung ausgehe. Dabei hebt Clark insbesondere den Einfluss hervor, den ein Professor auf seine Gefolgschaft ausübt, und zwar exakt von seinem Auftreten ausgehend: »In this case, the professor would reproduce not a group in the first instance, but a system.«²⁶ Ein System also, das der Professor durch seine Erscheinung und sein Auftreten auf seine Studierende überträgt, das er aber nur durch ebendiese idiosynkratische und »charismatische« Erscheinung überhaupt erst übertragbar macht. In diesem Zusammenhang muss sodann auch die Fotografie interpretiert werden, in welcher die Figur Wölfflins nicht nur auf die Bildung der Studierenden verweist, sondern im engeren Sinne auch in die

Kunstgeschichte einfügt, wie die Reflexion Böcklins in Wölfflins Haltung exemplifiziert. Die Aufnahme Wölfflins im Berri-Bau ist aber auch exemplarisch für das Verhältnis der Studierenden zu ihrer Alma Mater zu verstehen. Zwar widerspiegelt Wölfflin in seiner intendiert »nährenden« Rolle in der Mitte seiner Studierenden den Vermittler von Wissen, doch sind diese Studierenden heute aus dem Berri-Bau verschwunden. Welche Form von Repräsentation reflektiert sich also nunmehr in den Professorenporträts, wenn die Studierenden als integraler Bestandteil einer Universität, als Empfänger*innen von Wissen, ausbleiben? Oder anders formuliert: Wen nährt die Alma Mater?

Vergessen und verschwinden

Wie blickt man heute auf eine Sammlung von Gelehrtenbildnissen und welche Rolle kommt ihnen in einem kulturhistorischen Kontext zu? Die Basler Professorengalerie ist nicht nur »einfaches« Abbild der Gelehrtenschicht Basels. Anhand der genaueren Betrachtung der Bildkonventionen und deren chronologischer Entwicklung zeigt sich ein Wandel, der von einer uniformen Rolle des Gelehrten innerhalb eines relativ unveränderlichen Gebildes hin zu der beinahe erforderten Charismatik des lehrenden Individuums in der Universität führt. Wölfflin wurde in diesem Zusammenhang als exemplarisch erörtert.



Abb. 7: Heinrich Wölfflin und seine Studenten vor den Kunstwerken Arnold Böcklins im Kunstmuseum Basel, damals beherbergt im Berri-Bau, Wintersemester 1895/96.

Denn wenngleich sich die Darstellungskonventionen des Porträts langsam wandeln, bleibt die Praxis des Abbildens von Gesichtern, das Historisieren und Fortschreiben, das Zusammenfügen zu einem kollektiven Konterfei der

Universität lange bestehen. So wird an den Rahmenbedingungen universitärer Selbstsicht festgehalten. Noch 1960 wurde zum 500. Jubiläum der Universität Basel eine Würdigungsschrift publiziert, die die wissenschaftlichen Leistungen der Institution anhand einer Auswahl ihrer Professoren – in Bild und Text – repräsentieren soll, denn »dadurch dürfte«, so der damalige Rektor Ernst Staehelin, »das eigentliche Denken, Forschen und Schaffen, das sich während eines halben Jahrtausends an der Alma Mater Basiliensis vollzogen hat, in besonders eindrücklicher Weise zum Ausdruck kommen.«²⁷ Dieser sukzessiv voranschreitende und gleichermassen rückwirkend ausbessernde Aufbau der Institution auf den einzelnen Individuen setzt sich auch nach Beendigung der Tradition des Porträts als Gemälde fort in Form von Fotografien – vor allem in Schwarz und Weiss [Abb. 8]. Die daraus entstandene Fotogalerie ist mittlerweile in das universitätseigenen Kunstlager verstaut worden. Dass sich auch andere Ansätze einer Historisierung und dahingehenden Legitimation einer Institution eröffnen, zeigt hingegen das Projekt zum letzten grossen Jubiläum, der 550-Jahr-Feier der Basler Universität. Dabei wurden statt Personen Schauplätze und Ereignisse als Schlüssel zum Verständnis der Universität sowie ihrer Errungenschaften und ihres Kontextes präsentiert.²⁸

Im Endeffekt scheint es eine Problematik der Tradition zu sein, mit der sich die Universität bezüglich der Professorenporträts und spezifisch ihrer Professorengalerie konfrontiert sieht. Sie ist Teil eines universitären Komplexes. Die Aula des Naturhistorischen Museums, die inszenierende Rahmung der Porträtgalerie, wo noch immer angehende Professor*innen ihre Antrittsvorträge halten, bildet noch heute ein Gefäss, das durch eine akademische Praxis, obschon seltener werdend, belebt wird. Dabei werden die Neuen gewertet und bewertet durch die von den Wänden starrenden Gesichter längst vergangener Männer, deren Status in diesem Gebilde scheinbar unumstritten ist.



Abb. 8: »Fotoserie« Rektorenportraits. Depot Kunstsammlung der Universität Basel, 2021.

Die Galerie stellt insofern noch immer ein Metaporträt der Universität dar und repräsentiert ihr Gesicht auch heute noch – neben einer Vielzahl aktuellerer Selbstzeichnungen. So muss, um erneut mit Hobsbawm zu sprechen, stets auch der akkumulierende Charakter des repräsentativen Materials vor Augen gehalten werden, der sich nicht nur in der schieren Unüberschaubarkeit der zahllosen Artefakte widerspiegelt, sondern auch im bescheidenen Anspruch ihrer künstlerischen Qualität.²⁹ Es stellt sich die Frage, wie die Universität mit ihrer Tradition umzugehen vermag, insbesondere nach einem weiteren eigenen »Rebranding« zur modernen, offenen und mint-farbenen Institution. Den einfachen Weg weist Robert Musil: »Es gibt nichts auf der Welt, was so unsichtbar wäre wie Denkmäler.«³⁰ Demnach liesse sich die Professorengalerie als unsichtbares Denkmal ignorieren – und es macht gar ein wenig den Anschein, dass dies auch, ohne intendiert zu sein, die momentane Situation widerspiegelt. Wölfflins Kopf wird zur leeren Form, einer inhaltslosen Büste. Übrig bleibt ein schweres bronzenes Haupt, das nur selten überhaupt benannt, und noch seltener in Frage gestellt wird. Wie Musil weiter schreibt, verwandle sich die Unsichtbarkeit erst zu deren Gegenteil und einem erstaunten Stehenbleiben des rasch Vorübergehenden, »wenn [das Denkmal] eines Morgens fehlen [sollte].«³¹ Und möglicherweise ist dieser Text auch auf das Erstaunen zurückzuführen, das eintritt, wenn etwas stets Unbeachtetes an seinem angestammten Ort plötzlich fehlt, wie Ferdinand Schlöths (1818–1891) Professorenbüsten vor der Aula in der Augustinergasse [Abb. 9]. Die Professorengalerie wird auf jeden Fall in näherer Zukunft – insbesondere mit dem baldigen Umzug des Naturhistorischen Museums in einen Neubau und dem darauffolgenden Umbau des Berri-Baus – einen schweren Stand haben.

Doch anstatt das Vergessen weiter zu befördern, könnte es sich als fruchtbar erweisen, das Vergangene und seine Praktiken neu zu kontextualisieren, um dadurch die Universität der Gegenwart besser zu verstehen und auch die Rahmenbedingungen des eigenen Studiums in der Akademie deutlicher zu reflektieren. Einen Versuch dazu unternommen hat beispielsweise die Universität Leiden in den Niederlanden, die in ihrer Senatskammer die gesamte Professor*innengalerie – in die bis dahin lediglich eine einzige Frau Einzug gefunden hatte – mit einem Druck überspannen liess, der nur weibliche Vertreterinnen der Universität abbildete, in derselben Manier wie die darunter befindlichen Porträts. Für einen Monat blieb diese Installation bestehen und regte die Besucher*innen der für diese Zeit öffentlichen Kammer dazu an, in Interaktion mit der Geschichte und Tradition einer Universität zu treten und diese durchaus kritisch zu taxieren.³² Ob in einer Form des Aktionismus oder einer leisen, aber steten Selbstreflexion: Wenn Tradition mit Hobsbawm als etwas Erfundenes, das sich durch die stete Wiederholung als Kontinuum einprägt, verstanden wird,³³ dann braucht es den aktiven Versuch, diese Spirale so weit zu dehnen, dass dabei ein Intervall als möglicher Denkraum entstehen kann. Denn die Artifizialität dieser spezifischen Tradition der Professorengalerie, als Abbild der Historie der Universität, offenbart sich bereits in dem internen Aufeinanderprallen der gemalten Bildnisse alternder

Männer mit der geschätzten Selbstbezeichnung der Universität als nährende Mutter: Alma Mater.



Abb. 9: Die momentan in der Skulpturenhalle eingelagerten Marmorbüsten Ferdinand Schläpfers (1818-1891), früher im Vorraum der Aula im Berri-Bau platziert, 2021.

Simeon Jankovic studiert Kunstgeschichte und Bildtheorie an der Universität Basel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Simeon Jankovic, *Aula des Berri-Baus*, 2021.

Abb. 2: Emmanuel Handmann (1718-1781), *Leonhard Euler (1707-1783)*, 1756, Öl auf Leinwand.

Abb. 3: Hans Holbein der Jüngere, *Der Schreibende Erasmus*, 1523, Öl und Tempera auf Papier auf Holz aufgezogen, 37.1 x 30.8 cm, Kunstmuseum Basel.

Abb. 4: Josef Reinhard (1749-1824), *Johann Jakob D'Annone (1728-1804)*, 1801, Öl auf Leinwand.

Abb. 5: Hans Lendorff (1863-1946), *Jacob Burckhardt (1818-1897)*, 1898, Öl auf Leinwand.

Abb. 6: Simeon Jankovic, *Bronze-Büste des Kunsthistorikers Heinrich Wölfflin im Foyer des Kunsthistorischen Seminars der Universität Basel*, 2021.

Abb. 7: Unbekannt, *Heinrich Wölfflin und seine Studenten vor den Kunstwerken Arnold Böcklins im*

Literatur

- 1 Siehe zum Beispiel die kürzlich restaurierte Skulptur von Lorado Taft an der University of Illinois (1929) und Edvard Munchs *Alma Mater* (1916) in der Aula der Universität Oslo: University of Illinois Alumni Association: »The Big Picture: Alma Mater restored«, <https://uiaa.org/2014/06/12/the-big-picture-alma-mater-restored/> (12. Juni 2014); Universitetet i Oslo: *Edvard Munch i Aulaen*, Oslo: Universitetet i Oslo (o.J.).
- 2 Eric Hobsbawm, »Introduction: Inventing Traditions«, in: Eric Hobsbawm, Terence Ranger (Hg.): *The Invention of Tradition*, Cambridge: Cambridge University Press (2013 [1983]), S. 1.
- 3 Ein Eindruck von der Relevanz des *Dies Academicus* für die Universität Basel kann am Beispiel ihres Onlineauftritts gewonnen werden, wo er an keiner geringeren Stelle als in der Sektion »Porträt« aufgeführt ist. Vgl. »Porträt«, <https://www.unibas.ch/de/Universitaet/Portraet/Dies-Academicus.html> (22. Juni 2021).
- 4 Vgl. Reinildis van Ditzhuyzen: »Selbstdarstellung der Universität: Feiern und Zeremoniell am Beispiel der Doktorpromotionen«, in: Rainer Christoph Schwinges (Hg.): *Universität im öffentlichen Raum*, Basel: Schwabe (2008), S. 75.
- 5 William Clark: *Academic Charisma and the Origins of the Research University*, Chicago: University of Chicago Press (2006), S. 3–4.
- 6 William Clark: *Academic Charisma and the Origins of the Research University*, Chicago: University of Chicago Press (2006), S. 7.
- 7 »Kunstsammlung der Universität Basel«, <https://www.unibas.ch/de/Universitaet/Administration-Services/Generalsekretariat/Archive-Sammlung/en/Wissenschaftliche-Sammlungen/Alphabetisch-sortiert/Kunstsammlung.html> (16. Mai 2021).
- 8 Vgl. dazu Paul Leonhard Ganz: *Das Museum an der Augustinergasse in Basel und seine Porträtgalerie*, Basel: Verlag der historischen und antiquarischen Gesellschaft (1979), S. 44.
- 9 Paul Leonhard Ganz: *Das Museum an der Augustinergasse in Basel und seine Porträtgalerie*, Basel: Verlag der historischen und antiquarischen Gesellschaft (1979), S. 46.
- 10 Vgl. Paul Leonhard Ganz: *Das Museum an der Augustinergasse in Basel und seine Porträtgalerie*, Basel: Verlag der historischen und antiquarischen Gesellschaft (1979), S. 41–48; Abb. 1–2, 4.
- 11 Paul Leonhard Ganz: *Das Museum an der Augustinergasse in Basel und seine Porträtgalerie*, Basel: Verlag der historischen und antiquarischen Gesellschaft (1979), S. 47f.
- 12 Paul Leonhard Ganz: *Das Museum an der Augustinergasse in Basel und seine Porträtgalerie*, Basel: Verlag der historischen und antiquarischen Gesellschaft (1979), S. 47.
- 13 Paul Leonhard Ganz: *Das Museum an der Augustinergasse in Basel und seine Porträtgalerie*, Basel: Verlag der historischen und antiquarischen Gesellschaft (1979), S. 55, Abb. 61.
- 14 Marian Füssel: »Die Kunst der Unterscheidung. Professorenporträts in der Frühen Neuzeit«, in: Christian Vogel, Sonja E. Nökel (Hg.): *Gesichter der Wissenschaft, Repräsentanz und Performanz von Gelehrten in Porträts*, Göttingen: Wallstein Verlag (2019), S. 60.
- 15 Vgl. Gadi Algazi: »Eine gelernte Lebensweise: Figuren des Gelehrtenlebens zwischen Mittelalter und Früher Neuzeit«, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 30 (2007), S. 107–118.
- 16 Vgl. Roland Kanz: *Dichter und Denker im Porträt: Spurengänge zur deutschen Porträtkultur des 18. Jahrhunderts*, München: Deutscher Kunstverlag (1993), S. 25f.
- 17 Vgl. Andreas Beyer: *Das Portrait in der Malerei*, München: Hirmer (2002), S. 16.
- 18 Christian Vogel: »Gesichter der Wissenschaft. Eine Einleitung«, in: Christian Vogel, Sonja E. Nökel (Hg.): *Gesichter der Wissenschaft, Repräsentanz und Performanz von Gelehrten in Porträts*, Göttingen: Wallstein Verlag (2019), S. 20.
- 19 Vgl. dazu Paul Leonhard Ganz: *Das Museum an der Augustinergasse in Basel und seine Porträtgalerie*, Basel: Verlag der historischen und antiquarischen Gesellschaft (1979), S. 51.
- 20 Vgl. dazu Paul Leonhard Ganz: *Das Museum an der Augustinergasse in Basel und seine Porträtgalerie*, Basel: Verlag der historischen und antiquarischen Gesellschaft (1979), S. 51.
- 21 Vgl. Georg Kreis: *Die Entwicklung der Universität entlang ihrer Bauten*, Basel: Christoph Merian Verlag (2010), S. 45–62.
- 22 Wie aus einem Gespräch mit dem Kunsthistoriker Gottfried Boehm hervorgeht, wurde die Büste Wölfflins im Rahmen des Umzugs des Kunsthistorischen Seminars in den Laurenz-Bau im September 2002 mit Bezug der Räumlichkeiten an seinen heutigen Ausstellungsort platziert.
- 23 Joseph Gantner: *Heinrich Wölfflins Basler Jahre und die Anfänge der modernen Kunstwissenschaft*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1960), S. 80.
- 24 Christopher S. Wood: *A History of Art History*, Princeton: Princeton University Press (2019), S. 308.
- 25 Joseph Gantner (Hg.): *Jacob Burckhardt und Heinrich Wölfflin: Briefwechsel und andere Dokumente ihrer Begegnung 1882–1897*, Basel: Schwabe (1989), S. 177.
- 26 William Clark: *Academic Charisma and the Origins of the Research University*, Chicago: University of

- Chicago Press (2006), S. 15, 17.
- 27 Andreas Staehelin (Hg.): *Professoren der Universität Basel aus fünf Jahrhunderten. Bildnisse und Würdigungen*, Basel: Verlag Friederich Reinhardt (1960), S. 5.
- 28 Vgl. »Unigeschichte seit 1460«, <https://unigeschichte.unibas.ch/> (22. Juni 2021).
- 29 Eric Hobsbawm, »Introduction: Inventing Traditions«, in: Eric Hobsbawm, Terence Ranger (Hg.): *The Invention of Tradition*, Cambridge: Cambridge University Press (2013 [1983]), S. 6.
- 30 Robert Musil: Denkmale, in: Adolf Frisé (Hg.): *Gesammelte Schriften*, Bd. II, Hamburg: Rowohlt (1978 [1927]), S. 506f.
- 31 »Robert Musil Denkmale«, in: Adolf Frisé (Hg.): *Gesammelte Schriften*, Bd. II, Hamburg: Rowohlt (1978 [1927]), S. 506-507.
- 32 Für eine ausführliche Projektbeschreibung siehe: »Room for Women in Senate Chamber«, <https://www.universiteitleiden.nl/en/news/2016/03/room-for-women-in-senate-chamber>, (22. Juni 2021).
- 33 Eric Hobsbawm, »Introduction: Inventing Traditions«, in: Eric Hobsbawm, Terence Ranger (Hg.): *The Invention of Tradition*, Cambridge: Cambridge University Press (2013 [1983]), S. 1.

Sind gelehrte Frauen gefährlich?

1889 finden an der Universität Basel hitzige Debatten zur Studierfähigkeit der Frauen statt. Die Mehrheit der Basler Professoren kaschiert in ihren Gutachten die Angst vor steigender Konkurrenz auf dem akademischen Arbeitsmarkt mit fadenscheinigen Argumenten.

Emilie Louise Frey, Adèle Weissenberger, Anna Elisabeth Koettgen, Serena Walpurga Buser, Helena Schmitz-Devotschkina, Brunhilde Kramer, Jeanne Camplair, Marie Josephine Alder, Adrienne Koby, Nadine Wassilief Kononowitsch, Julie Magdalena Gisi, Marie Tarnutzer, Adèlè Stoeklin, Margaretha Pluess, Bertha Jundt, Anna Keller, Frieda Spinnler, Martha Fanny Regenass, Elsa Frölicher, Anna Neumann, Martha Diem, Hedwig Bloch, Katharina Keller, Endoxie Silvanowna, Anna Trippi, Emeline Meyer, Maria Wagner, Sophie Gross-Berdischersky, Harriet Jane Parell, Tabitha Gertrud Haerle, Hélène Zellweger, Edeltrud Walz, Alice Wilhelmine Gutknecht, Elisabeth Faller, Hilda Witting, Anna Bucher, Mary Wetter, Katharina Suter, Ida Geisel, Elisabeth Thurneysen, Marthe Guéniat, Rachel Etienne, Bertha Rüetschi und Anna Alexandrina Hertenstein-Kijander.

44 Namen zieren in weisser Farbe die dunklen Stufen einer spiralförmigen Treppe im Kollegienhaus, dem Hauptgebäude der Universität Basel. Die Treppe dient nicht nur als Mittel, um in die oberen Stockwerke zu gelangen, sondern fungiert auch als Denkmal. Bei den an der Treppe angebrachten Namen handelt es sich um die Namen der ersten 44 Frauen, die zwischen den Jahren 1890 bis 1908 zu einem Studium an der Universität Basel zugelassen wurden. An jeder Treppenstufe ist eine Jahrzahl angebracht, die das jeweilige Datum der Immatrikulation der daneben genannten Frau angibt. An einigen Stufen steht jedoch nur eine Jahrzahl und kein Name. In solchen Jahren hatte sich keine einzige Frau an der Universität Basel immatrikuliert. Diese Leerstellen repräsentieren die Abwesenheit von Frauen und betonen die Minorität von Studentinnen an der Universität Basel um die Jahrhundertwende.

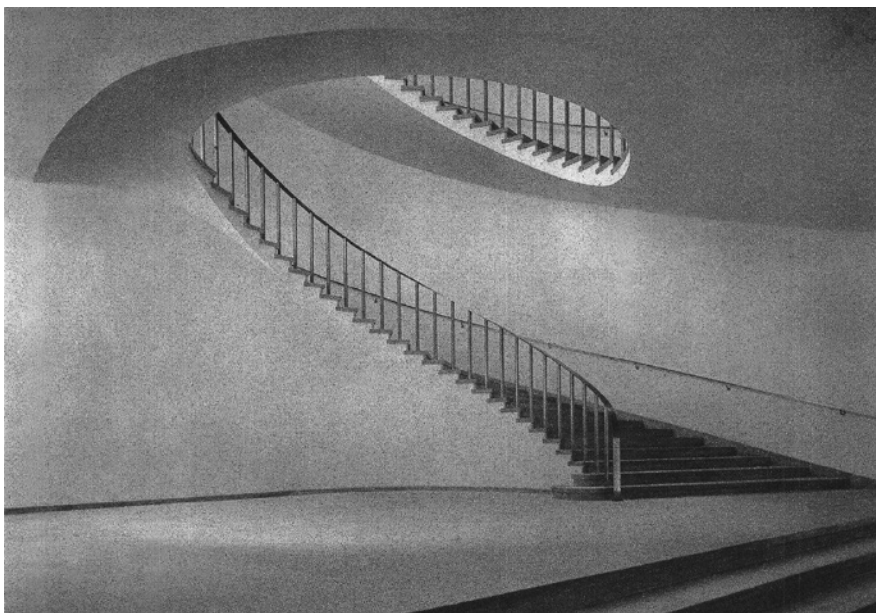


Abb. 1: Robert Spreng, »Treppe im Kollegienhaus der Universität Basel«, 1941 © Erbgemeinschaft Robert Spreng.

Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Zulassung von Studentinnen an die Universität Basel wurde im Jahr 1990 im Kollegienhaus die Ausstellung *100 Jahre Frauen an der Universität Basel* gezeigt. Konzipiert wurde diese Ausstellung während des Sommersemesters 1990 im Rahmen eines Proseminars von Regina Wecker, die zu jenem Zeitpunkt Assistentin am Historischen Seminar war. In ihrem Proseminar entstand die Idee, an einem öffentlichen Ort auf die ersten Basler Studentinnen hinzuweisen. Umgesetzt wurde die Idee vom Grafikerinnen-Büro *Bühler und Stolzenburg*. Ziel der Installation war es, in möglichst prägnanter Form zu veranschaulichen, wie wenige Frauen sich um die Jahrhundertwende an der Universität Basel immatrikulierten. Die Botschaft an das Publikum sollte lauten: Das sind alle. Mehr gab es nicht.¹

Der Beschluss, Frauen zum Studium zuzulassen, kam in Basel vergleichsweise spät. Während Frauen an den Universitäten Zürich, Bern, Genf und Lausanne bereits seit mehr als zwanzig Jahren studieren durften, diskutierten die Basler Professoren 1889 noch immer über die Studierfähigkeit von Frauen.² In der Debatte ging es um die Einschätzung der intellektuellen Fähigkeiten von Frauen ebenso wie um ein allgemeines, auch für Frauen geltendes Recht darauf, an Hochschulen zu studieren. Im Zentrum der Auseinandersetzung stand jedoch, um einiges profaner, die Frage nach akademischen Berufen und ihrer Ausübung durch gelehrte Frauen. Dieser Text stellt die These auf, dass die meisten Professoren und zahlreiche Studenten der Universität Basel, die gegen die Zulassung von Frauen zum Studium argumentierten, akademisch ausgebildete Frauen als eine Bedrohung für die Chancen der Männer auf dem wissenschaftlichen Arbeitsmarkt wahrnahmen.

Die Etablierung des Frauenstudiums als langwieriger Prozess

Zwischen 1872 und 1889 gingen verschiedene Gesuche von Frauen mit der Bitte um Zulassung zum Studium an der Universität Basel ein. Bei der Beantwortung waren sich die Professoren keinesfalls immer einig. 1874 etwa setzte sich Friedrich Nietzsche für eine Frau Rubinstein aus Leipzig ein, deren Zulassung jedoch unter anderem am Widerstand Jacob Burckhardts scheiterte. Knapp zehn Jahre später reichte die Bündnerin Meta von Salis, die damals Geschichte an der Universität Zürich studierte, ein Gesuch ein. Im Antrag schrieb sie: »Ich habe seit Herbst 1883 die hiesige Universität besucht und wünsche, weil spezielle historische Studien verfolgend, aufs dringlichste die Vorträge von Prof. J. Burckhardt geniessen zu können.«³ Auch dieses Gesuch wurde abgelehnt, obwohl Jacob Burckhardt hier gerne eine Ausnahme gemacht hätte.⁴ Im Jahr 1888 ergriff der Altphilologe Jakob Mähly in einem Artikel der *Allgemeinen Schweizer Zeitung* Partei für die Frauen und betonte, dass es sich bei dem Frauenstudium um eine Frage der Gerechtigkeit handle:

»Wer sein Ohr an das Herz der Zeit legt, der hört deutlich heraus, dass die Frauenfrage immer dringender wird und dass die Zukunft eine Lösung derselben bringen muss. Wie letztere ausfallen werde, kann natürlich heute noch nicht mit voller Bestimmtheit vorausgesagt werden, sicher ist nur das, dass sie in einem für das weibliche Geschlecht günstigeren und seiner Menschenwürde entsprechenderen Sinne ausfallen wird, als die Vergangenheit und theilweise auch noch unsere Gegenwart sie bietet oder vielmehr nicht bietet, denn von einer Lösung der Frauenfrage, die diesen Namen auch nur annähernd verdiente, kann auch heute noch nicht die Rede sein.«⁵

Mähly warf die Frage auf, weshalb es einer Frau, die den Wunsch verspürt, »ihren Geist durch die Aufnahme weiterer Kenntnisse noch mehr auszubilden«,⁶ versagt sein solle, an einer Hochschule zu studieren, während ihren männlichen Altersgenossen, die die Maturitätsreife errungen hatten, alle Schweizer Universitäten offen stünden. Er fasste anklagend zusammen: »Um der schweizerischen männlichen Jugend willen soll die baslerische weibliche in ihren Interessen geschändet werden.«⁷

Ein Jahr später, im Juni 1889, übte auch das Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt Druck auf die Universität aus und verlangte von der Regenz, sich zum Frauenstudium zu positionieren. Grund dafür war ein Brief des Basler Seidenhändlers Eduard Frey, der sich direkt an das Erziehungsdepartement gewandt hatte und für seine Tochter Emilie Louise um Zulassung zum Studium der Medizin an der Universität Basel bat. Die Basler Familie Frey hatte zuvor einige Jahre in Zürich gelebt und war nun nach Basel zurückgekehrt, wo die älteste Tochter Medizin studieren sollte.⁸

Frauenfeindliche Gutachten

Die Frage der Zulassung wurde vorerst an der Medizinischen Fakultät erörtert. In einem Gutachten berichtete der Inhaber des Lehrstuhls für Geburtshilfe und Dekan der Medizinischen Fakultät, Hermann Fehling, über das Meinungsbild innerhalb der Fakultät. Für das von der Regenz geforderte Gutachten hatte sich Fehling auch bei den Medizinischen Fakultäten der Universitäten Bern, Genf und Zürich – wo Frauen bereits seit einigen Jahren zum Studium zugelassen waren – Einschätzungen zum Frauenstudium eingeholt. Die Medizinische Fakultät der Universität Bern berichtete im Allgemeinen über befriedigende Leistungen der Studentinnen und konnte auch keinerlei Nachteile feststellen, die darauf zurückzuführen wären, dass Männer und Frauen gemeinsam studierten. Fehling fügte im Gutachten jedoch hinzu, dass er durch mündliche Nachrichten von Kollegen darüber informiert worden sei, dass sich Studenten über das Vordrängen und eine angebliche Rücksichtslosigkeit von Studentinnen beklagt hätten. Die Medizinische Fakultät der Universität Zürich äusserte sich weder befürwortend noch ablehnend gegenüber ihren Studentinnen, sie machte lediglich darauf aufmerksam, dass sich die Frauen in zwei Gruppen unterscheiden liessen. Die eine Gruppe bestünde aus Russinnen, die sich

vor allem durch mangelhafte Vorbildung ausgezeichneten, während die anderen Studentinnen nicht auffielen und teilweise sogar recht gute Leistungen in den Examina erbrachten. Auch in Genf sah man im koedukativen Medizinstudium keine Nachteile.⁹ Fehling fügte jedoch auch hier weitere Informationen hinzu, die ihm aus privater Nachricht zu Ohren gekommen waren:

»Wenn dort [in Genf] die Frauen im Allgemeinen als weniger fassungsfähig, geschickt und intelligent bezeichnet werden, so hängt das nach Ansicht der Fakultät mit der mangelhaften Vorbildung zusammen, welche besonders bei den Ausländerinnen hervortritt [sic]; allerdings suchen die Frauen durch Fleiss und Eifer diese Nachteile auszugleichen. Während nun die Fleissigen theoretische gute Kenntnisse sich zu erwerben vermögen, bleiben sie in ihren praktischen Leistungen weit unter den Männern zurück, es fehlt ihnen an praktischem Blick, an Sicherheit der Diagnose, an kaltem Blut und scharfem Urtheil.«¹⁰

In Basel selbst waren die Mitglieder der Medizinischen Fakultät sich in der Frage des Frauenstudiums ausgesprochen uneinig. Während eine Minderheit der Fakultätsmitglieder der Ansicht war, dass die Universität Basel nicht hinterherhinken solle, wenn alle anderen Schweizer Universitäten ihre Türen für Frauen öffneten, befand die Mehrheit, dass es mit den Universitäten Bern, Genf und Zürich schon genügend Angebote für Frauen gäbe, Medizin zu studieren. Ein weiterer Streitpunkt war das Zusammensein von Frauen und Männern im Rahmen der Vorlesungen, Seminare und Übungen. Während die einen glaubten, dass die Gegenwart von Studentinnen den Eifer von Studenten steigern könnte, äusserten andere die Befürchtung, dass die Anwesenheit von Frauen die Männer vom Unterricht ablenken könnte.¹¹ Auch zahlreiche Studenten zeigten sich wenig begeistert von der Vorstellung, dass Frauen an der Universität Basel Medizin studieren könnten. In einem Brief an die Regenz und die Kuratel der Universität Basel, der von 72 Medizinstudenten unterschrieben worden war, sprachen sie sich gegen die Zulassung von Frauen aus:

»Die Universität Basel ist bis heute vom Frauenstudium verschont geblieben, wie ihre deutschen Schwesteruniversitäten, und nicht zu ihrem Unheil. Für die wenigen Schweizerinnen, welche sich dem Studium der Medizin widmen wollen, genügen die drei übrigen schweizerischen Universitäten (Bern, Genf, Zürich), welche Frauenzimmer zulassen, vollständig. [...] Wir würden die ganze Frage vielleicht milder beurteilen, wenn mit der Einräumung gleicher Rechte den Frauenzimmern später auch gleiche Pflichten wie uns überbunden werden könnten. Wenn aber z.B. der Staat den Arzt mitten aus seiner Praxis zur Ausübung der Wehrpflicht herausruft, während die Ärztin ungestört ihrem Berufe nachgehen könnte, so würde das eine ungerechtfertigte Schädigung des ersteren bedeuten.«¹²



Abb. 2: Studentinnen an Schweizer Universitäten nach Nationalitäten 1864-1927. Aus: Schweizerischer Verband der Akademikerinnen (Hg.): Das Frauenstudium an den Schweizer Hochschulen, Zürich 1928, S. 326.

Die Medizinstudenten befürchteten, dass mit der Zulassung von Frauen zum Medizinstudium auch Frauen in medizinische Berufe drängen würden. Die Forderung, gleiche Rechte mit gleichen Pflichten zu verknüpfen, kaschiert nur unzureichend, worum es ihnen ging: Die Studenten hatten Angst um ihre künftigen Arbeitsplätze. Die Frage der Zulassung von Frauen zum Studium sollte schliesslich prinzipiell und auf gesamtuniversitärer Ebene ausdiskutiert werden, wofür die Kuratel auch die anderen Fakultäten der Universität Basel um Meinungen bat und zur Stellungnahme aufforderte.¹³ Die meisten Professoren begegneten dem Frauenstudium skeptisch bis ablehnend. Der Dekan der philosophischen Fakultät, Karl Bücher, bat alle Fakultätsmitglieder um eine schriftliche Meinungsäusserung. 23 Mitglieder kamen seiner Bitte nach. Davon äusserten sich elf Mitglieder mehr oder weniger entschieden gegen die Zulassung von Frauen zum Studium in Basel, sieben waren bedingt oder unbedingt dafür, drei waren unentschieden und zwei setzen eine Prüfung der Fachkenntnisse der Frauen voraus. Die Kleinschreibung in dem Gutachten des Historikers Heinrich Boos ist bezeichnend:

»Will man weniger rigoros sein, so würde ich befürworten, dass man sich prinzipiell für die Zulassung der frauen [sic] erkläre, weil es nutzlos wäre sich gegen diese Modekrankheit unserer Zeit zu wehren, dass man aber

es dem Ermessen des [...] Dozenten überträgt, ob er frauen [sic] als Hörerinnen zulassen wolle oder nicht.«¹⁴

Viele Professoren bezeichneten das Bedürfnis von Frauen, an einer Universität zu studieren, zwar wie Boos als »Modekrankheit«, waren aber der Ansicht, dass vor allem die schulischen Kenntnisse einer Frau für die Zulassung entscheidend sein sollten. Die Vorbildung der Frauen sollte auf demselben Niveau sein wie die der Männer, also der schweizerischen Maturität entsprechen, damit der gleiche Wissensstand vorausgesetzt werden konnte. Sogar der Philosoph Hans Heussler, der seine Abneigung gegenüber (studierenden) Frauen nicht versteckte, räumte in seinem Gutachten ein, dass es nicht an der weiblichen Intelligenz lag, dass er sich gegen das Frauenstudium aussprach:

»Mein Votum in Sachen Frauenstudium kann ich kurz fassen. Eine unbesiegbare Abneigung gegen gelehrte Schönheiten lässt mich keineswegs verkennen, dass auch auf unseren Gebieten Frauen schon Tüchtiges geleistet haben, noch dass gegenwärtig sociale Nothwendigkeiten obwalten, die wir nicht hemmen werden. Nichtsdestoweniger scheint mir eine Discussion dieser prinzipiellen Seiten der Frage für uns völlig überflüssig zu sein: da Zürich und Bern dem Frauenstudium bereits Thüre und Thor geöffnet haben, so ist für die Bedürfnisse der Schweiz genug ausreichend gesorgt, und wir mit unseren noch so beschränkten räumlichen Verhältnissen, haben m.E. zur Stunde Grund genug, uns dieser Art von Zuwachs zu versagen.«¹⁵

Ähnlich wie Heussler argumentierten viele Professoren, dass es nicht die Aufgabe der Basler Universität sei, Frauen eine weitere Möglichkeit zum Studium zu bieten, da, wie der Theologe Friedrich Heman in seinem Gutachten zu bedenken gab, ohnehin schon »Mangel an genügenden Localitäten an unserer Universität«¹⁶ herrsche. Andere argumentierten hingegen, dass man sich gerade an den anderen Schweizer Universitäten ein Beispiel nehmen und Frauen zum Studium zulassen solle, damit die Basler Universität im schweizweiten Vergleich attraktiv bleibe. Der Germanist Rudolf Kögel und der Altphilologe Jakob Wackernagel äusserten Befürchtungen, dass mit einer Zulassung von Frauen das geistige Niveau in den universitären Veranstaltungen sinken würde und das Zusammensein von Studentinnen und Studenten leicht zu »Unzukömmlichkeiten« führen könnte.¹⁷

Der wohl zentrale Streitpunkt auf gesamtuniversitärer Ebene waren die späteren Berufsaussichten für Frauen nach einem Universitätsstudium. Der Dekan der theologischen Fakultät fühlte sich nicht dazu verpflichtet, ein Votum bezüglich des Frauenstudiums abzugeben, da der Beruf des Pfarrers für Frauen ohnehin nicht in Frage komme.¹⁸ Auch an der juristischen Fakultät gingen die Meinungen im Hinblick auf spätere Berufschancen auseinander. Viele äusserten Bedenken, dass bisher alle beruflichen Positionen, die eine juristische Vorbildung benötigten, Männern übertragen worden waren. Dass sich dies schnell ändern würde, hielt man für

unwahrscheinlich.¹⁹ Zusätzlich wies der Dekan der juristischen Fakultät, Albert Teichmann, in seinem Gutachten darauf hin, dass »[...] ein wirkliches Bedürfnis der Zulassung auch weiblicher Studierenden zu juristischen Studien, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, in der Schweiz und den meisten anderen Staaten der Alten Welt bisher sich nicht fühlbar gemacht hat.«²⁰ Im Zentrum der Auseinandersetzung stand also vornehmlich nicht die Eignung von Frauen für oder ihr Recht auf ein Studium, sondern die an das Studium anschliessende Ausübung eines akademischen Berufs.

An der philosophischen Fakultät herrschte diesbezüglich ebenso grosse Uneinigkeit. So leitete der Botaniker Georg Klebs aus dem den Basler Frauen zugestandenen Recht auf Lohnarbeit auch ein Recht auf ein Studium her:

»Es liegt auch thatsächlich kein Grund vor, das unzweifelhafte und allgemein anerkannte Recht der Frau, sich eine Lebensstellung zu erringen, dadurch zu beschränken, dass man ihr blos den Eintritt in die niederen Regionen der Bergwerk- und Fabrikarbeit nicht aber in die höheren geistigen Fächer gestattet.«²¹

In der verwehrten akademischen Ausbildung sah Klebs den Grund für ungleiche Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, der Frauen aus der Arbeiterklasse in Fabrik- oder Heimarbeit willkommen hiess, während sie zu den sogenannten »höheren« Berufen keinen Zugang hatten. Dagegen argumentierte der Germanist Carl Meyer mit Natur und Kultur dafür, die Dinge zu lassen, wie sie sind:

»Wir haben ferner keine Veranlassung, das weibliche Geschlecht derjenigen Thätigkeit, auf welche es durch die Natur sowie durch eine Tradition von Jahrhunderten angewiesen ist, zu entfremden und dasselbe einer anderen zuführen zu helfen, auf welche es wahrscheinlich doch nie eine wirklich bedeutende Rolle spielen wird.«²²

Auch die beiden Philologen Kögel und Wackernagel hielten in ihrem Gutachten, in dem sie sich gegen das Frauenstudium aussprachen, an der bestehenden Ordnung fest und verwiesen auf fehlende Möglichkeiten für gelehrte Frauen, akademische Berufe auszuüben: »Damit hängt es zusammen, dass wenigstens in der Philologie das Frauenstudium kein berufliches Ziel hat. Lehrstellen, in welchen eine Frau Kenntnis der klassischen Sprachen verwerten könnte, giebt es in unserem Lande nicht.«²³ Dass die meisten Professoren keinerlei Interesse daran hatten, an den bestehenden Ordnungsmustern etwas zu verändern, erklärt die Historikerin Edith Glaser mit einer Angst und Orientierungslosigkeit von Männern in einer Zeit des sozialen Wandels, in der Frauen begannen aus den ihnen zugeschriebenen traditionellen Rollen auszubrechen und neue Berufsfelder zu erobern. In den professoralen Bestrebungen, das Frauenstudium zu verhindern, ist deutlich zu erkennen, dass die Professoren die traditionelle Form der Arbeitsteilung, mit der eine geschlechtsspezifische Trennung von öffentlicher und privater Sphäre einherging, aufrechterhalten wollten.²⁴

Die Historikerin Theresa Wobbe argumentiert, dass die Angst vor der Feminisierung eines bisher nur männlich besetzten akademischen Berufs auch mit einem befürchteten Verlust an sozialem Prestige verbunden war.²⁵

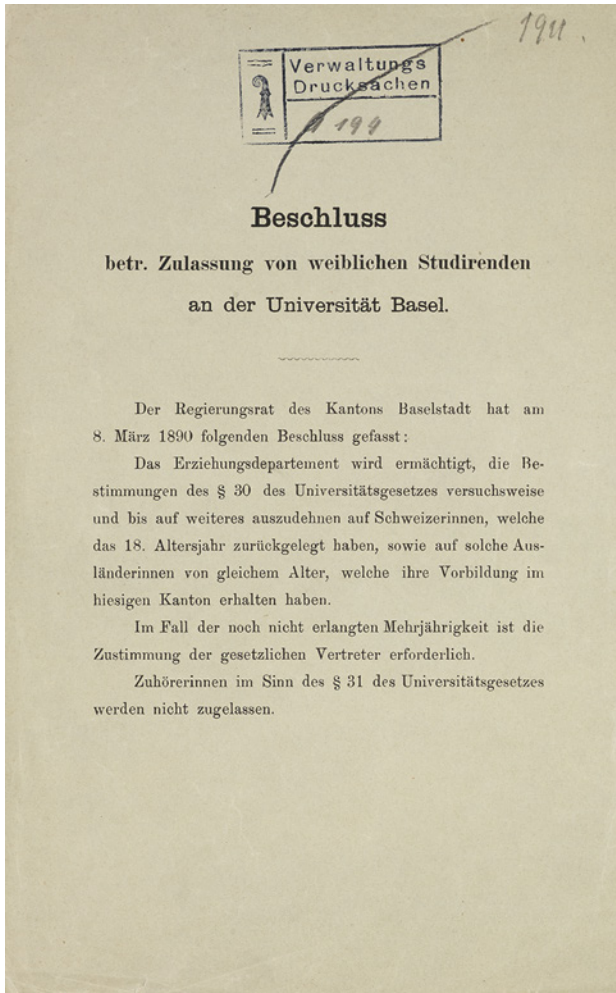


Abb. 3: Beschluss: Zulassung von weiblichen Studierenden an der Universität Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, StABS Universitätsarchiv I 6 Frauenstudium, 1873-1927.

»Unerfreuliche Elemente aus dem Osten«²⁶

Auch andere Ressentiments traten im Kampf gegen das Frauenstudium offen zutage: Wackernagel und Kögel warnten die Universität in ihrem Gutachten deutlich vor russischen Studentinnen: »Thatsache [sic] ist, dass wenn man einmal Damen zulässt, man es nicht in der Hand hat sich auf die ehrenwerten zu beschränken, sondern der Einströmung gewisser unerfreulicher Elemente aus dem Osten ausgesetzt ist.«²⁷

Seit an den Schweizer Universitäten Zürich, Bern, Genf und Lausanne Frauen zum Studium zugelassen waren, befanden sich unter den immatrikulierten Studentinnen auffallend viele Russinnen. Die russische Frauenbewegung hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für eine Verbesserung der Frauenbildung eingesetzt. An russischen Mädchengymnasien, die von privaten Stiftungen und durch Schulgelder der Eltern finanziert wurden, konnten junge Frauen eine höhere Bildungsstufe erreichen und sich anschliessend an Universitäten immatrikulieren. Ab 1859 durften Frauen an der Universität St. Petersburg Vorlesungen in Medizin belegen. Nachdem die Petersburger Universität jedoch als Reaktion auf studentische Unruhen in den Jahren 1861 und 1862 vorübergehend geschlossen worden war, blieb den Frauen der Zutritt nach der Wiedereröffnung im Jahr 1862 verwehrt. Da es für Frauen in Russland keine Möglichkeiten mehr gab, das Studium fortzusetzen, wechselten viele russische Studentinnen nach Zürich, wo ihnen die Immatrikulation, zu Beginn hauptsächlich an der medizinischen Fakultät, erlaubt war. Die Universität Zürich war damit Vorreiterin im gesamten deutschsprachigen Raum: 1867 war sie die erste Universität, an der sich russische Studentinnen immatrikulieren durften.²⁸

Weite Teile der Schweizer Bevölkerung begegneten ihnen jedoch mit Unmut. Die russischen Studentinnen interessierten sich für Politik, rauchten, galten als ärmlich gekleidet und zeigten, in den Augen vieler Schweizer*innen, nur selten den Willen, sich an die Schweizer Verhältnisse anzupassen. Nicht wenige der russischen Studentinnen waren Anhänger*innen revolutionärer und sozialreformerischer Ideen. Dass ein Grossteil der Russinnen jüdischer Herkunft war, behagte einigen Schweizer*innen ebenfalls nicht.²⁹ Die Basler Professoren befürchteten bei einer Zulassung von Frauen zum Studium einen schlechten Einfluss russischer Studentinnen auf andere Studierende. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, Richard Zutt, der dem Frauenstudium wohlwollend gegenüberstand, fand daraufhin eine Möglichkeit, dieses Gegenargument zu umgehen: Im Jahr 1890, ausgerechnet am 8. März, dem heutigen Weltfrauentag, beschloss der Regierungsrat entgegen der ablehnenden Haltung vieler Professoren, dass Frauen versuchsweise zum Studium an die Universität Basel zugelassen werden. Es durften sich jedoch nicht alle Frauen immatrikulieren, sondern nur Schweizerinnen oder Ausländerinnen, die ihre Vorbildung im Kanton Basel-Stadt erhalten hatten.³⁰

Die erste, die von dem neuen Universitätsgesetz Gebrauch machen konnte, war Emilie Louise Frey, die Tochter des Seidenhändlers Eduard Frey, der sich zuvor an das Erziehungsdepartement gewandt hatte. Am 21. April 1890 immatrikulierte sich Emilie Frey als erste Studentin an der medizinischen Fakultät der Universität Basel. Das fünf Jahre dauernde Studium bis zum Staatsexamen dürfte eine beschwerliche Zeit für Emilie Frey gewesen sein, denn an der Universität wurde sie zwar geduldet, doch war sie Anfeindungen durch ihre Kommilitonen ausgesetzt.³¹ Sie wurde vom geselligen Studentenleben ausgeschlossen und verbrachte ihre Freizeit am Schreibtisch mit Lernen. Zum Zeitpunkt ihrer Immatrikulation war sie bereits zum Stadtgespräch geworden. Auf dem Weg zu den Vorlesungen

wurde sie erkannt, die Basler Bürger*innen riefen einander zu: »D'Studäntin kunnt!«. ³² Nachdem sie 1896 mit einer Dissertation über den Krankheitsverlauf von Rachitis promoviert wurde, hielt sich Emilie Frey bewusst von Veranstaltungen und Vortragsabenden der Medizinischen Gesellschaft fern. Sie eröffnete nach ihrem Staatsexamen im elterlichen Haus eine Praxis für Gynäkologie und wurde zu einer geschätzten Gynäkologin, deren Ruf als erste Basler Ärztin auch Patientinnen aus den grenznahen Gebieten, vom Elsass bis nach Freiburg, anzog. ³³

Abneigung gegenüber Medizinerinnen

Die ersten Studentinnen der Universität Basel immatrikulierten sich an der medizinischen Fakultät. Der Wunsch nach einer Professionalisierung des Pflegens und des Heilens, die als typische weibliche Begabungen galten, stellte dabei allerdings eher nicht die Hauptmotivation der Studienwahl dar. Die Historikerin Cornelia Eggmann nennt vielmehr die Hoffnung auf gute Berufschancen, die Aussicht auf die Eröffnung einer eigenen Praxis und der damit einhergehenden Selbstständigkeit und finanziellen Unabhängigkeit als einen häufigen Grund für die Wahl des Medizinstudiums. ³⁴

Nicht nur in Basel, sondern auch in Deutschland war die Abneigung gegenüber Medizinstudentinnen gross. Der Münchner Anatomie- und Physiologie-Professor Theodor von Bischoff brachte, basierend auf den Ergebnissen eines Vergleichs der Gehirn- und Schädelanatomie von Mann und Frau, unzureichende physische und psychische Eigenschaften von Frauen als Argumente gegen das weibliche Medizinstudium vor. Er betrachtete das »Eindrängen« von Frauen in die ärztliche Praxis als naturwidrig, da er der Meinung war, dass durch eine akademische Berufsausbildung und Tätigkeit der weibliche Geschlechtscharakter gefährdet werde. Frauen beschrieb er als sanft, zärtlich, gutmütig, sittsam, schamhaft, mitfühlend, nachgiebig, furchtsam, geschwätzig, verschmitzt, inkonsequent, oberflächlich, willensschwach, gefühlsbetont, unbestimmt und barmherzig. Er sprach Frauen, aufgrund der ihnen zugeschriebenen Charaktereigenschaften, eine Eignung für das Studium der Wissenschaften und insbesondere der Medizin ab. Für von Bischoff stellte die Zulassung von Frauen zu Vorlesungen über Sexualität und Geschlechtskrankheiten sowie zu spezifischen anatomischen Übungen eine Verletzung der weiblichen Sittlichkeit dar. Zudem war er der Meinung, dass der Umgang mit einer Leiche der Empfindsamkeit der weiblichen Sinnesorgane und der Weichheit des weiblichen Charakters nicht zumutbar sei. Auch nannte von Bischoff physische Merkmale, die sich in einer ungenügenden körperlichen Leistungsfähigkeit von Frauen manifestierten, wie beispielsweise die Menstruation, die Schwangerschaft und die Wechseljahre als Phasen der Reizbarkeit und Schwäche, die für die Ausübung des ärztlichen Berufs hinderlich seien. ³⁵

Auch an der Universität Basel, die Frauen nun zum Studium zuließ, wurde ihre Eignung dazu von höchster Stelle in Frage gestellt. Der Dekan der

medizinischen Fakultät und Rektor Hermann Fehling sprach am *Dies Academicus* im Jahr 1891, ein knappes Jahr nach der Immatrikulation Emilie Freys, in seiner Rektoratsrede über die Bestimmung der Frau und ihre Stellung in Familie und Beruf.

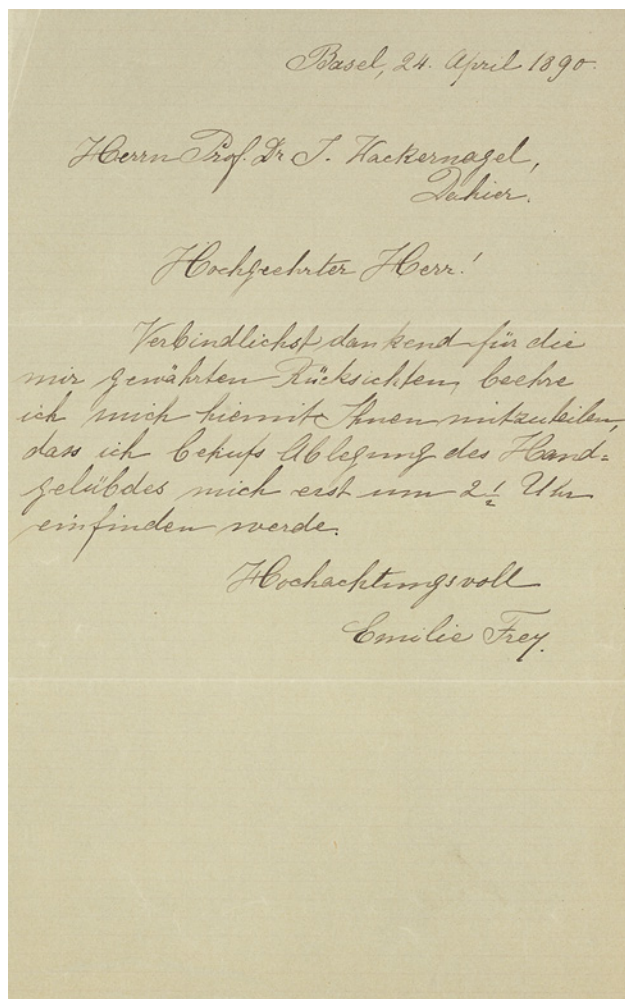


Abb. 4: Brief von Emilie Louise Frey an den Dekan der medizinischen Fakultät Jakob Wackernagel, Staatsarchiv Basel-Stadt, StABS Universitätsarchiv I 6 Frauenstudium, 1873-1927.

Nach einer längeren Abhandlung über die Geschichte der Medizin mit Fokus auf die Geburtshilfe, einem Vergleich der physischen und psychischen Natur der beiden Geschlechter und einem Résumé aus seiner praktischen Lebenserfahrung, schloss der Rektor, die wahre Bestimmung der Frau sei diejenige, die ihr im Plan der Schöpfung gegeben wurde, und die sei diejenige der Gattin, Mutter, Hausfrau und Erzieherin der Jugend. Besonders betonte er, dass die Frau bei der Wahl eines bisher nur Männern vorbehaltenen Berufs zu einer weiblichen Form des Mannes werde und ihr Frausein verlöre. Daraus, dass Frauen hervorragende Krankenpflegerinnen

seien, so Fehling weiter, folge jedoch nicht zwingend, dass sie auch gute Ärztinnen wären.³⁶ Er schloss seine Rede mit den Worten:

» [...] dominierend wird das Frauenstudium nicht sein. Dass dem so werde, liegt an euch, meine jungen Commilitonen! Eure Aufgabe ist es, meinen Worten Wahrheit zu verschaffen. Im Ringen und Streben nach den höchsten Zielen der Wissenschaft sei jeder willkommen, der sie fördern hilft – auch das Weib, das seiner Bestimmung zu Trotz mit euch wetteifern sollte – nützt ihr aber die Kräfte, die euch die Natur verliehen, so wird, das ist meine Ueberzeugung, auch in ferner Zukunft wie von alters her der schöpferische Geist des Mannes die Welt bewegen und gestalten.«³⁷

Ein knappes Jahr nach Erlass des neuen Universitätsgesetzes, das Frauen zum Studium zulies, sprach sich der Rektor der Universität Basel höchstpersönlich immer noch gegen das Frauenstudium aus und äusserte in aller Öffentlichkeit erneut seine Bedenken darüber, ob Frauen für ein Studium geeignet seien.

Erinnerung an die Vorarbeit der ersten Basler Studentinnen

Die starke Ablehnung gegenüber gelehrten Frauen speiste sich aus einem Frauenbild, das die wahre Bestimmung der Frau in ihrer Funktion als Hausfrau, Mutter und Gattin sah. Im Zentrum der Debatte um das Frauenstudium stand dabei nicht eine Diskussion über die intellektuelle Befähigung oder generelle Berechtigung von Frauen zu einem Studium, sondern ihre Befähigung zur Ausübung eines akademischen Berufes. Die Frage, ob man Frauen erlauben sollte zu studieren oder nicht, war eine Frage nach der Erweiterung ihrer Berufsausbildungsmöglichkeiten und in letzter Konsequenz auch danach, ob man ihnen erlauben wollte, akademische Berufe auszuüben. Die in den das Frauenstudium ablehnenden Gutachten genannten fadenscheinigen Argumente, wie vermeintlicher Platzmangel an der Universität Basel, Studienangebote an anderen Schweizer Universitäten, potenzielle Ablenkung der männlichen Studenten durch die Anwesenheit von Studentinnen sowie eine mangelnde Vorbildung von Frauen, waren Schattengefechte, die von der allgemeinen Befürchtung ablenkten, dass gelehrte Frauen den Männern ihre akademischen Berufe streitig machen könnten.

Das Treppen-Denkmal im Hauptgebäude der Universität Basel erinnert an all jene Frauen, die sich diesen Gefechten aussetzten. Das Denkmal wurde, Rektor Fehlings Prophezeiung aus dem Jahre 1891 zum Trotz, nicht vom schöpferischen Geist des Mannes gestaltet, sondern von Studentinnen, Dozentinnen und Grafikerinnen, zur Feier des hundertjährigen Jubiläums der Zulassung von Frauen an die Universität Basel. Nach dem Ende der Ausstellung *100 Jahre Frauen an der Universität Basel* beschloss das

damalige Rektorat, die Namen und Jahrzahlen an der Treppe im Kollegienhaus stehen zu lassen. Die Namen der 44 ersten Studentinnen sind bis heute an den Treppenstufen im Kollegienhaus zu sehen.



Abb. 5: Anais Steiner, »Treppe im Kollegienhaus der Universität Basel«, 2021.

Jaël Steiner studiert Medienwissenschaft und Geschichte an der Universität Basel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Robert Spreng, »Treppe im Kollegienhaus der Universität Basel«, 1941 © Erbgemeinschaft Robert Spreng.

Abb. 2: Studentinnen an Schweizer Universitäten nach Nationalitäten 1864-1927. Aus: Schweizerischer Verband der Akademikerinnen (Hg.): *Das Frauenstudium an den Schweizer Hochschulen*, Zürich 1928, S. 326.

Abb. 3: Beschluss: Zulassung von weiblichen Studierenden an der Universität Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, StABS Universitätsarchiv I 6 Frauenstudium, 1873-1927.

Abb. 4: Brief von Emilie Louise Frey an den Dekan der medizinischen Fakultät Jakob Wackernagel, Staatsarchiv Basel-Stadt, StABS Universitätsarchiv I 6 Frauenstudium, 1873-1927.

Abb. 5: Anais Steiner, »Treppe im Kollegienhaus der Universität Basel«, 2021.

Literatur

- 1 Vgl. Historisches Seminar Basel (Hg.): *D' Studäntin kunnt. 100 Jahre Frauen an der Uni Basel*, Basel (1991), S. 4f.
- 2 Vgl. Regina Wecker: »Die Schweiz, das europäische Land des Frauenstudiums«, in: Ilse Nagelschmidt (Hg.): *100 Jahre Frauenstudium an der Alma Mater Lipsiensis*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag (2007), S. 232-252, hier S. 234.
- 3 Meta von Salis, Brief an die Universität Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 6 Frauenstudium.

- 4 Vgl. Regina Wecker: »Die Schweiz, das europäische Land des Frauenstudiums«, in: Ilse Nagelschmidt (Hg.): *100 Jahre Frauenstudium an der Alma Mater Lipsiensis*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag (2007), S. 232–252, hier S. 242.
- 5 Jakob Mähly: »Zur Universitätsfrage«, in: Allgemeine Schweizer Zeitung (10. Juni 1888), Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 6 Jakob Mähly: »Zur Universitätsfrage«, in: Allgemeine Schweizer Zeitung (10. Juni 1888), Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 7 Jakob Mähly: »Zur Universitätsfrage«, in: Allgemeine Schweizer Zeitung (10. Juni 1888), Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 8 Vgl. Eduard Frey an das Erziehungsdepartement, 05.06.1889, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 9 Vgl. Gutachten der medizinischen Fakultät a. d. Regenz der Universität Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 10 Gutachten der medizinischen Fakultät a. d. Regenz der Universität Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 11 Vgl. Gutachten der medizinischen Fakultät a. d. Regenz der Universität Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 12 Brief von Medizinstudenten a. d. Regenz und die Kuratel der Universität Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 13 Vgl. Karl Bücher an die phil. Fakultät der Universität Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv 6 I Frauenstudium.
- 14 Gutachten von Prof. Boos, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 15 Gutachten von Prof. Heussler, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18. Siehe zur Geschichte »gelehrter Schönheiten« an der Universität Basel auch den Beitrag von Chiara Monaco in diesem Heft.
- 16 Gutachten von Prof. Heman, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 17 Vgl. Gutachten von Prof. Kögel und Wackernagel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 18 Im Jahr 1931 wurde Greti Caprez-Roffler von der Gemeinde Furna zur ersten Pfarrerin der Schweiz gewählt. Siehe hierzu: Kurt Wanner: »Caprez-Roffler, Greti«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/042401/2021-01-22> (22. Januar 2021).
- 19 Vgl. Elisabeth Flueler: *Die Geschichte der Mädchenbildung in der Stadt Basel*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1984), S. 98f.
- 20 Gutachten der juristischen Fakultät, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 21 Gutachten von Prof. Kleb, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 22 Gutachten von Prof. Meyer, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 23 Gutachten von Prof. Kögel und Wackernagel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 24 Vgl. Edith Glaser: »Sind Frauen studierfähig? Vorurteile gegen das Frauenstudium«, in: Elke Kleinau, Claudia Opitz (Hg.): *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*, Frankfurt am Main: Campus Verlag (1996), S. 299–309, hier: S. 303.
- 25 Vgl. Theresa Wobbe: »Aufbrüche, Umbrüche, Einschnitte. Die Hürde der Habilitation und die Hochschullehrerinnenlaufbahn«, in: Elke Kleinau, Claudia Opitz (Hg.): *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*, Frankfurt am Main: Campus Verlag (1996), S. 342–353, hier: S. 352f. Hierzu auch Jennifer S. Light: »When Computers Were Women«, in: *Technology and Culture* 40/3 (1999), S. 455–483.
- 26 Gutachten von Prof. Kögel und Wackernagel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 27 Gutachten von Prof. Kögel und Wackernagel, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 28 Vgl. Regina Wecker: »Basel und die Russinnen. Exkurs über eine nicht zustandegekommene Beziehung«, in: Historisches Seminar Basel (Hg.): *D' Studäntin kunnt. 100 Jahre Frauen an der Uni Basel*, Basel (1991), S. 84–91, hier: S. 84f.
- 29 Vgl. Regina Wecker: »Basel und die Russinnen. Exkurs über eine nicht zustandegekommene Beziehung«, in: Historisches Seminar Basel (Hg.): *D' Studäntin kunnt. 100 Jahre Frauen an der Uni Basel*, Basel (1991), S. 84–91, hier: S. 88f.
- 30 Vgl. Änderung des Universitätsgesetzes, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehungsakten X 18 Frauenstudium.
- 31 Vgl. Cornelia Eggmann: »Geduldet, aber nicht willkommen«, in: Historisches Seminar Basel (Hg.): *D' Studäntin kunnt. 100 Jahre Frauen an der Uni Basel*, Basel (1991), S. 76–83, hier: S. 76f.; Elisabeth Flueler: *Die Geschichte der Mädchenbildung in der Stadt Basel*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1984), S. 77.
- 32 Historisches Seminar Basel (Hg.): *D' Studäntin kunnt. 100 Jahre Frauen an der Uni Basel*, Basel (1991), S. 4.
- 33 Vgl. Cornelia Eggmann: »Geduldet, aber nicht willkommen«, in: Historisches Seminar Basel (Hg.): *D' Studäntin kunnt. 100 Jahre Frauen an der Uni Basel*, Basel (1991), S. 76–83, hier: S. 77.
- 34 Vgl. Cornelia Eggmann: »Geduldet, aber nicht willkommen«, in: Historisches Seminar Basel (Hg.): *D' Studäntin kunnt. 100 Jahre Frauen an der Uni Basel*, Basel (1991), S. 76–83, hier: S. 81.
- 35 Vgl. Edith Glaser: »Sind Frauen studierfähig? Vorurteile gegen das Frauenstudium«, in: Elke Kleinau, Claudia Opitz (Hg.): *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*, Frankfurt am Main: Campus Verlag (1996), S. 299–309, hier: S. 304f.

Tierversuche an der Universität

In Basel intensivierte sich in den 1920er und 1930er Jahren die öffentliche Kritik an der Vivisektion. Die medizinische Fakultät reagierte darauf mit einer vehementen Verteidigung der infrage gestellten Praxis.

7'415 dafür, 23'639 dagegen. Die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt hatten klar entschieden: Die »kantonale Initiative betr[effend] Erlaß eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der *Vivisektion*« wurde abgelehnt.¹ Dieses Abstimmungsresultat aus dem Jahr 1939 steht am vorläufigen Ende einer intensiven Debatte über Sinn und Notwendigkeit von Tierversuchen, die in Basel ab den frühen 1920er Jahren mit zunehmender Heftigkeit geführt wurde.² Besorgt wendete sich daher der Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Basel, Gerhard Hotz, am 26. November 1923 an den Präsidenten der Bernoullianumskommission, August Hagenbach:

»Sehr geehrter Herr!

Letzten Freitag, 23. November wurde im grossen Berluillianumssaal [sic] ein Vortrag gehalten über »die Greuel der Wissenschaft«. Es handelt sich um eine unflätige, fanatische Propaganda von Zürcher Sektierern gegen die Arbeitsmethoden der medizinischen Wissenschaft und gegen notwendige hygienische Massnahmen wie Pockenschutzimpfung u.A.m. [...].

Ich bitte Sie höflichst, veranlassen zu wollen, dass der Bernoullianumssaal derartigen, gegen die medizinische Wissenschaft gerichteten Verleumdungen nicht weiter zur Verfügung gestellt werde, denn schliesslich ist es doch nicht notwendig, aufgelegtem gehässigem Schwindel auch noch das vorzügliche Renommée dieser wissenschaftlichen Anstalt umzuhängen.«³

In diesem Brief lassen sich bereits die Grundzüge der diskursiven Praxis zur Legitimation von Tierversuchen seitens der Akteure⁴ der medizinischen Fakultät erkennen. Die Wissenschaft, so versuchten die Verteidiger der Tierversuche klarzustellen, stehe auf ihrer Seite. Wer sich im Lager der Antivivisektionisten befinde, sei ein Laie, nicht fachkundig genug, um die unumstössliche Notwendigkeit der Tierversuche zu erkennen. Kritik von ausserhalb der Universität sei in jedem Fall illegitim, und die Universität als physischer Raum solle nicht der Infragestellung einer gängigen Praxis zu Verfügung stehen. Zumal ein vorbildlicher selbstkritischer Umgang mit der eigenen Disziplin allen voran an der medizinischen Fakultät selbst zu finden sei – so zumindest das propagierte Selbstverständnis 1939.

Dieser Text untersucht die Reaktion der Basler Universitätsmedizin auf die gegen sie erhobenen, zum Teil durchaus heftigen Vorwürfe. Die Tierversuche der Zwischenkriegszeit sind Ausdruck institutionalisierter menschlicher Herrschaft über Tiere. Die Mediziner versuchten diese Ordnung, als sie infrage gestellt wurde, mit diskursiven Mitteln aufrechtzuerhalten und so der eigenen wissenschaftlichen Praxis Legitimation zu verschaffen.



Abb. 1: 1000 Ärzte gegen die Vivisektion (wissenschaftliche Tierfolter) (1935).

Andreas-Holger Mahle hat in seiner Untersuchung der Debatte um den Tierversuch im 17. und 18. Jahrhundert herausgearbeitet, dass ungefähr ab 1750 eine moralische Kritik auch von medizinischen Laien geäußert wurde.⁵ Axel Hüntelmann sieht dieses Phänomen in engem Zusammenhang mit einem neuen Verhältnis der Wissenschaft zur Öffentlichkeit. Berichte über Tierversuche und ihre Ergebnisse wurden in Zeitungen veröffentlicht und boten so einem Publikum ausserhalb der medizinischen Wissenschaft eine Grundlage zur Auseinandersetzung mit dem Thema.⁶

Einmal in der Kritik, musste es den Verteidigern der Tierversuche darum gehen, die Grundlage der Argumente der Antivivisektionisten als unzureichend für legitime Kritik abzuwerten – eine Praxis, die mit Thomas F. Gieryn als »boundary-work« bezeichnet werden kann.⁷ Diese Delegitimierung der Kritik als Kritik von Laien musste umso mehr forciert werden, als durch die wachsende Anerkennung der Leidensfähigkeit von Tieren im 18. Jahrhundert Nichtmediziner ein ernstzunehmendes Argument gegen Tierversuche in der Hand hatten, ohne selbst medizinisch ausgebildet zu sein.⁸

Pascal Eitler verweist auf die, in der Konsequenz naheliegende, zunehmende Moralisierung und Politisierung des Diskurses über Mensch-Tier-Verhältnisse am Ende des 19. Jahrhunderts.⁹ Roland Neff stellt in seiner Untersuchung der Debatte um wissenschaftliche Tierversuche in der Schweiz im 19. Jahrhundert fest, dass in den Augen der Verteidiger der Tierversuchspraxis die Kritiker nicht nur die Instrumentalisierung der Tiere, sondern die medizinische Wissenschaft an sich infrage stellten.¹⁰ Gleichzeitig hielt sich innerhalb der medizinischen Fakultäten die Vorstellung, dass Studierende, die nie einen Tierversuch durchgeführt hätten, auch keine guten Mediziner werden könnten.¹¹ Generell spielte die Etablierung von Tierversuchen in der medizinischen Forschung eine relevante Rolle für die Herausbildung der Medizin als moderne Wissenschaft, die in ihrer Arbeitsweise nicht mehr philosophisch geprägt war, sondern auf Experimenten als Praxis der empirischen Forschung basierte.¹² Das Verhältnis von Tierversuch und medizinischer Wissenschaft lässt sich also als ein Doppeltes lesen: Die Verteidiger der Tierversuche interpretierten die Kritik am Tierversuch als grundsätzliche Kritik an der medizinischen Wissenschaft, gleichzeitig konstituierte sich die Medizin als moderne Wissenschaft auch massgeblich über Praktiken wie den Tierversuch. Am Basler Beispiel zeigen sich sowohl (1) der Versuch, Kritik als unhaltbare Kritik von medizinischen Laien zu delegitimieren, als auch (2) die Vorstellung, dass Tierversuch und – für den Fortschritt und das Wohl der Menschen notwendige – medizinische Wissenschaft untrennbar verbunden sind.

Kritik am Tierversuch im Basel der Zwischenkriegszeit

3'000 Exemplare eines Flugblattes *Zur Vivisektionsfrage* liess der »Verein gegen die Vivisektion und zum Schutze der Tiere Basel« 1926 drucken. Auch eine Liste über Tierschutzbücher (600 Exemplare) und weitere Flugblätter brachte der Verein zu »Propagandazwecken«, wie es in seinem Jahresbericht hiess, unter die Leute. »[E]s wäre doch gut«, begründete der Verein sein Engagement im selben Bericht, »wenn in die so herrliche männliche Wissenschaft, die uns dem kulturellen Abgrunde zuführt, wieder etwas mehr Herz und Gemüt in die Welt käme.«¹³

Vorbehalte gegenüber Tierversuchen zirkulierten zu dieser Zeit auch an der Basler Universität. So brachte die Kuratel¹⁴ im Januar 1933 in einem Schreiben an das Rektorat ihre Vorbehalte gegenüber den Versuchen an Hunden zum Ausdruck:

»Wir möchten nicht unterlassen, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, dass die Kuratel es ausserordentlich begrüssen würde, wenn die Universität und die medizinische Fakultät im besonderen auf den Hund als Vivisektionsobjekt verzichteten. [...] [E]s ist schon richtig, dass die Vivisektion an diesem gescheiterten und treuen Tier

eine schwere Zumutung gegenüber dem moralischen Fühlen bedeutet.«¹⁵

Nicht nur in Basel gab es Vorbehalte gegenüber Tierversuchen. In Zürich wurden aufseiten der Studierenden ablehnende Stimmen laut. Der Physiologe Walter Rudolf Hess zeigte sich darüber besorgt, als er im Januar 1935 an den Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Zürich, Oskar Bürgi, schrieb:

»Als Herr Dr. Wyss einen im normalen Programm liegenden Tierversuch vorführen wollte, demonstrierte eine Gruppe von Studenten durch Scharren. [...] Worauf ich Gewicht lege ist, dass man sich darüber klar wird, was zu tun ist, wenn die Hetze weitergeht. Man sollte dann bereit sein, einen Schritt zu unternehmen, der die Sache abstoppt, bevor für die Arbeit in unserem Institut unerträgliche Verhältnisse entstehen.«¹⁶



Abb. 2: Jahresbericht des Vereins gegen die Vivisektion und zum Schutze der Tiere Basel (1927).

Es schien unter den allermeisten medizinischen Wissenschaftlern Konsens zu herrschen, dass man fundamental angegriffen werde und dass es notwendig sei, sich energisch zu verteidigen, um die Praxis des Tierversuchs aufrechterhalten zu können, die als unverzichtbar galt. Die Angriffe auf die Legitimität der Tierversuche waren in der Tat erheblich. Prominenz erlangte etwa das Buch *1000 Ärzte gegen die Vivisektion (wissenschaftliche Tierfolter) wegen ihrer Grausamkeit und Nutzlosigkeit*, das vom Zürcher Zahnarzt Ludwig Fliegel 1935 herausgegeben wurde. Darin versammelte er hunderte von vivisektionskritischen Zitaten von Medizinern aus verschiedenen Ländern. Schon zu Beginn des Buches wird unter der Überschrift »Dieses Buch redet zu allen!« programmatisch festgehalten: »[H]ier sind die Stimmen von tausend Aerzten und Wissenschaftlern. Hier wehren sich tausend Aerzte für das Tier! *Hier erheben tausend Aerzte eine einzige grosse, fürchterliche Anklage gegen die Vivisektion!*«¹⁷ Ein »Kliniker in Turin«, Prof. Dr. Ricca-Barberis, wird mit den Worten zitiert, die Vivisektion sei eine »*Abscheulichkeit, eine Schandtat und ein wahres Verbrechen*«,¹⁸ an anderer Stelle ein Dr. med. Parry, der 1934 in einem Vortrag schloss, dass die Vivisektion »*unethisch, unmoralisch und brutal*«¹⁹ sei. Diese Aneinanderreihung von Zitaten, von denen die meisten ähnlich verurteilend formuliert sind und von 1934 bis weit ins 19. Jahrhundert zurück datieren, erstreckt sich über gut 150 Seiten. Die im Buch versammelten Antivivisektionisten stellen die Praxis der Tierversuche an wissenschaftlichen Institutionen radikal infrage, ganz entsprechend der Ankündigung der »*fürchterliche[n] Anklage*«. ²⁰

Eine weitere Publikation von Fliegel mit dem Titel *Der Misserfolg des Tierexperimentes in der Medizin, besonders bei der Bekämpfung der Seuchen* weist einen vergleichbaren Duktus auf, wenn er in der Schlussbetrachtung festhält:

»Man braucht nur an die zahllosen bestialischen Misshandlungen der unschuldigen Tiere zu denken; da sucht man vergebens die Würde des Menschen. [...] Die Vivisektion ist ein Schandfleck unserer Zeit, ein Fluch für Mensch und Tier. Von welchem Standpunkt man sie auch beurteilen möge, so stellt sich die Ausübung der Vivisektion dem unbefangenen, unverdorbenen Menschen als schweres Unrecht und Verbrechen dar – als Sünde und Vergehen gegen jede höhere Weltordnung – als feige und grausame Uebeltaten gegen hilflose, wehrlose, unschuldige Wesen, als stärkster und naturwidriger Missbrauch, begangen von herz- und vernunftlosen Gewalthabern.«²¹

Die Tierphilosophen und -ethiker Herwig Grimm und Markus Wild haben darauf hingewiesen, dass der Streit um die Legitimität von Tierversuchen auch deswegen so schwere moralische Vorwürfe hervorbringt, weil die Kritik sich sowohl auf ganz konkrete Personen als auch auf die »Anonymität eines Apparats abstrakter Handlungssubjekte«²² richten kann. Ein solcher *Apparat* war auch die medizinische Fakultät der Universität Basel.

Das Gutachten der medizinischen Fakultät oder: Eine Institution will sich legitimieren

Im Kontext der von Vivisektionsgegnern lancierten Initiative, die von der lokalen Antivivisektionsbewegung vorgetragen wurde und unter anderem die Vivisektion an Hunden und Katzen im Kanton Basel-Stadt verbieten lassen wollte, schrieb der Vorsteher des Erziehungsdepartements, Fritz Hauser, am 11. April 1939 an die medizinische Fakultät der Universität Basel:

»Die Behörden sind in erster Linie auf ein Gutachten der medizinischen Fakultät und der Vorsteher der Universitätsanstalten angewiesen, die Tiere halten und für ihre wissenschaftlichen Untersuchungen benötigen. Wir bitten Sie höflich um die Erstattung eines, die ganze Frage beleuchtenden, gründlich belegten Gutachtens, in dem namentlich auch über die gegenwärtige Praxis auf dem Gebiete der Vivisektion Auskunft gegeben wird [...].«²³

Hausers Bitte traf auf offene Ohren. Die medizinische Fakultät schenkte der Initiative bereits grosse Aufmerksamkeit. Schon im Februar 1939 hatte Ernst Rothlin an Siegfried Edlbacher, den damaligen Dekan der Fakultät, den Initiativtext geschickt und dazu geschrieben: »Es scheint mir wichtig, dass die Fakultät davon Kenntnis hat, um die eventuell notwendigen Massnahmen gegen dieses Initiativbegehren rechtzeitig treffen zu können.«²⁴ Zehn Tage später wurde im Protokoll der Fakultätskommission zur »Behandlung der Initiative eines Antivivisektionsgesetzes« die Strategie zur Abwendung der Initiative festgehalten:

»Die Bemühungen gehen dahin, sämtliche Regierungsratsmitglieder zu orientieren, prominente Parteivertreter über die Gefährlichkeit der Initiative zu unterrichten und mit der Presse, dem Radio und dem Tierschutzverein Fühlung zu nehmen.«²⁵

Die Bestrebungen der Vivisektionsgegner wurden nicht nur nach aussen als Gefahr kommuniziert, sondern auch intern als eine Bedrohung der medizinischen Wissenschaft wahrgenommen. So lässt sich auch erklären, wieso die Fakultät bereits vor der Bitte des Regierungsrates um ein Gutachten Anstrengungen zur intrafakultären Kommunikation und Koordination aufnahm. Als die Gutachten dann wenige Wochen später vorlagen, zeigte sich in einem umfangreichen Schreiben des Erziehungsdepartements an den Regierungsrat, dass die Argumente zur Verteidigung der Tierversuche überzeugt hatten:

»Wer die Gutachten der medizinischen Fakultät und der pharmazeutischen Industrie genau liest, der wird feststellen müssen, dass hier sowohl vom Forscher als auch von dem in der

pharmazeutischen Industrie arbeitenden Fachmann in aller Objektivität und Klarheit die Notwendigkeit der Durchführung des Tierversuchs begründet wird.«²⁶

Der Bericht, den der Regierungsrat schliesslich im September 1939 dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt vorlegte, enthält die Gutachten der medizinischen Fakultät, der pharmazeutisch-chemischen Industrie in Basel sowie des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt. Das von Fritz Verzár im Namen der medizinischen Fakultät verfasste Gutachten nimmt hierbei mit dreissig Seiten Länge beinahe die Hälfte des gesamten Berichtes ein. Verzár bemühte sich, keine Zweifel offenzulassen. Er warf den Antivivisektionisten vor, sich selbst zu widersprechen, und versuchte im Gegenzug seine Kritik an den Initianten zu legitimieren, indem er sich als Experten in Opposition zu den Laien setzte, die nicht genügend Fachwissen besässen, um die Bedeutung der Tierversuche zu verstehen:

»§ 5 nimmt von den Eingriffen die für den Menschen augenscheinlich nützlichen Methoden (z.B. Kastration von Tieren) heraus. Damit wird sich der ganze Gesetzesvorschlag der Schwäche seiner Argumentation selbst bewusst. Die Bedeutung dieses Eingriffes versteht der Laie, weil er weiss, was für wirtschaftliche Zwecke er hat.«²⁷

Dass der bemängelte Paragraph ausserdem vorsieht, dass tierärztliche Eingriffe zur Heilung oder Tötung von kranken oder verunglückten Tieren nicht unter das Vivisektionsverbot fallen, unterschlägt Verzár. Sein Gutachten stellt auch die Forderung als absurd dar, dass die Polizei auf Gesuch des Antivivisektions- oder Tierschutzvereins in Begleitung einer Delegation des jeweiligen Vereinsvorstands Laboratorien, an denen Tierexperimente durchgeführt werden, besichtigen und in die Tierversuchsprotokolle Einsicht nehmen kann: »Eine solche Zumutung wird sich kein seiner Pflichten, seiner Freiheit und seines Rechtes bewusster Arbeiter gefallen lassen.«²⁸ Die Arbeiter, die Verzár im Blick hat, sind Wissenschaftler, die Begriffe *Freiheit* und *Recht* als Forschungs-, Wissenschafts- und Lehrfreiheit zu verstehen. Verzár rekurriert auf das Ideal einer Wissenschaft, die von staatlicher Restriktion und Kontrolle unberührt bleibt: »Bekanntlich schadet der Wissenschaft nichts so sehr wie eine zu strenge gesetzliche Regelung.«²⁹ So soll die Forschungsfreiheit die enge Verwobenheit von Tierversuch und medizinischer Wissenschaft legitimieren. Hier ergibt sich ein argumentativer Zirkelschluss: Die Wissenschaft ist frei, deswegen darf die Medizin mit Tierversuchen arbeiten. Gleichzeitig ist der Tierversuch eine notwendige Bedingung fortschrittlicher medizinischer Wissenschaft, die deswegen frei sein muss, weil sie anders nicht gedeiht, aber unverzichtbar ist.

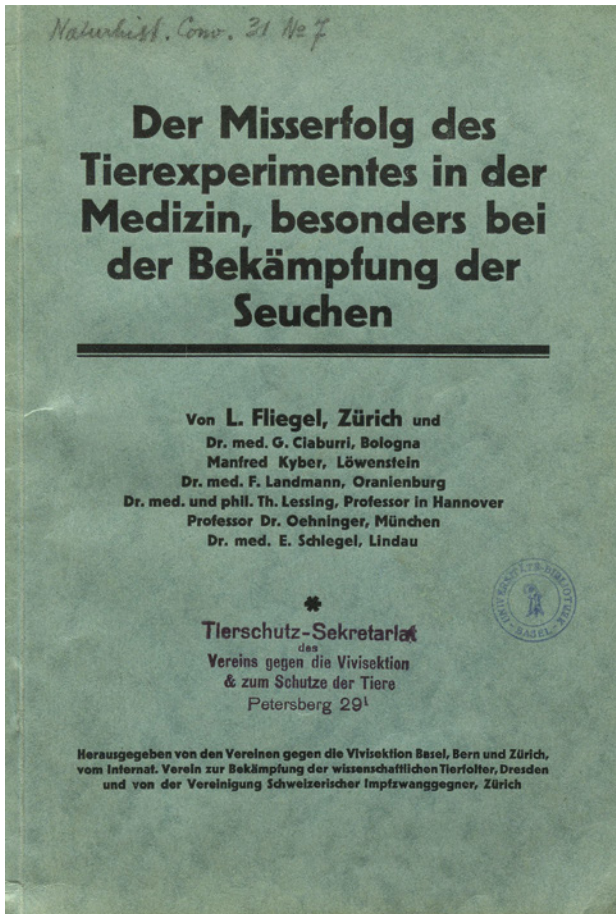


Abb. 3: *Der Misserfolg des Tierexperimentes in der Medizin, besonders bei der Bekämpfung der Seuchen* (1931).

Die Verteidigung des Tierversuchs konstituiert sich massgeblich aus Dichotomien. So wird zum Beispiel das *Gefühl* auf der Seite der Vivisektionsgegner und dem vermeintlich leicht beeinflussbaren »unwissenden Publikum«³⁰ verortet, während es angeblich des *Verstandes* der Wissenschaftler bedarf, um die Dringlichkeit – und damit auch die Legitimität – der Tierversuche zu verstehen. Pascal Eitler betont für seinen Untersuchungsgegenstand, die Lebenswissenschaften im Deutschen Kaiserreich, die Propagierung und Inszenierung einer »streng ›rationale[n]‹ und ›rein‹ wissenschaftliche[n] Betrachtungsweise des Mensch-Tier-Verhältnisses«. ³¹ Die »Antivivisektionisten« hingegen, so Verzär weiter, würden »den Zweck verfolgen, beim Volk Mitleid und Schauer zu erregen«. ³² Dem jedoch spricht er die Fähigkeit, die medizinische Forschung zu beurteilen, gänzlich ab:

»Dabei ist dieses Vorgehen derartig, als ob man von einem Laien verlangen wollte, dass er die Zweckmässigkeit und Notwendigkeit von Konstruktionsdetails einer komplizierten Maschine und ihrer Fabrikation beurteilen soll. [...] [A]llerdings [ist] die direkte

praktische Konsequenz, besonders für den Fernstehenden, nicht immer verständlich.«³³

Eitler konstatiert auch, dass für die Mensch-Tier-Beziehungen zumindest in der Moderne ein Paradigma vorherrscht, das Mensch und Tier insofern unterscheidet, als Tiere zwar zur Emotion fähig seien, nicht aber zur Kognition.³⁴ Dieser Annahme folgend lässt sich für die hier untersuchte Debatte feststellen, dass die Antivivisektionisten von ihren Gegnern in Tiernähe verortet werden (emotional), während die Verteidiger der Tierversuche in Bezug auf sich selbst die Differenz zum Tier betonen (rational).

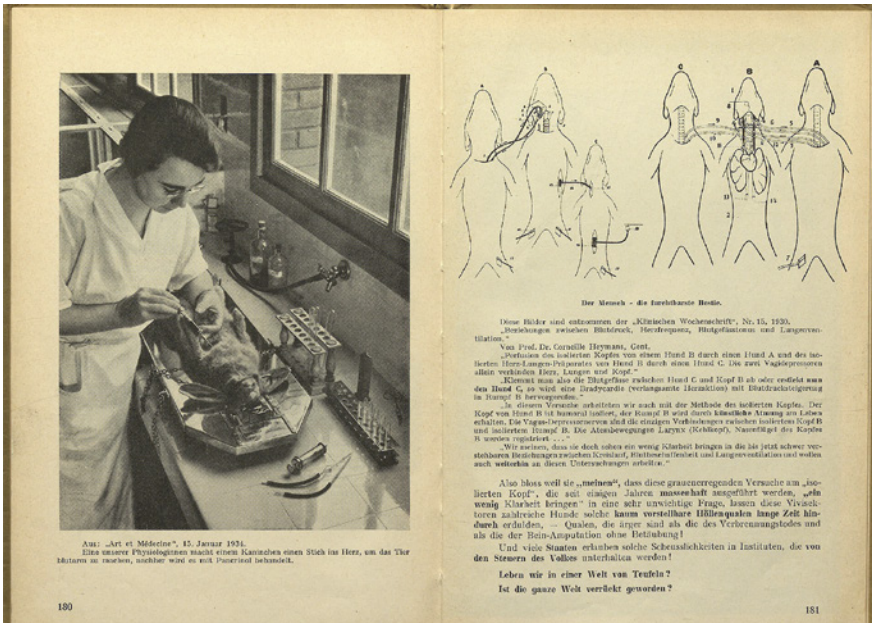


Abb. 4: 1000 Ärzte gegen die Vivisektion, Abbildungsteil.

Wo Tiere als Objekte der Debatte auftauchen, wird die Vorstellung von ihnen als leidende Lebewesen umgehend diskursiv getilgt, stattdessen hebt Verzàr Tugenden der Forscher hervor. Potenzielles Mitleid verschiebt sein Gutachten von den Tieren auf die Mediziner, die selbstlos bereit seien, sich für die Gesundheit der Menschheit zu opfern : »[E]s wird nicht gescheut, dem Arzt und Forscher nur niedrige Motive zuzuschreiben, wo es sich um ernsthaftes Streben und Forschen handelt, in vielen Fällen unter Einsetzung der eigenen Gesundheit und des Lebens.«³⁵ Die Antivivisektionisten hingegen werden erneut als Laien charakterisiert, deren Kritik in der Konsequenz ins Leere laufe: Der Vorwurf der Tierquälerei treffe schon deshalb nicht zu, weil Versuchstiere in den allermeisten Fällen durch Narkose betäubt würden.³⁶

Dem Forscher als selbstlosem Helden, dessen Handeln moralisch wertvoll ist, stellt Verzàr die Antivivisektionisten als egoistische bürgerliche

Haustierbesitzer entgegen. Ihr Mitleid, so sein Argument, sei nicht die Folge ihrer Sorge um das Fühlen der Tiere, sondern um ihre eigene emotionale Unversehrtheit:

»Die Einstellung der Initiative auf Hund und Katze ist eine rein menschliche, egozentrische Angelegenheit. Diese Tiere werden bedauert, weil die Initianten sie näher kennen. Es lässt sich nicht begründen, warum Ziegen oder Schweine auszuschliessen sind, die dem Nichtstädter ebenso bekannte Wesen sind.«³⁷

Verzär dreht den an die Experimentatoren gerichteten Vorwurf der Verletzung des Tierwohls gegen die Initianten selbst, indem er ihnen vorhält, nicht alle, sondern lediglich »urbanisierte Tiere« schützen zu wollen, wie Mieke Roscher die Tiere nennt, die das »idealisierte und familiäre Miteinander von Mensch und Tier repräsentieren« – also Haustiere.³⁸ Diese Umkehr des moralischen Vorwurfs ist er zweite Teil der Dichotomie von moralisch wertvoll versus moralisch wertlos.

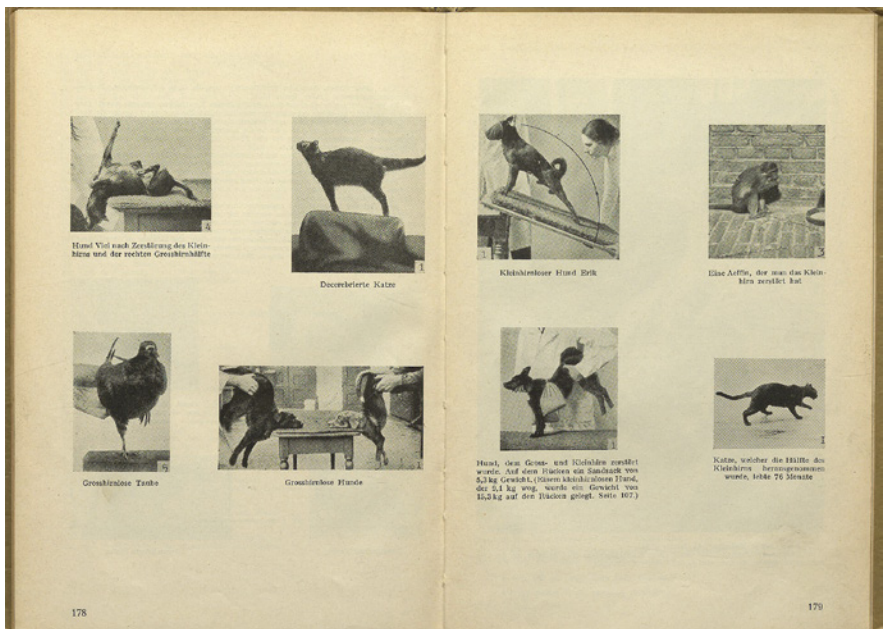


Abb. 5: 1000 Ärzte gegen die Vivisektion, Abbildungsteil.

Unter der Überschrift »Die Persönlichkeit der Forscher, die sich mit Tierversuchen beschäftigen« forciert Verzär das Bild des medizinischen Wissenschaftlers als Held erneut. Auf den Vorwurf der Tierquälerei entgegnet Verzär, »dass diese ihre Darstellung falsch ist, denn schon die Person jener Männer ist eine Garantie für die Ernsthaftigkeit der Tierversuche, in deren Instituten sie durchgeführt werden.«³⁹ Die Person dieser Männer sei deswegen eine solche Garantie, da sie »ihr ganzes Leben als praktische Aerzte, Chirurgen oder Klinikleiter dem Wohle der Kranken opfern«,⁴⁰ und daraus leitet Verzär schliesslich ihre moralische

Unfehlbarkeit ab: »Kann man diesen hochverehrten Aerzten zumuten, darf man nur annehmen, dass sie solche als verbrecherische Handlungen dargestellte Versuche schützen würden?!«⁴¹ Auch hier soll der Mediziner als selbstloser Mensch mit ausgeprägtem Sinn für die Rechtmässigkeit im Umgang mit Tieren verstanden und so seine Integrität betont werden.

Verzàrs Gutachten verknüpft die angebliche Selbstlosigkeit der Forscher mit den epistemischen Tugenden der medizinischen Wissenschaft, die er als transparente und selbstkritische Disziplin entwirft:

»Es ist gerade die medizinische Wissenschaft, die dauernd sich selbst korrigiert und zu deren Charakteristik es gehört, dass sie es nicht scheut, Fehler, Missverständnisse und falsche Wege so offen und weit verbreitet als möglich zu publizieren und damit den raschen Fortschritt zu fördern. Man sollte gerade an der modernen Medizin das erbarmungslos-selbstlos Kritische anerkennen.«⁴²

Transparenz und Selbstkritik stehen gänzlich im Dienst des wissenschaftlichen Fortschritts. Auch hier argumentiert Verzàr dichotomisch: Auf der Seite der medizinischen Wissenschaft verortet er ein mit Ehrlichkeit gepaartes Tempo, das aus Irrtümern Erkenntnisse hervorzubringen vermag und in der Konsequenz nicht heilbare in heilbare Krankheiten verwandelt und so der menschlichen Gesundheit (und Wirtschaft) zugutekommt.⁴³ Das an dieser Stelle nicht genannte und sich doch aufdrängende Andere gegenüber dem Fortschritt ist die Initiative der Antivivisektionsbewegung, welche Verzàr mit Blockade, »Stillstand« oder »Rückschritt« in Verbindung bringt: »[A]uf keinem Gebiet ist es mehr wahr als auf diesem, dass Stillstand Rückschritt ist.«⁴⁴ Schlussendlich knüpft Verzàr das Schicksal der Vivisektion an dasjenige der Basler Universität. Die Annahme der Initiative, legt er nahe, wäre das Ende der medizinischen Fakultät:

»Würde sich die Beschränkung des Tierversuchs auch auf die Arbeit jener beziehen, die mit Dissertationen und Forschungsarbeiten beschäftigt sind, so wäre das gleichbedeutend mit einer Aufgabe der weiteren Entwicklung der Medizin an unserer Hochschule, und man müsste es in Kauf nehmen, dass in Zukunft die Fortschritte der Medizin nicht mehr im Namen der Basler Universität verbunden wären, so wie sie es seit bald fünf Jahrhunderten sind.«⁴⁵

Differenz markieren

Den Vivisektionsgegnern gelang es 1939 nicht, sich mit ihrem Anliegen durchzusetzen. Dennoch scheint die Bewegung die medizinische Fakultät fundamental herausgefordert zu haben. Bei der Auseinandersetzung der

beiden Parteien ist dem Faktor Öffentlichkeit grosse Bedeutung beizumessen. Zunächst einmal ermöglichte diese den Antivivisektionisten den Zugang zu Informationen, die Meinungsbildung sowie den Zusammenschluss zu einer Bewegung. Darüber hinaus wurde die Vivisektionskritik in Flugblättern und Büchern verbreitet und somit die Frage nach der Legitimität von Tierversuchen auch öffentlich gestellt. Nach Peter Weingart resultiert aus der Konfrontation von Wissenschaft und Öffentlichkeit ein »Legitimationsdiskurs«, mit dem sich erstere an letztere richtet.⁴⁶ Einen solchen *Legitimationsdiskurs* betrieben die Verteidiger des Tierversuchs: Sie bemühten die Narrative von Notwendigkeit, Selbstlosigkeit, Rationalität, Fortschritt, (Wissenschafts-)Freiheit und Wissenschaftlichkeit, die auf eine deutliche Abgrenzung von den Antivivisektionisten abzielten. Eine besondere Rolle kam zudem der diskursiven Differenzierung von Experten und Laien zu. Helga Nowotny schreibt zum Verhältnis dieser Stereotypen zueinander: »Prinzipiell herrscht eine »epistemische Asymmetrie« vor, die es aus der Sicht der Experten prinzipiell zu wahren gilt, denn der Expertenstatus ist durch diese Asymmetrie des Wissens begründet.«⁴⁷ Als die Vivisektionsgegner in Basel diese *epistemische Asymmetrie* mit dem Hinweis auf ethische Aspekte von Tierversuchen infrage stellten, versuchte Verzàr im Gutachten von 1939 umso mehr die Differenz zwischen seinen Kollegen als Experten und der Opposition als Laien zu betonen – und so die Vorstellung dieser *epistemischen Asymmetrie* zu stabilisieren.

Silvan Bolliger studiert Deutsche Philologie und Geschichte an der Universität Basel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Fliegel, Ludwig: *1000 Ärzte gegen die Vivisektion (wissenschaftliche Tierfolter) wegen ihrer Grausamkeit und Nutzlosigkeit*, Zürich u.a. (1935).

Abb. 2: Jahresbericht des Vereins gegen die Vivisektion und zum Schutze der Tiere Basel 1926, 25. Mai 1927, StABS, Universitätsarchiv I 67.

Abb. 3: Fliegel, Ludwig et al.: *Der Misserfolg des Tierexperiments in der Medizin, besonders bei der Bekämpfung der Seuchen*, Zürich u.a. (1931).

Abb. 4: Fliegel, Ludwig: *1000 Ärzte gegen die Vivisektion (wissenschaftliche Tierfolter) wegen ihrer Grausamkeit und Nutzlosigkeit*, Zürich u.a. (1935), S. 180f.

Abb. 5: Fliegel, Ludwig: *1000 Ärzte gegen die Vivisektion (wissenschaftliche Tierfolter) wegen ihrer Grausamkeit und Nutzlosigkeit*, Zürich u.a. (1935), S. 178f.

Literatur

- 1 Hans Ludwig Freyvogel: »Basler Chronik«, in: *Basler Jahrbuch* (1941), S. 210–242, hier S. 217, Hervorhebung im Original.
- 2 Während in den 1920er und frühen 1930er Jahren noch mehrheitlich der Begriff »Vivisektion« – für operative Eingriffe am lebenden Tier zu Forschungszwecken – üblich war (der jedoch auch andere Experimente an Tieren meinen konnte), verwendeten in den späten 1930er Jahren vor allem die Gegner der Initiative in ihren Legitimationsversuchen überwiegend den Begriff »Tierversuche«. Da in den 1920er und 1930er Jahren in Basel nicht nur Vivisektionen im engeren Sinne im Fokus standen, werde ich im

- Folgenden allgemein den Begriff »Tierversuche« verwenden. Dagegen schreibe ich im ganzen Artikel von »Vivisektionsgegnern« bzw. »Antivivisektionisten«, da diese erstens selbst öfter den Begriff »Vivisektion« verwendeten und zweitens häufig Akteure aus dem Kontext des »Vereins gegen die Vivisektion und zum Schutze der Tiere Basel« waren.
- 3 Gerhard Hotz an August Hagenbach, 26. November 1923, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 67.
 - 4 Die maskulinen Formen (also später z.B. auch »Mediziner«, »Wissenschaftler«, »Vivisektionsgegner« etc.) verwende ich in diesem Artikel nicht als generische – geschlechtsabstrahierende – Maskulina, sondern im Sinne eines auf den Aspekt Gender hinweisenden Sprachgebrauchs. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass der hier untersuchte Diskurs deutlich männlich geprägt war.
 - 5 Vgl. Andreas-Holger Maehle: *Kritik und Verteidigung des Tierversuchs: Die Anfänge der Diskussion im 17. und 18. Jahrhundert*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag (1992), S. 181.
 - 6 Vgl. Axel Hüntelmann: »Geschichte des Tierversuchs«, in: Roland Borgards (Hg.): *Tiere. Kulturwissenschaftliches Handbuch*, Stuttgart: J.B. Metzler (2016), S. 160-173, hier S. 164.
 - 7 Gieryn schreibt: »Construction of a boundary between science and varieties of non-science is useful for scientists' pursuit of professional goals: acquisition of intellectual authority and career opportunities; denial of these resources to »pseudoscientists«; and protection of the autonomy of scientific research from political interference«. Thomas F. Gieryn: »Boundary-Work and the Demarcation of Science from Non-Science: Strains and Interests in Professional Ideologies of Scientists«, in: *American Sociological Review* 48/6 (1983), S. 781-795, hier S. 781.
 - 8 Vgl. Andreas-Holger Maehle: *Kritik und Verteidigung des Tierversuchs: Die Anfänge der Diskussion im 17. und 18. Jahrhundert*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag (1992), S. 157.
 - 9 Vgl. Pascal Eitler: »Ambivalente Urbanität: Tierversuche in der Großstadt (Deutschland 1879-1914)«, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 2 (2009), S. 80-93, hier S. 84.
 - 10 Vgl. Roland Neff: *Der Streit um den wissenschaftlichen Tierversuch in der Schweiz des 19. Jahrhunderts*, Basel: Schwabe (1989), S. 83.
 - 11 Vgl. Roland Neff: *Der Streit um den wissenschaftlichen Tierversuch in der Schweiz des 19. Jahrhunderts*, Basel: Schwabe (1989), S. 107.
 - 12 Vgl. Wiebke Lisner: »Experimente am lebendigen Leib: Zur Frage der Vivisektion in deutschen und britischen medizinischen Wochenschriften 1919-1939«, in: *Medizinhistorisches Journal* 44/2 (2009), S. 179-218, hier S. 180. Siehe dazu auch Axel Hüntelmann: »Geschichte des Tierversuchs«, in: Roland Borgards (Hg.): *Tiere. Kulturwissenschaftliches Handbuch*, Stuttgart: J.B. Metzler (2016), S. 160-173, hier S. 164.
 - 13 Jahresbericht des Vereins gegen die Vivisektion und zum Schutze der Tiere Basel 1926, 25. Mai 1927, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 67, S. 26f.
 - 14 Die Kuratel war ein Ausschuss aus den Basler Räten, der sowohl die Aufsicht über die Universität ausüben sollte als auch die Interessen der Universität zu wahren hatte.
 - 15 Kuratel der Universität Basel an das Rektorat, 21. Januar 1933, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 67.
 - 16 Walter Rudolf Hess an das Dekanat der medizinischen Fakultät Zürich, 29. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 67.
 - 17 Ludwig Fliegel: *1000 Ärzte gegen die Vivisektion (wissenschaftliche Tierfolter) wegen ihrer Grausamkeit und Nutzlosigkeit*, Zürich u.a. (1935), S. 3, Hervorhebung im Original fett.
 - 18 Ludwig Fliegel: *1000 Ärzte gegen die Vivisektion (wissenschaftliche Tierfolter) wegen ihrer Grausamkeit und Nutzlosigkeit*, Zürich u.a. (1935), S. 7, Hervorhebung im Original fett.
 - 19 Ludwig Fliegel: *1000 Ärzte gegen die Vivisektion (wissenschaftliche Tierfolter) wegen ihrer Grausamkeit und Nutzlosigkeit*, Zürich u.a. (1935), S. 14, Hervorhebung im Original fett.
 - 20 Ludwig Fliegel: *1000 Ärzte gegen die Vivisektion (wissenschaftliche Tierfolter) wegen ihrer Grausamkeit und Nutzlosigkeit*, Zürich u.a. (1935), S. 3, Hervorhebung im Original fett.
 - 21 Ludwig Fliegel et al.: *Der Misserfolg des Tierexperiments in der Medizin, besonders bei der Bekämpfung der Seuchen*, Zürich et al. (1931), S. 66 und 68, Hervorhebung im Original gesperrt.
 - 22 Herwig Grimm, Markus Wild: *Tierethik zur Einführung*, 2., unv. Aufl., Hamburg: Junius (2020), S. 223.
 - 23 Vorsteher des Erziehungsdepartements an die medizinische Fakultät der Universität Basel, 11. April 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 67, S. 3.
 - 24 Ernst Rothlin an Siegfried Edlbacher, 6. Februar 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 67.
 - 25 Protokoll Sitzung der Fakultätskommission zur Behandlung der Initiative eines Antivivisektionsgesetzes, 16. Februar 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 67.
 - 26 Erziehungsdepartement an Regierungsrat, 21. Juni 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SK-REG 3-0-2 (1) 7, S. 2.
 - 27 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 16. Zum Gesetzesvorschlag siehe: Vorsteher des Erziehungsdepartements an die medizinische Fakultät der Universität Basel, 11. April 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 67, S. 2.
 - 28 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 16. Siehe auch: Vorsteher des Erziehungsdepartements an die medizinische Fakultät der Universität Basel, 11. April 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv I 67, S. 2f. (§7).
 - 29 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur

- Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 44.
- 30 Alexander von Muralt: »Grundsätzliches zum Initiativbegehren für ein Gesetz gegen die Vivisektion«, in: *Schweizerische Medizinische Wochenschrift* 69/40 (7. Oktober 1939), S. 889–892, hier S. 891.
- 31 Pascal Eitler: »Übertragungsgefahr: Zur Emotionalisierung und Verwissenschaftlichung des Mensch-Tier-Verhältnisses im Deutschen Kaiserreich«, in: Uffa Jensen, Daniel Morat (Hg.): *Rationalisierungen des Gefühls: Zum Verhältnis von Wissenschaft und Emotionen 1880–1930*, München: Wilhelm Fink (2008), S. 171–187, hier S. 174.
- 32 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 17.
- 33 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 17.
- 34 Vgl. Pascal Eitler: »Übertragungsgefahr: Zur Emotionalisierung und Verwissenschaftlichung des Mensch-Tier-Verhältnisses im Deutschen Kaiserreich«, in: Uffa Jensen, Daniel Morat (Hg.): *Rationalisierungen des Gefühls: Zum Verhältnis von Wissenschaft und Emotionen 1880–1930*, München: Wilhelm Fink (2008), S. 171–187, hier S. 171.
- 35 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 17.
- 36 Vgl. Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 29.
- 37 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 18.
- 38 Mieke Roscher: »Urban Creatures: Die britische Tierschutzbewegung als urbanes Phänomen«, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 2 (2009), S. 65–79, hier S. 74.
- 39 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 39.
- 40 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 39.
- 41 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 39.
- 42 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 25.
- 43 Vgl. Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 20f.
- 44 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 34.
- 45 Bericht des Regierungsrates zum Initiativbegehren betreffend den Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung und Humanisierung der Vivisektion, 9. September 1939, Staatsarchiv Basel-Stadt, SD-REG 1a 3-0-53 (1), S. 27.
- 46 Vgl. Peter Weingart: »Die Wissenschaft der Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit der Wissenschaft«, in: ders.: *Die Wissenschaft der Öffentlichkeit: Essays zum Verhältnis von Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft (2005), S. 9–33, hier S. 10.
- 47 Helga Nowotny: »Der imaginierte Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit: Von Imaginierten Laien zur sozialen Robustheit des Wissens«, in: Priska Gisler et al. (Hg.): *Imaginierte Laien: Die Macht der Vorstellung in wissenschaftlichen Expertisen*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft (2004), S. 171–195, hier S. 178.

Die Apothekerin – Eine nicht-akademische Wissenschaftlerin?

Wissenschaftlerinnen waren um die Mitte des 20. Jahrhunderts noch immer eine Rarität – die Wissenschaft eine Männerdomäne. Die Geschichten zweier Pharmazeutinnen bezeugen die zu dieser Zeit nahezu unmögliche Vereinbarkeit eines gesellschaftlichen Frauenideals mit dem Konzept einer weiblichen *wissenschaftlichen Persona*.

Eine Frau mit kurzen schwarzen Haaren steht hinter einem Tresen, die Hände auf die Tischfläche gestützt. In der Verkaufstheke stehen verschiedene Flaschen, Salbentöpfe, ein Bronchialkessel. Auf dem Tresen sind drei kleine Gewichte aufgereiht. Die Frau trägt einen Totenkopf als Ohrring, im Mund hat sie einen Fiebertermometer. Sie hat grosse Augen und elegant geschwungene Augenbrauen, volle Lippen, eine schmale Taille und trägt einen Kittel, der ihr Dekolleté in Szene setzt. Das Porträt von Niklaus Stoecklins *Apothekerin* (1931) ist das einzige einer Frau in einer Reihe mit 13 Männern.

An prominenter Stelle im ersten Obergeschoss des Kollegienhauses der Universität Basel, gegenüber der langen Fensterfront zum Innenhof hin, findet sich der 14-teilige Bildzyklus *Die Fakultäten* von Niklaus Stoecklin (1869–1952). Er bildet unterschiedliche akademische Berufsstände ab, die ein universitäres Studium voraussetzen, und kann dem Blick beim Vorbeigehen oder Verweilen vor den Vorlesungssälen fast nicht entgehen. Die 14 Tafelbilder entstanden als Auftragsarbeit für das zweite neue Vereinslokal der Studentenverbindung Zofingia, dem »mittleren Breo« an der St. Johannsvorstadt 38, welches am 27. Februar 1931 eingeweiht wurde, und zierten dort den Sitzungssaal im ersten Obergeschoss.¹ 1960 bekam die Universität den Bildzyklus zum 500-jährigen Jubiläum von der Zofingia geschenkt.

Fallen zunächst die eigenartigen, fast schon grotesken Züge der dargestellten Apothekerin ins Auge, so wird beim genaueren Betrachten schnell klar, dass sie die einzige ist, die nicht dem Bild des älteren männlichen Wissenschaftlers entspricht. Der Beruf der Apothekerin galt lange Zeit, und gilt vielleicht immer noch, unter den akademischen Berufen als »typischer Frauenberuf«.² Grund dafür sind vor allem die Eigenschaften, die bereits seit dem späten Mittelalter als Voraussetzungen für die Arbeit in der Apotheke genannt werden und im 19. und 20. Jahrhundert als typisch weiblich galten: »Moral, Fleiss, Treue, Redlichkeit, Reinlichkeit, Aufmerksamkeit, Exaktheit, Gewissenhaftigkeit, anständiges und freundliches Benehmen.«³ Auch die Figur der »Ladentochter hinter dem Ladentisch«, die eine Apothekerin weniger akademisch und ihre Erscheinung damit weniger wie ein »Eindringen in männliche Berufe« wirken lässt, dürfte dazu geführt haben, dass der Beruf des Apothekers beziehungsweise der Apothekerin schon früh auch für Frauen als geeignet galt.⁴ Die Apothekerin als augenscheinlich unakademische Akademikerin steht damit stellvertretend für ein Bild der akademisch gebildeten Frau in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Diese sollte ihre Bildung nicht ausstellen, um die traditionellen Familienstrukturen nicht zu irritieren. Auch eine Akademikerin sollten dem gesellschaftlich gewünschten Frauenbild entsprechen – der fürsorglichen, stets fleissigen und gepflegten Hausfrau, die ihren Ehemann in allen Belangen unterstützt und ihre eigenen Bedürfnisse zurückstellt. Die Apothekerin steht so auch für eine weibliche *wissenschaftliche Persona*, die Vorstellungen von Wissenschaft nicht nur bedienen, sondern sie auch mit den allgemeinen gesellschaftlichen Erwartungen an eine Frau zur Deckung bringen muss.⁵

Verschiedene historischen Stationen zwischen 1890 und 1960 sollen im Folgenden unterschiedliche Aspekte der *wissenschaftliche Persona* der Pharmazeutin aufzeigen. Genauer geht es dabei um die Stellung der Frauen in der Apotheke in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Erstellung des Bildzyklus von Stoecklin 1931 sowie um Fragen nach der Rolle der Frau zwischen 1930 und 1960, als Irma Tschudi-Steiner zur ersten Professorin der Pharmazie in der Schweiz berufen wurde und die Studentenverbindung Zofingia den Bilderzyklus der Universität Basel zum 500. Geburtstag vermachte.

Die Apothekerin in Stoecklins Bildzyklus kann als eine Symbolisierung der »gelehrten Schönheit« gelesen werden, ein Typus Frau, vor dem sich die Professoren der Universität zu fürchten schienen, als im ausgehenden 19. Jahrhundert die Frage nach der Zulassung von Frauen zum Studium zur Diskussion stand. So beschrieb der Philosoph Hans Heussler in seinem Gutachten zur Zulassung von Frauen zum Studium seine »unbesiegbare Abneigung gegen gelehrte Schönheiten«. ⁶ Die kurzen Haare der Apothekerin werden unter diesem Blick zum Symbol für die berufstätige und emanzipierte Frau. ⁷ Das Bild einer gelehrten Frau passte nicht in die gängigen Rollenbilder; eine Akademikerin als Ehefrau und Mutter – ein Ding der Unmöglichkeit. ⁸ Auch gut 40 Jahre später, in den 1930er Jahren, hatte sich an den vorherrschenden Ansichten über gelehrte Frauen wenig geändert, wie folgendes Zitat aus der *Berner Woche* illustriert:

»Welcher Mann möchte sich nach anstrengender Verstandesarbeit noch mit einem unerschöpflichen Konversationslexikon zu Tische setzen oder einer Paragraphenkartothek oder gar einer Apotheke? Das alles haben diese gelehrten Frauen, die allzusehr von ihren Berufen absorbiert werden, in sich, statt ein mitfühlendes Herz. Nur nichts Eigenes. Verstandesschulung auf Kosten einer Herzensbildung ist keine gesunde Basis für eine Ehe. Der Mann sucht nun einmal bei der Frau das was ihm fehlt, was er entbehrt – Herz und Gemüt. Aber weniger jene Frau mit der kurzen, guten Intelligenz, die gerade reicht, eine Sezunge von Scholle zu unterscheiden, als eine Lebensgefährtin, deren Herz und Verstand harmonisch ausgebildet sind, keine vielwissende Frau, sondern eine weise Frau, die in ihm aufgeht, statt in einem kräfteraubenden Beruf, die sich für ihn betätigt, für seine Pläne, Ziele, Gedanken und Erfolge begeistert und daran teilnimmt, ihm hilft als zuverlässiger Kamerad das Gute wie das Böse zu tragen und deren Treue sich auch in den alltäglichen Dingen bewährt. Jene gelehrte Frau, die dies nicht zu geben vermag, heirate einen Gigolo, was zu ihr passt. Für die Ehe taugt nur die liebesfähige, seelisch und körperlich gesunde, mütterliche Frau, die bereit ist, mit dem Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit die Aufgabe auf sich zu nehmen und zu lösen.« ⁹

Zu dieser Zeit vergab die Studentenverbindung Zofingia, ein Männerverein, eine Auftragsarbeit und bekam einen Bilderzyklus, zu dem eine Frau gehörte, die eben *nicht* jenem erwünschten Frauenbild entsprach.¹⁰ Dass Stoecklin in 14 Bildern nur eine einzige Frau abbildete und dabei ein ganz spezifisches Frauenbild reproduzierte, wirft Fragen auf.¹¹ Was bedeutet es, dass genau *eine* Frau und genau *diese* Frau in *diesem* Beruf dargestellt ist? Ist Apothekerin tatsächlich ein Frauenberuf? Was bedeutet dies für ein Verständnis der Frau als Wissenschaftlerin?



Abb. 1: Niklaus Stoecklin, *Apothekerin* (1930/31).

»Attribute der Fakultäten« oder: Ein Verständnis davon, was an der Universität gelehrt wird

Die ursprüngliche Idee der Basler Sektion der Studentenverbindung Zofingia war es, ihren neuen grossen Sitzungsraum mit »Attributen der Fakultäten« auszuschnücken, später wurde von einem »Panneaux mit Figuren« gesprochen – Entwürfe existieren aber nur von ersterem.¹² Ob der letztlich umgesetzte Bildzyklus vom Künstler selbst, von den Architekten Ernst und Paul Vischer¹³ oder von der Zofingia initiiert wurde, ist den Protokollen der Kommissionssitzungen nicht zu entnehmen.¹⁴ Vermerkt ist schliesslich bloss: »Niklaus Stoecklin ist an der Arbeit. Der Befund befriedigt allgemein«.¹⁵

Entstanden sind dabei 14 mit Ölfarbe bemalte Tafeln von jeweils ca. 190 x 100 Zentimetern Grösse.¹⁶ Auf blaugrauem Hintergrund sind Vertreter*innen unterschiedlichster akademischer Berufe, mit jeweils zu ihren Tätigkeiten passenden Attributen, dargestellt. Sie alle kommen dabei aber mehr schlecht als recht weg. Durchweg karikaturistisch betont, verzerrt Stoecklin vor allem ihre Körper, stellt sie unvorteilhaft und grotesk bis komisch dar: Der Astronom hat Zahnlücken und einen überdimensional grossen Bauch, der Pfarrer steht in einer viel zu kleinen Kanzel, der Kunstkritiker trägt Klopapier und einen Schnuller mit sich. Der Chemiker liegt nach einem Laborunfall tot auf seinem Tisch.¹⁷ Der ganze Zyklus knüpft aber auch an Bildtraditionen von Darstellungen von Künsten und Wissenschaften sowie Gelehrtendarstellungen an.¹⁸ Ebenso wie beim traditionellen Gelehrtenporträt mit Attributen finden sich auch Stoecklins Vertreter*innen der Fakultäten umgeben von Gegenständen, durch die sie sich einer klaren Berufsgruppe zuordnen lassen. Im Gegensatz allerdings zu Gelehrtenporträts der Renaissance, welche die Wertschätzung der Wissenschaft verdeutlichen, wirken Stoecklins Gelehrte zuweilen fast schon lächerlich und erinnern eher an die typisch baslerischen *Helge*, die Illustrationen und Zeichnungen, welche zentraler Bestandteil der Schnitzelbänke an der Basler Fasnacht sind.¹⁹

Die Freude der Zofingia an den Bildern weilte ebenso kurz wie jene am Neubau des Breos. Bereits 10 Jahre nach der Anschaffung wurde erstmals über ihren Verkauf diskutiert, angesichts der desolaten finanziellen Lage der Gesellschaft zum Breo, welche das Zofingerhaus unterhielt. So schlug Tobias Christ, Vorstandsmitglied der Gesellschaft zum Breo, im November 1941 vor, »eventuell den Verkauf der Niggi-Stöcklin-Bilder [sic] im grossen Saal zu erwägen«, um die Finanzen wieder zu entlasten.²⁰ Zwischen Juni und Juli 1943 wurde vermehrt über den Verkauf der Bilder diskutiert, wie die Korrespondenz zwischen verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft zum Breo dokumentiert.²¹ »[A]uch abgesehen von den finanziellen Auswirkungen durch einen Verkauf [wäre] die Entfernung der Bilder« begrüsst worden; die »ganze Innenausstattung des unwohnlichen Saales« hätte man gern erneuert.²²

Zustande kam schliesslich nichts – ob man sich nicht einigen konnte oder der Erlös zu niedrig gewesen wäre, ist nicht bekannt. 1947 gingen 11 der 14 Tafeln als Depositum in die öffentliche Kunstsammlung des Kunstmuseums Basel.²³ Einzig die Apothekerin, der Archäologe und der Botaniker durften noch acht weitere Jahre, bis 1955, im Breo ausharren.²⁴ Weshalb genau diese Bilder zurückblieben, ist nicht dokumentiert. 1960 wurde der gesamte Bilderzyklus als Geschenk zum 500. Jubiläum der Universität überreicht. Dazu gab es eine auf Latein gehaltene Rede, die Apothekerin, für die es kein lateinisches Wort gibt, wurde darin zur Arzneimitteljungfrau – *medicamentaria virgo* – und als letzte der dargestellten Akademiker*innen genannt.²⁵

Seither zieren die Tafeln (mit Unterbrüchen zur Restauration) den langen Korridor im ersten Stock des Kollegienhauses. Dort finden sie sich auch heute noch: In Reih und Glied stehen der Advokat, der Altphilologe, der Anatom, der Archäologe, der Arzt, der Astronom, der Botaniker, der Chemiker, der Geologe, der Kunstkritiker, der Nationalökonom, der Pfarrer, der Schulmeister – und die Apothekerin. Fast schon überdeutlich legt ihre Singularität den Finger auf die Wunde: die deutliche Unterrepräsentation und die gesellschaftliche Haltung gegenüber Akademikerinnen. Stoecklin hätte ebenso gut 14 Männer malen können, gestört hätte es um 1931, als die Bilder entstanden, die wenigsten. Dass er es allerdings nicht tat, sei es aus Kritik an der damaligen Situation oder weil es ihm ein Anliegen war, verbreitete Einwände gegen das Frauenstudium überspitzt zusammenzufassen, betont die umstrittene Position der akademischen Frau im gesellschaftlichen Diskurs der Zeit umso mehr.

Akademische Frauen – langsam toleriert, nur zaghaft akzeptiert

Studentinnen wurden in den 1930er Jahren zwar geduldet, als gleichgestellte Angehörige der Universität akzeptiert waren sie deshalb jedoch nicht. Auch gut 70 Jahre nach der offiziellen Zulassung von Frauen zum Studium waren die Vorbehalte noch deutlich zu erkennen, als der Historiker Edgar Bonjour in seiner Geschichte der Universität Basel schrieb: »Die anfangs befürchteten üblen Begleiterscheinungen des Frauenstudiums blieben ganz weg, dank wohl vor allem der vorsichtigen, einschränkenden Zulassungsbedingungen.«²⁶

Am 16. November 1934 hielt der Rektor der Universität, der Gynäkologe Alfred Labhardt, im Rahmen des *Dies Academicus* eine Rede über die Rolle der Frauen in der Gesellschaft, in der er auch Frauenberufe und -studium thematisierte.²⁷ Aufbauend auf scheinbaren »Naturgesetzen«, »versuchte Labhardt in seiner Rede, die »natürliche Rolle der Frau« zu bestimmen.²⁸ Dass die ganze Argumentation auf die Bedeutung der Frau als Mutter, auf ihre Wichtigkeit für »die Erhaltung des Lebens« hinausläuft, verwundert Mitte der 1930er Jahre nicht.²⁹ Nur wenn sie diese zentrale Aufgabe nicht

wahrnehmen könne, so Labhardt, sei über andere Lebensinhalte einer Frau überhaupt nachzudenken. Zu erörtern bliebe daher »die Berufsfrage jener Frauen, denen freiwillig oder unfreiwillig das naturbestimmte Ziel der Mutterschaft vorenthalten« blieb.³⁰

Für alle jene Frauen, die ihre naturgewollte Bestimmung demnach verfehlten, seien jene Berufe geeignet, »die den mehr gemütsbetonten Qualitäten der Frau entsprechen«, wo sie »unendlich viel Wohltätiges [...] mit ihrem feinen Verständnis für die Bedürfnisse und Nöte ihrer Mitmenschen tun« können.³¹ Auch die »Frage des Hochschulstudiums der Frauen« stellte der Rektor.³² »Gerechterweise«, räsionierte er, sollte das Studium »der Frau so gut offen stehen wie dem Manne«, doch »sollte es nur dort ergriffen werden, wo ganz besonders ausgeprägte körperliche und geistige Eigenschaften dafür vorhanden« seien.³³ Frauen könnten also durchaus studieren, wenn sie wollten, doch sei von Glück zu sprechen, wenn

»manches Mädchen, das im Hochschulstudium schon mehr oder weniger fortgeschritten ist oder dasselbe schon gar abgeschlossen hat, schliesslich doch noch in der Ehe den Weg zu seiner natürlichen Bestimmung zurückfindet und das mag mancher, wenn auch uneingestanden, eine Erlösung bedeuten. Nur die männlichsten, deren typische weibliche Eigenschaften verwischt sind oder verwischt werden, können auf die Dauer ihre restlose Befriedigung – auch innerlich – in Berufen finden, die im allgemeinen mehr der männlichen Individualität entsprechen.«³⁴



Abb. 2: Irma Tschudi-Steiner zu Hause beim Kochen.

Auch hier ist die Diskrepanz zwischen gesellschaftlich gewünschtem Frauenbild und der Akademikerin deutlich herauszulesen. Die typische Frau ist keine Wissenschaftlerin, denn sie könne sich, so das Argument, in der Männerdomäne der Wissenschaft nicht behaupten. Ist die einzige Frau in Stoecklins Akademiker*innenkreis vielleicht gerade deshalb als Apothekerin dargestellt?

Die Apothekerin – Zierde hinter der Theke oder kompetente Wissenschaftlerin?

Von Beginn an nahm die Apothekerin eine Art Sonderstellung innerhalb der akademischen Berufe ein. Als nicht-akademische Akademikerin – als Frau mit wissenschaftlicher Ausbildung, die aber auch als Verkäuferin im Laden auftrat – bewegte sich die Apothekerin irgendwo im Dazwischen von Wissenschaftlern (und eben nicht Wissenschaftler*innen), dem gesellschaftlich geforderten Frauenbild und den jeweiligen Einzelschicksalen akademisch motivierter und gebildeter Frauen. Die Apothekerinnen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts können damit als Inbegriff einer *wissenschaftlichen Persona* der Akademikerin beschrieben werden. Dieser Begriff umfasst das, was »between the individual biography and the social institution« liegt: »a cultural identity that simultaneously shapes the individual in body and mind and creates a collective with a shared and recognizable physiognomy.«³⁵ Damit lässt sich nicht nur die spezifische Darstellung der Apothekerin von Niklaus Stoecklin fassen, sondern ebenso das Bild der Akademikerin in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

In der *Schweizerischen Wochenschrift für Pharmazie und Chemie* (später: *Schweizerische Apotheker-Zeitung*) zog sich die Debatte über Frauen im Pharmaziewesen und insbesondere Apothekerinnen von 1860 an über fast 80 Jahre.³⁶ Zunächst stand infrage, ob und wie Frauen überhaupt zum Pharmaziestudium zugelassen werden sollten, später wurde immer wieder darüber diskutiert ob eher zu viele oder zu wenige Frauen das Pharmaziestudium ergreifen und als Apothekerinnen arbeiten – in regelmässiger Abhängigkeit davon, ob es in Apotheken gerade viele Vakanzen gab und die stets schlechter bezahlten Frauen als kostengünstige Arbeitskräfte gebraucht wurden oder nicht. Stets wurden dabei die vermeintlich »natürlichen Eigenschaften« der Frau und die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frau und Mann ausgelotet.

Auch in den 1930er Jahren, als Niklaus Stoecklin seine *Apothekerin* malte und Irma Tschudi-Steiner an der Universität Basel Pharmazie studierte, war die Diskussion noch im vollen Gange. So nahm beispielsweise Heinrich Spillman im Namen der Redaktion der *Schweizerischen Apotheker-Zeitung* Stellung zu einem Bericht der Kommission für Fraueninteressen des Schweizerischen Verbands der Akademikerinnen, welche für die Zusammenarbeit von Frau und Mann in der Apotheke plädierte. Er schrieb:

»Zur Behauptung, dass der Apothekerberuf eine befriedigende Zusammenarbeit berufstätiger Ehegatten erlaube, möchten wir ein Fragezeichen anbringen. [...] Im weiteren ist die Frage jedenfalls erlaubt, ob es die Harmonie einer Ehe fördert, wenn Mann und Frau sich im gleichen Geschäft plagen müssen, über dessen Führung sie – besonders in Krisenzeiten – allzu leicht uneinig werden können. Der schärfste Vorwurf, den wir aber gegen diese Zusammenarbeit erheben müssen, ist der des Doppelverdienertums.«³⁷

Worauf eine ganze Reihe an Apothekerinnen in einer späteren Ausgabe derselben Zeitschrift entgegneten:

»Im übrigen geht die Diskussion, wie uns scheinen will, am Kern der Sache vorbei und verliert sich in nebensächlichen Dingen, denen wohl momentan eine gewisse Berechtigung zukommt, sicher aber keine grundsätzliche Bedeutung für die Beurteilung der Frauentätigkeit im Apothekerberuf. [...] Die Frau gehört in den Apothekerberuf. [...] Kaum ernst gemeint sind die Zweifel daran, dass der Apothekerberuf eine befriedigende Zusammenarbeit der Ehegatten gestatte. Abgesehen davon, dass die Harmonie einer Ehe im wesentlichen von ganz anderen Voraussetzungen als der ungleichen oder nur männlicherseits ausgeübten Berufstätigkeit abhängt, muss doch unbestritten bleiben, dass die Harmonie in zahllosen Fällen gemeinsamer Führung eines Geschäfts eher die Verbundenheit erhöht, als sie beeinträchtigt. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb es im Apothekerberuf anders sein sollte. [...] Ebensovienig stichhaltig ist der Vorwurf des Doppelverdienertums bei gemeinsamer Ausübung des Apothekerberufs durch die Ehegatten. Die Umgrenzung des Begriffes Doppelverdiener ist bekanntlich umstritten. Er ist eine ausgesprochene Zeiterscheinung. Ganz sicher wird ihn auch eine extensive Auslegung nicht auf die gemeinsame Betätigung des akademischen Berufes im eigenen Geschäft ausdehnen. [...] Es wäre erfreulich, wenn mit dieser Erwidrung die unerquickliche Diskussion eines Themas abgeschlossen werden könnte, das der Grosszügigkeit entbehrt und dessen weitere Erörterung dem Apothekerstand kaum förderlich sein dürfte.«³⁸

Ein Jahr später wusste Apotheker Ernst Jahn darauf nur zu erwidern:

»Die Geister, die wir selber seinerzeit riefen, die werden wir nicht mehr los! Die Flut der weiblichen Studierenden ist unheimlich gewachsen. [...] Wo bleibt die naturgewollte Bestimmung der Frau als Haushälterin, Gattin, Mutter?«³⁹



Abb. 3: »Porträt der Gemahlin unseres Bundespräsidenten: Frau Dr. Irma Tschudi«, Porträt in der Zeitschrift *Meyers Modeblatt*.

Hausfrau und Politikergattin zuerst

Mit dieser »naturgewollten Bestimmung der Frau« musste sich auch Irma Tschudi-Steiner auseinandersetzen. Sie erlebte, was Stoecklins *Apothekerin* darstellt: Als erfolgreiche Pharmazeutin einerseits, als Hausfrau und Gattin eines bekannten Politikers andererseits, ist ihre Geschichte ein eindrückliches Beispiel für die prekären Versuche, Frauen in der Mitte des 20. Jahrhunderts als *wissenschaftliche Personae* zu entwerfen. Tschudi-Steiner studierte zwischen 1933 und 1936 Pharmazie an der Universität Basel. Ihre Karriere als Wissenschaftlerin war dabei nur die zweite Wahl – ursprünglich wollte sie Konzertpianistin werden – und das Pharmaziestudium war wiederum eine »Verlegenheitslösung«, denn eigentlich hatte sie Chemie studieren wollen, sah aber für »eine Frau als Chemikerin keine Berufsaussichten«.⁴⁰ Das Pharmaziestudium, wenn auch nur zweite oder dritte Option, verhalf ihr zu einer ungewöhnlichen Karriere: 1938 Promotion in Pharmazie mit *summa cum laude*, ein Zweitstudium in Medizin mit dem Staatsexamen 1947 und Promotion 1949, nur ein Jahr später die Habilitation als erste Frau überhaupt an der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel.⁴¹ Auch nach ihrer Heirat mit dem Juristen und SP-Politiker Hans Peter Tschudi 1952 und

dessen Wahl zum Bundesrat 1959 lehrte und forschte sie, zunächst als Privatdozentin, später als ordentliche Professorin, viele weitere Jahre an den Universitäten Basel und Bern. Dass sie auch als verheiratete Frau berufstätig blieb, war ungewöhnlich und bezahlt wurde sie für ihre Arbeit nicht: »Nach der Heirat wurde mein Mann sehr bald Basler Regierungsrat [1953]. Da hiess es, der Frau eines Regierungsrates, der zahle man doch nichts. Vom Moment meiner Heirat an erhielt ich kein Gehalt mehr.«⁴² Die *Arbeiter-Zeitung*, offizielles Organ der Sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, beruhigte 1954 diejenigen, die hinter Tschudi-Steiners Beschäftigung an der Universität »ein ›Doppelverdienertum‹ witterten«, und versicherte, »dass Frau Dr. Tschudi als Gattin eines Regierungsrates keinen Rappen Lohn erhält, sondern vollständig gratis ihre Professur an der Basler Universität auszuüben hat«.⁴³ Zu ihrem erhaltenen Lehrauftrag für »pharmazeutische Spezialgebiete« wurde ihr »trotzdem recht herzlich« gratuliert, »bedeutete dieser doch eine auch äusserliche Anerkennung ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit.«⁴⁴ Gratuliert wurde auch der »Universität und ihren Studenten und Studentinnen für diesen neuen Professor[!]«.⁴⁵

Auch als ihr Mann 1959 in den Bundesrat gewählt wurde, sahen die Anstellungsbedingungen nicht viel anders aus: »Nach meiner Antrittsvorlesung in der Aula arbeitete ich erst auch gratis, dann gab man mir einen bezahlten zweistündigen Lehrauftrag.«⁴⁶ In Bern sei man da »fortschrittlich« gewesen.⁴⁷ So bedeutsam die »pionierhafte Pharmazieprofessorin« in Lehre und Forschung war – Hans Leuenberger vom Pharmazentrum der Universität Basel beschrieb ihr Schaffen in seinem Nachruf als den »Grundstein für die moderne Ausbildung von Pharmazeutinnen und Pharmazeuten in klinischer Pharmazie/Pharmakologie« –, so wenig ist über sie tatsächlich bekannt.⁴⁸ Vielen wird sie wahrscheinlich vor allem als Gattin von Altbundesrat Tschudi in Erinnerung bleiben, deren »medizinische und naturwissenschaftliche Kenntnisse« ihm »als Chef des Eidgenössischen Departements des Innern für die Leitung des Eidgenössischen Gesundheitsamtes zugute gekommen« sind.⁴⁹ Ihre eigene akademische Karriere bleibt für die breitere Öffentlichkeit dabei im Hintergrund.

»Scientific personas are historical constructions; they are not just a mask or a role that individuals assume or shape and are shaped by. They are collective entities, a kind of cultural and social repertoires on how to be a person of science.«⁵⁰ Tschudi-Steiners Geschichte zeigt, wie dies im Falle der Wissenschaftlerin in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verstehen ist. Die Pharmazeutin war unumstritten erfolgreich in ihrem Beruf. Nach aussen jedoch war dies kaum sichtbar. Das zeigt sich selbst noch im Archiv. Vier grosse Schachteln mit Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln enthält der Nachlass von Irma und Hans Peter Tschudi. Die Berichterstattung über Irma Tschudi-Steiner füllt dabei nur zwei dünne Dossiers und stellt zudem weniger ihre wissenschaftliche Arbeit in den Mittelpunkt als ihre Rolle als Frau des Politikers und gut organisierte Hausfrau.⁵¹



Abb. 4: Artikel über Irma Tschudi-Steiner in der Schweizer Illustrierten vom Juli 1968.

Im bereits erwähnten Artikel in der Arbeiterzeitung hiess es: »Nebenbei bemerkt sei auch festgestellt, dass Frau Dr. Tschudi nicht nur eine gute Wissenschaftlerin ist, sondern eine ebenso vorzügliche Hausfrau – überhaupt eine allseitige und frohmütige Persönlichkeit.«⁵² Auch die Berichterstattung über ihre Antrittsvorlesung in Basel zwei Jahre zuvor betonte Tschudi-Steiners traditionell weiblichen Eigenschaften und übertrug sie auf die Frauen in der Wissenschaft insgesamt:

»Eine gesund empfindende Frau bleibt Frau, auch wenn sie sich noch so viel Wissen erarbeitet hat, denn sie kann gar nicht anders, als immer wieder hinter allem das Menschliche zu sehen. Man hat oft den Eindruck, es gehe im spezialisierten Betrieb der modernen Wissenschaft langsam jämmerlich zugrunde, indem fleissige und gescheite, von ihrer Sache besessene Männer ihre besonderen Erkenntnisse zu Ende denken, dabei aber den Zusammenhang mit dem Menschlichen verlieren. Es ist die gottgewollte Aufgabe der Frau, sich dagegen zu wehren, denn sie steht der Natur näher als der Mann, und die Menschen sind und bleiben ihr stets die Hauptsache. Darum ist es ein Glück, dass auch Frauen studieren und sich der Wissenschaft widmen, nicht

um die Männer nachzuahmen, sondern um nicht nur in Haus und Familie, sondern auch in den Zentren des Geistes die Stimme der Menschlichkeit zu erheben. Irma Tschudi tat das in überzeugender Weise.«⁵³

Gut 16 Jahre später wurde in der *National-Zeitung Basel* nach der Wahl Hans Peter Tschudis zum Bundespräsidenten auf der »Seite der Frau« über »[u]nsere First Lady« berichtet: »Frau Bundespräsident Tschudi [!] ist eine Frau von Format. Sie hat ihren Dr. med. und sie hat ihren Dr. phil. Und sie ist die Schlichtheit und Natürlichkeit in Person.«⁵⁴ Die *Schweizer Illustrierte* porträtierte zum gleichen Anlass die sieben »unbekannte[n] Damen«, die Ehefrauen der Bundesräte.⁵⁵ »Frau Dr. Tschudi«, hiess es da, »liebt es nicht besonders, interviewt zu werden.«⁵⁶ Auffallend wenig handelt der Artikel dann auch von Irma Tschudis eigener Karriere, die sogar von ihr selbst relativiert wird: »Ich heiratete und begrub damit ganz bewusst meine schönen Pläne.«⁵⁷ Stattdessen steht ihr Alltag als Ehefrau eines viel beschäftigten Bundesrats im Fokus. Auch in der Frauenzeitschrift *Meyers Modeblatt* erschien ein »Porträt der Gemahlin unseres Bundespräsidenten«:

»Frau Dr. Tschudi ist eine moderne Frau. Modern im besten Sinne des Wortes. Sie ist unkompliziert, direkt, warmherzig, sehr lebendig und natürlich gescheit. Sie besitzt sogar zwei akademische Titel, nämlich ihren Dr. med. und ihren Dr. phil. Und sie lehrt trotz höchster Landeswürde weiter als Privatdozentin über neuere Arzneimittel an der Universität Bern.«⁵⁸

Obwohl hier die »moderne«, wissenschaftlich erfolgreiche Frau als Vorbild erscheint, wird auch dieser Artikel nicht müde, Irma Tschudi-Steiner als gute Ehe- und Hausfrau darzustellen. So ist das Porträt begleitet von drei Fotografien: Eine davon zeigt sie im Labor an der Universität, die zweite klavierspielend, in der dritten serviert sie ihrem Mann eine frisch zubereitete Mahlzeit. Die Bildunterschrift lautet: »Dass die Gemahlin unseres Bundespräsidenten gut kochen kann, beweist sie in ihrem gepflegten Heim tagtäglich. Kochen ist eines ihrer Hobbies.«⁵⁹ Bilder dieser Art ziehen sich durch alle Berichte. Auffallend häufig ist sie bei der häuslichen Arbeit fotografiert oder dabei, wie sie ihren Mann auf öffentlichen Veranstaltungen begleitet. Nur selten finden sich Aufnahmen von ihr an ihrem Arbeitsort im Labor. Die akademische Frau, auch dies zeigt Irma Tschudi-Steiners Geschichte, ist erfolgreich, talentiert und bestrebt, sich in der Männerdomäne durchzusetzen. Gleichzeitig soll sie nicht allzu sehr auffallen, nach aussen möglichst wenig akademisch wirken, das Bild einer ihren Mann unterstützenden Hausfrau wahren. Die Bilderstrecken in den Zeitschriften stellen sie genauso unakademisch dar wie Stoecklins *Apothekerin* sich den Vorbeigehenden im Kollegienhaus präsentiert: eine Akademikerin, verwiesen auf ihren Platz in der zweiten Reihe. Tschudi-Steiner war nicht nur Wissenschaftlerin, sondern musste in ihrer Rolle als Wissenschaftlerin immer auch – und zuerst – Hausfrau und Politikergattin sein. Im Spiegel der Presseberichterstattung schliesslich taucht die erfolgreiche Wissenschaftlerin so gut wie gar nicht auf, sondern in erster

Linie eine liebenswürdige und bedachte Haus- und Ehefrau. Tschudi-Steiners Geschichte, die ich so gerne als die Geschichte einer akademischen Überfliegerin erzählt hätte, lässt sich, obwohl sie nicht falsch wäre, so nicht schreiben, denn die Bedingungen, unter denen ihre Karriere stand und dokumentiert wurde, waren keine emanzipatorischen.



Nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten für das Jahr 1965 werden Dr. Tschudi und seine Gattin in ihrem Heimatort Schwanden (Glarus) herzlich empfangen.

schaft habe ich mit Bernerinnen Kontakt bekommen, und ich muss sagen, dass sie sehr viel stützliche Ähren setzten.»

Neue Heilmittel

sich dienen an den Universitäten von Basel und Bern über neue Heilmittel. Dazu kommen die zugehörigen Publikationen in Fachzeitschriften und das Lesen von unzähligen wissenschaftlichen Abhandlungen in verschiedenen Sprachen, was den Hauptteil meiner Arbeitseinheit in Anspruch nimmt. Die Zahl der pharmazeutischen Spezialitäten ist sehr gross, und sie nimmt jeden Tag zu. Eine Apotheke muss heute 80'000 bis 100'000 Produkte führen. Ich selbst nehme Pillen nur in Notfällen und niemals Kopfschmerzen, denn Kaffee und frische Luft helfen meistens ebensowenig. Ich möchte es nicht verneinen, auch in diesem Interview vor der Pflanzzeit zu warnen. Das ist das einzige, was man tun kann, denn es hat keinen Sinn, die besonders wirksamen schmerzstillenden Mittel, zu denen schmerzempfindliche Leute viel zu schnell und unüberlegt greifen, unter Respektpflicht zu stellen.»

Die Residenz

Auf demselben Wohnmassenplan Hans Peter und Irma Tschudi ist zunächst der Platz für Tschudi nicht besetzt, und da das Ehepaar nur noch selten dazu kommt, Konzerte und Opern zu besuchen, bedeutet für das einen sportlichen Kontakt mit der Welt der Kunst. Im Lieblingssportgebiet ist Mozart, und Rubinstein zählt sie zu den grössten Interpreten, sich gleiche nicht, dass ich ein aussergewöhnliches Talent besitzen, meint sie bescheiden. Was sonst noch auffällt: ein Aquarium mit unglaublich vielen Goldfischen, das dem Raum belebt, in dem Frau Tschudi gelegentlich auch die anderen Bundesfrauen empfängt.



Das einzige Jugendbildnis, das von seiner Besitzerin zur Veröffentlichung freigegeben wurde.

Madame Lotti Bonvin

Walliserin mit holländischem Blut

Das Haus an der Hauptstrasse von Sion atmet Geschichte. Der Eingang ist verwirrt, Treppe und Wohnungseingang sind eng, doch dahinter öffnen sich grossartige, hohe Räume mit schönen Stuckdecken. Frau Bonvin bewegt sich mit Würde und Charme darin, sich liebe alle Höflichkeit. Ich glaube nicht, dass ich mich in einem modernen Haus wohl fühlen könnte. In engen Mauern findet man leichter Kontakt als in grösseren Städten, deshalb fühle ich mich hier heimlich. Nachdem ich die Schule in Gex und Lausanne besucht hatte, kam ich zu meiner Mutter nach Sion. Sie fand so viele Bekannte und Freunde aus ihrer Jugendzeit wieder, dass wir uns gleich georgen fühlen.»

Eine zweihundertprozentige Walliserin

Die Kinder von Frau Bonvin – Madame Roger Bonvin besitzt sie in Sion – gingen alle in die deutsche Primarschule und in die französische Sekundarschule, sind also zweisprachig wie die meisten Kinder im Walliser Hauptort. Zu Hause aber sprechen sie immer französisch, obwohl Bundesrat Bonvin sehr gut Deutsch spricht und seine Frau sogar sieben Sprachen beherrscht. Frau Bonvina selber war Bühnen- und ihre Mutter aber Walliserin, und sie fühlt sich dem Wallis so stark verbunden, dass selbst die Wahl ihres Gatten in den Bundesrat sie nicht bewegen konnte, nach Bern umzuziehen. «Die Zugverbindungen sind ja so gut», argumentiert sie. Ausserdem besitzt Bundesrat Bonvin in Bern eine kleine Wohnung – für alle Fälle, doch er besitzt jeden Freitag und jede Gelegenheit, um ins Wallis zu fahren. Für die Ferien haben Herr und Frau Bonvin eine Kottenzimmerei gekauft. Die Mannes ein entzückender Berggipfel ist, ich aber habe natürlich verlangt bis – ich habe sogar Angst vor den Bergen – haben wir uns auf die Bergkuppe in der Gegend von Nendaz geeinigt. Wir sind Ehrenbürger von Nendaz geworden und können diesem Titel als unsere Kinder weitervererben, was recht ungewöhnlich ist.»

Abb. 5: Die zweite Seite des Artikel in der Schweizer Illustrierten vom Juli 1968.

»Can't women be heroes?«, fragt Naomi Oreskes in einem berühmten Text über die Unsichtbarkeit von Frauen in den Wissenschaften.⁶⁰ Tschudi-Steiners Geschichte und Stockklins *Apothekerin*, so unterschiedlich und doch miteinander verwoben, beantworten diese Frage für das Bild der Akademikerin in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts abschlägig. Sie wurden beide nicht wegen akademischer Leistungen porträtiert. Auch heute noch, 90 Jahre, nachdem die Zofingia sie malen lies, verweist die Frau mit den kurzen Haaren hinter dem Tresen die Studentinnen, die an ihr vorübergehen, mit bittersüßem Blick auf den steinigen Weg, der vor ihnen liegt.

Chiara Monaco studiert Kulturtechniken an der Universität Basel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Niklaus Stoecklin, *Apothekerin* (1930/31), Kunstsammlung der Universität Basel. Eigene Aufnahme.

Abb. 2: Irma Tschudi-Steiner zu Hause beim Kochen, aus: Hans Peter Tschudi, *Im Dienste des Sozialstaates: Politische Erinnerungen*, Basel: F. Reinhardt, (1993), Bildteil in der Buchmitte o.S.

Abb. 3: »Porträt der Gemahlin unseres Bundespräsidenten: Frau Dr. Irma Tschudi«, in: *Meyers Modeblatt* 2 (9. Januar 1965), S. 14, »Irma Tschudi-Steiner 1954–1974«, Dossier mit Ausschnitten aus Zeitungen und Zeitschriften betreffend Irma Tschudi-Steiner, 1954–1974, Privatchiv der Familie Tschudi, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1098a D 1-8-1 (2) 3.

Abb. 4: »7 Unbekannte Damen. Die SI stellt die Bundesratsfrauen vor: Irma Tschudi-Steiner. Privatdozentin an zwei Universitäten« (o.V.), in: *Schweizer Illustrierte* 30 (22. Juli 1968), S. 25, »Irma Tschudi-Steiner 1954–1974«, Dossier mit Ausschnitten aus Zeitungen und Zeitschriften betreffend Irma Tschudi-Steiner, 1954–1974, Privatchiv der Familie Tschudi, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1098a D 1-8-1 (2) 3.

Abb. 5: »7 Unbekannte Damen. Die SI stellt die Bundesratsfrauen vor: Irma Tschudi-Steiner. Privatdozentin an zwei Universitäten« (o.V.), in: *Schweizer Illustrierte* 30 (22. Juli 1968), S. 25, »Irma Tschudi-Steiner 1954–1974«, Dossier mit Ausschnitten aus Zeitungen und Zeitschriften betreffend Irma Tschudi-Steiner, 1954–1974, Privatchiv der Familie Tschudi, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1098a D 1-8-1 (2) 3.

Literatur

- 1 Die Tatsache, dass es keine bekannten Innenaufnahmen des Saals mit den Bildern gibt, könnte von der Abneigung der Zofingia gegenüber ihrem eigenen Vereinslokal zeugen. Vgl. Robert Develey: *Der Breo zu Basel. 3-phasige Geschichte eines Studentenlokals*, Basel: Spalendor Verlag (2004), S. 236; Eva Nägeli, Marianne Nef: »Die Fakultäten« von Niklaus Stoecklin, Universität Basel (2010), S. 4. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Ngeli_Nef_Stoecklin.pdf.
- 2 Vgl. Brigitte Zurbruggen: »... Und speziell Damen wandten sich scharenweise dem pharmazeutischen Studium zu ...« *Zur Geschichte der Apothekerinnen in der Schweiz*, Bern: Universität Bern (2000), S. 92.
- 3 Brigitte Zurbruggen: »... Und speziell Damen wandten sich scharenweise dem pharmazeutischen Studium zu...« *Zur Geschichte der Apothekerinnen in der Schweiz*, Bern: Universität Bern (2000), S. 145.
- 4 Iris von Roten: *Frauen im Laufgitter. Offene Worte zur Stellung der Frau*, Bern: Hallwag (1959 [1958]), S. 90.
- 5 Vgl. Lorraine Daston, Otto H. Sibum: »Introduction: Scientific Personae and Their Histories«, in: *Science in Context* 16/1-2 (2003), S. 1–8.
- 6 Hans Heussler, Gutachten betreffend die Zulassung von Frauen zum Studium an der Universität Basel, 23. September 1889, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehung X 18.
- 7 Vgl. Eva Nägeli, Marianne Nef: »Die Fakultäten« von Niklaus Stoecklin, Universität Basel (2010), S. 20. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Ngeli_Nef_Stoecklin.pdf.
- 8 Vgl. Beat von der Crone: »Die Studentin ... Wunsch- und Angstbilder 1890–1990«, in: *100 Jahre Frauen an der Uni Basel*, Basel: Historisches Seminar der Universität Basel (1991), S. 133–140, hier S. 134f.
- 9 »Eine gelehrte oder eine intelligente Frau?« (o.V.), in: *Die Berner Woche in Wort und Bild: ein Blatt für heimatische Art und Kunst* 23/9 (1933), S. 137.
- 10 Eva Nägeli, Marianne Nef: »Die Fakultäten« von Niklaus Stoecklin, Universität Basel (2010), S. 3. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Ngeli_Nef_Stoecklin.pdf.
- 11 Wie Nägeli und Nef hervorheben, bildete Stoecklin die Apothekerin gerade nicht in der Tradition eines »Mannsweibes« ab, wie Frauen im wissenschaftlichen Kontext zur damaligen Zeit oft dargestellt wurden, sondern malte eine »verführerische Frau mit übertrieben stark ausgeprägten weiblichen Körpermerkmalen«. Eva Nägeli, Marianne Nef: »Die Fakultäten« von Niklaus Stoecklin, Universität Basel (2010), S. 20. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Ngeli_Nef_Stoecklin.pdf.
- 12 Vgl. Eva Nägeli, Marianne Nef: »Die Fakultäten« von Niklaus Stoecklin, Universität Basel (2010), S. 3. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Ngeli_Nef_Stoecklin.pdf.
- 13 Vgl. Robert Develey: *Der Breo zu Basel. 3-phasige Geschichte eines Studentenlokals*, Basel: Spalendor Verlag (2004), S. 234.
- 14 Vgl. Eva Nägeli, Marianne Nef: »Die Fakultäten« von Niklaus Stoecklin, Universität Basel (2010), S. 3. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Ngeli_Nef_Stoecklin.pdf.
- 15 »Protokoll der Vorstandssitzung vom 28. Januar 1931, 2 ¼ Uhr im A.Z.-Zimmer, St. Johannvorstadt 40«, Protokoll der Vorstandssitzung der Gesellschaft zum Breo, 28. Januar 1931, Privatchiv Schweizerischer Zofingerverein Sektion Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1132c B 1 (1).
- 16 Eva Nägeli, Marianne Nef: »Die Fakultäten« von Niklaus Stoecklin, Universität Basel (2010), S. 5. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Ngeli_Nef_Stoecklin.pdf.
- 17 Die Apothekerin und der Chemiker in den Fakultäten waren nicht Stoecklins einzige Werke mit Bezug zur Pharmaindustrie in Basel. Ein bedeutender Grossauftrag war beispielsweise die Ausgestaltung des sechs

- mal sechs Meter grossen Wandbildes *Arzneipflanzen 1935/36* im damals neu errichteten Verwaltungsgebäude der Hoffman-La Roche. Auch das *Chemiebild* beziehungsweise *Die neue Zeit*, welches 1940 für das Direktionszimmer der Sandoz Pharma AG gefertigt wurde, betont Stoecklins Nähe zur Pharmabranche in Basel. Vgl. Christoph Vögele: *Niklaus Stoecklin, 1896–1982*, Winterthur: Kunstmuseum Winterthur (1996), S. 138–142.
- 18 Vgl. Harald Olbrich: »Gelehrter«, in: *Lexikon der Kunst: Architektur, bildende Kunst, angewandte Kunst, Industrieformgestaltung, Kunsttheorie*, Bd. 2, Leipzig: Seemann (1989), S. 685–687; Harald Olbrich (Hg.): »Künste und Wissenschaften«, in: *Lexikon der Kunst: Architektur, bildende Kunst, angewandte Kunst, Industrieformgestaltung, Kunsttheorie*, Bd. 4, Leipzig: Seemann (1992), S. 123f.
- 19 Schnitzelbänke sind in Versform vorgetragene Lieder, welche an der Basler Fasnacht humorvoll, satirisch und pointiert gesellschaftliche und politische Ereignisse des vergangenen Jahres Revue passieren lassen und damit wichtiger Bestandteil der Fasnacht sind. Zu jeder Strophe werden Bilder, die *Helge*, gezeigt, die das jeweilige Sujet illustrieren, ohne aber die Pointe zu verraten.
- 20 »Gemeinsame Sitzung des Vorstandes mit der Kommission der Basler Altzofinger, Freitag, den 7. November 1941, 20.00 Uhr, im Breo«, Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Vorstandes der Gesellschaft zum Breo mit der Kommission der Basler Altzofinger, 7. November 1941, Privatarchiv Schweizerischer Zofingerverein Sektion Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1132c B 1 (1).
- 21 »Bilder von Niklaus Stoecklin«, Dossier mit Korrespondenz betreffend den Bilderzyklus *Die Fakultäten* von Niklaus Stoecklin, 1943–1960, Privatarchiv Schweizerischer Zofingerverein Sektion Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1132c E 4 (1) 2.
- 22 Peter Sarasin an Dr. Felix Burckhardt, 8. Juli 1943, Privatarchiv Schweizerischer Zofingerverein Sektion Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1132c E 4 (1) 2.
- 23 Die öffentliche Kunstsammlung quittierte den Empfang der folgenden Bilder: »Der Kunsthistoriker, der Theologe, der Lehrer, der Geologe, der Astronom, der Chemiker, der Jurist, der Internist, der Nationalökonom, der Chirurg, der Philosoph«. Georg Duthaler im Namen der öffentlichen Kunstsammlung Kunstmuseum Basel an Peter Sarasin z.H. der Gesellschaft zum Breo, 16. August 1947, Privatarchiv Schweizerischer Zofingerverein Sektion Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1132c E 4 (1) 2.
- 24 Vgl. Robert Develey: *Der Breo zu Basel. 3-phasige Geschichte eines Studentenlokals*, Basel: Spalendor Verlag (2004), S. 305.
- 25 »[...] Der Maler Niklaus hat auf diesen Tafeln gelehrte Männer abgebildet, die aus dem Gebiet der Literatur- als auch der Naturwissenschaften kommen: Es gibt nicht nur den Theologen und den Philosophen, den Rechtsgelehrten und den Nationalökonom, – den Archäologen und den Geschichtsschreiber und den Schulmeister, sondern vielmehr jene höchstgelehrten Männer, die es unternehmen, den Ursprung der Materie und der Erde zu erforschen, hierauf jene, die bei den Planeten und Sternen sachkundig sind, ferner den Mediziner und den Chirurgen und in der Tat die Arzneimitteljungfrau. Mit dankbaren Herzen erbitten wir Sie, dass Sie diese vierzehn gemalten Tafeln an sich nehmen, welche der Universität Schmuck und den Zukünftigen ein Beispiel seien. [...]« Übersetzung: Lucas Rickenbach. Willy Rittmann, »Übergabe der Stöcklinbilder an die Universität zum 500. Jahresfest«, Rede der Zofingia im Rahmen des 500-Jahr-Jubiläums der Universität Basel, 2. Juli 1960, Privatarchiv Schweizerischer Zofingerverein Sektion Basel, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1132c E 4 (1) 2.
- 26 Edgar Bonjour: *Die Universität Basel von den Anfängen bis zur Gegenwart, 1460–1960*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1971 [1960]), S. 452.
- 27 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur. Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6).
- 28 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur. Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 3.
- 29 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur. Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 8.
- 30 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur. Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 26.
- 31 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur. Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 26.
- 32 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur. Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 27.
- 33 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur. Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 27.
- 34 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur. Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 28.
- 35 Lorraine Daston, Otto H. Sibum: »Introduction: Scientific Personae and Their Histories«, in: *Science in Context* 16/1–2 (2003), S. 1–8, hier S. 2.

- 36 Vgl. Brigitte Zurbriggen: »...Und speziell Damen wandten sich scharenweise dem pharmazeutischen Studium zu...« *Zur Geschichte der Apothekerinnen in der Schweiz*, Bern: Universität Bern (2000), S. 105-151.
- 37 Heinrich Spillmann: »Die Lage der Frauenarbeit in den akademischen Berufen«, in: *Schweizerische Apotheker-Zeitung* 74/2 (11. Januar 1936), S. 2-21, hier S. 21.
- 38 L. Bendiner, M. Bernasconi, A. Bischofberger, G. Brandenberger, A. Büchi-Sauter, E. Eichenberger-Haubensak, R. Finkler, S. Fontanellaz-Diebold, Fl. Guggenheim-Grünberg, H. Keller-Gäumann, E. Kruck, H. Mollet, L. Niedermann, E. Oberholzer, H. Raths, E. Reischmann, H. Reischmann, E. Stäheli-Schollenberger: »Grundsätzliches zum Apothekerberuf der Frauen«, in: *Schweizerische Apotheker-Zeitung* 74/9 (29. Februar 1936), S. 104-105, hier: S. 105.
- 39 Ernst Jahn: »Zur Apothekerberufsepidemie«, in: *Schweizerische Apotheker-Zeitung*, 75/24 (12. Juni 1937), S. 309-310, hier S. 309.
- 40 Franziska Rogger: *Kinder, Krieg und Karriere: Selbstbildnisse aus der Mitte des 20. Jahrhunderts*, Bern: Stämpfli Verlag (2016), S. 26.
- 41 Vgl. Brigitte Zurbriggen: »... Und speziell Damen wandten sich scharenweise dem pharmazeutischen Studium zu ...« *Zur Geschichte der Apothekerinnen in der Schweiz*, Bern: Universität Bern (2000), S. 201f.
- 42 Franziska Rogger: *Kinder, Krieg und Karriere: Selbstbildnisse aus der Mitte des 20. Jahrhunderts*, Bern: Stämpfli Verlag (2016), S. 28.
- 43 »Lehrauftrag für Frau Dr. Tschudi« (o.V.), in: *Arbeiter-Zeitung. Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Parteien und Publikationsorgan der Gewerkschaftskartelle von Basel-Stadt und Baselland* 34/201 (30. August 1954), S. 2.
- 44 »Lehrauftrag für Frau Dr. Tschudi« (o.V.), in: *Arbeiter-Zeitung. Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Parteien und Publikationsorgan der Gewerkschaftskartelle von Basel-Stadt und Baselland* 34/201 (30. August 1954), S. 2.
- 45 »Lehrauftrag für Frau Dr. Tschudi« (o.V.), in: *Arbeiter-Zeitung. Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Parteien und Publikationsorgan der Gewerkschaftskartelle von Basel-Stadt und Baselland* 34/201 (30. August 1954), S. 2.
- 46 Franziska Rogger: *Kinder, Krieg und Karriere: Selbstbildnisse aus der Mitte des 20. Jahrhunderts*, Bern: Stämpfli Verlag (2016), S. 28.
- 47 Franziska Rogger: *Kinder, Krieg und Karriere: Selbstbildnisse aus der Mitte des 20. Jahrhunderts*, Bern: Stämpfli Verlag (2016), S. 28.
- 48 Hans Leuenberger: »Eine pionierhafte Pharmazieprofessorin. Zum Tod von Irma Tschudi-Steiner«, in: *NZZ. Neue Zürcher Zeitung* (29. Oktober 2003), S. 17. Trotz ihres Status als erste an der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät habilitierte Frau, findet sie weder Erwähnung auf der Website der Geschichte des Departements für Pharmazie, noch auf derjenigen der Geschichte der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, noch in der Timeline bedeutender Ereignisse im Porträt der Universität. Einzig der von ihr gestiftete Irma Tschudi-Steiner Preis, welcher alle zwei Jahre für die beste von einer Frau verfasste pharmazeutische Dissertation verliehen wird, zeugt von ihrem Wirken an der Universität. Vgl. »Die Entstehung der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät«, <https://philnat.unibas.ch/de/fakultaet/geschichte/>; Christoph Kessler: »Geschichte des Departements Pharmazeutische Wissenschaften Basel«, <https://pharma.unibas.ch/de/about-us/departementsgeschichte/>; Universität Basel: *Porträt der Universität Basel*. Basel: Universität Basel (2018), S. 27. Online: https://www.unibas.ch/dam/jcr:88c1026f-23f8-4b23-bad4-bb86fae58de3/Portraet_Universitaet_Basel_2018_DE.pdf.
- 49 Hans Peter Tschudi: *Im Dienste des Sozialstaates: Politische Erinnerungen*, Basel: F. Reinhardt (1993), S. 60.
- 50 Mineke Bosch, Kirsti Niskanen, Kaat Wils: »Scientific Personas in Theory and Practice – Ways of Creating Scientific, Scholarly, and Artistic Identities«, in: *Persona Studies* 4/1 (2018), S. 1-5, hier S. 1.
- 51 »Diverse Zeitungsartikel«, Dossier mit Ausschnitten aus Zeitungen und Zeitschriften betreffend Irma Tschudi-Steiner, 1955 (ca.)-1972 (ca.), Privatarchiv der Familie Tschudi, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1098a D 2-6-1 (8)«; »Irma Tschudi-Steiner 1954-1974«, Dossier mit Ausschnitten aus Zeitungen und Zeitschriften betreffend Irma Tschudi-Steiner, 1954-1974, Privatarchiv der Familie Tschudi, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 1098a D 1-8-1 (2) 3.
- 52 »Lehrauftrag für Frau Dr. Tschudi« (o.V.), in: *Arbeiter-Zeitung. Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Parteien und Publikationsorgan der Gewerkschaftskartelle von Basel-Stadt und Baselland* 34/201 (30. August 1954), S. 2.
- 53 L. B.: »Arzneimittel und Mensch«, in: *Arbeiter-Zeitung. Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Parteien und Publikationsorgan der Gewerkschaftskartelle von Basel-Stadt und Baselland* 32/280 (28. November 1952), S. 4.
- 54 »Unsere First Lady« (o.V.), in: *National-Zeitung Basel* (13. Dezember 1964), Die Seite der Frau.
- 55 »7 Unbekannte Damen. Die SI stellt die Bundesratsfrauen vor: Irma Tschudi-Steiner. Privatdozentin an zwei Universitäten« (o.V.), in: *Schweizer Illustrierte* 30 (22. Juli 1968), S. 25-26, hier S. 25.
- 56 »7 Unbekannte Damen. Die SI stellt die Bundesratsfrauen vor: Irma Tschudi-Steiner. Privatdozentin an zwei Universitäten« (o.V.), in: *Schweizer Illustrierte* 30 (22. Juli 1968), S. 25-26, hier S. 25.
- 57 »7 Unbekannte Damen. Die SI stellt die Bundesratsfrauen vor: Irma Tschudi-Steiner. Privatdozentin an zwei Universitäten« (o.V.), in: *Schweizer Illustrierte* 30 (22. Juli 1968), S. 25-26, hier S. 25. Darüber, ob Tschudi-Steiner implizit eine Kritik an ihrer neuen Rolle formulierte oder sich doch friedvoll mit ihrem Status identifizierte, lässt sich hier nur mutmassen.

- 58 »Porträt der Gemahlin unseres Bundespräsidenten: Frau Dr. Irma Tschudi« (o.V.), in: *Meyers Modeblatt* 2 (9. Januar 1965), S. 14.
- 59 »Porträt der Gemahlin unseres Bundespräsidenten: Frau Dr. Irma Tschudi« (o.V.), in: *Meyers Modeblatt* 2 (9. Januar 1965), S. 14.
- 60 Naomi Oreskes: »Objectivity or Heroism? On the Invisibility of Women in Science«, in: *Osiris* 11 (Januar 1996), S. 87–113, hier S. 109.

Fleissig verteilt

Die schmale Akte über die Antifaschistische Studentengruppe enthält einen pikanten Schlagabtausch zwischen einer Medizinstudentin und dem Rektorat der Universität Basel. Sie umfasst auch Quellen, die es ermöglichen, eine Flugblattaktion, die in der Basler Stadtpolitik in den 1930er Jahren für Aufregung sorgte, zu rekonstruieren.

»Die Unterzeichnete verweigert die Auskunft betr. Nennung von Namen von Studierenden, die der »antifascistischen [sic] Studentengruppe« angehören.«¹ [Abb. 1]

Im Dezember 1934 forderte die Disziplinar-Kommission der Universität Basel die Medizinstudentin Ida Fleissig auf, dem Rektorat Namen von Mitgliedern der Antifascistischen Studentengruppe (ASG) zu nennen. Fleissig kam dieser Bitte nicht nach, und so finden sich im Staatsarchiv Basel-Stadt, das grosse Teile des Universitätsarchivs umfasst, nur wenige Namen in Verbindung mit der ASG. Ein kurzer Briefverkehr mit Ida Fleissig (1913–1999) immerhin ist dokumentiert. Ausgangspunkt für den Briefwechsel ist ein Flugblatt der ASG, das dem Rektor der Universität, Alfred Labhardt, unterstellte, sich beim *Dies Academicus* im November 1934 in einer Rede faschistisch geäussert zu haben. Die ASG warf dem Rektorat und der Universitätsverwaltung ausserdem deren passive bis akzeptierende Haltung gegenüber Personen und Gruppierungen mit faschistischer Gesinnung vor, während Veranstaltungen der ASG verboten worden seien.²

Als an das Deutsche Reich grenzende Stadt sah sich Basel in den 1930er Jahren direkt mit dem Nationalsozialismus konfrontiert. Die Stadtpolitik war davon massgeblich beeinflusst. In dieser Zeit des Umbruchs, die auch die Zeit der Weltwirtschaftskrise war, die Basel mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit belastete,³ bildeten sich Widerstandsgruppen gegen faschistische Tendenzen im Ausland und gegen das Phänomen des Schweizer Frontismus. Dieser wurde sichtbar in verschiedenen Organisationen und Bewegungen, die von konservativen, autoritären und faschistischen Gedanken geprägt waren. Er kann auch als Folge der geistigen und politischen Krise, die schon nach dem Ersten Weltkrieg in der Schweiz zum Ausdruck kam, verstanden werden. Frontistische Bewegungen in der Schweiz strebten nach einer »Stärkung der Regierungsautorität, korporative[n] Ordnungsstrukturen der Wirtschaft, Betonung des Nationalen und [der] Neubelebung des föderalistischen Prinzips.«⁴

Auf den Fahnen der studentischen Widerstandsgruppen, wie etwa der ASG oder der Marxistischen Studentengruppe (MSG), einer weiteren kritischen Widerstandsgruppe an der Universität Basel dieser Zeit, standen im Kontrast dazu die Werte der Demokratie, der freien Gesinnung und einer kritischen Wissenschaft. In den 1930er Jahren wurde auch die Universität Basel Schauplatz politischer Konflikte, unter anderem einer von der ASG initiierten Flugblattaktion, die bis ins Rektorat und in die Basler Stadtpolitik hinein wirkte. So dünn die Archivlage ist, erlaubt sie doch Antworten auf Fragen nach dem politischen Geschehen in und um die Universität Basel in den 1930er Jahren. Wie eng war die staatliche Institution Universität mit dem Politgeschehen, mit den Regierungsräten und Departementen verwoben? Wie positionierten sich Rektorat, Beschäftigte und Studierende gegenüber dem Faschismus, der nicht nur bis an die Grenzen, sondern auch im eigenen Land Wirkung entfaltete?

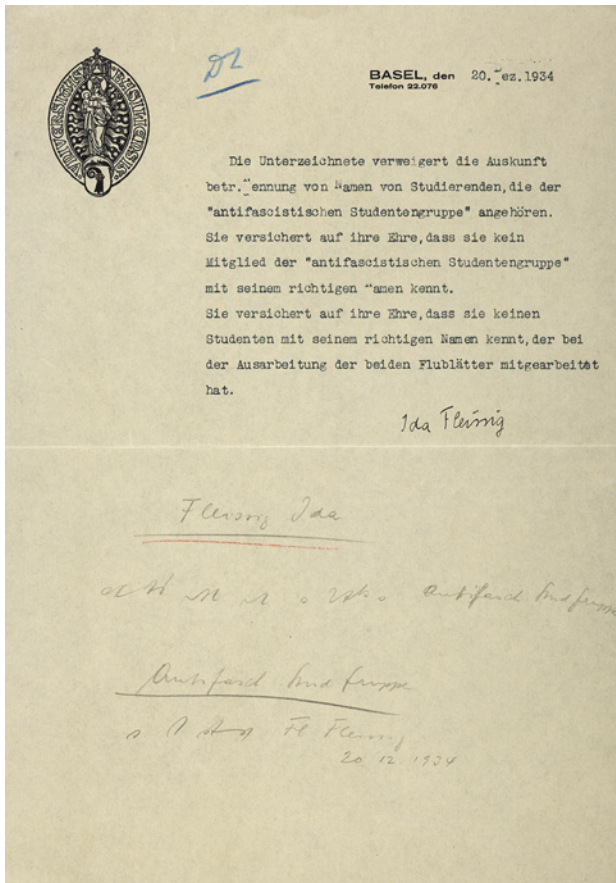


Abb.1: Ida Fleissig verweigert dem Rektorat Auskunft.

Die Flugblattaffäre

»Studentinnen ! Studenten ! Akademiker ! Geistesarbeiter aller Berufe ! [...] Der Faschismus macht nicht Halt an den Schweizergrenzen.«⁵

»Kämpft mit uns an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft gegen Faschismus, Aufrüstung und geistigen Terror, für Gesinnungs- und Meinungsfreiheit, für eine lebendige, kritische und wirklich ehrliche Wissenschaft [...].«⁶

Diesem Aufruf der ASG, der im Rahmen der Flugblattaktion verfasst wurde, ging einiges voran. Ihren Ausgang nahm die turbulente Geschichte mit einer Rede des damaligen Rektors der Universität Basel, Alfred Labhardt (1874–1949). Am 16. November 1934 hielt der Gynäkologe Labhardt einen Vortrag mit dem Titel *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur*. Hauptthema der Rede waren die von Labhardt so genannten neuen »Kulturfaktoren« und

ihr Einfluss auf die bisherige »natürliche Ordnung«. ⁷ Fortschritte in der Medizin, der Hygiene und der Krankheitsprophylaxe brächten, so Labhardt, die Schwierigkeit mit sich, dass keine natürliche Selektion mehr stattfindet: gemeint ist die Ausschaltung von als »minderwertig« begriffenem Leben. ⁸ Natürliche Faktoren für den Schutz des Lebens seien bei den »Säugetieren und beim Menschen« die Trennung der Geschlechter und die Verteilung der Fortpflanzungsaufgabe. Die Frau sei körperlich, anatomisch, funktionell und psychisch auf das Ziel der Reproduktion eingestellt. Nur durch das Mutterwerden könne sie ihr wahres Glück und Erfüllung finden. ⁹ Im Gegensatz dazu sei beim Mann im Laufe der Zeit die körperliche Überlegenheit durch die intellektuelle ersetzt worden. Darin liege begründet, dass er auf den Gebieten der Wissenschaft, der Forschung, der Kunst, des Kulturfortschrittes bleibende Werte geschaffen habe und vorherrsche. Labhardt stellte die Frau als affektbetonte Gebärmaschine dar, die sich um die Reproduktion und somit das Absichern der Gattung kümmern sollte. Entsprechend sah er in der Frauenemanzipation eine Gefahr für das Wohl der gesamten Menschheit, Mann und Frau sollten sich vielmehr ergänzen. Er argumentierte daher gegen »die restlose bürgerliche Gleichstellung«, weil »die überwiegende Majorität der Frauen im Bewusstsein ihrer natürlichen Anlagen daran kein wesentliches Interesse findet.« ¹⁰ Neben den Faktoren zum Schutz des Lebens listete Labhardt auch diejenigen der Selektion auf, welche die Zukunft der Menschheit ebenfalls massgeblich beeinflussten. Zu den »natürlichen Ausfällen von Individuen« zählte er Krankheiten, Seuchen, Naturereignisse und Hungersnöte, zu den »kulturellen« den Krieg. Doch während die natürlichen Faktoren, denen er eine positiv-selektierende Wirkung zuschrieb, aufgrund der Fortschritte in Wissenschaft und Hygiene kaum noch zur Wirkung kämen, sei ausgerechnet der menschengemachte »Ausfallfaktor« Krieg »noch nicht gebannt«. »So droht der natürliche Ausgleich des Ueberschusses, der die Minderwertigen traf, durch einen kulturellen ersetzt zu werden, der leider gerade die Vollwertigen trifft.« ¹¹ Labhardt folgte damit den klassischen rassenhygienischen und eugenischen Argumentationen, die ab dem Ende des 19. Jahrhunderts auch international zusehends an Popularität gewannen. ¹²

Das Jugendkomitee gegen Krieg und Faschismus, das oft mit der ASG gemeinsam aktiv wurde, versammelte sich am 17. Dezember 1934 vor dem damaligen Frauenspital. Im Namen der ASG verteilten sie dort das Flugblatt, für das Ida Fleissig sich später würde rechtfertigen müssen. Es verkündete: »»Friedlich« geht das Wintersemester seinen Gang. Man studiert, lernt, unterhält und zerstreut sich und »alles ist in Ordnung«. Aber wie sieht diese »Ordnung« in Wirklichkeit aus?« ¹³ Zwei ausländische Studenten, »die aus ihrer antifaschistischen Gesinnung kein Hehl machten«, ¹⁴ seien vom Bundesrat aus der Schweiz ausgewiesen worden, während die Deutsche Studentenschaft, »eine Organisation der braunen Kulturschänder«, ¹⁵ in der Gaststätte »Zum Braunen Mutz« gegründet und vom Rektorat der Universität Basel anerkannt worden sein. Auch die Tatsache, dass der Rektor den Krieg als »Auslesemittel« der Bevölkerungsvermehrung hinstellte, problematisierten die Gruppierungen. ¹⁶ Dem Flugblatt zufolge

hatte der Faschismus das Denken und Handeln der Menschen und auch der Bildungsinstitutionen in der Schweiz längst durchdrungen. Es lud ferner dazu ein, die öffentliche Versammlung im Steinenschulhaus zu besuchen, bei der Max Wullschleger¹⁷ (1910–2004), ein Student und Vertreter des Jugendkomitees gegen Krieg und Faschismus, über »die wirtschaftliche und geistige Entrechtung der arbeitenden und studierenden Jugend« sprechen sollte [Abb. 2].¹⁸

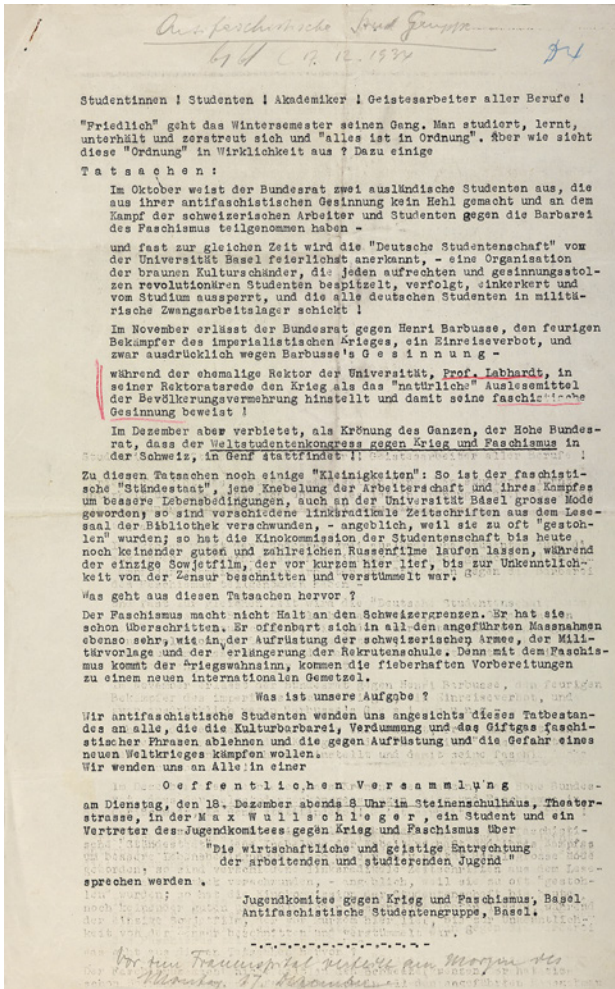


Abb. 2: Das Flugblatt vom 17. Dezember 1934.

Der Inhalt des Flugblatts erreichte bald den Rektor und nur einen Tag später verfasste der Universitätsrat in seinem Namen ein Schreiben an den Regierungsrat und Vorstehenden des Erziehungsdepartements Fritz Hauser, samt beigelegtem Exemplar des verteilten Flugblatts.¹⁹

Das Rektorat reklamierte, dass der Inhalt von Labhardts Rede entstellt worden sei und die Art und Weise der Verteilung des Flugblatts, nämlich »unmittelbar vor Universitätsgebäuden«, ²⁰ nicht den vorgegebenen

Richtlinien der »Disziplin der Universität«²¹ entspreche. In der Konsequenz verbot der Regierungsrat die angekündigte Versammlung im Steinenschulhaus.

Die ASG liess dieses Verbot nicht unkommentiert und veröffentlichte innerhalb kürzester Zeit ein »Protest-Extrablatt«, in dem sie neue Tatsachen, die seit dem ersten Flugblatt geschehen waren, dramatisch aufzeigte: »Erstens hat der Bundesrat, der erst kürzlich die Abhaltung des ›Studentenweltkongresses gegen Krieg und Faschismus‹ in Genf verbot, der ›Faschistischen Internationale‹ erlaubt, ihren Kongress in Montreux, auf Schweizerboden abzuhalten« – und »Zweitens hat der Regierungsrat von Basel die Abhaltung der von uns angekündigten Versammlung im Steinenschulhaus verboten!«²² Mit Nachdruck rief die ASG dazu auf: »Lasst Euch nicht einlullen und einschläfern durch die geistige Stickluft, die an der Universität herrscht. – Ihr folgt die faschistische Explosion, der offene Terror!«²³ Das Verbot der öffentlichen Versammlung sei ein Zeichen dafür, dass die schweizerische Bourgeoisie mit Nazideutschland sympathisiere. Auch, dass »der grössenwahnsinnige Hysteriker, Arbeitermörder und Kriegstreiber Adolf Hitler für den intimen Verkehr mit hohen schweizerischen Militärs durchaus ›salonfähig ist‹«,²⁴ sei ein Hinweis darauf. Diese Sicht teilte der *Basler Vorwärts*, das Sprachrohr der Kommunistischen Partei (KP)²⁵ und eines der sechs Parteiblätter der Basler Presse, der berichtete: »Der Basler Regierungsrat unterdrückt Versammlung antifaschistischer Schweizer Studenten während in Montreux die ausländischen Faschistenführer tagen können« [Abb. 3]. Der Autor des Artikels mutmasste, dass der wahre Grund der Verweigerung des Saals für die öffentliche Versammlung nicht auf die Rektoratsrede zurückzuführen sei, sondern darauf, dass der Regierungsrat den Faschismus unterstütze und die »Behörden nur dann einschreiten, wenn es sich um Antifaschisten handelt.«²⁶

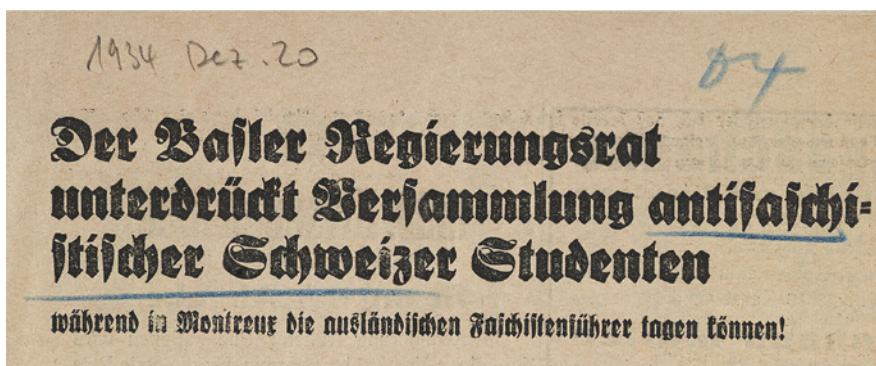


Abb. 3: Schlagzeile im Basler Vorwärts vom 20. Dezember 1934.

Warum das Rektorat sich ausgerechnet an Ida Fleissig wandte und Auskunft über die Organisation und Mitglieder der ASG verlangte, ist nicht bekannt. In ihrem Antwortschreiben versicherte sie dem Rektorat »auf ihre Ehre, dass sie keinen Studenten mit seinem richtigen Namen kennt, der bei der Ausarbeitung der beiden Flugblätter mitgearbeitet hat.«²⁷ Kurz darauf lud

Labhardt Fleissig für den 24. Dezember vor. Ihr Onkel, Gewerbeinspektor Walter Strub, begleitete seine »angeklagte«²⁸ Nichte anstelle ihres verstorbenen Vaters, um ihr als Unbeteiligter und Zeuge während der Unterredung mit dem Rektor beizustehen.²⁹ Der Inhalt der Unterredung ist unbekannt, aber kurz vor Jahresende erteilte die Disziplinarkommission der Universität im Namen des Rektors »Fräulein Ida Fleissig« folgenden »strengen Verweis«:

»Sie haben in der Angelegenheit der ›Antifaschistischen Studentengruppe‹ eine der Universität gegenüber wenig erfreuliche Stellung eingenommen, indem Sie auf Ihre Ehre eine unwahre Erklärung unterzeichnet haben. Die Universität, der Sie Ihr Studium und die Beihilfe zu demselben durch Zuerkennung von Stipendien zu verdanken haben, hätte von Ihnen eine würdigere Stellungnahme erwartet. Die Disziplinarkommission der Universität, die sich mit der Angelegenheit befasst hat, spricht Ihnen im Hinblick auf Ihr obengenanntes Verhalten einen strengen Verweis aus.«³⁰

Eine Begründung und der Nachweis, dass Fleissig tatsächlich an der Aktion beteiligt oder überhaupt Teil der ASG war, blieben aus.

Im neuen Jahr übernahm der Philosoph Paul Häberlin das Amt des Rektors, das zu dieser Zeit üblicherweise für die Dauer eines Jahres ausgeübt und ausschliesslich von universitätsinternen Lehrenden besetzt wurde. Damit waren die Wellen, die die Flugblattaktion schlug, aber nicht verebte. In politisch angespannter Zeit waren die repräsentativen Organe der Universität Basel vor die Herausforderung gestellt, klar antifaschistische Stellung zu beziehen. Dies gelang zumindest in den Jahren, in denen die ASG aktiv war, nur teilweise. Rückblickend entsteht der Eindruck, dass die Verwaltungsorgane der Universität bestmöglich einem breiten Spektrum an Interessensgemeinschaften Raum geben wollten. Gab es jedoch Anzeichen von Kritik oder Widerstand gegenüber der Autorität der Universität selbst, wurden entsprechende Versammlungen teilweise verboten und Gruppierungen reglementiert, indem beispielsweise Vorträge, wie im Fall der ASG, verboten oder Einzelpersonen vor das Rektorat zitiert wurden.

Häberlin erklärte Anfang des Jahres 1935 in einer Bekanntmachung erneut, dass »die Universität keinen Anlass [habe], sich mit der politischen Tendenz des Blattes auseinanderzusetzen«. Die Art und Weise der Verteilung vor den universitären Gebäuden und die angebliche Entstellung von Labhardts Rektoratsrede seien aber inakzeptabel gewesen. Häberlin schrieb: »Im Interesse der Ordnung und der Wahrheit ist die Universität verpflichtet, derartiges in Zukunft zu verhindern und Fehlbare zur Verantwortung zu ziehen.«³¹ Nicht jede Kritik sollte an und von der Universität geduldet werden.

Im Januar 1935 wurde Fleissig erneut kontaktiert. Dieses Mal mit der Bitte Häberlins, sie möge die ihr bekannten Mitglieder der ASG von seiner

Bekanntmachung in Kenntnis setzten.³² Fleissig antwortete, dass sie dies nur ungern tue, weil sie »mit der Gruppe keine Verbindung hatte, und kein Interesse habe, durch die Uebergabe der Bekanntmachung den gegenteiligen Eindruck zu erwecken.«³³ Wenige Tage später nahm die ASG Briefkontakt mit Häberlin auf. Die Gruppe betonte, auch sie höre die persönliche Ablehnung des Krieges aus Labhardts Rede heraus. In anderen Teilen rückte sie aber nicht von ihrem Standpunkt ab: Die Aussage, der Krieg sei ein kultureller »Ausfallfaktor«, der durch die verstärkte Bevölkerungsvermehrung herbeigeführt wurde, und Labhardts damit zusammenhängende Forderungen nach Erleichterung der Ehe und Schutz der Mutterschaft ordnete die Gruppe als faschistisch ein. Ausserdem gleiche Labhardts Bild der Stellung und »natürlichen Aufgabe der Frau«³⁴ dem propagierten Bild der Stellung der Frau des damaligen Deutschland und Italien.³⁵ Dies ist die letzte Spur der ASG im Archiv.

Kritische Studentengruppen

An der Universität Basel waren und sind bis heute zahlreiche studentische Organisationen aktiv. Sie setzen sich nicht nur für hochschulpolitische Themen ein, sondern bilden auch Interessensvertretungen für Glaubensgemeinschaften, fungieren als Kulturproduzentinnen oder setzen sich mit Umweltfragen auseinander.³⁶ Das Staatsarchiv Basel-Stadt enthält zahlreiche Akten von Gruppen, die nicht mehr existieren: Neben der ASG sind das zur Zeit des Nationalsozialismus beispielsweise die Deutsche Studentenschaft (1933–1939), der Verein jüdischer Studierender/Akademiker (1924–1934) oder die Studentenvereinigung gegen Krieg (1934).³⁷ Die Jahreszahlen ihrer Gründung und Auflösung weisen die Gruppen als Reaktionen auf eine gesamtgesellschaftliche Lage aus.

Die politische Geschichte der Universität Basel in den 1930er Jahren ist stark vom Nationalsozialismus geprägt. Aus politischen, antisemitischen und rassistischen Gründen vom nationalsozialistischen Regime Unterdrückte oder Verfolgte flüchteten schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in die Schweiz. Als Grenzstadt war Basel Ziel besonders vieler Geflüchteter. Viele von ihnen waren Student*innen, die sich nun um einen Studienplatz an der Basler Universität bemühten. Auf die hohe Zahl von Juden und Jüdinnen unter den Geflohenen reagierte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) mit einem Kreisschreiben. Es ermahnte die Kantone, »der ›Zuwanderung‹ von ›Israeliten‹ grösste Aufmerksamkeit zu schenken.«³⁸ Weil Ende der 1930er Jahre die Zahl der Neuimmatrikulierten einen Höchststand erreichte, riefen eidgenössische Behörden dazu auf, einschränkende Massnahmen zu ergreifen – in den medizinischen und juristischen Fakultäten wurde in der Folge der Numerus Clausus eingeführt.³⁹ In diese Fakultäten schrieben sich besonders viele Jüdinnen und Juden ein, was eine Reaktion auf die »antisemitische Tradition einer inoffiziellen Diskriminierung war.«⁴⁰

Zeitgleich setzte sich das »Schweizerisches Hilfswerk für deutsche Gelehrte«⁴¹ auf Bundesebene für materielle Mittel ein, um den in Deutschland entlassenen Gelehrten beizustehen und berufliche Möglichkeiten zu schaffen [Abb. 4].⁴² Die Basler Universität achtete bei der Besetzung von Lehrstühlen darauf, sie nicht an Gelehrte mit nationalsozialistischer Weltanschauung zu vergeben. Dennoch lehrten eine Handvoll überzeugter Nationalsozialisten in Basel, wie etwa Werner Gerlach (1891–1963),⁴³ was auch die ASG und die MSG stark kritisierten.

Gerlach, Ordinarius für pathologische Anatomie, wurde 1936 wegen nationalsozialistischen Treibens und seiner Mitgliedschaft in der NSDAP von der Universität entlassen. Gemäss einer Entscheidung des Appellationsgerichts Basel-Stadt hätte Gerlach jedoch weiterhin von der Universität beschäftigt werden müssen, wäre er nicht selbst einem Ruf ins Deutsche Reich gefolgt.⁴⁴ Dieser Fall unterstreicht, dass die Universität nicht alleinige Entscheidungsträgerin ist und nicht völlig autonom handeln kann.

Die ASG und die mit ihr verbundenen Organe wie das Jugendkomitee gegen Krieg und Faschismus, die Gruppe Schweizer Intellektueller und Studenten gegen den Hochschulfaschismus und die Marxistische Studentengruppe beobachteten die politische Situation besorgt und gaben kund:

»Das Schweizer Volk beobachtet mit wachsender Sorge die Rolle die die Universitäten und wir beim Aufeinanderprall zwischen alten, echten demokratischen Traditionen und dem importierten neudeutschen-heidnischen Faschismus übelster Prägung spielen und einnehmen werden.«⁴⁵

Die Gruppierungen machten darauf aufmerksam, dass sich bereits in zahlreichen Ländern Studierende aktiv auflehnten. Dänische Studierende liessen beispielsweise keine faschistischen Gastprofessoren an ihren Universitäten mehr zu. Studierende in Spanien, China und Ägypten kämpften für ihre Freiheiten und gegen die Unterdrückung von Migrant*innen. Schweizer Studierende, so die linken Gruppierungen, hätten diesbezüglich bisher kaum Stellung bezogen. Stattdessen hätten sie abgewartet und passiv die Lehrstühle – wie im Fall Gerlach – auch Dozierenden und Professoren mit faschistischen Tendenzen und Einstellungen überlassen.⁴⁶

Eine neben der ASG ebenfalls wichtige kritische Gruppierung aus universitären Kreisen war die seit 1926 existierende Marxistische Studentengruppe (MSG). In der Akte der ASG wird mit einer Notiz auf die MSG hingewiesen. Diese gab in Zusammenhang mit der Flugblattaktion kund:

»Die marxistische Studentengruppe an der Universität Basel (MSG) legt Wert auf die Feststellung, dass sie, ohne sich mit der Rektoratsrede von Herrn Professor Labhardt zu identifizieren, mit

dem vom sogenannten ›Studentenkomitee gegen Krieg und Faschismus‹ bzw. ›Antifasch. Studentengruppe‹ verteilten Flugblatt nichts zu tun hat. Die MSG missbilligt dieses Flugblatt nach Form und Inhalt.«⁴⁷

Auch wenn sich beide Studentengruppen kritisch zur bestehenden politischen Situation äusserten, so taten sie dies auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Mitteln. Während die ASG dogmatischer und weniger gut organisiert war, präsentierte sich die MSG mit einem strukturierteren und differenzierteren Programm.⁴⁸ Beide Gruppen blieben – wie auch die Deutsche Studentenschaft – kleine Randgruppen innerhalb des universitären Geschehens. Die MSG bestand zum grossen Teil aus Studierenden und »unabhängigen linkssozialistischen Personen«,⁴⁹ die das Bedürfnis hatten, sich eingehend und theoretisch mit dem Marxismus auseinanderzusetzen. In der *Linken Front*, der Zeitschrift der MSG, die in den Jahren 1933 und 1934 erschien, definierte die Gruppe ihr Anliegen: Sie wehre sich gegen die »Fronten«,⁵⁰ die der Faschismus errichte. Ihre Mitglieder diskutierten auch die Bedeutung des Marxismus für Studierende und ideelle Fragen, die mit der marxistischen Lehre und Marxismus als Denkströmung zusammenhängen, wie etwa Umgang mit Denken und Kritik, wobei sich der überparteiliche Charakter der MSG zeigte.⁵¹

Rechtskonservative »Fronten« spielten innerhalb der Universität Basel eine marginale Rolle, sorgten aber für Aufsehen und stifteten Unruhe. Innerhalb der Studentengruppen herrschten besonders zwischen der ASG und der Deutschen Studentenschaft starke Spannungen. Es kam sogar vor, dass die Deutsche Studentenschaft ihre politischen Gegner*innen während Vorlesungen fotografierte.⁵²

Auch jenseits von studentischem Engagement fand die Universität Basel nicht immer leicht zu einer Position zum Faschismus. Die Universität war eng verstrickt mit der Stadtpolitik. Erst auf Druck aus dem Erziehungsdepartement etwa konnten sich die Universitätsgremien, die zunächst mit Verweis auf die Tradition daran festhalten wollten, dazu durchringen, ihre Teilnahme an Feierlichkeiten mit propagandistischem Charakter von deutschen Universitäten, namentlich Heidelberg und Göttingen, abzusagen.⁵³ Das Erziehungsdepartement und besonders die Universität hatten aber auch das Funktionieren der Institution im Blick und betrieben »eine klare Interessenpolitik«. ⁵⁴ Während beispielsweise Herkunft oder Religionszugehörigkeit bei den Studierenden kaum eine Rolle spielten und die Universität sich auch gegen Einreiseerschwernisse aussprach, war die Herkunft bei der Besetzung von höheren Positionen in der Universität ausschlaggebend. Hier wurden zum »Schutz des nationalen Arbeitsmarktes«, der von Ängsten vor »Überfremdung« geprägt war, mitunter keine Juden und Jüdinnen berücksichtigt.⁵⁵ Weil sich die Verwaltungen, sei es universitärer oder staatlicher Natur, teilweise träge und diplomatisch gegenüber nationalsozialistischen Tendenzen verhielten, kam Kritik an Diskriminierung, Antisemitismus und Faschismus vermehrt von öffentlicher oder studentischer Seite,⁵⁶ wie auch im Fall der ASG oder

MSG, und damit von der Seite, die keine Autorität innehatte. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass die ASG, während sie besonders den Autoritarismus problematisierte, Antisemitismus, zumindest schriftlich, mit keinem Wort thematisierte.

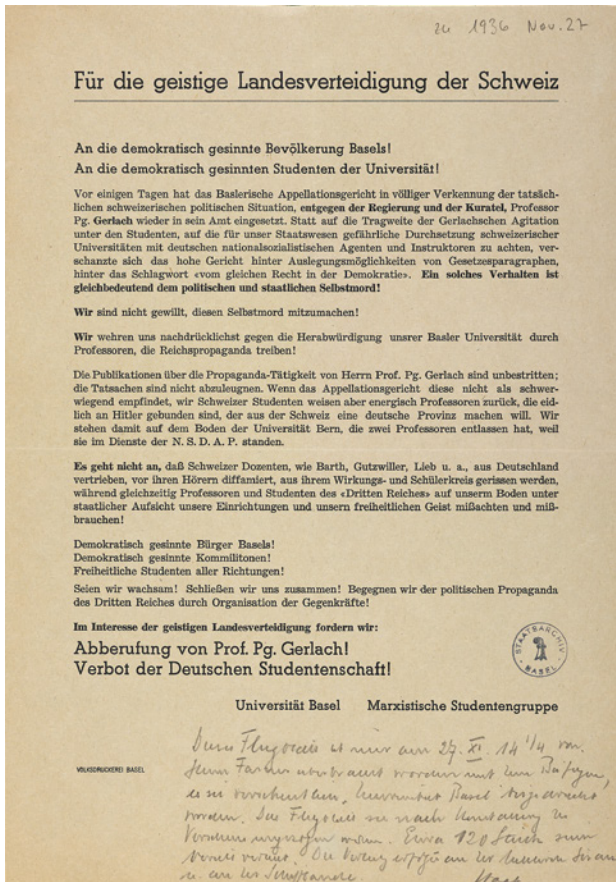


Abb. 4: Mahnung der MSG, weil Werner Gerlach, Mitglied der schweizerischen Landesgruppe der NSDAP, nach Entscheidung des Appellationsgerichts Basel weiterhin an der Universität lehren darf.

Fremdenpolizei und »Rotes Basel«

»Wir treten stets für die Zulassung der Fremden ein, Ausnahmen sind selten und betreffen Fälle, in denen die wissenschaftlichen Ausweise nicht genügen. Was uns aber Schwierigkeiten macht, ist in einzelnen Fällen die Haltung der Fremdenpolizei, die wegen »Überfremdung« gerne zurückhält.«⁵⁷

Nicht nur Parteien und Bürger*innen, sondern auch die Universität als Institution musste sich zu politischen Missständen, die unter anderem wachsende Arbeitslosigkeit und Diskriminierung zur Folge hatten, verhalten. Der Landesstreik 1918, in dem Arbeiter*innen für die 48-Stunden-Woche,

eine Altersvorsorge oder das Frauenstimmrecht demonstrierten und in dessen Verlauf den Demonstrant*innen knapp 100'000 Soldaten gegenüberstanden, hallte nach. Er hätte die Schweiz beinahe auseinandergebrochen.⁵⁸ Auch das städtische Parteileben wandelte sich. Einige sozialpolitische Erneuerungen wurden in Basel unter anderem als Reaktion auf den Landesstreik in diesen Jahren umgesetzt. Der vom Nationalökonom Edgar Salin entwickelte »Arbeitsrappen« wurde mit Unterstützung von bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien angenommen. Öffentliche Bauaufträge sollten die Arbeitslosigkeit lindern, darunter der geplante Neubau des Kollegiengebäudes der Universität.⁵⁹ All dies legte den Grundstein für den Ruf des »sozialen Basel«. In diese Zeit der Verunsicherung und des Wandels der Stadt fällt das Rektorat von Labhardt.

Schwenkt der Blick zurück auf die Universität Basel und die dortige Lage in den 1930er Jahren, stehen im Kontext des Themas »Überfremdung« besonders die damaligen Beziehungen zwischen Erziehungs- und Sicherheitsdepartement ins Auge. Der Begriff der Überfremdung prägte die Ausländerpolitik der Zwischenkriegszeit sowie die spätere Flüchtlingspolitik.⁶⁰ Die kantonale Fremdenpolizei Basel kontrollierte zunehmend die Einreise von Jüdinnen und Juden und profilierte sich, indem sie immer wieder ungefragt Stellung zur vermeintlichen »Überfremdung« an der Universität bezog. 1927 meldete das Basler Polizeidepartement beim Erziehungsdepartement, dass aufgrund zunehmender Zahlen ausländischer Studierenden Zeit sei zu handeln,⁶¹ und schlug vor, »die Zahl der ausländischen Studierenden [...] durch fremdenpolizeiliche Massnahmen« einzuschränken.⁶² Die Fremdenpolizei unterschied klar »erwünschte« von »unerwünschten« Ausländern, zu letzteren zählten Studierende aus osteuropäischen Ländern und jüdische Menschen. Ab 1933 erreichte die deutschen Auslandsvertretungen der Befehl aus Deutschland, Emigrierte, insbesondere jüdische Geflüchtete, in der Schweiz zu beobachten. Sowohl Erziehungsdepartement und Universität distanzieren sich von diesem Ansinnen.⁶³ Doch stand die Institution Universität unter Druck und positionierte sich nur verhalten gegen Diskriminierung und Antisemitismus. Jüdische Studierende etwa wurden zwar zugelassen, aber gezählt. Die Administration der Universität führte in dieser Zeit sogar Tabellen mit der Nationalität von Jüdinnen und Juden.⁶⁴

Kurz nach der Flugblattaffäre, im Jahr 1935, begann die Ära des »Roten Basel«. Die Basler Regierung, insbesondere das Erziehungsdepartement, positionierte sich klar antifaschistisch.⁶⁵ Bis dahin waren Jüdinnen und Juden von der Universität administrativ als gesonderte Kategorie »Ausländer« registriert.⁶⁶ 2012 spricht der Historiker Charles Stirnimann in einer Rede davon, dass das Jahr 1935 einen politischen Wendepunkt in der jüngeren Basler Geschichte markiert habe. Erstmals war die sozialdemokratische Vertretung mit vier Regierungsräten in der Mehrzahl.⁶⁷ Einer davon war Fritz Hauser, der Vorstehende des Erziehungsdepartements. Er stand während der Flugblattaktion in regem Kontakt mit den Rektoren und Ida Fleissig.

Der Ruf des »sozialen Basel« wurde zur Zeit des »Roten Basel« begründet, wofür sich auch die kritischen Studierendengruppen einsetzten: für eine soziale Universität und eine soziale Stadt, was sich gegenseitig beeinflusste. Als Grenzstadt hatte der Ruf des »sozialen Basel« weitergehend auch eine symbolische Bedeutung, die beim Bürgertum teilweise Befürchtungen auslöste. Die NZZ meldete am 9. April 1935, dass der Bund eingreifen würde, sollten die neuen Machthaber auf eigene Faust »antifaschistische« Aussenpolitik betreiben.⁶⁸ Diese Drohung ist exemplarisch für den Druck, mit dem sich Institutionen und Regimekritiker*innen konfrontiert sahen [Abb. 5].



Abb. 5: Die Hakenkreuz-Fahne am Badischen Bahnhof zur Zeit des Nationalsozialismus.

Mit diesem Druck, einem Machtvakuum und dem unbeständiger werdenden Verhalten der Massen in diesem gesellschaftlichen Klima mussten auch die Politiker*innen dieser Zeit umgehen. In der Schweiz fanden sich schon vor dem Machtantritt Hitlers in Deutschland Gruppierungen der NSDAP. Erst nach dem Attentat auf Wilhelm Gustloff, Leiter der Landesgruppe Schweiz der NSDAP, der vom jüdischen Studenten David Frankfurter erschossen

wurde, löste der Bundesrat Anfang 1936 die zentralen Leitungsorgane der NSDAP in der Schweiz auf.⁶⁹ Auf nationaler Ebene wurde als Folge der Bedrohung durch die totalitären Regime in Deutschland und Italien, welche über die Landesgrenzen hinaus Wirkung entfaltete, von Bundesrat Philipp Etter im Jahr 1938 die »Geistige Landesverteidigung« in der Botschaft über die schweizerische Kulturwahrung⁷⁰ erstmals offiziell formuliert. Sie ist heute als Antithese zum Nationalsozialismus und Faschismus zu lesen und griff politisch weit. Auch rechtskonservative Ideen fanden darin Platz.⁷¹ Trotz der Geistigen Landesverteidigung wurde in eidgenössischen Kreisen der politische Kurs gegenüber Deutschland weiterhin diplomatisch gehalten – bis zu dem Zeitpunkt, als die Niederlage Deutschlands absehbar wurde. Dem entgegengesetzt verhielt sich die Presse sehr kritisch gegenüber dem Nationalsozialismus, und auch General Henri Guisan setzte sich für die Aktion Nationaler Widerstand ein [Abb. 6].⁷²

Der Nationalsozialismus beeinflusste die Geschichte der Schweiz in vielen Sphären und vor dem Hintergrund ihrer Verwobenheit ist die Haltung von öffentlichen Instanzen gegenüber dem Faschismus oder faschistischen Ausprägungen vielgestaltig und teilweise ambivalent zu lesen – ob der Blick nun auf der nationalen, regionalen oder universitären Ebene ruht. Solange keine Repressionen oder Diskriminierungen stattfinden, ist das sich ergänzende Wirken mehrerer Instanzen grundlegend für das Funktionieren der Gesellschaft.

Die Geschichte des ASG-Flugblattes zeigt auch, dass radikale politische Organisationen wie antifaschistische und marxistische Studentengruppen innerhalb der Universität gesellschaftliche Funktionen übernahmen, die Rektorat und Politik nicht ausüben konnten, indem sie mit ihrem Engagement partiell als Korrektiv gegenüber Parteien oder eidgenössische Regierung wirkten. Die Universität als Ganze ist somit auch Teil eines gesellschaftlichen Korrektivs, weswegen sie so verletzlich ist. Diplomatie und Systemkritik gehen jedoch selten Hand in Hand. Dies zeigt auch die Geschichte der Beziehungen zwischen der ASG, dem Rektorat der Universität Basel und Ida Fleissig, der vielleicht eher zufällig eine Rolle als Vermittlerin zufiel.

Verletzliche Universität, ehrliches Denken und Frage nach Freiheit

Im Winter 2018, als die Universität Basel aufgrund des vorgeschlagenen Gratis-*Weltwoche*-Verbots in die Schlagzeilen geriet, wurde ihre Rolle als neutrale Instanz erneut getestet. Dass Zeitschriften an der Universität verboten werden, ist nicht neu. Der rote Student beispielsweise, die Zeitung der MSG, wurde 1931 mit folgender Bemerkung verboten: »Gegen die Herausgabe einer Zeitung wird an sich nichts eingewendet [...], sofern nicht Artikel und Mitteilungen darin erscheinen, die als Aufreizung gelten können, Beleidigungen enthält usw.«⁷³ Aufgrund von »islamophobe[n],

rassistische[n] und rechtspopulistische[n]« Inhalten,⁷⁴ die der Verleger der *Weltwoche* Roger Köppel als Anstoss für einen »differenzierten und vielseitigen Dialog« wahrnimmt und verkauft, sollten nach Forderungen aus der Studierendenschaft keine Gratisausgaben der *Weltwoche* mehr in universitären Gebäuden ausliegen. Damit hätten die Gratisausgaben nicht mehr gesondert ausgelegt, jedoch wäre die *Weltwoche* interessierten Leser*innen nach wie vor überall dort, wo auch alle anderen Zeitungen zur Lektüre ausgelegt sind, weiterhin zugänglich gewesen. Die Junge SVP fühlte sich dadurch allerdings in ihrer Meinungsfreiheit beschnitten, sodass sie einigen Mitgliedern der skuba, der Studierendenvertretung der Universität Basel, die das Verbot diskutiert und nach Abstimmung lanciert hatte, vorwarf, »ihre Position zu missbrauchen, um ihre »aktiv linkssozialistischen Ansichten und ihre eigene Agenda durchzusetzen.« Weiter forderte sie: »Gerade von einem Gremium aus »gebildeten jungen Menschen« könne erwartet werden, dass es sich auch mit »anderen Meinungen, als der eigenen« auseinandersetzt.«⁷⁵

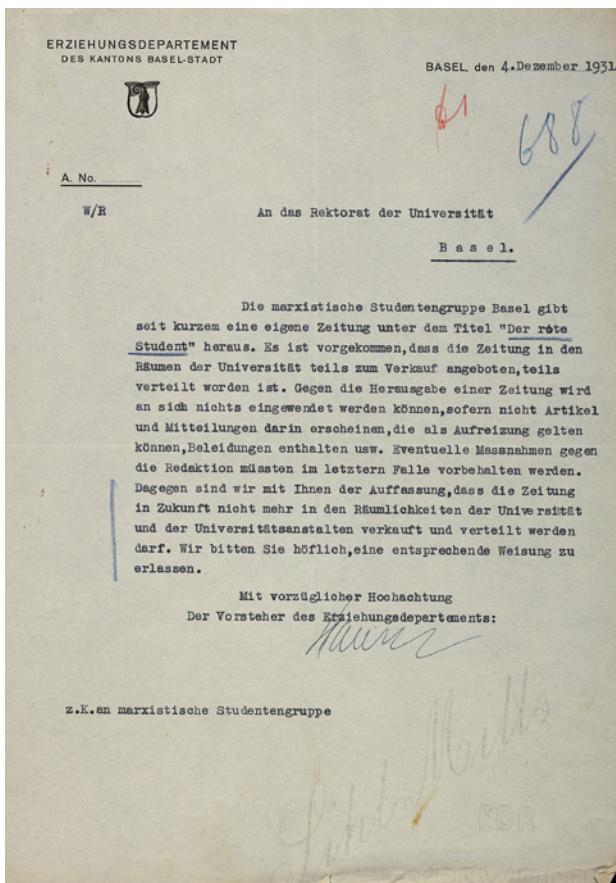


Abb. 6: Verbot der Zeitung *Der rote Student*.

Innerhalb der Universität stellt sich selbstverständlich die Frage, wo Meinungsfreiheit beginnt und wo sie aufhört. Als um Neutralität bemühte

Institution hat sie den Auftrag, politischem Gedankengut, dass von rechts über die Mitte bis links in vielfältigen Schattierungen existiert, Raum zu geben. Die universitäre Neutralität hat gleichzeitig die Aufgabe, Gedankengut dort Grenzen zu setzen, wo es ausschliessend wird. Im Zuge der *Weltwoche*-Diskussion gewährte die Universität Raum für eine von der skuba organisierte Podiumsdiskussion zum Thema *universitäre Freiheit und mediale Verantwortung*.⁷⁶ Ein Raumverbot seitens der Universität oder des Erziehungsdepartements wurde hier nicht ausgesprochen, im Gegenteil ein sachlicher offener Dialog im Sinne der Meinungsfreiheit gesucht und in diesem Rahmen auch rechtspopulistischen Stimmen Raum geboten. Neben Köppel debattierten Düzgün Dilsiz, Initiant des Verbot-Vorschlags, und Markus Wild, Professor für theoretische Philosophie. Die Geschichte endete damit, dass weiterhin Gratisexemplare der *Weltwoche* aufliegen, weil einerseits die SVP finanziellen Druck auf die skuba ausübte⁷⁷ und gleichzeitig die Debatte um Meinungsfreiheit und ihre Grenzen noch lange nicht abgeschlossen ist. Die Frage der universitären Neutralität für eine ethische, gleichberechtigte und inklusive Wissenschaft bleibt in jeglicher Hinsicht aktuell.

Kaya Schüler studiert Geographie und Geschichte an der Universität Basel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V30a 3.

Abb. 2: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V30a 3.

Abb. 3: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V30a 3.

Abb. 4: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, BSL 1045i 1-2-2 4.

Abb. 5: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 30a 17.

Abb. 6: Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 30a 17.

Literatur

- 1 Ida Fleissig an die Universität Basel, 20. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
- 2 Vgl. Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
- 3 Charles Stirnimann: »Das ›Rote Basel‹ 1935-1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33-41, hier S. 37.
- 4 Catherine Arber: *Frontismus und Nationalsozialismus in der Stadt Bern. Viel Lärm, aber wenig Erfolg*, Bern, Lizentiatsarbeit am Historischen Institut der Universität Bern (2002), S. 1.
- 5 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
- 6 »Protest-Extrablatt«, Datum unbekannt, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934-1935.
- 7 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 11.
- 8 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 12.
- 9 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die*

- Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 4, 5.
- 10 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 23. Siehe zur Rolle der Frau bei Alfred Labhardt auch die Beiträge von Alea Lächli und Chiara Monaco in diesem Heft.
 - 11 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 12f.
 - 12 Vgl. etwa Peter Weingart, Jürgen Kroll, Kurt Bayertz: *Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2017 [1992]).
 - 13 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 14 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 15 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 16 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 17 Max Wullschlegler war schon früh aktiv im kommunistischen Jugendverband, wurde 1933 Redaktor der Parteizeitung *Basler Vorwärts* und später Mitglied des Zentralsekretariats der Kommunistischen Partei der Schweiz. 1939 wurde er aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen und später Mitglied der SP Schweiz. Vgl. »Max Wullschlegler«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/005969/2015-11-17/> (14. Mai 2021).
 - 18 Flugblatt vom 17. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 19 Schreiben im Auftrag des Rektors an Fritz Hauser, 18. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 20 Antifaschistische Studentengruppe an Rektor Häberlin, 16. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 21 Antifaschistische Studentengruppe an Rektor Häberlin, 16. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 22 »Protest-Extrablatt«, Datum unbekannt, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 23 »Protest-Extrablatt«, Datum unbekannt, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 24 »Protest-Extrablatt«, Datum unbekannt, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 25 Charles Stirnimann: »Das »Rote Basel« 1935–1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33–41, hier S. 37.
 - 26 »Der Basler Regierungsrat unterdrückt Versammlung antifaschistischer Schweizer Studenten während in Montreux die ausländischen Faschistenführer tagen können« (o.V.), in: *Basler Vorwärts* (20. Dezember 1934), Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 27 Ida Fleissig an das Rektorat der Universität, 20. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 28 Walter Strub an Alfred Labhardt, 23. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 29 Walter Strub an Alfred Labhardt, 23. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 30 Die Disziplinar-Kommission der Universität an Ida Fleissig, 27. Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 31 Bekanntmachung Häberlins, 9. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 32 Begleitschreiben zur Bekanntmachung Häberlins an Ida Fleissig, 9. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 33 Ida Fleissig an Paul Häberlin, 13. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 34 In der faschistischen Ideologie der 1930er Jahre war für die Frau die Rolle der idealen Mutter, die dem Mann dient und unterstützend zur Seite steht, vorgesehen. Sie sollte sich selbst nicht bilden, weil sie dafür die intellektuelle Kapazität nicht habe, stattdessen sollte sie als »Gebärmachine« fungieren, die den »Volkkörper« reproduziert. Vgl. Lotta Laloire: »Der Faschismus und die Frauen: Lotta Laloire sieht bei den Rechten eine neue Strategie«, in: *nd – Journalismus von links*, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1125466.gender-der-faschismus-und-die-frauen.html> (14. Mai 2021).
 - 35 Antifaschistische Studentengruppe an Rektor Häberlin, 16. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
 - 36 Aktuelle Liste der studentischen Vereine an der Universität Basel: <https://www.unibas.ch/de/Studium/Student-Life/Studentische-Organisationen/Liste-der-studentischen-Vereine.html> (10. Juni 2021).

- 37 Vgl. »Diverse Studentenvereine«, in: Online-Archivkatalog des Staatsarchivs Basel-Stadt, <https://query.staatsarchiv.bs.ch/query/archivplansuche.aspx?ID=351061> (20. Januar 2021).
- 38 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 159, 160.
- 39 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 166.
- 40 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 162. Die Perspektive auf eine unabhängige und selbstständige Arbeit war damals die sicherste Option für Jüdinnen und Juden, weil ihnen der Zugang zu bestimmten Laufbahnen erschwert war.
- 41 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 177.
- 42 David Tréfás: »Deutsche Professoren in der Schweiz: Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), S. 103–128, hier S. 103.
- 43 David Tréfás: »Deutsche Professoren in der Schweiz: Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), S. 103–128, hier S. 122.
- 44 Josef Zwicker: »Zur Universitätsgeschichte in den 1930er Jahren«, in: Dorothee Huber (Hg.): *50 Jahre Kollegienhaus der Universität Basel: Vorträge gehalten am 10. Juni 1989*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1991), S. 10–19, hier S. 14; Gerichtsbeschluss: Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehung AA 7: Beschluss des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt vom 18. August 1936. Ebd.: Entscheidung des Appellationsgerichts des Kantons Basel-Stadt als Disziplinargericht vom 23. November 1936. In diesem Fall kristallisiert sich die Rolle der eidgenössischen Behörden heraus, die innerhalb des Falls argumentierten, dass der Entscheid des Regierungsrats »eine erhebliche Belastung der schweizerisch-deutschen Beziehung zur Folge haben wird.« David Tréfás: »Deutsche Professoren in der Schweiz: Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), S. 103–128, hier S. 126f.
- 45 Aufruf Gruppe Schweizer Intellektueller und Studenten gegen den Hochschulfaschismus, Datum unbekannt (1934/35), Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
- 46 Aufruf Gruppe Schweizer Intellektueller und Studenten gegen den Hochschulfaschismus, Datum unbekannt (1934/35), Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
- 47 Stellungnahme der MSG zum Flugblatt im Dezember 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a, 17 Marxistische Studentengruppe 1930–1937.
- 48 Über die Organisation der MSG, 30. Mai 1933, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a, 17 Marxistische Studentengruppe 1930–1937.
- 49 Hermann Wichers: »Die Marxistische Studentengruppe in den 1930er Jahren«, in: *Unigeschichte seit 1460*, S. 1–3, hier S. 1. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Wichers_Marxistische_Studentengruppe.pdf (10. Juni 2021).
- 50 Vgl. Frontismus.
- 51 Hermann Wichers: »Die Marxistische Studentengruppe in den 1930er Jahren«, in: *Unigeschichte seit 1460*, S. 1–3, hier S. 3. Online: https://unigeschichte.unibas.ch/fileadmin/user_upload/pdf/Wichers_Marxistische_Studentengruppe.pdf (10. Juni 2021).
- 52 Reaktion der Antifaschistischen Studentengruppe auf den Anschlag des Rektors, 16. Januar 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv, V 30a.3 Antifaschistische Studentengruppe 1934–1935.
- 53 Josef Zwicker: »Zur Universitätsgeschichte in den 1930er Jahren«, in: Dorothee Huber (Hg.): *50 Jahre Kollegienhaus der Universität Basel: Vorträge gehalten am 10. Juni 1989*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1991), S. 10–19, hier S. 14f.
- 54 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 181.
- 55 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 182.
- 56 David Tréfás: »Deutsche Professoren in der Schweiz: Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), S. 103–128, hier S. 128.
- 57 Schreiben des Rektors an das Erziehungsdepartement, 26. November 1938, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 1, 4.
- 58 Andrej Abplanalp: »Schweizer Geschichte – der Landesstreik von 1918«, in: *Blog Nationalmuseum*, <https://blog.nationalmuseum.ch/2018/11/landesstreik-1918/> (25. Juni 2021).
- 59 Charles Stirnimann: »Das »Rote Basel« 1935–1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33–41, hier S. 37. Siehe zum Kollegienhaus auch den Beitrag von Rea Grünenfelder in diesem Heft.
- 60 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 158.
- 61 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er

- Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 167.
- 62 Zit. im Schreiben des Erziehungsdepartements an die Kuratel und Regenz der Universität Basel, 21. Januar 1927, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 1.4.
- 63 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 158.
- 64 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 162.
- 65 Vgl. Charles Stirnimann: »Das ›Rote Basel‹ 1935–1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33–41, hier S. 38.
- 66 Noëmi Sibold: »Die Universität Basel und die jüdischen Emigranten und Flüchtlinge in den 1930er Jahren«, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 104 (2004), S. 157–182, hier S. 161.
- 67 Vier der sieben Regierungsräte waren Sozialdemokraten: Fritz Hauser, der Gewerkschaftssekretär Gustav Wenk, Fritz Brechbühl und der Lehrer Fritz Ebi. Vgl. Charles Stirnimann: »Das ›Rote Basel‹ 1935–1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33–41, hier S. 33f.
- 68 Charles Stirnimann: »Das ›Rote Basel‹ 1935–1950: Bedeutung und Wirkung«, in: *Jahresbericht / Freunde des Klingentalmuseums* (2012), S. 33–41, hier S. 34.
- 69 Walter Wolf: »Nationalsozialismus«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017461/2010-09-07/> (10. Juni 2021).
- 70 Marco Jorio: »Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg: die Geistige Landesverteidigung und Bundesrat Philipp Etter«, in: *ASMZ: Sicherheit Schweiz: Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift* 164 (1998), S. 23.
- 71 Marco Jorio: »Geistige Landesverteidigung«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017426/2006-11-23/> (28. Januar 2021).
- 72 Walter Wolf: »Nationalsozialismus«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017461/2010-09-07/> (28. Januar 2021).
- 73 Schreiben des Erziehungsdepartements Basel-Stadt an das Rektorat der Universität Basel, z.K. an marxistische Studentengruppe, 4. Dezember 1931, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv V 30a 17, Marxistische Studentengruppe 1930–1937.
- 74 Daniel Ballmer: »Nach Boykott-Aufruf an der Uni Basel: Jetzt schlägt SVP zurück«, in: *bzbasel*, <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/nach-boykott-aufruf-an-der-uni-basel-jetzt-schlagt-svp-zuru-ck-ld.1322749> (25. Oktober 2018).
- 75 Helena Krauser: »Keine ›Weltwoche‹ mehr an der Uni Basel? – Junge SVP ist schockiert«, in: *bzbasel*, <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/keine-weltwoche-mehr-an-der-uni-basel-junge-svp-ist-schockiert-ld.1317849> (1. Oktober 2018).
- 76 Brendan Bühler: »Roger Köppel besucht die Universität Basel«, in *Nau.ch*, <https://www.nau.ch/news/schweiz/roger-koppel-besucht-die-universitat-basel-65455533> (15. November 2018).
- 77 Daniel Ballmer: »Nach Boykott-Aufruf an der Uni Basel: Jetzt schlägt SVP zurück«, in: *bzbasel*, <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/nach-boykott-aufruf-an-der-uni-basel-jetzt-schlagt-svp-zuru-ck-ld.1322749> (25. Oktober 2018).

Der Basler »Diapositiven-Konflikt« (1934)

Zwei verfeindete Professoren streiten, bis der Dekan einschreitet. Der Zankapfel: Die (Un-) Zugänglichkeit der kunsthistorischen Diapositivsammlung der Universität Basel. Eine im Staatsarchiv Basel-Stadt fein säuberlich archivierte Geschichte, bei der es sich lohnt etwas genauer hinzuschauen.

Universität Basel 1934: Heinrich Alfred Schmid (1863–1951) sieht seine Projektionsbildersammlung und damit seine Forschung in Gefahr [Abb. 1]. Akut geht die Bedrohung in seinen Augen von Paul Ganz (1872–1954) [Abb. 2] aus. In einem neunseitigen Schreiben schildert der Kunsthistoriker Schmid sein Anliegen dem Althistoriker Felix Stähelin (1873–1952), Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät: Er will seinem Kollegen Ganz den Schlüssel zur kunsthistorischen Projektionsbildersammlung nicht aushändigen, da erstens seine persönlichen Lichtbilder dort aufbewahrt sind und er es zweitens als sein Verdienst erachtet, dass die universitäre Sammlung substanziell erweitert, geordnet und nach aktuellem Stand der Forschung beschriftet wurde.¹ Dass Ganz, der sich nicht als Schmid's Kollege sondern als dessen Konkurrent versteht, nun von der Seminarbildersammlung profitieren soll, empfindet Schmid als »ganz besondere Ungerechtigkeit«² und erklärt kurzum die Sammlung mitsamt ihrer Beschriftung zu seinem geistigen Eigentum. Als ordentliche Professoren haben beide eine ähnliche Stellung am Kunsthistorischen Seminar: Schmid ist Vorsteher des Lehrstuhls für Allgemeine Kunstgeschichte, während Ganz ein persönliches Ordinariat in Geschichte der Kunst in der Schweiz und in ihren Nachbargebieten innehat.³ In seinem neunseitigen Schreiben an den Dekan äussert Schmid sein Unverständnis gegenüber Ganz' Forderung nach dem Schlüssel:

»Mir selber wäre es sehr unsympathisch den Schlüssel zu dem Institut [gemeint ist der Lehrstuhl, NM], dem Prof. G. vorsteht, verlangen zu müssen und es ist doch ganz natürlich, dass mir dieser Schlüssel so gut zusteht wie ihm der zu dem Institut, dem ich vorstehe. Es dürfte bekannt sein, muss aber hier betont werden, dass sich Herr Kollege G. durchaus nicht als mein Mitarbeiter fühlt, sondern als Konkurrenten [sic], dem gegenüber so gut wie alles erlaubt ist. Er sieht ja auch in meiner Kritik nur die feindlichen Gefühle des Konkurrenten.«⁴

Schmid verweigert Ganz also den Zutritt, weil er umgekehrt auch keinen Zugang zu Ganz' universitären Räumlichkeiten verlange. Nur beachtet Schmid dabei nicht, dass die kunsthistorische Diasammlung sich nun einmal in den gemeinsamen Räumen befindet.

Der Dekan und unfreiwillige Vermittlungspartner Stähelin erhält auch Schreiben von Ganz: In den Vorbereitungen seiner Vorlesungen behindert, könne er die bisherige »Ausschliessung der persönlichen Benützung der Projektionsbildersammlung des kunsthistorischen Seminars«⁵ schlichtweg nicht weiter akzeptieren. Er besteht auf seinem Zugangsrecht – mit einer im Vergleich zum furiosen Schmid gemässigeren Diktion, aber mindestens ebenso beharrlich. Auch er habe sich um einen Aufbau einer Diapositivsammlung bemüht. Der auf Schweizerische Kunstgeschichte spezialisierte Kunsthistoriker, der die noch heute viel rezipierten *Schweizerischen Kunst Führer*⁶ ins Leben rief, legte den Fokus in seiner Bildersammlung auf ebendieses Teilgebiet der Kunstgeschichte. Doch ist seine Sammlung, im Unterschied zu der von Schmid verwalteten, vorerst

nicht mit universitären Geldern gefördert, sondern sein Privateigentum.
Dazu später mehr.

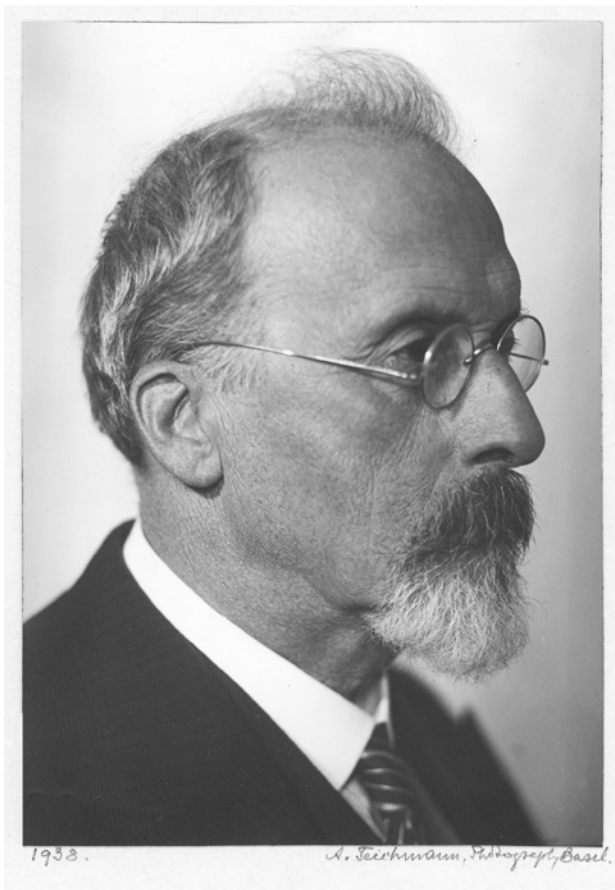


Abb. 1: Prof. Dr. Heinrich Alfred Schmid, ca. 1938.

Nachdem Stähelin sich die Mühe gemacht hat, »die Akten aus der frühen Phase des Diapositiven-Konflikts (aus dem Dekanat Lüdeke) zu studieren«, ⁷ spricht er schliesslich ein Machtwort und möchte die beiden Professoren mit einer Verfügung zur Vernunft zwingen. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem alle Beteiligten mit ihrer Signatur der Vereinbarung zustimmten, sollten sich allerdings noch einige grössere und kleinere Dramen abspielen. Dramen, die eine Geschichte vom universitären Sammeln und Bewahren erzählen und die von Rivalitäten, Geheimnistuerei, Konkurrenzkämpfen, Ausschlussmechanismen und Zufällen geprägt sind.

Prof. Dr. Schmid bemerkt in seinem neunseitigen Schreiben an Dekan Stähelin:

»Er [Prof. Dr. Paul Ganz, NM] hat im Uebrigen Einsicht in mein Material auch noch durch meine Kataloge und durch den Universalkatalog aller Basler Lichtbilder, der im Lesesaal der

Universitätsbibliothek steht. Vollständig sind diese Kataloge alle nicht und können es nie sein.«⁸

Was Schmid in seinem Klagebrief nur in einem Nebensatz erwähnt, stellt für den Umgang mit Sammlungen, Bibliotheken und Archiven eine grundlegende Problematik dar: Solche Wissenskonglomerate sind nicht komplett und werden es nie sein. Schmid hat seine Diabildersammlung mit »Liebe und Sorgfalt«⁹ zusammengetragen. Doch auch wenn oder gerade weil Archive ihre Entstehung oft subjektiven, emotionalen Empfindungen verdanken und nicht als nüchterne Sachverhalte vorliegen, müssen sie mitsamt allen ihren Archivalien kritisch betrachtet und daraufhin befragt werden, an welchem Gedächtnis sie festhalten; welche Perspektiven subversiv reproduziert werden; und nicht zuletzt: für wen diese Wissensspeicher überhaupt zugänglich sind.

Der Streit zwischen Schmid und Ganz über Diapositive stellt also nicht nur eine Fehde unter rivalisierenden Kollegen dar, sondern er gibt vor allem Aufschluss über (historische) Wissenspraktiken der Kunstgeschichte. In drei Unterkapiteln werden verschiedene Faktoren betrachtet, die den Streit strukturell begleiten und ihm teilweise auch vorangehen. Erstens kommt Diapositivbildern bis zum Aufkommen digitaler Medien eine entscheidende Rolle im Universitätsunterricht zu, womit überhaupt die Relevanz der Diapositivbilder offenkundig wird.



Abb. 2: Prof. Dr. Paul Ganz, ca. 1922-1932.

Zweitens stecken in solchen Sammlungen persönliche gedankliche wie auch finanzielle Investitionen, wodurch die Trennlinie zwischen privatem und

öffentlichem, universitärem Eigentum nicht mehr scharf zu ziehen ist. Und drittens unterliegen universitäre Sammlungen neben Archiven und Bibliotheken sowohl geschriebenen als auch ungeschriebenen gesetzlichen Bestimmungen. Die Forschung zu Diapositiven als gängiger Topos in der Kunstgeschichte wird hier folglich von einer ganz anderen Seite her aufgerollt, indem Fragen rund um universitäre Praktiken und Eigentumsverhältnisse elementar werden.

Die Bekanntmachung der zwei Rivalen

Basel 1901: Die Wege der zwei Kunsthistoriker Schmid und Ganz kreuzen sich zum ersten Mal an der Universität Basel. Der noch nicht einmal 30-jährige Ganz hatte gerade seine Habilitationsschrift bei Heinrich Wölfflin (1864–1945) an der Universität Basel eingereicht, als seine Bewerbung als Konservator der öffentlichen Kunstsammlung, dem heutigen Kunstmuseum Basel, angenommen wurde.¹⁰ Parallel zu seiner Neuanstellung begann er ab dem Wintersemester 1901/02 als Privatdozent am Kunsthistorischen Seminar zu unterrichten. Mit dem Weggang Wölfflins nach Berlin wurde Heinrich Alfred Schmid im selben Jahr zum ausserordentlichen Professor berufen, wodurch die zwei Kunsthistoriker Schmid und Ganz drei Jahre lang zeitgleich am Seminar unterrichteten, bis der zehn Jahre ältere Schmid dem Ruf als Ordinarius nach Prag folgte. Ganz, der aus Zürich stammte und in seiner Heimatstadt studiert und dissertiert hatte, wurde an der Universität Basel 1905 zum ausserordentlichen Professor berufen und blieb die darauffolgenden Jahre in Basel. Die Doppelrolle als Konservator und Universitätsdozent empfand er zunehmend als belastend.¹¹ Mit dem Entscheid, sich künftig auf seine akademische Karriere zu fokussieren, reichte er 1919 die Kündigung bei der öffentlichen Kunstsammlung ein. Sein neues Ziel: die Berufung zum ordentlichen Professor, eine noch verhältnismässig junge Stelle an der Universität Basel. Jacob Burckhardt (1818–1897), Professor für Allgemeine Geschichte, begann ab 1844 vereinzelt Vorlesungen über Kunstgeschichte abzuhalten und legte ab 1858 den Fokus in seiner Lehre immer mehr auf Kunstgeschichte, bis er ab 1886 ausschliesslich Kunstgeschichte unterrichtete.¹² Ob er schon einen Lehrstuhl für Kunstgeschichte im eigentlichen Sinne innehatte, lässt sich schwer nachweisen, zumal im Staatsarchiv Basel-Stadt die Akten des Kunsthistorischen Seminars erst ab 1893 beginnen:¹³ das Jahr, in dem Heinrich Wölfflin auf Burckhardts Empfehlung zum Professor für Kunstgeschichte berufen wurde. An der Universität Zürich dagegen wurde der Lehrstuhl für Kunstgeschichte im Jahr 1870 eingerichtet, in Bern 1878.

Als Ganz seine Tätigkeit in der öffentlichen Kunstsammlung beendete, kehrte Schmid, zwischenzeitlich nicht mehr in Prag, sondern in Göttingen, in seine Heimatstadt zurück und übernahm, wie könnte es anders sein, die vakant gewordene Konservatorenstelle. Grund seiner Rückkehr war die Berufung zum ordentlichen Professor in Basel. Als Prof. Dr. phil. Schmid und Dr. phil. Ganz wieder vereint am selben Institut waren, schien Schmid es sich zu seinem persönlichem Ziel gemacht zu haben, seinem

Seminargenossen ohne Professorentitel so viele Steine wie nur möglich in den Weg zu legen: etwa ein schlechtes Beurteilungsschreiben, das die Eignung Ganz' zum ordentlichen Professor in Zweifel zog; Anschuldigungen, dass Ganz als Konservator Fehlkäufe gemacht habe; der öffentlich ausgetragene »Holbein-Streit«,¹⁴ in dem sich die beiden Akademiker uneins waren, ob ein Bildnis von Heinrich VIII. Holbein d.J. zugeschrieben werden könne oder nicht; und schliesslich die Zugangsverweigerung zur Diapositivsammlung.

Handlungspraktiken in Sammlungen

Rückt man das letzte Beispiel unter die methodologische Lupe der *science studies*, in denen insbesondere die Praktiken der Forschung betrachtet werden, so ergibt sich ein Konglomerat aus verschiedenen Faktoren, die den Disput begleiteten und ihm teilweise vorangingen. Ihre Analyse kann gewinnbringende Aufschlüsse zu komplexen Verkettungen des wissenschaftlichen Forschens geben und verborgene Ein- und Ausschlussmechanismen von Wissen und Informationen aufdecken.¹⁵ Das Unsichtbare offenzulegen und Wissen zu ordnen ist eine methodologische Vorgehensweisen sowohl der *science* als auch der *laboratory studies*.¹⁶ Diese interdisziplinären Wissensgeschichten nehmen den Raum des Labors (und nicht seine Ergebnisse) als Ort von Wissensproduktion in den Fokus.¹⁷ Während diese Forschungsrichtung ihren ursprünglichen Untersuchungsgegenstand vor allem in den Naturwissenschaften fand, wurde ein solcher methodischer Zugang inzwischen auch für Praktiken der Geisteswissenschaften produktiv gemacht. So deckte der Germanist Carlos Spoerhase das Defizit der geisteswissenschaftlichen Disziplinen hinsichtlich ihrer praxeologischen Methodologie auf und leistete mit seinem Aufsatz einen ersten Beitrag zur Schliessung dieser Lücke.¹⁸ Er erklärt das bisherige Desinteresse damit, dass in historisch-philologischen Wissenspraktiken auf den ersten Blick nur wenige evidente Handlungen erkannt würden: »an Schreibtischen sitzen, Bücher lesen, Aufsätze kopieren, Textpassagen exzerpieren usw.«¹⁹ Auf einen zweiten Blick würden sich im Feld der Geisteswissenschaften Spoerhase zufolge allerdings weitaus mehr Praxisformen eröffnen, die in ihrer Benennung neue Diskurse erschlossen. Spoerhase untersucht beispielsweise den epistemologischen Raum des *seminarium philologicum* und charakterisiert dieses als Ort, an dem Wissen durch unentwegtes Üben anhand kopräsender Quellentexte und Forschungsliteratur aufgefunden und angewendet wird; wo Wissensübertragung zwischen »Meister und Schüler« stattfindet; und der zur Herausbildung und Festigung eines philologischen Habitus beiträgt.

Eine Analogie zwischen natur- und geisteswissenschaftlichen Instrumenten zieht auch Schmid in seinem entrüsteten Schreiben von 1934, indem er die von ihm verwaltete Diapositivsammlung des Kunsthistorischen Seminars als Basisinstrument für sein wissenschaftliches Schaffen bezeichnet, zu dem sein »Konkurrent« Schmid keinen uneingeschränkten Zugang erhalten dürfe – weshalb er den Schlüssel nicht mit Schmid teilen will:

»Ein Gelehrter kann die Schlüssel zu seinem Laboratorium einem Kollegen dieser Art ebensowenig [sic] wie ein Kaufmann oder Industrieller seinem Konkurrenten überlassen. Das Zimmer des kunsthistorischen Seminares ist aber für mich so viel wie dem Chemiker sein Laboratorium. Ich bin gezwungen dasselbe als Arbeitsstätte zu benutzen. Es ist dafür da und dafür geeignet. Meine Lehrtätigkeit würde durch das Aufgeben desselben wenn auch nicht ganz verhindert, so doch in völlig zweckloser Weise und in unleidlichem Ausmass erschwert werden.«²⁰



Abb. 3: Glasdiapositiv aus Schmid's Bildersammlung.

Diese Analogie des Kunsthistorischen Seminars zu einem Laboratorium greift Schmid drei Seiten später nochmals auf und schlussfolgert zu den Diapositivbildern: »Es ist klar, dass ich diese Bilder, die etwa dem entsprechen, was der Naturwissenschaftler seine Präparate nennt, so lange ich lebe nicht einem Gegner wie G. überlassen kann.«²¹ Schmid's Horror-Szenario: Ein Chaos in seinem Laboratorium (dem Kunsthistorischen Seminar) mit verschollenen Präparaten (Diapositiven). Die scheinbar unsichtbaren Instrumente der philosophisch-historischen Praxis werden durch einen Vergleich mit naturwissenschaftlichen Präparaten offengelegt und als Argument stark gemacht. Ein Blick auf philosophisch-historische Praktiken, wie Schmid's Lehrtätigkeit in dessen »Arbeitsstätte«, scheint deshalb für das Entlarven struktureller, vermeintlich unsichtbarer

Mechanismen umso wichtiger, die in der Rekonstruktion des Schmid-Ganz-Disputs zwingend berücksichtigt werden müssen.

Relevanz der Diapositivbilder

Zurück zur Basler Diasammlung 1926: Schmid hat soeben eine ausserordentliche Kreditgutsprache vom Erziehungsdepartement Basel-Stadt zur Anschaffung von Diapositiven im Wert von 600 Schweizer Franken erhalten.²² Damit wurde der Bestand »an Werken von Lionardo [sic], Rubens, Claude Lorrain, Böcklin und seines Kreises, sowie [...] an Lichtbildern nach Barockbauten ergänzt«,²³ wie aus dem Jahresbericht des Kunsthistorischen Seminars hervorgeht. Neben den Anschaffungsgegenständen ist im Bericht festgehalten, dass das Leihwesen der seminareigenen Diapositivbilder deutlich zugenommen habe. Die Gesuche hätten sich derart gemehrt, »dass ein erheblicher Teil der Zeit des Seminardirektors durch die Ausleihgeschäfte in Anspruch genommen werde.«²⁴ Damit die wissenschaftliche Arbeit durch diesen Mehraufwand nicht beeinträchtigt wird, sollten studentische Hilfskräfte eingestellt werden. Die Bewilligung dieses Vorhabens lässt nicht lange auf sich warten: Im Dezember 1926 werden vom Erziehungsdepartement die Honorare für zwei Hilfskräften mit je 50 Schweizer Franken pro Monat genehmigt und zudem eine Ausleihgebühr von 10 Rappen pro Lichtbild und Woche bewilligt, die zukünftig erhoben werden sollen, wenn Diapositivbilder ausgeliehen werden – allerdings nur unter der Bedingung, dass »die Abgabe von Lichtbildern für Unterrichtszwecke (öffentliche Schule, Volkshochschulkurse), gebührenfrei«²⁵ erfolgt. Mit dieser finanziellen Gutsprache wurden »die Herren stud. phil Gustav Schäfer und stud. phil. Erich Hassinger eingestellt«,²⁶ die 1927 auf Anweisung Heinrich Alfred Schmidts damit begannen, die Lichtbilder zu inventarisieren, katalogisieren und einheitlich zu beschriften. Dies sollte in der Argumentation rund um die Zugänglichkeit der Diasammlung noch wichtig werden.

Die Relevanz der Diasammlung innerhalb des Kunsthistorischen Seminars spiegelt sich also in diversen Dokumenten des Universitätsarchivs der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wider: in Jahresberichten, in Finanzierungsgesuchen und -gutsprachen. Die Akten geben damit nicht nur Auskunft über den Stellenwert der Lichtbilder innerhalb des Kunsthistorischen Seminars und der Bildungslandschaft Basel-Stadt, sondern machen den vehement geführten Streit von Schmid und Ganz in seiner damaligen Brisanz besser nachvollziehbar. Die Bedeutsamkeit von Diapositivsammlung am Kunsthistorischen Seminar ist natürlich nicht nur ein kunsthistorisch- oder baselspezifisches Phänomen. Die parallele Unterrichtsform von Wort und Bild begann sich Ende des 19. Jahrhunderts in verschiedenen Disziplinen allmählich zu etablieren.²⁷ Doch scheint es gerade in der Kunstgeschichte naheliegend, vor Ort nicht vorhandene Werke mittels mechanischer Hilfsapparaturen sichtbar und damit diskutierbar zu machen.

Wie der Begriff des Diapositivs nahelegt, ist der Bildträger (licht)durchlässig (*dia*) und im Gegensatz zum Fotonegativ »positiv«. ²⁸ Ein Glasdiapositiv besteht aus zwei mit Papierbändern zusammengeklebten Glasplatten, wobei eine mit (meist monochromer) fotografischer Beschichtung den eigentlichen Bildträger darstellt, während die zweite zum Schutz der Beschichtung darübergelegt ist [Abb. 3, 4]. Die Platten haben in der Regel ein Standardmass von 8.5 x 10 Zentimetern. Über eine Halterung werden sie in den Bildwerfer eines Projektors geschoben und durch eine starke Lichtquelle und Optik in einem abgedunkelten Raum auf eine (Lein-)Wand projiziert und damit vergrössert.

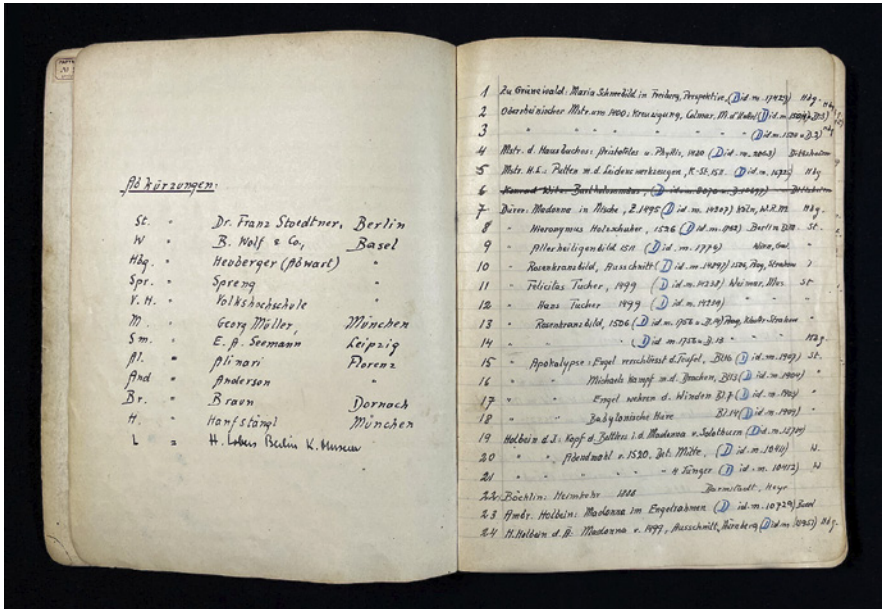


Abb. 4: Inventarbuch von Schmid's Bildersammlung.

Mit dem Einsatz von Doppelprojektionen können Abbildungen auch verglichen werden, wofür die Kunstgeschichtsschreibung von Heinrich Wölfflin (1864–1945) geradezu emblematisch steht. Der ehemalige Seminarkollege Schmid's und Ganz' gründete seine viel rezipierte Formanalyse auf dem methodischen Einsatz der vergleichenden Betrachtung, in der Bilder zweier (Bau-)Werke, beispielsweise verschiedener Epochen, nebeneinandergestellt und verglichen werden. Zur Praxis der Vorlesungsvorbereitung gehörte neben der Bildauswahl folglich auch die Gliederung und Struktur der Projektionsbilder, die schliesslich zur »diskursiven Formatierung der Kunstgeschichte« ²⁹ beitrugen. Diese Praxis wiederum war abhängig von Abbildungen, die, damit sie auffindbar waren, einem gewissen Ordnungssystem folgen mussten. Schmid hielt in seinem argumentativen Schreiben hierzu fest, durch die mühselig erarbeitete Ordnungsstrategie einen Leitfadens für Vorlesungen skizziert zu haben:

»Zum grossen Teil sind die Lichtbilder aber von mir auch noch nach dem Stand der Forschung und nach Massgabe eigener

Studien neu beschrieben und datiert. [...] Für die meisten Benutzer werden die so hergerichteten Diapositive ein Leitfaden für ihre Vorlesungen sein, ein Leitfaden, der ihnen die Hälfte der Vorbereitung erspart, für den Rest doch eine keineswegs niedrig einzuschätzende Vorarbeit.«³⁰

Diapositivbilder wurden also erst angeschafft, sodann in ein bestimmtes Ordnungssystem gebracht und schliesslich im Rahmen einer Vorlesung zusammen mit weiteren Bildern kontextualisiert, wobei das Ordnungssystem einer Sammlung, nach Schmid, prägend für den Vorlesungsaufbau war. Sammlungen und deren Zugänglichkeit sind den Argumentationen Schmid's zufolge also federführend für wissenschaftlichen Output. Anders ausgedrückt: Je besser die Sammlung aufbereitet ist, desto leichter zugänglich sind die Quellen.

Das diffuse Feld von Privatem und Öffentlichem

Dieser Zusammenhang zwischen Ordnung, Zugänglichkeit und wissenschaftlichem Output geht mit der Beobachtung Susanne Neubauers einher, die bemerkt, dass insbesondere nach 1900 zunehmend das Bedürfnis aufgekommen sei, »das anwachsende Arbeitsmaterial der Reproduktionen zu klassifizieren und zugänglich zu machen.«³¹ Während Schmid als Professor für Allgemeine Kunstgeschichte zwar den Sammlungsbesuch seiner Studierenden begrüsst, war er gleichzeitig alles andere als erfreut, dass auch sein Institutskollege Ganz von der Ordnung der Sammlung profitieren sollte:

»Dass meine Schüler diesen Leitfaden [der Sammlung] benützen, ist mir natürlich eine Freude; aber als eine ganz besondere Ungerechtigkeit habe ich es immer empfunden, dass die Regierung gerade Herrn G. die Gelegenheit bot, diese meine Arbeit voll und ganz für seine Zwecke auszunützen.«³²

Dies begründete er in seinem längeren Schreiben an den Dekan mit einer Handvoll Argumenten: Erstens stamme ein beachtlicher Teil der Sammlung aus seinem Privatbesitz, zweitens sei zum Teil von ihm persönlich oder seinen studentischen Hilfskräften Bildmaterial angefertigt worden und drittens habe die Sammlung erst durch das Ordnen ihre Nützlichkeit und ihren Wert erhalten. Insbesondere der letzte Punkt veranlasste Schmid dazu, die Sammlung kurzerhand als sein geistiges Eigentum zu deklarieren:

»Und auch diese Sammlung ist – wenigstens in geistiger Hinsicht – durchaus mein Eigentum. Zunächst ist durch meine und meines Assistenten Arbeit der Bestand, den ich übernommen habe, soweit geordnet worden, dass er für Jedermann nunmehr ein wirklich brauchbares Instrument des kunstgeschichtlichen

Unterrichts geworden ist. Das war vorhin nicht der Fall. [D]iese meine Arbeit am Institut kommt jetzt am meisten gerade ihm [Paul Ganz, NM] zu Gute, ohne dass er eine andere Mühe damit hätte, als die Platten durch seine Assistentin abholen zu lassen.«³³

Mit der Berufung auf geistiges Eigentum konstatierte Schmid indirekt, dass zwischen materiellem und geistigem Eigentum unterschieden werden kann. Die von ihm geleistete Arbeit wäre ohne die mit öffentlichen Geldern finanzierten Diapositive wert- und sinnlos. Umgekehrt ist ein Inventarisierungssystem für die Zugänglichkeit zu Diapositiven elementar.

Die diffuse Trennlinie zwischen privatem und öffentlich-universitärem Eigentum ist kein singuläres Phänomen, das nur Schmid betroffen hat. Ganz stellte in seinem 1948 verfassten Jahresbericht des Archivs für Schweizerische Kunstgeschichte einen Rückblick auf die Jahre 1928–1948 an und rekapitulierte den in seinen Anfangszeiten als Privatdozent rudimentär gestalteten Unterricht.³⁴

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts scheint eine Bildersammlung am Kunsthistorischen Seminar der Universität Basel noch inexistent gewesen zu sein, weshalb er Planaufnahmen der Eidgenössischen Kommission für historische Kunstdenkmäler ausgeliehen hat und selbst Skizzen an der Wandtafel anfertigte, um das Gesagte zu verdeutlichen. Später hat er die benötigten Reproduktionen auf privater Basis beschafft und begründete damit seinerseits eine Abbildungssammlung. Im Unterschied zu der von Schmid verwalteten Sammlung konzentrierte sich seine auf die Schweizerische Kunstgeschichte. Es liegt daher nahe, dass Ganz trotz seiner eigenen Bestände nach wie vor auf die Sammlung der Allgemeinen Kunstgeschichte angewiesen war. Den systematischen Ausbau seiner eigenen Bildersammlung betrachtete Ganz als eine Hauptaufgabe seines Seminars: Berger zufolge setzte Ganz sich ab 1927 das Ziel, seine private Sammlung in eine universitäre Institution umzuwandeln. Nach den ersten Ablehnungen der Behörden kam der Gegenvorschlag des Erziehungsdepartements Basel-Stadt, die Sammlung von Ganz in Schmid's Institutssammlung einzugliedern. Diesen Vorschlag wies Ganz in einem Schreiben von 1928 allerdings bestimmt zurück: Die Reproduktionen könnten nicht »in das von Prof. Schmid geleitete kunsthistorische Seminar eingereiht werden, da sie mein persönliches Eigentum sind.«³⁵ Auch Ganz schreibt in Bezug auf seine Bildersammlung also von persönlichem Eigentum. Nur, im Unterschied zu Schmid trifft dies bei ihm sowohl in geistiger als auch materieller Hinsicht zu. Aus diesem Grund wird der Entscheid von Ganz vom Erziehungsdepartement Basel-Stadt für plausibel erklärt und in einem Brief an Schmid übermittelt.³⁶ Der Entschluss ist hinsichtlich des »Diapositiven-Konflikts« also ein Tropfen mehr in das ohnehin schon überlaufende Fass. Zudem wurde, sehr wahrscheinlich zum Ärger Schmid's, Ganz' Vorschlag, ein öffentliches »Archiv für Schweizerische Kunstgeschichte« zu gründen, 1932 schliesslich genehmigt.³⁷ Trotz der universitären Übernahme seines Archivs hatte nach wie vor Ganz die Fäden in der Hand: Nach einigen Bauarbeiten an seinem Wohnhaus an der

Hebelstrasse 7 wurde das Archiv, das zu Beginn 15'000 Lichtbilder zählte, mitsamt einem Arbeitsaal in seinen privaten Räumlichkeiten eingerichtet.

Die komplexe Verschachtelung von Privatem und Öffentlichem kann auch auf einer anderen Ebene betrachtet werden: Einerseits stehen von einer Universität angestellte Wissenschaftler*innen in einem Arbeitsverhältnis, andererseits ist der Inhalt der Forschung ihr geistiges Eigentum. Diese Sachlage kann zu Interessenskonflikten führen, wie im Rahmen der Nachforschungen zu diesem Artikel deutlich wurde. Auf eine Anfrage meinerseits informierte die Fachperson einer Sammlung darüber, dass die gewünschten Inventarregister alle auf persönliche Initiative hin zusammengetragen worden seien und daher keine Auskunft gegeben werden könne. In einem netten, zuvorkommenden Tonfall wurden alternative Essaythemen vorgeschlagen. Verbunden mit dem Hinweis, für die Recherchearbeit ein anderes Archiv aufzusuchen. Diese Anekdote muss im Kontext einer grösseren Fragestellung betrachtet werden: Ist Wissen, das in einem Arbeitsverhältnis mit öffentlichen Geldern und aus öffentlichen Sammlungen zusammengetragen wurde, persönliches, privatisierbares Wissen? Was kann noch als persönliche Initiative und geistiges Eigentum bewertet werden und was ist eine Grundleistung, die im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses mit einer öffentlichen Institution erwartet werden kann? Liegt dies im Auge der betrachtenden Person?

Geschriebene und ungeschriebene Gesetze

Das Spannungsfeld zwischen Privatem und Öffentlichem nimmt also wesentlichen Einfluss auf Zugänglichkeit und Unzugänglichkeit von Wissen. In der Hoffnung, etwas Klarheit in das Konglomerat einander überlagernder Faktoren bringen zu können, die die komplexen Verstrickungen des Disputs einerseits, aber auch die Zugänglichkeit von Sammlungen und Wissen andererseits bedingen, lohnt es sich, die zugrunde liegenden Gesetze – sowohl die rechtlich verpflichtenden als auch die ungeschriebenen – eingehender zu betrachten.

Die rechtlichen Bestimmungen der universitären Sammlungen haben sich vor nicht allzu langer Zeit geändert: 2001 trat das Gesetz über das Universitätsgut in Kraft, welches besagt, dass Universitätsgut, das bereits vor 1996 in universitärem Besitz war, Eigentum des Kantons Basel-Stadt ist.³⁸ Grund dieser Zäsur ist, dass die Universität 1995 in die Autonomie entlassen wurde und seither von den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gleichberechtigt getragen wird. Das Universitätsgut besteht nach Paragraph 3 des Gesetzes erstens aus allen eingetragenen Liegenschaften, zweitens aus allen Sammlungen der staatlichen Museen³⁹ und schliesslich drittens aus dem Inventar der Öffentlichen Bibliothek und allen Sammlungen der Institute der Universität. Zu Letzteren zählt auch die heute im Kunsthistorischen Seminar aufbewahrte Glasdiapositivsammlung, und damit auch Schmidts Glasdiapositiv-Sammlung.

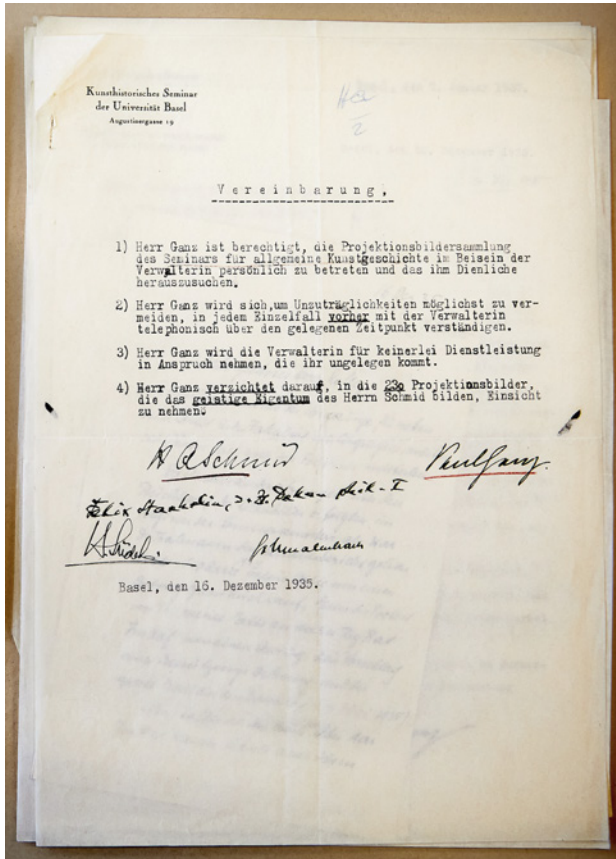


Abb. 5: Schriftliche Vereinbarung zwischen Prof. Dr. Paul Ganz und Prof. Dr. Heinrich Alfred Schmid.

Bereits Schmid scheint sich Gedanken zur rechtlichen Grundlage gemacht zu haben, wenn er zur Forderung der Schlüsselübergabe schrieb: »Es ist das eine Forderung, für die ein formelles Recht vielleicht irgendwie geltend gemacht werden kann, für die aber durchaus keine praktische Notwendigkeit vorliegt [...].«⁴⁰ Er hielt es nicht für notwendig, weil er selbst auch keinen Schlüssel zu den Räumlichkeiten verlange, denen Ganz vorsteht. Schmid beschreibt seine Haltung, als ginge es um eine selbstverständliche Ehrensache, dass nicht im Forschungsfeld der Seminarkolleg*innen gestöbert wird. Auch die ungeschriebenen Gesetze wissenschaftlichen Arbeitens kann ein praxeologischer Blick also erhellen: Die Beschreibung wissenschaftlicher Praktiken macht die Herausbildung und Festigung eines wissenschaftlichen Habitus nachvollziehbar. Die an einem Seminar erlernten Denk- und Handlungsschemata können dabei im Sinne eines wissenschaftlichen Verhaltenskodexes als verpflichtend interpretiert werden. In der Wissenschaftsgeschichte sind bereits zahlreiche solche Kodizes publiziert worden, wobei in einem aktuellen Beispiel der Akademien der Wissenschaften Schweiz die wissenschaftliche Integrität in einem *Kodex zur wissenschaftlichen Integrität* folgendermassen definiert ist:

»Wissenschaftliche Integrität beruht auf der Einhaltung von grundlegenden Prinzipien und deren vielfältigen, kontextbezogenen Konkretisierungen. Diese leiten WissenschaftlerInnen bei ihrer Arbeit sowie bei ihrer Auseinandersetzung mit den praktischen, ethischen und intellektuellen Herausforderungen, die sich bei ihrer Tätigkeit in Forschung und Lehre ergeben.«⁴¹

Weiter sei wissenschaftliches integrires Verhalten den Grundprinzipien Verlässlichkeit, Redlichkeit, Respekt und Verantwortung verpflichtet.⁴² Der Verbund appelliert dabei stark an die Selbstverantwortung der Wissenschaftler*innen, wobei wahrscheinlich gerade in der Möglichkeit der individuellen Interpretation Konfliktpotenzial liegt. Was beispielsweise unter Respekt oder Fairness verstanden wird, liegt sehr im Auge des Betrachters oder der Betrachterin, wie bereits das Verhalten Schmid und Ganz' vor knapp einem Jahrhundert eindrücklich illustriert.

Das Ende der Zankereien und die Glasdias heute

Nach einigen Anläufen, in denen der Dekan Stähelin vergeblich an die Vernunft der zwei Institutskollegen appellierte, sprach er in einem Brief an Schmid vom 3. Dezember 1935 schliesslich ein Machtwort:

»Dies [den Sammlungszugang] ihm [Ganz], und gerade nur ihm alleine, zu verweigern [sic] hiesse Ihren persönlichen Zwist mit ihm zu einer Staatsinstitution erheben, und da ich dies weder kann noch will, treffe ich hiemit [sic] als Dekan die Verfügung, dass Herr Ganz je am Mittwoch- und Freitagnachmittag das Recht erhält, die Sammlung der Diapositive des Seminars für allgemeine Kunstgeschichte zu betreten [...].«⁴³

Um diese Massregelung unmissverständlich geltend zu machen, leistete eine schriftliche Vereinbarung Beihilfe, die im Unterschied zu einem Verhaltenskodex keinen Spielraum für Interpretationen liess [Abb. 5]. Dass dies bei Schmid Unmut hervorrief, verwundert nicht. Aber auch Ganz war mit der von Stähelin aufgesetzten Vereinbarung unzufrieden. So betonte er im Begleitbrief des unterzeichneten Exemplars der Vereinbarung deren provisorischen Charakter:

»Ich behalte mir aber ausdrücklich vor, auf diese provisorische Regelung [sic] zurückzukommen und mein Recht geltend zu machen, das aus öffentlichen Mitteln der Universität angeschaffte Lehrmaterial ohne jede Beschränkung benützen zu können.«⁴⁴

Zumindest den im Archiv aufbewahrten Seminar-Dokumenten zufolge scheinen die Zankereien danach zu einem Ende gekommen zu sein.

Darüber, ob sich die zwei Seminarkollegen auch in den darauffolgenden Jahren noch aus dem Weg gingen, um »unliebsame Zwischenfälle«⁴⁵ tunlichst zu vermeiden, kann lediglich spekuliert werden. Genauso über die möglichen Gründe, weshalb diese Schriften, die so peinlich genau Auskunft über die Unstimmigkeiten der zwei Professoren geben, feinsäuberlich aufbewahrt wurden: Waren es rechtliche Gründe? War es zur Belustigung? Dafür, dass die Archivakten die gesamte Zeitspanne von 1910 bis 1943 am Kunsthistorischen Seminar abbilden sollen, nehmen die Dokumente zum Streit um den Sammlungszugang überproportional viel Raum ein. Sicherlich ereigneten sich noch weitere Zwischenfälle am Seminar, die jedoch nicht archiviert sind und damit in Vergessenheit gerieten. Archivierte Objekte dürfen also keineswegs als objektive, umfassende Zeugnisse verstanden werden und weisen in ihrem Dasein eine gewisse Kontingenz auf. Doch ist wiederum genau diese Kontingenz enorm aussagekräftig, wenn darüber reflektiert wird, was sie über Praktiken und hegenominale Ansprüche aussagt.



Abb. 6: Die heute aufbewahrten Glasdiapositive am Kunsthistorischen Seminar der Universität Basel.

Dies trifft nicht nur auf im Staatsarchiv untergebrachte Objekte zu, sondern genauso auf die Diapositivsammlung des Kunsthistorischen Seminars: War die Sammlung einst der Brennpunkt einer hitzig geführten Diskussion am Seminar, so ist sie heute ein nur noch wenig beachtetes, historisches Relikt und Zeitzeugin der vordigitalen Kunstgeschichtslehre. Die beiden Mitarbeiterinnen des Kunsthistorischen Seminars, Sabine Gisiger (Verantwortliche der seminarinternen Mediathek) und Daniela Steinebrunner (Mitarbeiterin Administration), gaben Auskunft zur analog-digitalen Verlagerung der Bildersammlung, die am Seminar 2004 ihren

Anfang genommen hat: Man entschied sich, die Online-Bilddatenbank *EasyDB* einzuführen, mit der digitale Bilder für den Lehrbetrieb erstellt und verwaltet werden. Im Laufe dieses Digitalisierungsprozesses rückte die von Schmid verfochtene und um Kleindiapositive gewachsene Diapositivsammlung zunehmend in den Hintergrund, bis sie schliesslich keine Verwendung mehr fand. »Nachdem die Diathek in ein anderes Büro umgezogen ist und der Name in Mediathek geändert wurde, sassen wir auf all den Dias und wussten nicht, was damit zu machen ist.«⁴⁶

Aus Platzgründen entschied man sich für eine Teilung der Sammlung: Gisiger zufolge sind alle Kleinbilddias auf Initiative des Emeritus Beat Brenk der Mittelalterprofessur der Universität Salerno vermittelt worden, die zuvor keinen eigenen Zugang zu Bildmaterialien hatte.⁴⁷ In einer aufwändigen Überführungsaktion wurden die Kleinbilddias 2014 in über 100 Umzugskartons in einem Lastwagen nach Italien transportiert. Die Glasdiapositive der Sammlung hingegen und damit auch die von Schmid geordneten Bildbestände mitsamt den Inventarbüchern beschloss man aufzubewahren. Diese dienen allerdings nicht mehr als Material der Forschung und Lehre, sondern sind in ihrer Medialität selbst Forschungsgegenstand. Die Glasdiapositive befinden sich heute in grauen Kartonschachteln verpackt etwas vergessen und unbeachtet in einem Archivraum des Kunsthistorischen Seminars [Abb. 6]. Zwar ist die Sammlung auf Anfrage nun ganz unkompliziert und frei zugänglich zu besichtigen, doch ist sie nicht mehr erfahrbar in ihrem Medium: Schon vor Jahren hat sich das Seminar von all seinen Glasdiapositiv-Projektoren getrennt.

Naemi Meier studiert Kunstgeschichte und Soziologie an der Universität Basel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Albert Teichmann, *Portrait von Heinrich Alfred Schmid* (1938?), Monochromfotografie, 16.5 x 11.6 cm, Blatt 25.1 x 18.3 cm, Basel: Universitätsbibliothek, Kartensammlung UBH.

Abb. 2: August Höflinger, *Portrait von Prof. Dr. Paul Ganz* (ca. 1922–1932), Silbergelatineabzug, 16.6 x 22.1 cm, Zürich: Zentralbibliothek, Graphische Sammlung und Fotoarchiv, Ganz, Paul Fot. III, 1.

Abb. 3: Franz Stoedtner, *Die Geisselung Christi von Albrecht Dürer von 1512* (1860), (Blatt 6 der Kupferstich Passion), Glasdiapositiv, 11.7 x 7.4 cm, Basel: Glasdiasammlung KHS BS, Box A, (D id.m. 16958).

Abb. 4: Sabine Gisiger, *Inventarbuch zur Glasdiapositiv-Sammlung* (7. Mai 2021), Basel: Universität Basel, Kunsthistorisches Seminar.

Abb. 5: Kunsthistorisches Seminar der Universität Basel, *Vereinbarung zwischen Prof. Dr. Paul Ganz und Prof. Dr. Heinrich Alfred Schmid*, unterzeichnet von Prof. Dr. Heinrich Alfred Schmid, Prof. Dr. Paul Ganz, Prof. Dr. Henry Lüdeke, [fünfte Unterschrift nicht entzifferbar] (16. Dezember 1935), Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17.

Abb. 6: Sabine Gisiger, *In Kartonschachteln aufbewahrte Glasdiapositive an ihrem heutigen Standort im kunsthistorischen Seminar der Universität Basel* (7. Mai 2021), Basel: Universität Basel, Kunsthistorisches Seminar.

Literatur

- 1 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 1.
- 2 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 1.
- 3 Vgl. Joseph Gantner: »Der Unterricht in Kunstgeschichte an der Universität Basel 1844–1938«, in: Hans Christoph von Travel, Peter Vignau-Wilberg (Hg.): *Kunstwissenschaft an Schweizer Hochschulen 1: Die Lehrstühle der Universitäten in Basel, Bern, Freiburg und Zürich von den Anfängen bis 1940*, Zürich: Schweizerisches Institut für Kunstgeschichte (1976/1977), S. 9–24, hier S. 21–24.
- 4 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 1.
- 5 Paul Ganz an Felix Stähelin, 29. November 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 1.
- 6 Die ersten zehn Kunstführer entstanden auf Initiative und unter Leitung von Prof. Dr. Paul Ganz in den Jahren 1936–1951. Mit einem Umfang von acht Seiten und schwarz-weißen Abb. wurden sie zum Preis von 30 Rappen noch unter dem Titel *Kleine Führer* verkauft. Vgl. Saskia Ott Zaug: »Geschichte der Schweizerische Kunstführer«, in: *Gesellschaft für Schweizerische Kunstführer*, https://www.gsk.ch/sites/default/files/Geschichte%20der%20SKF_GSK-Webseite_3.pdf. (2016), S. 1f.
- 7 Felix Stähelin an Heinrich Alfred Schmid, 3. Dezember 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17.
- 8 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 4.
- 9 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 5.
- 10 Vgl. im Folgenden Sandra Berger: *Paul Ganz und die Kunst der Schweiz. Eine Biografie*, Bielefeld: Transcript (2015).
- 11 Vgl. Sandra Berger: *Paul Ganz und die Kunst der Schweiz. Eine Biografie*, Bielefeld: Transcript (2015), S. 72.
- 12 Joseph Gantner: »Der Unterricht in Kunstgeschichte an der Universität Basel 1844–1938«, in: Hans Christoph von Travel, Peter Vignau-Wilberg (Hg.): *Kunstwissenschaft an Schweizer Hochschulen 1: Die Lehrstühle der Universitäten in Basel, Bern, Freiburg und Zürich von den Anfängen bis 1940*, Zürich: Schweizerisches Institut für Kunstgeschichte (1976/1977), S. 9–24, hier S. 13.
- 13 Vgl. »Professur (Kunstgeschichte) Jacob Burckhardt, Heinrich Wölfflin, Heinrich Alfred Schmid, Karl Cornelius, Paul Schubring, Ernst Heidrich, Friedrich Rintelen, Josef Gantner«, Akte 1893–1838, Staatsarchiv Basel-Stadt, Erziehung CC 20b.
- 14 Vgl. Lena Bader: »Kopie und Reproduktion im Holbein-Streit. Eine wissenschaftshistorische Retrospektive aus bildkritischer Perspektive«, in: Bałus Wojciech (Hg.): *Die Etablierung und Entwicklung des Faches Kunstgeschichte in Deutschland, Polen und Mitteleuropa*, Warszawa: Instytut Sztuki Polskiej Akademii Nauk (2010) (Das gemeinsame Kulturerbe 6), S. 155–157.
- 15 Vgl. Knut Ebeling, Stephan Günzel: »Einleitung«, in: dies. (Hg.): *Archivologie. Theorien des Archivs in Wissenschaft, Medien und Künsten*, Berlin: Kulturverlag Kadmos (2009), S. 7–28, hier S. 8.
- 16 Vgl. Knut Ebeling, Stephan Günzel: »Einleitung«, in: dies. (Hg.): *Archivologie. Theorien des Archivs in Wissenschaft, Medien und Künsten*, Berlin: Kulturverlag Kadmos (2009), S. 7–28, hier S. 9. Für einen Überblick zu *science studies* im Allgemeinen vgl. Jan Golinski: *Making Natural Knowledge. Constructivism and the History of Science*, Chicago: University of Chicago Press (2005 [1998]).
- 17 Vgl. Bruno Latour, Steve Woolgar: *Laboratory Life. The Construction of Scientific Facts*, Princeton: Princeton University Press (2013 [1986]).
- 18 Vgl. Carlos Spoerhase: »Das »Laboratorium« der Philologie? Das philologische Seminar als Raum der Vermittlung von Praxiswissen (circa 1950–1900)«, in: Andrea Albrecht et al. (Hg.): *Theorien, Methoden und Praktiken des Interpretierens*, Berlin: De Gruyter (2015), S. 53–80.
- 19 Carlos Spoerhase: »Das »Laboratorium« der Philologie? Das philologische Seminar als Raum der Vermittlung von Praxiswissen (circa 1950–1900)«, in: Andrea Albrecht et al. (Hg.): *Theorien, Methoden und Praktiken des Interpretierens*, Berlin: De Gruyter (2015), S. 53–80, hier S. 57f.
- 20 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 1.
- 21 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 4.
- 22 Vgl. Fritz Hauser an Heinrich Alfred Schmid, 27. Dezember 1926, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17. Bezogen auf den Konsumentenpreisindex entspricht dies heute einem Wert von CHF 3'842. Vgl. Christian Pfister und Roman Studer: »Einzelwert«, in: *Swistoval*, <http://www.swistoval.ch/content/einzelwerte.de.html> (2010).
- 23 Heinrich Alfred Schmid, »Berichte des kunstgeschichtlichen Seminars für das Jahr 1926«, Jahresbericht, 1926, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 1.
- 24 Heinrich Alfred Schmid, »Berichte des kunstgeschichtlichen Seminars für das Jahr 1926«, Jahresbericht, 1926, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 2.
- 25 Vgl. Fritz Hauser an Heinrich Alfred Schmid, 27. Dezember 1926, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17.
- 26 Heinrich Alfred Schmid, »Berichte des kunstgeschichtlichen Seminars für das Jahr 1926«,

- Jahresbericht, 1926, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 2.
- 27 Vgl. Susanne Neubauer: »Sehen im Dunkeln. Diaprojektion und Kunstgeschichte«, in: *Georges-Bloch-Jahrbuch des Kunsthistorischen Instituts der Universität Basel*, Jg. 9–10, (2002–2003), S. 176–189. Online: <https://www.e-periodica.ch/cntmng?pid=gbj-002:2002:9::363>.
- 28 Vgl. im Folgenden Susanne Neubauer: »Sehen im Dunkeln. Diaprojektion und Kunstgeschichte«, in: *Georges-Bloch-Jahrbuch des Kunsthistorischen Instituts der Universität Basel*, Jg. 9–10, (2002–2003), S. 176–189, hier S. 180. Online: <https://www.e-periodica.ch/cntmng?pid=gbj-002:2002:9::363>.
- 29 Susanne Neubauer: »Sehen im Dunkeln. Diaprojektion und Kunstgeschichte«, in: *Georges-Bloch-Jahrbuch des Kunsthistorischen Instituts der Universität Basel*, Jg. 9–10, (2002–2003), S. 176–189, hier S. 179. Online: <https://www.e-periodica.ch/cntmng?pid=gbj-002:2002:9::363>.
- 30 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 3.
- 31 Vgl. Susanne Neubauer: »Sehen im Dunkeln. Diaprojektion und Kunstgeschichte«, in: *Georges-Bloch-Jahrbuch des Kunsthistorischen Instituts der Universität Basel*, Jg. 9–10, (2002–2003), S. 176–189, hier S. 182. Online: <https://www.e-periodica.ch/cntmng?pid=gbj-002:2002:9::363>.
- 32 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 3.
- 33 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 2.
- 34 Vgl. im Folgenden Sandra Berger: *Paul Ganz und die Kunst der Schweiz. Eine Biografie*, Bielefeld: Transcript (2015), S. 146–157.
- 35 Paul Ganz zit. in: Fritz Hauser an Heinrich Alfred Schmid, 7. Dezember 1928, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17.
- 36 Vgl. Fritz Hauser an Heinrich Alfred Schmid, 7. Dezember 1928, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17.
- 37 Vgl. Sandra Berger: *Paul Ganz und die Kunst der Schweiz. Eine Biografie*, Bielefeld: Transcript (2015), S. 20.
- 38 Vgl. im Folgenden Gesetzessammlung Kanton Basel-Stadt: *SG 440.400. Gesetz über das Universitätsgut (Universitätsgutgesetz)*, https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/440.400/versions/3407 (26. April 2015).
- 39 Vgl. hierzu Gesetzessammlung Kanton Basel-Stadt: *SG 451.100, Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz)*, https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/451.100/versions/5120 (16. Juni 1999).
- 40 Heinrich Alfred Schmid an Henry Lüdeke, 18. April 1934, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17, S. 1.
- 41 Vgl. Akademien der Wissenschaften Schweiz (Hg.): *Kodex zur wissenschaftlichen Integrität*, Langnau: Vögel AG (2021), S. 15. Online: https://api.swiss-academies.ch/site/assets/files/25852/kodex_layout_de_web.pdf.
- 42 Vgl. Akademien der Wissenschaften Schweiz (Hg.): *Kodex zur wissenschaftlichen Integrität*, Langnau: Vögel AG (2021), S. 15. Online: https://api.swiss-academies.ch/site/assets/files/25852/kodex_layout_de_web.pdf.
- 43 Felix Stähelin an Heinrich Alfred Schmid, 3. Dezember 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17.
- 44 Paul Ganz an Felix Stähelin, 20. Dezember 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17.
- 45 Paul Ganz an Felix Stähelin, 20. Dezember 1935, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv XI 2.17.
- 46 Mail-Korrespondenz mit Daniela Steinebrunner, geführt von Naemi Meier am 30. November 2020.
- 47 Interview mit Sabine Gisiger, geführt von Naemi Meier am 7. Mai 2021.

Spielfeld eröffnet

Das Basler Kollegiengebäude ist ein Ort, der universitätsübergreifend genutzt wird. Ein studentisches Spiel zeigt auf, wie aus Architektur und Raumgestaltung eine institutionelle Geschichte spricht, die ihre Nutzer*innen lenkt und beeinflusst.

»Ein wahrhaft historischer Tag! Die Vögel auf den Bäumen singen fröhlich ein Liedchen, die Blätter an den Bäumen rauschen fröhlich im Winde [...] heute wirst Du dich an der Uni immatrikulieren und zu studieren beginnen!«¹ 1990, der erste Studientag an der Universität Basel: Mit den Augen der Redaktion des studentischen Magazins *Metropolitan*² blicken wir durch die Brille der studentischen Neuankömmlinge. Als Figuren eines von Studierenden konzipierten Spiels beginnt für sie (und uns) ein Spaziergang zwischen universitären Räumen und Formularen, den Stationen des Spiels [Abb. 1].³ Im Zentrum dieses Tages steht das Kollegienhaus, der gemeinsame Nenner aller Basler Fakultäten und bis vor einigen Jahren das administrative Herz der Universität Basel. Spieler*innen starten bei der Nummer 1 und rücken auf dem papiernen Spielfeld entlang der 64 nummerierten Stationen im Universitätsgebäude vor. Jede Station bietet zwei Optionen der Fortsetzung des Rundgangs durch das Gebäude an, wobei es sich für eine zu entscheiden gilt. Wer den Weg bis zum letzten Feld findet, hat sich erfolgreich immatrikuliert. Dieses Spiel kann als ein methodischer Zugang zur Wahrnehmung von Spezifika dieser Räumlichkeiten und deren Nutzungsmodi gelesen werden. Von Feld zu Feld werden Räume erfahrbar gemacht, die Ausdruck einer Alltagskultur der Universität sind und gleichzeitig den Rahmen dieser Institution visualisieren.

Roland Barthes beschreibt in *Semiotik und Urbanismus* (1967)⁴ die Erfassung von Raum und Stadt als Gedicht, das erst geprägt von unterschiedlichen Lesarten erfassbar wird. Die Universität ist analog dazu ein hoch frequentierter Raum, der klare Strukturen aufweist. Verschiedene Quartiere (Fakultätskomplexe) sowie eine Zentrum-Peripherie-Dichotomie gehören zu ihrem Repertoire. Das Kollegiengebäude ist das Zentrum dieses Raumes und kann, mit Barthes gedacht, nur aus einem Bewusstsein für die verschiedenen Lesarten der Nutzer*innen verständlich werden. Dieser Text ist ein Versuch, den Weg einer Nutzer*innengruppe abzuschreiten und ihn mit der architektonischen Rahmung zu verbinden und zu kontextualisieren. Wo werden Studierende und ihre Nutzung der universitären Räume sichtbar, wo rückt die Institution in den Vordergrund?

Die Perle der Wissenschaft

Feld 1: »Du betrittst das Kollegiengebäude (KGB)«.

Im Sinne der ersten Station des Spielfelds steigen wir also die drei Stufen vor dem nordöstlichen Eingang des 1939 von Roland Rohn erbauten Kollegiengebäudes hinauf [Abb. 2]. Von der Strasse herkommend, steuern wir nicht frontal auf das Gebäude zu, sondern blicken seitlich auf eine Einkerbung, die durch den Säulengang produziert wird. Hohe Fenster, in kurzen Abständen aufeinander folgend, durchziehen die nördliche Fassade oberhalb des Säulengangs. Die Architektur orientiert sich spürbar an Idealen des Neuen Bauens. Dieser Stil in seiner spezifisch Schweizerischen Ausprägung der modernen Architekturströmungen Europas ist einerseits geprägt durch Persönlichkeiten wie den Architekten Karl Moser, aber auch

den in den europäischen Avantgardebewegungen gut vernetzten Kunsthistoriker Sigfried Giedion. Als Sekretär der Congrès Internationaux d'Architecture Moderne (CIAM) hat er die Schweizerische Architekturlandschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts entscheidend mitgeprägt. Nach dem Ersten Weltkrieg läutete die Bewegung des Neuen Bauens eine neue funktionalistische Ära ein, die sich in der Typisierung von Formen sowie der Normierung von Bauteilen niederschlug und so nach einer standardisierten Form der modernen Wohn- und Lebensbedürfnisse suchte.⁵

In den Gängen des KGB

(=Kollagegebäude)

Ein wahrhaft historischer Tag! Die Vögel auf den Bäumen singen frühlich ein Liedchen, die Blätter an den Bäumen rauschen frühlich im Winde, und die Käfer in den Bäumen kriechen frühlich mit den Zähnen: heute wirst Du Dich an der Uni immatrikulieren und zu studieren beginnen!
Doch bis zu soweit ist, musst Du viele Hindernisse umgehen und viele, viele Schikanes überwinden. Nur eine falscher Schritt, und auf Dich wartet nicht etwa der sichere Tod (da wäre ja gar nichts...), sondern die sichere Immatrikulation.

Spielanleitung

Beginne bei Punkt 1, schliesslich muss ja irgendwas am Ende herausgekommen sein, was Du nicht selbst erfunden hast. Du darfst aber alles machen, was Du willst, solange es nicht gegen die Spielregeln verstösst. Du darfst auch alles machen, was Du willst, solange es nicht gegen die Spielregeln verstösst. Du darfst auch alles machen, was Du willst, solange es nicht gegen die Spielregeln verstösst.

Punkte mit Bild

1 Du stehst im Kollagegebäude (KGB). Zum ersten Mal in Deiner Welt... 2 Du stehst im Kollagegebäude (KGB). Zum ersten Mal in Deiner Welt... 3 Du stehst im Kollagegebäude (KGB). Zum ersten Mal in Deiner Welt...

Zeichnung: Heidi Schenker

Abb. 1: Kollegengebäude Spiel im Studierendenmagazin *Metropolitan*, November 1990.

Ein zweiter Blick auf das Kollegengebäude offenbart jedoch ambivalente Züge des modernen Baustils. Ausladende Fensterfronten und eine nahezu schmucklose Fassade treffen auf Merkmale klassizistischer Architektur, wie einen in die Fassade übergehenden Portikus, eine helle Steinfassade oder eine klassisch antike Dreiteilung des Auftrisses mit Sockel, Hauptgeschoss und Dachzone. »Auch die Schweizer Architekturgeschichte ist eine Geschichte der ideologischen »Neutralisierung« der Modernen»,⁶ schreibt der Kunsthistoriker und Architekturtheoretiker Stanislaus von Moos in der Festschrift zum 50. Jubiläum des Kollegienhauses und kontextualisiert

damit diesen ambivalenten Eindruck. Wie der Architekt Otto Rudolf Salvisberg, von dem er stark beeinflusst war, handelte sich Rohn immer wieder den Vorwurf ein, ein konservativer Vertreter der Moderne zu sein.⁷ Die Salvisberg'sche Moderne wird in dieser Argumentation nicht mehr als Initialzündung, als eine Avantgarde verstanden, sondern zeigt sich in einer bereits institutionalisierten Form.⁸

Während der Besteigung der Treppenstufen finden sich linkerhand, seltsam verbannt in die seitliche Peripherie des Bauwerks, gewichtige Worte von Papst Pius II. (1405–1464), der mit der Gründung der Universität Basel als ihr Stifter verbunden ist:

»EX DONO DEI MORTALIS HOMO PER ASSIDUUM STUDIUM ADIPISCI VALET SCIENTIAE MARGARITAM, QUAE EUM AD MUNDI ARCANA COGNOSCENDA DILUCIDE INTRO DUCIT ET IN INFIMO LOCO NATOS EVEHIT IN SUBLIMES«.⁹



Abb. 2: Robert Spreng, Kollegiengebäude der Universität Basel, 1941.

Die Skulptur *Lehrer und Schüler* [Abb. 3] wacht über das Geschriebene, wobei sich der steinerne Schüler gleichsam darauf zu verpflichten scheint. Obgleich sie in puncto Materialisierung mit der Fassade identisch ist, muss betont werden, dass der Basler Künstler Alexander Zschokke die Figur erst sechs Jahre nach Eröffnung des Gebäudes geschaffen hat. Ein Aufsatz des Architekten in der Eröffnungsschrift macht aber deutlich, dass eine künstlerische Intervention zum Zwecke der Dekoration und Vervollständigung der architektonischen Wirkung der Fassade schon früh mitgedacht wurde.¹⁰

»Die äussere Gestaltung des Gebäudes soll den Zweck, für den es bestimmt ist, erkennen lassen«¹¹, formulierte das Baudepartement des Kantons Basel-Stadt 1931 in der ersten öffentlichen Ausschreibung für das neue Kollegienhaus. Weitere Hinweise auf die erwünschte Gestaltung gibt die

Quellenlage nicht her, dennoch liess die Baukommission diesen Aspekt nicht unerwähnt. Es herrschte folglich ein Konsens darüber, wie universitäre Gebäude auszusehen haben. Rohn ging aus der engeren Wettbewerbsrunde von 1933 als Sieger hervor. Entspricht sein Entwurf also der (zumindest äusserlichen) Vorstellung eines universitären Gebäudes in den 1930er Jahren?

Wenn wir uns zur Beantwortung dieser Frage in der Schweiz der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts umsehen, dann bilden das 1914 fertiggestellte Hauptgebäude der Universität Zürich, erbaut von Karl Moser, das 1941 eröffnete Miséricorde von Denis Honegger an der Universität Fribourg wie auch das von Salvisberg und Otto Brechbühl entworfene Institutsgebäude an der Universität Bern (1928–1931)¹² drei unmittelbare Referenzpunkte. Alle Bauwerke werden der Moderne zugerechnet, visualisieren im direkten Vergleich jedoch die Breite dieses Stilbegriffs.

Während Mosers Zürcher Universitätsgebäude durch seine Monumentalität und Elemente wie den Lichthof klassizistische Bezüge herstellt, steht Honeggers Bau auch in der Tradition der Avantgarde Le Corbusiers oder der Moderne eines Auguste Perrets. Auch wenn auf den ersten Blick die asymmetrische Anordnung des Miséricorde [Abb. 4] und die Materialisierung mit Sichtbeton auffallen und Assoziationen mit der avantgardistischen Moderne wecken, stehen doch neoklassizistische Elemente dominant hervor. Perrets Notre-Dame du Raincy klingt ebenso an wie das Prinzip der offenen Raumstrukturen von Le Corbusier.¹³



Abb. 3: *Lehrer und Schüler* von Alfred Zschokke und Inschrift Pius II. am Eingang des Kollegiengebäudes.

Im Zusammenhang mit Überlegungen des Architekten Honegger zum Miséricorde tritt aber auch ein Topos in den Vordergrund, der Gegenstand der Wettbewerbsunterlagen des Kollegienbäudes ist: die Übereinstimmung von Zweck und Gestaltung von Architekturen. In einer Kritik an den Avantgarden spricht sich Honegger gegen die typischerweise vertretene Negierung von Ornamentik aus, die vor allem bei der inneren Ausgestaltung des Universitätsgebäudes in Fribourg unübersehbar ist. Ornamentik wird folglich nicht als zweckfrei angesehen, sondern erfüllt eine bestimmte Funktion am Gebäude: Sie soll Emotionen wecken. Im gleichen Atemzug bezieht sich Honegger auf Vitruv und dessen Prinzip der Angemessenheit von Architektur – mit anderen Worten: ob ein Gebäude auch so aussieht, wie es tatsächlich genutzt wird.¹⁴ Angemessenheit in der Architektur ist dann gegeben, wenn die Institution aus der Gestaltung des Gebäudes spricht.

Im Anschluss an diese Überlegungen lohnt sich ein weiterer Vergleich mit dem Hauptgebäude der Universität Zürich [Abb. 5]. Mit Karl Moser tritt hier eine weitere ambivalente Persönlichkeit auf den Plan. Moser hat in der Schweizer Architekturgeschichte die Rolle eines Vaters der modernen Architektur inne, verbleibt in der Rezeption aber auch oft in dieser Übergangszeit.¹⁵ Wenn also sein Universitätsgebäude nach der Fertigstellung 1914 als neues Wahrzeichen der Stadt Zürich gefeiert wurde, hat dies sicherlich auch mit dem Umstand zu tun, dass nicht von einer avantgardistischen Gestaltung gesprochen werden kann – ganz im Gegenteil: Moser liess sich an einigen Stellen von der lokalen bürgerlichen Bautradition¹⁶ inspirieren. Gleichwohl hat er sich für die Bestückung des Gebäudes mit junger, moderner Kunst eingesetzt und betonte in der Festschrift zur Einweihung: Ein Universitätsgebäude sei »kein Kleidergerüst fleissig erworbener Wissenschaft, sondern ein gewachsener Organismus, ein aus der Gegenwart geborener und in die Gegenwart lebender beseelter Körper.«¹⁷

Ein Bekenntnis der Sympathie zum Konzept der Verleugnung von historischen Bezügen der Architektur, wie sie die Avantgardist*innen so vehement propagiert haben?¹⁸ Unabhängig von dieser Aussage reiht sich dieses Gebäude in die monumentale Architektur von Universitätsgebäuden ein, mit dem Ziel auszudrücken, was darin betrieben wird: erhabene Wissenschaft. Traditionskonforme Gestaltung ist gerade in der Gegenüberstellung zu anderen Bauten des Architekten (etwa der St. Antoniuskirche in Basel) überproportional vorhanden. Die Aura der Wissensproduktion soll gewissermassen auf die äusseren Strukturen des Baus übertragen werden. Ist es folglich, in Anbetracht der besprochenen Gebäude, nicht bereits die Institution Universität, die nach einer bestimmten architektonischen Aura verlangt und damit eine Mässigung jedweder zeitgenössischen Architekturtendenzen einfordert?



Abb. 4: Université Miséricorde, Fribourg.

Vorbei an den wandfüllenden Mosaiken Walter Eglins¹⁹ treten wir in die Eingangshalle des Kollegengebäudes ein. Kurz umringt uns eine Gruppe Student*innen, eine Professorin drückt sich an uns vorbei und steigt gemächlich die Wendeltreppe in den 1. Stock hinauf. Wir lassen unseren Blick nach rechts schweifen: Der einladende Eingangsbereich verengt sich sogleich zugunsten diverser administrativer Räumlichkeiten sowie einer Bücherausgabe mit angegliedertem studentischem Lesesaal. Am Ende des Ganges, vorbei am offenen Erfrischungsraum und einer Treppe, die zu den Hörsälen im 1. Stock führt, befindet sich die Aula [Abb. 6].

Feld 13: »Du befindest dich in der Aula, wo gerade die Immatrikulationsfeier stattfindet. Was tust Du? Du verlässt den Saal [...]« oder »Du bleibst.«

Endlich wieder Mensch geworden

Wettbewerbsausschreibung 1931, I. Allgemeine Bestimmungen, 34: »Die Aula, auch als öffentlicher Vortragssaal benützbar. Sie soll im Saalparkett 500 bis 520 Sitzplätze und auf einer Empore 50 bis 60 Sitzplätze enthalten. [...] Der Zugang zur Aula ist möglichst unabhängig von den übrigen Raumgruppen anzuordnen.«²⁰

Die im Westflügel des Kollegengebäudes gelegene Aula verfügt über einen separaten Seiteneingang, der einen direkteren Zugang von aussen ermöglicht. Die grosszügige Bestuhlung und eine dekorative Decke aus Tannenholz unterstreichen die festliche und repräsentative Funktion dieser

Räumlichkeiten. Tageslicht strömt durch die fast ebenerdigen Fenster, und eine Empore mit stattlichen drei Sitzreihen weckt Erinnerungen an Kirchenarchitektur und Theatersäle.

Die Grenze zur Stadt Basel verschwimmt hier, die Öffnung bleibt aber eine scheinbare. Wenn auch »unabhängig von den übrigen Raumgruppen«, ist die Aula doch in institutionellen Räumen der Universität angesiedelt, liegt hinter der travertinverkleideten Fassade. Diese Abgrenzung wird nicht nur durch die physischen Mauern geschaffen, sondern auch durch subtile Momente wie das Zitat Papst Pius II., das sich räumlich gedacht an der Schwelle vom Aussen zum Inneren des Kollegiengebäudes befindet. Denn auch hier wird auf textueller Ebene eine Grenze zwischen »Erfahrenen« und »Unerfahrenen« gezogen, die der Besitz der sogenannten »Perle der Wissenschaft« erst sichtbar macht. Die Beziehung zwischen Universität und Stadtgesellschaft manifestiert sich in der Aula, indem sowohl die Gestaltung des Raumes selbst als auch dessen abgesonderte Lage innerhalb des Gesamtentwurfes auf einen ambivalenten Austauschprozess hindeuten. In der Beziehung der Parallelwelten Stadtraum und Wissensinstitution zeigt sich ein weiteres Element, das den universitären Raum konstituiert und dessen architektonische Umsetzung bedingt: Identitätspolitik.



Abb. 5: Hauptgebäude der Universität Zürich.

»So weit Basel Ansehen geniesst, hat die Universität ihren redlichen Anteil daran«,²¹ postulierte der Alumnus Jacob Wackernagel in einem Referat, das er 1930 anlässlich einer Untersuchung der Beziehung zwischen den Bürger*innen Basels und der städtischen Universität gehalten hat. Wackernagel illustrierte damit den Konsens, dass die Universität nicht nur die grösste Bildungsinstitution Basels ist, sondern auch zentraler Bestandteil der städtischen Identität. Universitäre Gebäude sind nicht mehr rein repräsentative Einheiten, oder drastischer: Hüllen, die zum Renommee einer Stadt beitragen, jedoch nur von einer verschwindend kleinen Gruppe genutzt werden – sie sollen vielmehr tatsächlich Teil des städtischen Raumes werden.

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es zu einer sukzessiven Erweiterung der Räumlichkeiten der Universität Basel und damit auch einer Etablierung des neuen Universitätsbezirks, zu dem der spätere Standort des Kollegienhauses gezählt werden kann. Die universitären Gebäude hatten sich bis dahin – seit der Gründung 1460 – allein auf den Münsterbezirk beschränkt. Bereits die Gründung lässt ambitionierte Bestrebungen der Stadt Basel und ihrer Bevölkerung erkennen, die eine Ausbildungsstätte für ihre Söhne wünschten und sich wirtschaftlichen Erfolg von einer solchen Institution erhofften.²² Aber auch Erweiterungsprozesse im 19. Jahrhundert machen die Verbindung der Stadtidentität mit ihrer Universität überdeutlich. Dies zeigt sich 1846 exemplarisch am Bau eines Universitätsmuseums durch Melchior Berri.²³ Im kollektiven Bewusstsein der Basler Stadtbevölkerung brannte sich der Neubau schnell als Wahrzeichen ein und wurde als Gegenpol zum Bahnhof wahrgenommen.²⁴



Abb. 6: Robert Spreng, Aula des Kollegiengebäudes, 1941.

Diese Zusammenhänge hallen im Kollegienhaus, dem Zentralbau der Universität Basel, ebenfalls nach. Obwohl bereits 1906 erkannt wurde, dass

der akute Mangel an Räumlichkeiten der Universität Handlungsbedarf erforderte, konnten die Bauarbeiten für das Kollegiengebäude erst 1937 beginnen.²⁵ Diese Debatte ist nicht nur Abbild eines klassischen Prozesses von grösseren Überbauungen mit öffentlicher Funktion, sondern beschreibt die identitätsstiftende Wirkung der Universität auf exemplarische Weise. Deutlich zeigt sich dies bei einer Analyse der in die Diskussion involvierten Gruppen: besorgte Bürger*innen, das Kantonsparlament, Angehörige der Universität bis hin zu Alumni. Alle fühlten sich persönlich involviert im Diskurs um das Stadtbild und die Räume, in der die Universität ansässig ist, und darüber, welche Bedingungen für die zukünftigen Generationen geschaffen werden müssen. So musste das Projekt erst die Hürde einer Verlegung weg vom traditionellen Standort im Münsterbezirk passieren, 1936 dann eine Volksabstimmung, die darüber entschied, ob das alte Zeughaus dem Neubau am Petersplatz weichen sollte.²⁶ Die Fronten waren auch auf den Abstimmungsplakaten klar gezogen zwischen Anhänger*innen der Erhaltung traditionsbewusster Stadtplanung und -sanierung auf der einen Seite und den Stimmen des Fortschritts auf der anderen [Abb. 7].

»Der Jugend ein Neubau mit Sonne und Licht – Arbeitsbeschaffung ist unsere Pflicht«, skandieren etwa die Befürworter*innen, während bei den Gegner*innen »Wir wollen Arbeitsbeschaffung aber keine Zerstörung« zu lesen ist. Die Stimmenauszählung ergab schliesslich eine Zweidrittelmehrheit für einen Neubau auf dem Petersplatz.²⁷ Sonne und Licht wurden in der Debatte gezielt als Metaphern für eine besser ausgestattete Universität und eine attraktivere Stadt mit einer gebildeten Jugend eingesetzt. Ein Bild, das die moderne Architektur bestens bedient und sich im Kollegiengebäude in der fast ebenerdigen Fensterfront der Aula oder an der Nordfassade in veräusserter Form bemerkbar macht. So eröffnete dann auch der Rektor Prof. Ernst Staehlin 1939 das neue Hauptgebäude der Universität Basel mit den Worten: »Es ist ein Haus, in das Licht und Sonne von allen Seiten hineinströmen kann. Möge auch Licht und Sonne von allen Seiten herausströmen.«²⁸

Bereits im 2. CIAM-Kongress »Die Wohnung für das Existenzminimum« (1929), der als wegweisend für die architektonische Moderne gilt, wurde Licht zum zentralen Bestandteil des neuen Wohnens erkoren. Programmatische Zeilen dazu stammen etwa aus dem Referat von Walter Gropius anlässlich des Kongresses in Frankfurt:

»Die Frage nach dem Wohnungsminimum ist die nach dem elementaren Minimum an Luft, Licht, Raum, die der Mensch braucht, um bei der Vollentwicklung seiner Lebensfunktionen durch die Behausung keine Hemmungen zu erfahren. Vom biologischen Standpunkt aus benötigt der gesunde Mensch für seine Wohnung ein Maximum an Luft und Tageslicht, dagegen nur eine geringe Menge an Raum. Also ist es unrichtig, das Heil in einer Vergrösserung der Räume zu erblicken, vielmehr lautet das Gebot: vergrössert die Fenster, spart an Wohnraum.«²⁹

Licht wird nicht nur als ästhetisches Mittel verstanden, sondern vielmehr als biologische Notwendigkeit für den gesunden, modernen Menschen. Oder wie Le Corbusier und Pierre Jeanneret im Anschluss an Gropius' Beitrag nochmals auf den Punkt bringen: »L'habitation est un phénomène biologique.«³⁰ Ausgehend vom Wohnungsbau wird wohlüberlegte Architektur zu einem Parameter körperlicher und seelischer Gesundheit erhoben.³¹ Dieses Paradigma des Wohnungsbaus dehnt sich schliesslich zu einem biopolitischen Argument und einer Entwurfspraxis der architektonischen Moderne aus. Wenn auch Äusserungen vonseiten der Studierendenschaft aus dieser Zeit ein rares Gut darstellen, ist interessanterweise gerade in diesem Zusammenhang eine Quelle bekannt. Ein Student schrieb kurz nach Eröffnung des Kollegiengebäudes am 16. Juni 1939 an seinen Vater:

»Der Student ist endlich wieder Mensch geworden. In den Pausen kann er sich im grossen Wandelgang ergehen und bald die schönen exotischen Gewächse und bald die hübschen Aquarelle geniessen [...] oder er stellt sich sinnend an einen der Ahornbäume und denkt intensiv über die Zukunft der Menschheit nach. [...] Das gibt eine ganz eigene berauschte Atmosphäre. Unnahbare Möglichkeiten schlummern in den neuen Räumen. [...] Und was das Schönste ist, es gibt keine Tradition da. Die ist Gott sei Dank am Rheinsprung geblieben. Das neue Haus gehört der Jugend und der kommenden Zeit!«³²

Auch dieser Student begreift die neuen Räumlichkeiten mit ihren modernen Vorzügen als Beitrag zur Verbesserung seines biologischen und geistigen Zustandes als Mensch und damit als architektonische Repräsentation einer neuen Zeit. Dies zeigt einerseits ein neues Verständnis von Architektur und andererseits eine ideologische Aufladung des Architekt*innen-Handwerks und des Produkts ihrer Arbeit. Nicht zuletzt wird Licht auch als eine Metapher für die Aufklärung (*Siècle des Lumières*), das Wissen und wissenschaftliche Erkenntnis verwendet.³³ Angewandt auf das Kollegiengebäude und die Umstände seiner Entstehung wird in der Verwendung dieser programmatischen Worte sichtbar, wo Politik, Architektur, Wissensgeschichte und Gesellschaft ineinandergreifen.

Vor diesem identitätsstiftenden Hintergrund universitärer Architektur ist es dann auch nicht weiter verwunderlich, dass alle hier besprochenen Gebäude von Schweizer Architekturbüros geplant und ausgeführt wurden. Ein Blick in die Wettbewerbsunterlagen für das Basler Kollegiengebäude offenbart gar eine detaillierte Regelung: »Zu diesem Wettbewerb werden zugelassen: die in der Schweiz heimatberechtigten Architekten, ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz; die seit mindestens 2 Jahren in der Schweiz niedergelassenen Architekten, auch wenn sie in der Schweiz nicht heimatberechtigt sind.«³⁴

Wie in den zaghaft eingesetzten modernen Elementen der Architektur, zeigen sich auch hinsichtlich dieser Politik die komplexen Umstände der

1930er Jahre: Abschottung und Traditionalismus prallen auf Modernisierungstendenzen und werden in der Institution Universität gebündelt. Dasselbe darf wohl auch für die Tendenzen faschistischer Ästhetik des Kollegiengebäudes geltend gemacht werden, namentlich die bekannte Mischung aus Monumentalarchitektur, Travertin-Fassade und neoklassizistischen Elementen. Wie Stephan Trüby in der umfassenden ARCH+-Ausgabe *Rechte Räume* aufzeigt, sind die Übergänge zwischen den modernen und faschistischen Architekturströmungen Europas fließend und nicht genau datierbar.³⁵ Dies führt letztendlich zu einer allgemeinen Tendenz auch innerhalb der modernen, europäischen Architektur, wo die Grenze zwischen normativer Formgebung, Traditionalismus und Faschismus nicht mehr klar zu ziehen ist. Zunehmend verschwimmende Grenzen, die sich auch in der Besetzung der Jury für den Entwurf des neuen Kollegiengebäudes widerspiegeln: Der renommierte Architekt Paul Bonatz, Mitglied der konservativen deutschen Architektenvereinigung Der Block gehört zu den Beurteilern. Eine Vereinigung, deren Gestaltungsvorstellungen und Politik stark durch die Person Paul Schultze-Naumburg geprägt waren, der später unter dem Naziregime einer der wichtigsten Architektur- und Kunsttheoretiker werden sollte.



Abb. 7: JA und NEIN Abstimmungsplakate zum Bau des Kollegiengebäudes, 1936.

Noch immer auf Feld 13 des Studierenden-Spiels verweilend, stellen uns die Spielermacher*innen vor eine Entscheidung: entweder die Aula zu verlassen und mit entsprechendem Regelverstoss für das Verlassen der Immatrikulationsfeier konfrontiert zu sein oder lange Reden zur Tradition der Universität und ihrer Fakultäten über uns ergehen zu lassen. Wir entscheiden uns für das Sitzenbleiben und damit auch für die Erzählungen »wie schön doch Basel und wie schön die Universität – »unsere« Universität – ist«. Später treten wir ein weiteres Mal auf den mit Studierenden gefüllten

Gang und komplettieren in den für die administrativen Abläufe vorgesehenen, gleich neben der Aula platzierten Räumlichkeiten die letzten bürokratischen Anforderungen für das Studium. Die kleingehaltenen Büros bieten Platz für Empfangstresen und Schreibtisch, vor ihren Türen verstopfen lange Schlangen von Studierenden die engen Gänge.

Von Lehrenden und Lernenden

Feld 51: »Belegt hast du nun, aber wo sind eigentlich die Hörsäle? Du gehst den Gang entlang zurück, an den Büros vorbei und gelangst zu einer Treppe, die auf- und abwärts führt. Du gehst abwärts. > 11 Du gehst aufwärts. > 52«.

Eine geschwungene Steintreppe führt in den ersten Stock. Durch ihre zentrale Ausrichtung in der nordöstlichen Ecke des Gebäudes stellt sie ein trennendes wie auch ein verbindendes Element dar. Einerseits suggeriert ihre ausladende Breite in Relation zur schmalen, geraden Treppe, die im nordwestlichen Flügel in den ersten Stock führt, erneut eine Trennung von Haupttrakt und Annex mit der Aula. Andererseits verbindet sie im gleichen Zuge die Aufenthaltsräume und den administrativen Bereich mit den Hörsälen [Abb. 8].

Feld 52: »Im ersten Stock angekommen siehst Du sie: Hörsäle, so weit das Auge reicht. Du betrittst einen davon und legst dem Professor, dessen Vorlesung soeben zu Ende ist, Dein Testatbuch hin. [...] Du hast es geschafft! Nun darfst Du dich Studentin schimpfen. > 64«.

Der Hörsaal, wo Lehrende und Lernende aufeinandertreffen und die Idee der Universität als Ort der Einheit von Forschung und Lehre in die Tat umgesetzt wird, bildet gewissermassen das Herzstück der Institution. Wenn universitäre Architektur durchdrungen ist von institutioneller Prägung, können Raum, Architektur, Gesellschaft, Politik, Lehre und Forschung nicht getrennt voneinander gedacht werden. Das architektonische Modell des klassischen, europäischen Hörsaals bildet diese Dynamiken exemplarisch ab.

Nach dem humanistischen Bildungsreformer Wilhelm von Humboldt muss sich das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden als Gleichheit vor der Wissensaufnahme und -produktion äussern.³⁶ Dass dieses Ideal bis heute im Widerspruch zu den stark hierarchisch aufgebauten Strukturen der Universität steht, bedarf keiner langen Abhandlung. Dass die Gleichheit ein abstraktes Ideal bleibt, zeigt sich im mangelnden institutionellen Bewusstsein der diversen Zusammensetzung einer akademischen Gemeinschaft sowie der Tatsache, dass sich die hohen Hürden für nicht-weise, körperlich beeinträchtigte, einkommensschwache Personen, für Frauen und für Menschen mit unsicherem Asylstatus seit 1930 nicht signifikant abgebaut haben. Bildhaft wird dies bereits an Zschokkes Skulptur *Lehrer und Schüler* am Eingang des Kollegengebäudes [Abb. 2].

Der Lehrer wird als bärtiger Weiser inszeniert, der den Schüler gleich einem Schatten flankiert und in seiner Positur überragt. Wie eingangs erwähnt, erfüllte die Skulptur noch vor ihrer Fertigstellung eine klare Funktion für den Architekten: eine dekorative Erweiterung der architektonischen Repräsentation Universität. Doch die Suche nach einer tatsächlichen Repräsentation bleibt vergeblich, weil darin alleine die Normen der Institution zutage treten. Dieses Bild setzt sich auch im Inneren, in der räumlichen Strukturierung des Hörsaals fort: Dozierende treten als Vermittler*innen und Studierende als Empfänger*innen des Wissens auf, wobei ihre hierarchisierte Interaktion architektonisch untermauert wird.

Interessant erscheint in diesem Kontext eine Bemerkung zu den herrschenden Baustandards um die Wende zum 20. Jahrhundert. Das enzyklopädisch aufgebaute *Handbuch der Architektur* (1880–1943), ein wichtiges Planungsbuch für Architekturbüros, gibt die genaue Masse für einen Sitzplatz im Hörsaal an und konstruiert damit eine Normgröße. Ein Durchschnittswert von 70 Zentimetern in der Breite und 85 Zentimetern in der Tiefe wird ermittelt und durch kleinere Abweichungen je nach Studienfach und damals (1905) verwendeten Lehrmitteln ergänzt.³⁷ In den Vorgaben der Wettbewerbsausschreibung für das Kollegiengebäude findet sich dann auch eine Platzbemessung von mindestens 65 Zentimetern Breite und mindesten 85 Zentimetern Tiefe für die neuen Hörsäle.³⁸ Aus der Perspektive der Nutzer*innen dieses Raumes unsichtbar, aber damit nicht minder markant, beeinflusst also die architektonische Normierung die Situation Vorlesung. Aber nicht nur, dass für die einzelnen Zuhörer*innen in Hörsälen jeweils eine genau geplante Anzahl von Zentimetern vorgesehen ist, wirkt sich strukturierend aus – auch die Ausrichtung der Sitze verfolgt einen bestimmten Zweck. Bestmögliche Akustik und Sichtbarkeit der Dozierenden soll durch die abgestuften Sitzreihen ermöglicht werden. Was aber ebenso passiert in dieser Raumgliederung, ist eine konzentrierte Exponierung der Lehrenden, die Momente der Abgrenzung und Autorität schafft. Das Verhältnis von Lehrenden und Lernenden in den traditionellen universitären Strukturen doppelt sich folglich auch in der Architektur der Räume der Wissensvermittlung, dem identitätsstiftenden Kern der Universität. Akademische Praktiken und Rollenverhältnisse werden raumsoziologisch gesprochen im Hörsaal durch ständige Wiederholung der Abläufe immer wieder neu gefestigt.³⁹

Treppauf, treppab

Um den universitären Raum folglich bestmöglich zu greifen – oder kleinräumiger, aber stellvertretend dafür: das Kollegienhaus der Universität Basel –, reicht weder eine architektonische Analyse noch eine historische Aufarbeitung aus. Denn er ist geprägt durch die Personen, die ihn frequentieren und damit immer wieder aufs Neue formen. Mit Barthes gedacht, sollte zumindest versucht werden, die diversen Perspektiven der Leser*innenschaft dieses Raumes in eine solche Analyse einzubeziehen. Wenn er also einen komplexen Ort wie die Stadt mit den Methoden der

Semiotik zu beschreiben versucht und von ihr wie von einem Gedicht spricht, das spielerisch mit seinen Signifikaten umgeht, bezieht er sich damit auf die Notwendigkeit einer Perspektive aller Nutzer*innen dieses Raumes.⁴⁰ Doch wo finden sich diese Perspektiven in der Rezeption und Planung dieser Räume? Das Archivmaterial zum Spiel aus dem Studierendenmagazin *Metropolitan* bietet hier zumindest eine Ebene des Verständnisses an. Es zeigt uns, dass die grösste Nutzer*innengruppe der Universität diese Räume auf eine bestimmte Weise wahrnimmt und in ihrem Alltag darin von Planungsentscheidungen geleitet wird, die grösstenteils von Personen getroffen wurden, die diese Räume nicht frequentieren. Das Kollegienhaus kann aus dieser Perspektive nur als Konstrukt einer Vorstellung davon, was Universität ist (oder sein soll), beschrieben werden. Es wurde von ihren Nutzer*innen weder konzipiert noch verändert und verschliesst sich in seiner Form deren Diversität.



Abb. 8: Robert Spreng, Hörsaal im Kollegiengebäude, 1941.

Das Spielfeld Kollegienhaus illustriert das Hauptgebäude als Stellvertretung des Mikrokosmos Universität – bildhaft tritt darin die Architektur als Raster des universitären Alltags auf. Eine vermeintliche Öffnung von Wissensräumen in der Stadt kollidiert mit der institutionellen architektonischen Beschaffenheit der Universität. Das Kollegienhaus zeigt sich darin sowohl als ein geschlossener Raum gegen die Stadt als auch als ein abgeschlossenes Gebilde gegenüber der Diversität ihrer Nutzer*innen: Einige Gruppen bleiben unsichtbar, andere sind nur in einer ihnen institutionell zugeschriebenen Rolle sichtbar. Das Spiel stellt einen Versuch von Studierenden dar, sich diese Räume anzueignen. Dies muss aber immer wieder scheitern, weil alle Wege darin stark gerichtet verlaufen und die Institution und nicht ihre Nutzer*innen aus allen gestalteten Elementen

sprechen. Bei allem Humor, der in das Spiel hineingearbeitet wurde und sicherlich auch einen wichtigen Bestandteil bildet, ist es dennoch mehr als die Imagination eines Narrativs innerhalb der Mauern des Kollegiengebäudes. Ein- und Ausschlussverfahren sind bereits am ersten Tag an der Universität präsent: Wer wird zu einem Studium zugelassen, wer darf welche Räume betreten, sind dabei nur zwei exemplarische Mechanismen, die greifen. Es manifestiert sich ferner ein Gedankenspiel zur Nutzung der universitären Räume durch die Gruppe der Studierenden, die sich durch die starke Gerichtetheit immer nur zwischen einer Verweigerung der vorgegebenen Nutzung und einem ergebnen Einhergehen damit abspielen kann.

Feld 64: »ENDE.«

Rea Grünenfelder studiert Critical Urbanisms an der Universität Basel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Kollegiengebäude Spiel im Studierendenmagazin *Metropolitan* (1990–1992), Ausgabe vom November 1990, Staatsarchiv Basel-Stadt, UA AA 13.10.

Abb. 2: Robert Spreng, Kollegiengebäude der Universität Basel, 1941 © Erbgemeinschaft Robert Spreng.

Abb. 3: *Lehrer und Schüler* von Alfred Zschokke und Inschrift Pius II. am Eingang des Kollegiengebäudes, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Lehrer_und_Schüler_von_Alexander_Zschokke_\(1894-1981\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Lehrer_und_Schüler_von_Alexander_Zschokke_(1894-1981).jpg).

Abb. 4: Miséricorde, Universität Fribourg, Denis Honegger, Aufnahme der Autorin.

Abb. 5: Karl Moser, Hauptgebäude der Universität Zürich, gta Archiv / ETH Zürich, Karl Moser.

Abb. 6: Robert Spreng, Aula der Universität Basel, 1941 © Erbgemeinschaft Robert Spreng.

Abb. 7: Abstimmungsplakat JA zum Bau des Kollegiengebäudes, 1936, Staatsarchiv Basel-Stadt, PLA 63, 1-9-1. Pierre Gauchat, 1936, »Wir wollen Arbeitsbeschaffung keine Zerstörung«, Lithographie, 128 × 90.5 cm, Plakatsammlung der SfG Basel, CH-000957-X 36855.

Abb. 8: Robert Spreng, Hörsaal an der Universität Basel, 1941 © Erbgemeinschaft Robert Spreng.

Literatur

- 1 *Metropolitan Magazin*, »In den Gängen des KGB«, Studierendenmagazin, November 1990 (1. Jahrgang, Nr. 4), Staatsarchiv Basel-Stadt, UA AA 13.10.
- 2 Die offizielle Student*innen-Zeitung wurde in den 1990er Jahren regelmässig publiziert. Student*innen äusserten sich darin zu diversen hochschulbezogenen Themen.
- 3 Das Spiel, das die Grundstruktur dieses Artikels inspirierte, liest sich als Parcours durch das Kollegiengebäude in dessen architektonischem Zustand der 1990er Jahre. Die ersten Sanierungsarbeiten nach der Erbauung in den 1930er Jahren führten 2001 zu einer leichten Veränderung der Raumnutzung, weshalb der ursprüngliche Zustand im *Metropolitan-Spiel* performativ nachempfunden werden kann.
- 4 Roland Barthes: »Semiotik und Urbanismus (1967)«, in: Christa Kamleithner, Roland Meyer, Susanne Hauser (Hg.): *Architekturwissen: Grundagentexte aus den Kulturwissenschaften*, Bielefeld: Transcript (2012), S. 287–294.
- 5 Dorothee Huber: »Neues Bauen«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/011188/2010-09-07/> (7. September 2010).
- 6 Stanislaus von Moos: »Die Entschärfung der modernen Architektur: Das Kollegienhaus der Universität Basel im Wandel der Zeit«, in: Dorothee Huber (Hg.): *50 Jahre Kollegienhaus der Universität Basel: Vorträge gehalten am 10. Juni 1989*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1991), S. 27–54, hier S. 34.
- 7 Sigfried Giedion äusserte sich in der NZZ vom 16. Dezember 1928 folgendermassen über Salvisberg:

- »Er befreite sich langsam vom dörflichen und kunstgewerblichen Charakter seiner frühen Bauten und ging kürzlich zum flachen Dach über.« Stanislaus von Moos hob in diesem Zusammenhang hervor, inwiefern avantgardistische Kreise Salvisberg nicht als einen der ihren akzeptierte. Die so späte Einführung des Flachdachs kam in ihren Augen einer nicht ernsthaften modernen Haltung gleich. Vgl. Stanislaus von Moos: »Die Entschärfung der modernen Architektur: Das Kollegienhaus der Universität Basel im Wandel der Zeit«, in: Dorothee Huber (Hg.): *50 Jahre Kollegienhaus der Universität Basel: Vorträge gehalten am 10. Juni 1989*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1991), S. 27–54, hier S. 29.
- 8 Otto R. Salvisberg sass auch im Preisgericht, das den Prozess begleitete und über die siegreichen Entwürfe entschied. Weitere Jury-Mitglieder waren, laut Protokoll der Verhandlungen nach der ersten Wettbewerbsrunde und dem abschliessenden Gutachten von Rohns Entwurf, folgende Personen: Dr. August Brenner (Regierungsrat), Prof. Paul Bonatz (Architekt), Theodor Hünerwadel (Kantonsbaumeister), Prof. Dr. Robert Doerr (Professor für Medizin), Dr. Ernst Thalmann (Ständerat), Prof. Dr. Adolf Abel (deutscher Architekt), Max Müller (Stadtbaumeister), Prof. Dr. Erwin Ruck (Professor für Rechtswissenschaften). In der ersten Wettbewerbsrunde gingen 201 Entwürfe ein. Acht Architekturbüros wurden schliesslich ausgewählt, um in einer finalen Runde einen angepassten Entwurf zu präsentieren.
- 9 Übersetzung: »Unter den verschiedenen Glückseligkeiten, welche der sterbliche Mensch in diesem hinfälligen Leben durch Gottes Gabe erlangen kann, verdient nicht unter die letzten gezählt zu werden, dass er durch beharrliches Studium die Perle der Wissenschaft zu erringen vermag, welche den Weg zu gutem und glücklichem Leben weist und durch ihre Vortrefflichkeit bewirkt, dass der Erfahrene weit über den Unerfahrenen hervorragend.« Georg Kreis: *Orte des Wissens: Die Entwicklung der Universität Basel entlang ihrer Bauten*, Basel: Christoph Merian Verlag (2010), S. 100.
- 10 Roland Rohn: »Das neue Kollegienhaus«, in: Alfred Labhardt (Hg.): *Geschichte der Kollegiengebäude der Universität Basel – 1460–1936: Festschrift der Universität Basel zur Einweihung des neuen Kollegienhauses am 10. Juni 1939*, Basel: Verlag Braus-Riggenbach (1939), S. 93–99, hier S. 97.
- 11 »Wettbewerb zur Erlangung von Plänen für den Neubau des Kollegienhauses der Universität Basel«, Wettbewerbsausschreibung für den Neubau des Kollegienhauses in Basel, 16. November 1931, Staatsarchiv Basel-Stadt, BD-REG 12c 1 (1) 4.
- 12 Da es sich bei Salvisbergs Institutsgebäude nicht um ein universitäres Hauptgebäude handelt, wird es im Folgenden nicht weiter einbezogen. Ein Hauptgebäude muss insofern anderen Ansprüchen gerecht werden, als es verschiedenen Fakultäten gleichzeitig dient. Dennoch ist das Vorhandensein dieses modernistisch geprägten Institutsgebäudes bedeutsam für die Entwicklung der Schweizerischen Universitätsarchitektur.
- 13 Christoph Allenspach: »Universität Miséricorde: Zwischen Klassik und Moderne«, in: Forum d'Architecture Fribourg, Cyrill Haymoz (Hg.): *Université Miséricorde Fribourg: classicisme structurel et modernité*, Sulgen: Niggli (2014), S. 208–253, hier S. 241.
- 14 Vgl. Christoph Allenspach: »Universität Miséricorde: Zwischen Klassik und Moderne«, in: Forum d'Architecture Fribourg, Cyrill Haymoz (Hg.): *Université Miséricorde Fribourg: classicisme structurel et modernité*, Sulgen: Niggli (2014), S. 208–253, hier 215ff.
- 15 Sonja Hildebrandt, Stanislaus von Moos: »Kunst. Bau. Zeit. Einleitung«, in: dies. (Hg.): *Kunst – Bau – Zeit 1914–2014: Das Zürcher Universitätsgebäude von Karl Moser*, Zürich: Scheidegger & Spiess (2014), S. 10–19, hier S. 13.
- 16 Sonja Hildebrandt: »Merkorte und Denkräume: Karl Moser, Architektur und Wissenskultur um 1910«, in: Sonja Hildebrandt, Stanislaus von Moos (Hg.): *Kunst – Bau – Zeit 1914–2014: Das Zürcher Universitätsgebäude von Karl Moser*, Zürich: Scheidegger & Spiess (2014), S. 196–23, hier S. 213.
- 17 Karl Moser: »Das neue Universitätsgebäude«, in: *Universität Zürich: Festschrift des Regierungsrates zur Einweihung der Neubauten, 18. April 1914*, Zürich: Orell Füssli (1914), S. 105.
- 18 Zu dieser Interpretation gelangt etwa Stanislaus von Moos: »Rendez-vous im Lichthof«, in: Sonja Hildebrandt, Stanislaus von Moos (Hg.): *Kunst – Bau – Zeit 1914–2014: Das Zürcher Universitätsgebäude von Karl Moser*, Zürich: Scheidegger & Spiess (2014), S. 232–267, hier S. 236ff.
- 19 Walter Eglin, *Sendung*, Wandmosaik, 1942–1946.
- 20 »Wettbewerb zur Erlangung von Plänen für den Neubau des Kollegienhauses der Universität Basel«, Wettbewerbsausschreibung für den Neubau des Kollegienhauses in Basel, 16. November 1931, Staatsarchiv Basel-Stadt, BD-REG 12c 1 (1) 4.
- 21 Jacob Wackernagel sen.: *Stadt und Universität Basel: Vortrag gehalten am 21. Januar 1930 in der »Vereinigung der Freunde der Universität«*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1930), S. 29.
- 22 Georg Kreis: *Orte des Wissens: Die Entwicklung der Universität Basel entlang ihrer Bauten*, Basel: Christoph Merian Verlag (2010), S. 16.
- 23 Zur Bedeutung des Berri-Baus für die Universität Basel siehe den Text von Simeon Jankovic in diesem Heft.
- 24 Georg Kreis: *Orte des Wissens: Die Entwicklung der Universität Basel entlang ihrer Bauten*, Basel: Christoph Merian Verlag (2010), S. 56.
- 25 »Das Kollegienhaus«, in: Universität Basel: *550 Jahre Universität Basel*, <https://unigeschichte.unibas.ch/behausungen-und-orte/universitaetsgebäude-der-moderne/kollegienhaus/das-kollegienhaus> (2010).
- 26 »Das Kollegienhaus«, in: Universität Basel: *550 Jahre Universität Basel*, <https://unigeschichte.unibas.ch/behausungen-und-orte/universitaetsgebäude-der-moderne/kollegienhaus/das-kollegienhaus> (2010).
- 27 Genaueres dazu bei: Georg Kreis: *Orte des Wissens: Die Entwicklung der Universität Basel entlang ihrer Bauten*, Basel: Christoph Merian Verlag (2010), S. 96.

- 28 »Das Kollegienhaus«, in: Universität Basel: *550 Jahre Universität Basel*, <https://unigeschichte.unibas.ch/behausungen-und-orte/universitaetsgebaeude-der-moderne/kollegienhaus/das-kollegienhaus> (2010).
- 29 Walter Gropius: »Die soziologischen Grundlagen der Minimalwohnung«, in: Martin Steinmann (Hg.): *CIAM: Internationale Kongresse für Neues Bauen: Congrès internationaux d'architecture moderne: Dokumente 1928–1939*, Basel, Stuttgart: Birkhäuser (1979), S. 49.
- 30 Le Corbusier, Pierre Jeanneret: »Analyse des éléments fondamentaux du problème de la maison minimum«, in: Martin Steinmann (Hg.): *CIAM: Internationale Kongresse für Neues Bauen: Congrès internationaux d'architecture moderne: Dokumente 1928–1939*, Basel, Stuttgart: Birkhäuser (1979), S. 60–64, hier S. 60.
- 31 Siehe dazu auch Franz Hauner: *Licht, Luft, Sonne, Hygiene: Architektur und Moderne in Bayern zur Zeit der Weimarer Republik*, Oldenburg: De Gruyter (2020), S. 58: »Probleme, welche die Industrialisierung mit am deutlichsten in der Wohnungsmisere heraufbeschworen hatte, sollten mit Licht, Luft und Sonne und vor allen Dingen durch Hygiene gelöst werden.«
- 32 Zit. in Carl Rudolf Pfaltz: »50 Jahre Kollegienhaus der Universität Basel«, in: Dorothee Huber (Hg.): *50 Jahre Kollegienhaus der Universität Basel: Vorträge gehalten am 10. Juni 1989*, Basel: Helbing und Lichtenhahn (1991), S. 9.
- 33 Martin Schieder: »Aufklärung«, in: Uwe Fleckner, Martin Warnke, Hendrik Ziegler (Hg.): *Handbuch der politischen Ikonographie*, München: C.H. Beck (2011), S. 96.
- 34 Wettbewerbsausschreibung für den Neubau des Kollegienhauses in Basel, 16. November 1931, Staatsarchiv Basel-Stadt, BD-REG 12c 1 (1) 4.
- 35 Vgl. Stephan Trüby: »Eine neue Rechte gibt es nicht: Zur Architekturhistoriografie und -theorie der Rechten in Deutschland einst und heute«, in: *ARCH+* 52 (Mai 2019), S. 12–23.
- 36 Andreas Flitner, Klaus Giel (Hg.): *Wilhelm von Humboldt: Werke in fünf Bänden. Band IV: Schriften zur Politik und zum Bildungswesen*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (1982 [1960]), S. 169f.: »Darum ist auch der Universitätslehrer nicht mehr Lehrer, der Studierende nicht mehr Lernender, sondern dieser forscht selbst und der Professor leitet seine Forschung und unterstützt ihn darin.«
- 37 Hermann Eggert, Carl Junk, Carl Körner, Eduard Schmitt: »Hochschulen, zugehörige und verwandte wissenschaftliche Institute«, in: *Handbuch der Architektur* [Teil 4, 6. Halbband, Heft 2a], Stuttgart: Alfred Kröner Verlag (1905), S. 5.
- 38 Wettbewerbsausschreibung für den Neubau des Kollegienhauses in Basel, 16. November 1931, Staatsarchiv Basel-Stadt, BD-REG 12c 1 (1) 4.
- 39 Vgl. Martina Löw: *Raumsoziologie*, Frankfurt am Main: Reclam (2001), S. 263: »Über die repetitiven Handlungen werden räumliche Strukturen rekursiv reproduziert.«
- 40 Vgl. Roland Barthes: »Semiotik und Urbanismus (1967)«, in: Christa Kamleithner, Roland Meyer, Susanne Hauser (Hg.): *Architekturwissen: Grundlagentexte aus den Kulturwissenschaften*, Bielefeld: Transcript (2012), S. 287–294, hier S. 294.

Universität und Jugendunruhen

Zu Beginn der 1980er Jahre brechen schweizweit Jugendunruhen aus. Die stürmische Proteststimmung erfasst auch die Universität Basel. Gleichzeitig entsteht hier das Bedürfnis, herauszufinden, wer und was genau sie überhaupt ist.

Im Oktober 1982 verschaffte sich die Universität Basel Klarheit über sich selbst. Nach einem Vorstoss der studentischen Vertreter*innen in der Regenz zwei Jahre zuvor gab sie nun zum ersten Mal eine Befragung zur sozialen Lage von Studierenden in Auftrag. Rektorat und Regenz unterstützten das Begehren der Studierenden in der Absicht, Informationslücken über die Studierendenschaft zu schliessen, und so wurde die Durchführung der Studie dem Soziologischen Seminar, nach Absprache mit dessen Vorsteher Paul Trappe, überantwortet.¹ Zu ihrer sozialen Lage befragt wurden im Rahmen der Studie 391 Studierende, die über die Faktoren »soziale Herkunft«, »schulische Laufbahn«, »ökonomische Lage«, »Wohnsituation«, »Politik«, »Freizeitverhalten« und »Studium« Auskunft gaben. Diese zufällige Stichprobe galt als repräsentativ, weil sie hinsichtlich der Fakultäts-, Geschlechts- und geografischen Herkunftsverteilung sowie des Zivilstands nur geringfügig von den bekannten Zahlen der Grundgesamtheit der Studierenden abwich.² Für den Faktor »Politik« ergibt die Befragung Folgendes: Im Oktober 1982 gehören siebzig Prozent der Studierenden keiner politischen Gruppierung innerhalb der Universität an, sie stehen nicht einmal einer nahe. Rund 13 Prozent sympathisieren zwar mit einer Gruppe, sind aber kein Mitglied. Nur 17 Prozent der Studierenden sind Mitglied einer studentischen politischen Gruppierung. Davon gehört die Mehrheit (79 Prozent) dem Verband Studentenschaft Basel (StuB) an, die zu jenem Zeitpunkt an die 800 Mitglieder zählt.³ Vier Fünftel der Studierenden interessieren sich für die Mitbestimmungsfrage an der Universität. Im ausseruniversitären Bereich beteiligen sich zwei Drittel regelmässig an Abstimmungen und Wahlen, aber lediglich fünf Prozent sind in Parteien organisiert.

eigener politischer Standort	vermutete politische Mehrheitsverhältnisse			
	links	Mitte	konservativ	desinteressiert
links (44%) =100%	20 %	28 %	18 %	34 %
Mitte (45%) =100%	39 %	39 %	7 %	15 %
konservativ (6%) =100%	50 %	40 %	0	10 %
desinteressiert (5%) =100%	33 %	27 %	13 %	27 %
a l l e	30 %	34 %	12 %	24 %

Abb. 1: Eigener politischer Standort und Einschätzung der politischen Mehrheitsverhältnisse der Basler Studierenden in der Befragung zur sozialen Lage 1982.

Zur Bestimmung des politischen Standorts der Studierenden wählten die Basler Soziolog*innen ein grobes Schema: *links*, *Mitte*, *konservativ*, politisch *desinteressiert*. Die Studierenden wurden gebeten, sowohl sich selbst in diesem Schema einzuordnen als auch den politischen Standort der Mehrheit der Studierendenschaft einzuschätzen. Etwa 44 Prozent der Studierenden verorteten sich selbst im linken Spektrum, 45 Prozent in der Mitte, sechs Prozent als konservativ und lediglich fünf Prozent als desinteressiert. Allerdings waren linke Studierende zu 34 Prozent der

Meinung, dass ein Drittel ihrer Kommiliton*innen politisch desinteressiert sei, während die Hälfte der Konservativen die Studierenden mehrheitlich für links hielt. Alle überschätzten den Anteil der politisch Desinteressierten, der in der Fremdeinschätzung durchschnittlich mit einem Viertel angegeben wurde. Den Selbsteinschätzungen insgesamt am nächsten kommt die Fremdeinschätzung der Mitte.⁴

Die Umfrage fiel in die Zeit der Jugendunruhen, die nach ihrer Eruption in Zürich im Mai 1980 bald auch ihren Weg nach Basel fanden. Der Grund für das plötzliche Interesse der Universität Basel an sich selbst und ihren Studierenden liegt darin, dass auch sie in die Jugendunruhen hineingezogen wurde. Gleichzeitig wird deutlich, dass es entgegen geläufiger Annahmen eines »Rückzugs der Studierenden aus dem öffentlichen Leben«⁵ zu Beginn der 1980er Jahre um *Universität und Jugendunruhen* wesentlich komplizierter bestellt war, als es auf den ersten Blick scheinen mag.

Unruhen auf der Universitätsinsel

Am Abend des 30. Mai 1980 versammelten sich mehrere Hundert Jugendliche in Zürich vor dem Opernhaus, um gegen die Kulturpolitik der Stadt zu protestieren. Die Stadtregierung hatte kurz zuvor einen Kredit von sechzig Millionen Franken für die Sanierung des Opernhauses bewilligt, während jugendkulturelle Projekte trotz aller vorherigen Versprechungen leer ausgegangen waren. Im Verlauf der Demonstration schlug der Protest in gewaltsame Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und der Zürcher Polizei um. Der sogenannte *Opernhauskrawall* bildete den Auftakt zu einer zwei Jahre andauernden, schweizweiten Konfliktphase, die von Strassenprotest geprägt war, der immer wieder in Gewalt umschlug, aber auch neue Formen kultureller und politischer Entwicklungen rund um *Autonome Jugendzentren* (AJZ) hervorbrachte.⁶

Am 6. Juni, nur wenige Tage nach den Auseinandersetzungen auf dem Opernplatz, verbot der kantonale Erziehungsdirektor Alfred Gilgen, der im Laufe des Konflikts zum primären Gegenspieler der Jugendbewegung werden sollte, die Vorführung eines Kurzfilms.⁷ Zuvor hatten über 2'000 Jugendliche im Theater am Neumarkt, in der Roten Fabrik und im Volkshaus den Film bereits beklatscht als realitätsnahe Präsentation der Auslösung des Opernhauskrawalls. Das Filmdokument behandelte die Ereignisse vor dem Opernhaus und war von der Projektgruppe *Community-Medien* des Ethnologischen Seminars Zürich gedreht worden. Diese forschte seit einem Jahr über den Einsatz von Video im kommunalen Bereich und dokumentierte unter anderem am Beispiel der Aktionsgruppe Rote Fabrik (ARF) Veranstaltung und Aktivitäten. Zusammen mit der ARF hatte die Videogruppe deshalb Aufnahmen rund um die Opernhauskrawalle gemacht. Das Videomaterial belegte die Sichtweise der Jugendlichen, dass es sich bei der Demonstration um eine friedliche Kundgebung gehandelt und die Polizei eine Eskalation provoziert habe.⁸ Mit dem Vorwand einer fehlenden Distanz der Filmemacher*innen zu ihrem Untersuchungsgegenstand und

der Ansicht, das Filmmaterial gehöre dem Staat, da es mit staatlichen Mitteln, Geldern des Ethnologischen Seminars, gedreht worden war, verfügte die Erziehungsdirektion, dass der Film bis auf Weiteres nicht mehr gezeigt werden dürfe. Alfred Gilgen liess in der Presse verlauten, dass die Universität keine *Insel im Rechtsstaat* sei, und drohte mit Konsequenzen. Zwar ergriff das Rektorat der Universität gegen Alfred Gilgen Partei und schloss das Filmmaterial im Universitätstresor ein, um auf paradoxe Weise zu demonstrieren, dass »wissenschaftliches Material den Schutz der Freiheit von akademischer Lehre und wissenschaftlicher Forschung geniessen muss«, doch gezeigt wurde der Film zunächst nicht. Auch für den Lehrbetrieb am Ethnologischen Seminar hatte Gilgens Verbot Folgen: Die Hochschulkommission, bestehend aus Vertretern der Professor*innen, Assistent*innen und Studierenden der Universität Zürich, akzeptierte das Aufführungsverbot und untersagte den Einsatz von Geräten und Filmen aus dem Bestand der Universität für politische Zwecke.

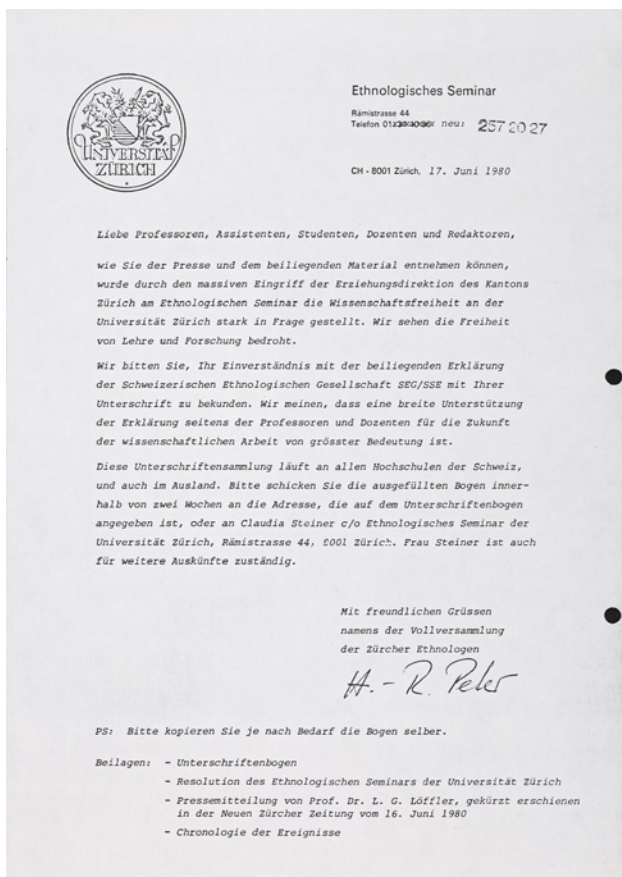


Abb. 2: Brief der Zürcher Ethnologen an die Universität Basel, 17. Juni 1980.

Die Lehraufträge am Ethnologischen Seminar für das Wintersemester 1980/81 wurden vorläufig nicht vergeben, stattdessen die Philosophische Fakultät I damit beauftragt, das Lehrangebot am Ethnologischen Institut auf Wissenschaftlichkeit zu überprüfen. Zudem verlangte die

Staatsanwaltschaft die Herausgabe des eingeschlossenen Films als Beweismittel, in der Hoffnung, weitere Straftaten und -täter*innen vom Opernhauskrawall zu identifizieren – »ironischerweise war es gerade der vermeintliche Schutz des Universitätstresors, jenes Symbol einer verwahrenden Wissenschaftsfreiheit, der den Film der Staatsverfolgung so leicht zugänglich machte«, da nun bekannt war, wo sich das Filmdokument befand. Plötzlich kam die Universität als staatliches Instrument daher, das sich trotz Streben nach Autonomie und Freiheit der Wissenschaft letztlich dem Staat unterordnen musste.⁹ Mit diesem Eingriff in die universitäre Lehr- und Forschungsfreiheit brachten Staatsanwaltschaft und Erziehungsdirektor nicht nur die Zürcher Jugendbewegung sowie Teile der Studierendenschaft gegen sich auf, sondern riefen auch lautstarken Protest der nationalen und internationalen Wissenschaftsgemeinde hervor. Wissenschaftler*innen und Journalist*innen aus dem In- und Ausland sahen sich dazu aufgefordert, die Schweiz an ihren Ruf als »eine der zivilisiertesten, demokratischsten, politisch fortschrittlichsten Nationen der Welt« zu erinnern, wie es der englische Anthropologe Jonathan Benthall tat.¹⁰

In der Folge fand am 12. Juni an der Universität Zürich ein Protesttag von Studierenden statt, in dessen Rahmen eine Vollversammlung abgehalten wurde, an der vor allem Studierende zu Wort kamen. Auch ein Student der Universität Basel griff zum Mikrofon, um im Namen seiner Studierendenschaft seine Solidarität mit den Zürcher Ethnolog*innen zum Ausdruck zu bringen. Er verkündete, dass sie beabsichtigten, den Film nach Basel zu bringen und ihn im Rahmen einer Veranstaltung zu zeigen.¹¹ Am 17. Juni erreichte schliesslich auch den Rektor der Universität Basel, Frank Vischer, ein Schreiben des Ethnologischen Seminars in Zürich. Wie man der beiliegenden Erklärung der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft entnehmen kann, sah diese die Freiheit von Lehre und Forschung durch die Ereignisse rund um die Filmgruppe und die Opernhauskrawalle gefährdet und lancierte deshalb eine Unterschriftensammlung zur Unterstützung der Zürcher Ethnolog*innen. Adressiert wurden »Liebe Professoren, Assistenten, Studenten, Dozenten und Redaktoren«. ¹² Am selben Tag noch beschloss der Verband Studentenschaft Basel (StuB), den »verbotene[n] Film von Zürich« am 20. Juni auf dem Theaterplatz in Basel zu zeigen.¹³ Während die Mitglieder des StuB mit dem geplanten Screening des Films ihre Empörung über das Aufführungsverbot zeigen wollten, ist dem Sitzungsprotokoll an anderer Stelle zu entnehmen, dass in Zürich schon ein Vorlesungsboykott stattfand, während in Bern ein Gegenprogramm zum Vorlesungsstreik konzipiert wurde.¹⁴ Ob die Zürcher Ethnolog*innen mit Unterschriften der Basler Professor*innen, Assistent*innen, Studierenden und Dozierenden rechnen durften, geht aus den Akten nicht hervor. Doch geben die Ereignisse, die später folgten, einen Hinweis. Fest steht, dass eine frühe Solidarisierung der Basler Studierenden mit den Zürcher Ethnolog*innen erfolgte. Daraus sollte sich im weiteren Verlauf der Ereignisse eine solidarische Beziehung zur Jugendbewegung insgesamt entwickeln und aus der Basler Universität ein sowohl imaginärer als auch topografischer Raum für Angelegenheiten der Bewegung werden.

Nachdem es nach den Solidaritätsbekundungen auf dem Theaterplatz zunächst wieder etwas ruhiger um Universität und Jugendunruhen geworden war, brachte die Theaterwoche *Unruhe im Rechtsstaat* im Januar 1981 neuen Schwung nach Basel. Den Abschluss der Theaterwoche bildete eine Podiumsdiskussion im Bernoullianum, einem Departementsgebäude der Universität Basel mit grossem Hörsaal. Aus der Podiumsdiskussion wurde, initiiert von der Jugendbewegung, eine Vollversammlung, auf die »die erste Demo seit Langem« mit rund 150 Teilnehmer*innen folgte.¹⁵ Bei dieser einen Demonstration sollte es nicht bleiben und so begann nun auch in Basel eine heisse Zeit um eine eigene Jugendbewegung. Am 7. Februar 1981 endete eine (friedliche) Demonstration auf universitärem Terrain. Die StuB hatte sich bei Rektor Vischer für die Abhaltung einer Vollversammlung der Jugendbewegung im Kollegienhaus eingesetzt. Diese mündete schliesslich in ein Uni-Fest mit rund 400 Besucher*innen.¹⁶ In den darauffolgenden Tagen berichteten Zeitungen über jenen Abend in und vor dem Kollegienhaus. In der *Basler Zeitung* wurde am Folgetag, dem Vorsitzenden der StuB zufolge, ein »verzerrtes und falsches Bild der Veranstaltung vermittelt«, in dem die Jugendbewegung schlecht dargestellt werde. Erich Grädel veröffentlichte daraufhin eine Stellungnahme in Form einer Presseerklärung, die auch im Postfach des Rektors landete. Die StuB wies hier darauf hin, dass die Vollversammlung ohne Beschädigungen verlaufen sei, die Polizei aber Zivilpolizisten in die Universität geschickt habe, um Besucher*innen und Organisator*innen zu fotografieren. Grädel schrieb: »Wir haben uns bei Rektor Vischer für die Freigabe des Hörsaals eingesetzt und fordern, dass der Staat der Jugendbewegung auch in Zukunft Räume zur Verfügung stellt (und zwar geeignetere als Hörsäle der Uni)«. ¹⁷ Die Basler Studierendenschaft forderte Räume im Namen der gesamten Jugendbewegung. Hörsäle, so scheint es, waren für sie nur ein Anfang: Ziel waren eigene Räume für die Jugendbewegung.

(Gegen-)Wissen in Bewegung

Noch bevor die Presseerklärung der StuB in der *Basler Zeitung* abgedruckt wurde, schufen die Bewegten kurzerhand Tatsachen. Am 14. Februar 1981 eroberten sie ein leerstehendes Postgebäude an der Hochstrasse 16, hinter dem Bahnhof SBB. Es wurde »Europas grösstes autonomes Jugendzentrum«. ¹⁸ Die Bewegungszeitung *Querschläger* zeigte sich zufrieden mit dem Gebäude mit grossem Hinterhof, wo ausserdem noch »[g]rosse Veranstaltungssäle, Wohnzimmer, Sitzungszimmer, riesige Keller, um Musik zu machen und richtig zu lärmern, eine guteingerichtete Beiz und sämtliche notwendigen sanitären Einrichtungen [...] vorhanden [waren]«. ¹⁹ Es entstanden Bewegungszeitungen, aus dem Bedürfnis heraus, eine *Gegenöffentlichkeit* zu den etablierten Medien zu schaffen. ²⁰ Im AJZ wurden Arbeitsgruppen gebildet, eine Beiz eingerichtet, Vollversammlungen (VVs) fanden ab sofort täglich statt. Von Anfang an schickten die Bewegten der StuB ihre Einladungen für ihre Vollversammlungen mit der Post. In jener vom 24. Februar, einer der ersten im AJZ der Hochstrasse, heisst es: »Einladung an alle politischen Organisationen von Basel zu einer VV [...] im

AJZ«. ²¹ Die »VV« war das zentrale Entscheidungsorgan im AJZ und der Ort, an dem versucht wurde, gesellschaftliche Prozesse gemeinsam zu erfassen und mit Emotionen und Argumenten umzugehen. Die Teilnehmenden wurden in Mut und Redekunst geschult. ²² Diese Prozesse kann man als »knowledge empowerment« ²³ beschreiben: Die Jugendlichen wurden durch neues Wissen einerseits und durch Wissensinhalte, die bis dahin von der Gesellschaft unberücksichtigt oder stigmatisiert worden waren, andererseits, ermächtigt. Es zeigt sich, dass die Formierung von *Gegenexpert*innen* von der Bewegung entscheidend beeinflusst wurde, insbesondere mit Blick auf die Frage nach der Konstituierung kollektiver Interessen. Die neuen Wissensbestände galten dabei als basisdemokratisch erarbeitet und von Wirtschaftsinteressen befreit. *Alternativ- oder Gegenwissen* reichte von Wissen über den gegenwärtigen Zustand, über erstrebenswerte Alternativen bis hin zu Mobilisierung und Protestpraktiken. ²⁴

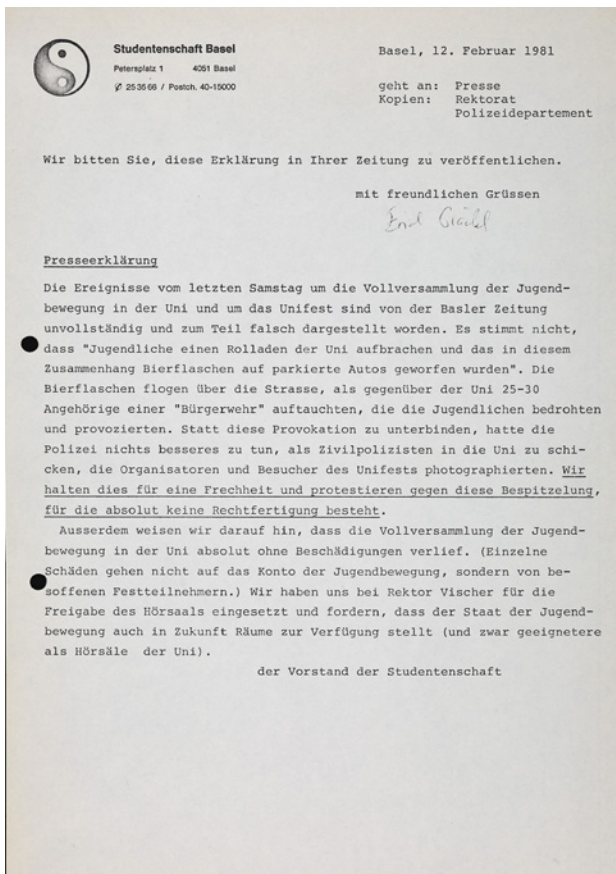


Abb. 3: Presseerklärung des Vorstands der StuB zu den Vorfällen rund um die Vollversammlung der Jugendbewegung an der Uni, 12. Februar 1981.

Der Begriff des Gegenwissens tauchte im deutschen Sprachraum vermutlich erstmals im Rahmen der 1968er-Proteste auf und wird um 1980 zu einem gängigen Akteur*innenbegriff. ²⁵ Die Gegenexpert*innen führten

sozialwissenschaftliche Denkspiele vor, stellten unbequeme Fragen und machten auf ungeplante Folgen sozialen Handelns aufmerksam, um behauptete *Sachzwänge* zu enthüllen und aufzubrechen.²⁶ Die Jugendbewegung stellte zum einen konkrete politische Forderungen, wie etwa die der staatlichen Finanzierung von Räumen für ein AJZ, zeichnete sich zum anderen aber auch durch klar identifizierbare Werte wie die Ablehnung von Führung und die Opposition zu technologischer Rationalität, Materialismus, dem *rat-race* der 44-Stunden-Woche und noch einiges mehr aus.²⁷ Politische Debatten im AJZ schlugen oft in ökologische und friedensbewegte Ethik-, Konsum- und Lebensstildiskussionen um, Themen die Anfang der 1980er Jahre zunehmend an Prominenz gewannen.²⁸ Das von der Bewegung proklamierte Wissen war gegen die im politischen und gesellschaftlichen Diskurs vorherrschenden Wissensbestände und die aus ihnen folgende Politik gerichtet. Ein Artikel vom Februar 1981 aus der Zeitung der Bewegung zeigt, dass Jugendbewegung auch Bildungsprotest hiess:

»[...] Aber wir wollen nicht 8 oder 9 Stunden am Tag gesagt bekommen, was wir zu lernen haben, damit wir durch den Notenstress durchkommen. Wir wollen nicht irgendwelche Scheissarbeiten machen, eine ganze Lehre lang. Wir wollen nicht den ganzen Tag aufs Maul hocken müssen, weil wir sonst rausfliegen – und dafür dann abends ein bisschen im AJZ rumflippen, oder? [...] Und warum sollen wir nicht dort diskutieren, wo wir den ganzen Tag sind. Und warum sollen wir nicht über das diskutieren können, was uns den ganzen Tag stresst.«²⁹

Gegenwissen aus der Universität heraus zu fordern, wurde für die StuB zum Spagat. Im Interview mit dem *semainier*, seit 1971 das bescheidene Gegenorgan der bürgerlichen Studierendenschaft zur Zeitschrift der StuB, dem *kolibri*, sagte Erich Grädel:

»Wir organisieren uns [...] nicht gegen Professoren, sondern gegen Missstände im Studienaufbau, gegen verschlechternde Studienbedingungen, Verschulung, etc. Allerdings ist es eben oft so, dass die Professoren als Vertreter dieser Positionen erscheinen und so gegen uns sind.«³⁰

Mit den lauter werdenden Stimmen der Gegenexpert*innen verlor professorale Expertise an Neutralität. Ebenso galt jedoch: Ein AJZ konnte keine Bildungsprobleme beheben. Es musste deshalb eine eigene Strategie her, um gegen die Missstände an der Universität vorzugehen.

»Alternatives Studierendenzentrum (ASZ)«?

Die Mobilisierung an der Universität Basel lief zunächst nicht ganz so reibungslos ab. Die Folge war ein Arbeitspapier zum Thema *Problem StuB-Jugendbewegung*, konzipiert von einer neu formierten Arbeitsgruppe der StuB. Ihrer Ansicht nach hatte die StuB noch zu wenig Kontakt zur

Jugendbewegung (JB) entwickelt und forderte deshalb dazu auf, sich mehr zu engagieren. Im Arbeitspapier heisst es:

»Die JB ist im Moment in Basel die wichtigste politische Angelegenheit. Sowohl was die Mobilisierung betrifft wie auch bezüglich Auswirkungen [...]. In der JB werden massiv Jugendliche politisiert, die vorher noch nicht aktiv waren. In der JB hat es viele Studis, die – wie die meisten andern Jugendlichen auch – nicht nur auf die Strassen gehen, weil sie für ein AJZ sind, sondern auch gegen all ihre Zwänge, in denen sie überall stecken (z.B. eben auch an der Uni) und weil sie in der JB endlich eine Möglichkeit sehen, sich gegen dieses Packeis zu wehren. Wenn wir nicht völlig neben einem Prozess stehen wollen, [...] müssen wir einen besseren Zusammenhang StuB-JB schaffen.«³¹



Abb. 4: Am 14. Februar 1981 wurde das ehemalige Postgebäude in Basel besetzt und zum Autonomen Jugendzentrum erklärt.

In diesem Sinne proklamierte auch die Zeitung des AJZs an einer Stelle:

»Wir wollen nicht nur im AJZ ein anderes/besseres Leben, wir wollen es überall. Im AJZ steht ein Spruch *Beim Verändern verändert sich alles*. Wir hoffen, dass das AJZ nicht allein bleiben wird beim Verändern, sondern dass der Funke aufgenommen wird. In der Schule, in der Bude und in der Uni, und dass er auch wieder zurückgebracht wird, ins AJZ. Sonst bleibt alles beim Alten [...]«³²

Der StuB zufolge konnten und sollten Studierende die Jugendbewegung als neue Möglichkeit lesen, für ihre persönlichen Anliegen einzustehen und einen eigenen Standpunkt zu entwickeln, indem sie sich mit dem Denken anderer auseinandersetzen und nicht nur pragmatisch klaren

Arbeitsanweisungen folgen. Diese epistemischen Tugenden des Gegenwissens erinnern stark an jene der Geisteswissenschaften, welche die Universität den Studierenden beizubringen behauptete. Vielleicht war gerade diese Parallelisierung ein strategisches Manöver der StuB, den Spagat zu meistern. Sie war sich jedenfalls sicher, dass die Studierendenschaft in dieser dynamischen Zeit nicht in der Lage war, für ein anderes Thema zu mobilisieren, unabhängig von der Jugendbewegung. Eine stärkere Verbindung zur Jugendbewegung sei Voraussetzung, um auch an der Universität für ähnliche Forderungen kämpfen zu können, schliesslich wollte man nicht »die schon Bewegten bewegen.«³³ Wenn aus der Jugendbewegung eine Studierendenbewegung werden sollte, brauchte es neben dem AJZ auch Räume an der Universität: Im März 1981 fordert die StuB die Universität dazu auf, ihr das Stockwerk über der Mensa an der Bernoullistrasse zu überlassen. Dass die Wahl auf dieses Gebäude fiel, war kein Zufall, denn die Mensa war Kristallisationsort einer ganzen Reihe von Konflikten: Die Preise in der Mensa und in universitären Cafés waren gestiegen, die Qualität des Essens hatte abgenommen und die Mensa nahm zu viel Platz ein, der nicht genutzt wurde, sodass ein Stockwerk der Mensa immer leer stand. Die StuB sah den Grund dafür in kantonaler Fehlplanung, die auch von der Regierung schon längst zugegeben worden war. Angeblich wurden statt der ursprünglich geplanten 1'400 Mahlzeiten täglich nur 350 ausgegeben.³⁴ Studierende, so die StuB, sollten keine Löcher im Regierungshaushalt stopfen, zumal die Teuerung der Lebenskosten »die in Ausbildung stehenden härter als den Herrn Professor mit seinen hundertfünfzigtausend Jahreseinkommen« treffe.³⁵ Die StuB forderte zum einen eine Rücknahme der Preiserhöhung und zum anderen, dass ihr die leerstehende Etage zur Selbstverwaltung übergeben werde, denn der StuB fehlten Räume für Veranstaltungen, und für viele Belange seien Hörsäle nun einmal ungeeignet.³⁶ Sie beklagte, dass die »linke Kultur vertrocknete« und ihr damit ein Medium fehlte, das die Basis aktivieren und politische Inhalte sinnlich vermitteln konnte:

»Mit dem Zusammenbruch der Studentenbewegung vor zehn Jahren und dem Rückzug der politischen Linken in den Funktionäraktivismus vertrocknete ein wesentlicher Teil linker Politik – nämlich linke Kultur.«³⁷

Daher setzte es sich die StuB zur Aufgabe, an der Universität wieder konkrete Kulturarbeit zu leisten. Ein Stockwerk der Mensa in Selbstverwaltung schien ihr dafür der geeignete Ort. Zeitgleich wurde eine StuB-Kulturkommission ins Leben gerufen, die sich darum bemühen sollte, die schon bestehende *demokratische Kultur* in die Universität zu bringen, »damit das bürgerliche Stadttheater und die kommerziellen Kinos nicht die einzigen kulturellen Schwergewichte in unserer Gesellschaft bleiben.«³⁸

»Neben der Organisation von Veranstaltungen kommt [der StuB-Kulturkommission] in erster Linie die Aufgabe zu, Probleme der Finanzierung und die Frage geeigneter Räume zu lösen. Zudem hat sie die Funktion, immer wieder den Zusammenhang zwischen StuB-Politik und StuB-Kultur sicherzustellen.«³⁹

Die StuB hatte mit der Forderung nach eigenen universitären Räumen im März 1981 eine Petition lanciert, für die in den ersten Wochen des Semesters Unterschriften gesammelt werden sollten, schloss aber weitere Aktionen, wie etwa einen Mensa-Boycott nicht aus.⁴⁰ Am 14. April zählte die Petition schon 1'100 Unterschriften, wie man einem Protokoll der Mensakommission entnehmen kann. Im selben Schreiben wird festgehalten, dass sie sich gegen einen Mensaboycott entschieden hatten und »eher in Richtung einer Mensa-Besetzung« arbeiten wollten.⁴¹ In Besetzungen waren die Studierenden zu diesem Zeitpunkt schon geübt, zumal sie im Januar 1981, noch bevor das AJZ ins Leben gerufen wurde, bereits das Uni-Café besetzt hatten.⁴² Die Aufgaben der StuB-Kulturkommission erinnern stark an die beiden Hauptforderungen der Jugendbewegung: die Forderungen nach Freiräumen und deren staatlicher Finanzierung. Die Annäherung an die Jugendbewegung zeigt sich auch an anderer Stelle, als sich *Gegenwissen* innerhalb der Universität immer mehr zu manifestieren beginnt. Wenngleich von Anfang an Bemühungen um die Jugendbewegung identifiziert werden können, waren Inhalte von Protokollen und Korrespondenzen zwischen StuB und den Hochschulautoritäten doch immer zu einem gewissen Grad von Anpassung, Kompromissbereitschaft und Rücksichtnahme auf die institutionellen Gepflogenheiten gekennzeichnet. Das Amt der StuB war nun einmal eng verknüpft mit dem Auftrag, die Interessen möglichst aller Studierenden zu vertreten. Seit dem Frühjahrsemester 1981 finden sich aber vermehrt Sprachelemente in den Schreiben der StuB wieder, wie man sie von der szenespezifischen Sprache der Jugendbewegung kennt. Man stösst in den Akten immer wieder auf Begriffe wie »Pakeis«,⁴³ »Gegen-Uni«,⁴⁴ »Flugi«⁴⁵ oder »VV«⁴⁶ und auch der Ton wurde bei gewissen Themen rauer.⁴⁷ Es ist nicht auszuschliessen, dass auch die Vertreter*innen der StuB sich bei den VVs im AJZ in Redekunst und Mut hatten schulen lassen. In ihren neuen Anläufen kämpfte die StuB jedenfalls noch entschlossener für Studienreformen und mehr studentische Mitbestimmung in den Hochschulgremien, gegen den Abbau von Stipendien und für selbstverwaltete Räume in der Universität. Neben diesen Anliegen informierte sie ihre Mitglieder zu Beginn des Semesters über eine neu ins Leben gerufene Arbeitsgruppe *alternatives Lehrangebot*. Diese hatte ein alternatives Vorlesungsverzeichnis zusammengestellt, das die Studierenden mit dem offiziellen Universand erhalten sollten.⁴⁸ Mittelfristig planten sie ein StuB-Veranstaltungsverzeichnis, bestehend aus alternativen Lehrangeboten der Fachgruppen, regelmässig zu Beginn jedes Semesters zu publizieren. Sie hatten sich zur Aufgabe gesetzt, die offizielle Anerkennung des alternativen Lehrangebots durch die Universität zu erreichen. Konkret lauteten die Forderungen, die Universität solle die Finanzierung solcher Lehrveranstaltungen übernehmen und Studierenden sollte es ermöglicht werden, auch in alternativen Veranstaltungen Testate und Übungsscheine zu erhalten. Ebenfalls Thema war die Anwesenheitspflicht. Darüber hinaus legte die StuB ihren Mitgliedern ans Herz, das offizielle Lehrangebot vermehrt kritisch zu prüfen und künftig mit der Ausarbeitung eigener Konzepte sowie durch Mitbestimmung in Seminarkonferenzen und Berufungskommissionen zu beeinflussen.⁴⁹

»Die StuB soll jeglichen Verschulungstendenzen den Riegel vorschieben, dh. sie soll sich für den Abbau von obligatorischen Lehrveranstaltungen und die Abschaffung der Testspflicht einsetzen sowie die Einführung von Absenzkontrollen verhindern.«⁵⁰

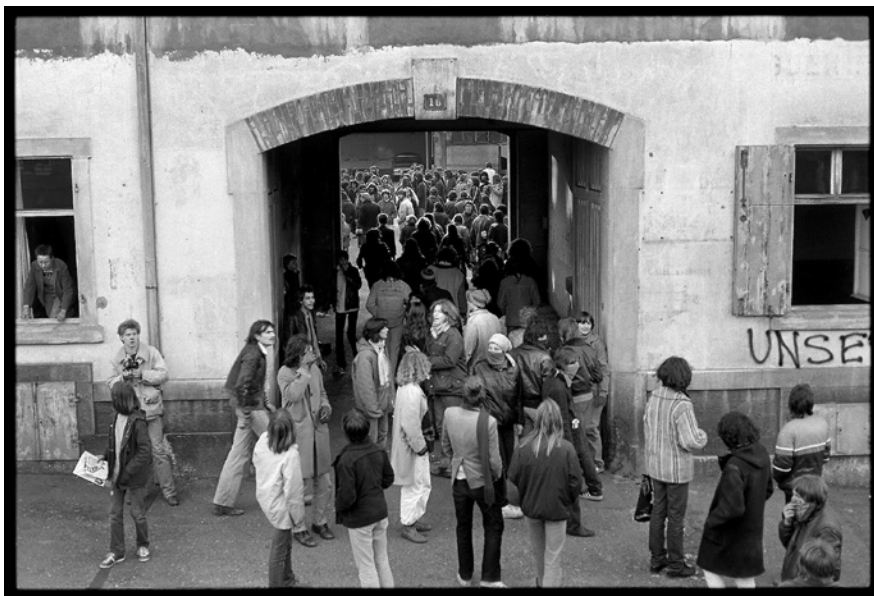


Abb. 5: Am 14. Februar 1981 wurde das ehemalige Postgebäude in Basel besetzt und zum Autonomem Jugendzentrum erklärt.

Studierendenpolitik am Wendepunkt

Im April 1981 verstand sich die StuB als eine Art Gewerkschaft, die ihre Aufgaben auch ausserhalb der Universität wahrnehmen wollte. Das Recht und die Pflicht, sich mit politischen Problemen zu beschäftigen, die die Universität nicht direkt betrafen, wurden in die Grundsatzerklärung aufgenommen und so vollzog sich eine langsame Verschiebung zu einem neuen, nicht mehr nur hochschulpolitischen Selbstverständnis der StuB. Das Arbeitsprinzip der StuB bestand nun darin, aktuelle politische Auseinandersetzungen in die Universität hinein- und als eigene politische Anliegen wieder in die Gesellschaft hinauszutragen und dabei die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, linken Parteien und anderen Organisationen anzustreben. Allerdings befand sich die StuB schon im Frühjahrssemester 1981 in einer schwierigen Lage. Die Mitgliederzahlen gingen zurück und finanzielle Probleme kamen auf.⁵¹

Auch für die Besetzer*innen des AJZ sah es nicht gut aus. Die Stadt zeigte sich nicht kooperativ. Am 5. Mai 1981, keine drei Monate nach seiner Gründung, wird das AJZ an der Hochstrasse geräumt und 141 Personen werden verhaftet. Die Jugendbewegung stellt daraufhin ein Ultimatum für die Bereitstellung eines neuen, gleichwertigen AJZ-Areals, als am 9. Mai

rund 7'000 Personen im Protest gegen die Räumung auf die Strasse gehen. Als die Regierung nicht auf das Ultimatum eingeht, treffen sich am 16. Mai erneut 3'000 Personen auf dem Marktplatz zu einer Grossdemonstration. Auch die StuB mobilisiert mit selbstgestalteten »Flugis« an der Universität für die Teilnahme. Kurz nach der Kundgebung besetzen Jugendbewegte die ehemalige Andlauerklinik am Petersgraben. Das Gebäude erhält die Namen »Hotel California« und »AJZ 2« und wird nur zwei Tage später von der Polizei geräumt. Die Basler Jugend reagiert auf die Räumung mit einer abendlichen VV vor dem Kollegienhaus. Dem Verzeichnis der Personen, die im Zuge der Räumung des AJZs einer polizeilichen Kontrolle unterzogen wurden, sind die Namen mehrerer Studierenden zu entnehmen.⁵²

In *kolibri* und *semainier* wurden die Ereignisse laufend thematisiert. Im *semainier* teilte der Biologiestudent Heiner Vischer (heute Grossrat in Basel-Stadt, LDP; nicht verwandt mit Frank Vischer) seine Gedanken zur Jugendbewegung in einem Leserbrief vom 25. Mai 1981:

»[...] Nun wie sind die Auswirkungen für unsere Uni? Abgesehen von verschmierten Wänden, »Solidaritätsplakaten« mit AJZ-Krawallanten, die aus dem SR Bureau⁵³ hängen (übrigens ein krasser Verstoss gegen das geltende Reglement über die Benützung des Bureaus des SR), ist es (glücklicherweise) bisher ruhig geblieben. Dies kann jedoch in das Gegenteil umschlagen, wenn es einer Minderheit der Studierenden gelingt, die Mehrheit als politisches Potential auszunutzen. Sicher: Jeder hat das Recht auf Meinungsäusserung, nur an der Uni hat dies in einer Art und Weise zu erfolgen, dass die Lehre und Forschung oberstes Primat, jeglicher universitärer Aktivitäten bleiben kann. [...]«⁵⁴

Auch die Universität konnte sich nicht mehr für das Engagement der Studierenden erwärmen. Der Rektor verlangte, die Fahne, von der im Leserbrief die Rede ist, unverzüglich abzuhängen.⁵⁵ Sowohl der Rektor als auch der Student Vischer postulierten die Freiheit der Forschung und Lehre als höchstes Primat, ganz im Sinne der Universität. Das Argument, mit dem das Zürcher Rektorat einem Aufführungsverbot eines kritischen Kurzfilms entgegengetreten war, richtete sich in Basel ziemlich genau ein Jahr später und in inneruniversitären Konflikten gegen studentisches Engagement. Die Vorstellung der Universität, sich gesellschaftlichen Einflüssen entziehen zu können, verstärkte nun ihre Abhängigkeit von vorgegebenen staatlichen Bedingungen, die sich schliesslich gerade durch die zwanghafte Aufrechterhaltung von Autonomie zeigte.⁵⁶

Das Engagement des StuB bewegte sich zwischen ausseruniversitärem Aktivismus und inneruniversitärem Einsatz für bessere Studienbedingungen. Einerseits gab ihr der Protest rund um Mitbestimmungsfragen an der Universität Auftrieb: Bei den Studierendenratswahlen im Juni 1981 erhielt sie viele Stimmen. Andererseits stellte es sie nicht ganz zufrieden, dass die Studierenden nur wählten und nicht auch zu anderen Mitteln griffen. In ihrem Statement nach der Wahl äusserte sie noch in der Euphorie über den Wahlsieg zugleich

Enttäuschung: »Auch bei diesen SR-Wahlen verhalf eine grosse Mehrheit von politisch engagierten Studenten mit dem Stimmzettel (der einzigen Waffe, die sie in die Hände zu nehmen wagten) der StuB zu einem überwältigenden Wahlsieg.«⁵⁷ Allem Wahlerfolg zum Trotz vertiefte sich die Krise der StuB nach den Wahlen und die Mitgliederzahlen gingen weiter zurück. Während die StuB das politische Desinteresse der Studierenden zunehmend kritisierte, gelangweilt und unzufrieden war, verloren auch die Studierenden das Interesse an dieser Form der Vertretung.

»[...] die jetzige Lage der StuB mit dem Wort ›Krise‹ zu kennzeichnen ist reiner Euphemismus, die StuB ist am Ende, das Grab steht geschaufelt bereit [...]. Eine allgemeine Selbstbesinnung der StuB sollte auch ergeben, dass der sorgsam gehegte Alleinvertretungsanspruch endgültig hinfällig geworden ist, man/frau denke nur an den Mitgliederschwund.«⁵⁸

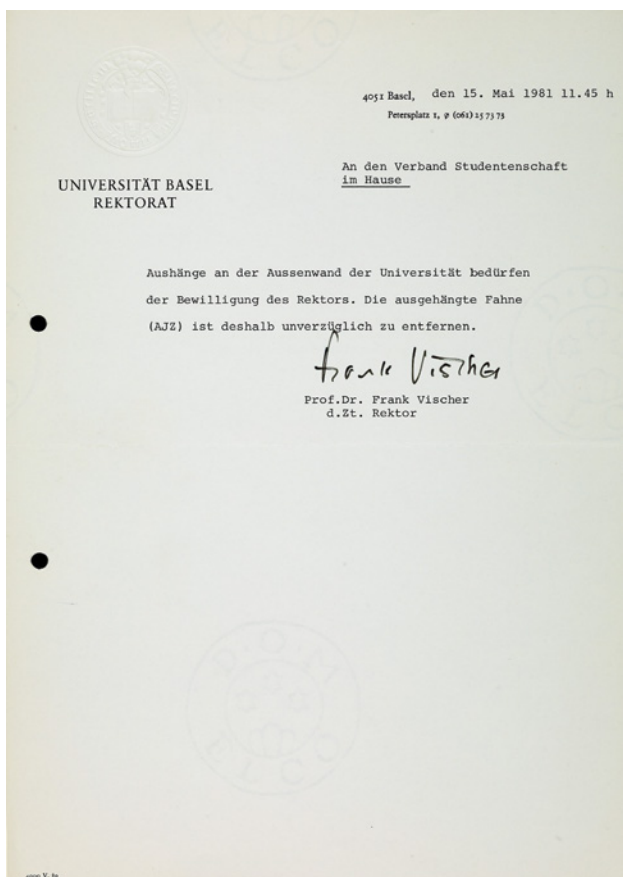


Abb. 6: Schriftliche Aufforderung von Rektor Frank Vischer an die StuB, 15. Mai 1981.

»[...] nur eine Organisation, die die gesamte Studentenschaft vertritt, hat die Chance politisch etwas zu erreichen. Da die StuB diesen Anspruch

beim besten Willen nicht mehr alleine vertreten kann, drängen sich neue Organisationsformen auf. [...] Eine Alternative wäre eine Erweiterung der Fachgruppe auf alle politischen Schattierungen, erste löbliche Kontakte bei den Oekonomen könnten einen Anfang dazu bilden.«⁵⁹

Im Dezember 1981 wurde der StuB im *semainier* schliesslich abgesprochen, für alle Studierenden sprechen zu können, stattdessen wurden neue Organisationsformen ins Spiel gebracht, die gesamtstudentische Probleme lösen sollten. In Briefen der StuB an ihre Mitglieder liest man immer wieder, dass auch der Kultur-, Mensa- und Lehrangebotskommission Mitglieder fehlten: »Für zusätzliche Ideen und vor allem, um all das auch durchziehen zu können, brauchen wir noch massenhaft Leute, die *mitarbeiten*.«⁶⁰ Zwar zählte die StuB im Jahre 1982 immer noch an die 800 Mitglieder und war somit die grösste studentische, politische Gruppierung geblieben, allerdings reichte dies wohl nicht aus, um ihre Vorstösse *durchzuziehen*, so wie sie es wollte, und die Universität gesamtheitlich zu *bewegen*. Die StuB avancierte zu einer politischen Gruppe, die zwar aus der Universität kam, dort aber nicht blieb. Dass die Studierendenschaft keine homogene Gruppierung darstellt, lernte die StuB in Wahlen und durch sinkende Mitgliederzahlen. Die Universitätsleitung erfuhr es im Jahr darauf aus einer Umfrage.

Adna Ruhotina studiert Medienwissenschaft und Slavistik an der Universität Basel.



Abb. 7: Frustriert durch die Nicht-Verhandlungsbereitschaft der Regierung wurden am 16. Mai 1981 zwei Liegenschaften am Petersgraben besetzt und zum zweiten AJZ bzw. *Hotel California* erklärt.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Eigener politischer Standort und Einschätzung der politischen Mehrheitsverhältnisse der Basler Studierenden in der Befragung zur sozialen Lage 1982, aus: Elsbeth Hunziker: »Zur sozialen Lage der Studierenden der Universität Basel: Ergebnisse einer Studentenbefragung vom Oktober 1982« [Untersuchung des Soziologischen Seminars Basel], Basel: Rektorat der Universität Basel (1983).

Abb. 2: Brief der Zürcher Ethnologen an die Universität Basel, 17. Juni 1980, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).

Abb. 3: Presseerklärung des Vorstands der StuB zu den Vorfällen rund um die Vollversammlung der Jugendbewegung an der Uni, 12. Februar 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).

Abb. 4 & 5: Am 14. Februar 1981 wurde das ehemalige Postgebäude in Basel besetzt und zum Autonomen Jugendzentrum erklärt. Fotos: Claude Giger / archiv@fotogiger.ch.

Abb. 6: Schriftliche Aufforderung von Rektor Frank Vischer an die StuB, 15. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).

Abb. 7: Frustriert durch die Nicht-Verhandlungsbereitschaft der Regierung wurden am 16. Mai 1981 zwei Liegenschaften am Petersgraben besetzt und zum zweiten AJZ bzw. *Hotel California* erklärt. Foto: Claude Giger / archiv@fotogiger.ch.

Literatur

- 1 Vgl. Elsbeth Hunziker: »Zur sozialen Lage der Studierenden der Universität Basel: Ergebnisse einer Studentenbefragung vom Oktober 1982« [Untersuchung des Soziologischen Seminars Basel], Basel: Rektorat der Universität Basel (1983), S. 1.
- 2 Vgl. Elsbeth Hunziker: »Zur sozialen Lage der Studierenden der Universität Basel: Ergebnisse einer Studentenbefragung vom Oktober 1982« [Untersuchung des Soziologischen Seminars Basel], Basel: Rektorat der Universität Basel (1983), S. 105. Ende September 1982 waren an der Universität Basel 5'806 Studierende immatrikuliert.
- 3 »Der Kommentar«, *semainier* – Studierendenzzeitung, 27. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.3.
- 4 Vgl. Elsbeth Hunziker: »Zur sozialen Lage der Studierenden der Universität Basel: Ergebnisse einer Studentenbefragung vom Oktober 1982« [Untersuchung des Soziologischen Seminars Basel], Basel: Rektorat der Universität Basel (1983), S. 108f.
- 5 Franz Walter: *Rebellen, Propheten und Tabubrecher: Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (2017), S. 331.
- 6 Vgl. Christian Koller: »Vor 40 Jahren: Züri brännt«, in: *Schweizerisches Sozialarchiv*, <https://www.sozialarchiv.ch/2020/03/01/vor-40-jahren-zueri-braennt/> (2020).
- 7 Hier und im Folgenden David Eugster: »Die Uni und die Bewegung: Kurze Geschichte eines Vertrauensverlusts«, in: Studierenderrat der Universität Zürich (Hg.): *Wir sind, was wir erinnern: Zur Geschichte der Studierenden der Uni Zürich von 1968 bis 2008*, Zürich: Theodor Schmid (2008), S. 31–41, hier S. 40.
- 8 »Verbot eines Video-Films über die Opernhaus-Proteste durch die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich«, *Pressecommuniqué*, 9. Juni 1989, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 9 David Eugster: »Die Uni und die Bewegung: Kurze Geschichte eines Vertrauensverlusts«, in: Studierenderrat der Universität Zürich (Hg.): *Wir sind, was wir erinnern: Zur Geschichte der Studierenden der Uni Zürich von 1968 bis 2008*, Zürich: Theodor Schmid (2008), S. 31–41, hier S. 40.
- 10 Vgl. Jonathan Benthall: »The Attack on Professor Loeffler«, in: *Rain. Royal Anthropological Institute News* 43 (1981), S. 1–4, hier S. 1.
- 11 Protesttag von Studierenden an der Universität Zürich, 12. Juni 1980, Schweizerisches Sozialarchiv, F_1000 Vollversammlungen Jugendbewegung Zürich [TON], CD 12_7_2, 00:11:54-00:12:31.
- 12 Brief der Zürcher Ethnologen an die Universität Basel, 17. Juni 1980, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 13 StuB Sitzungsprotokoll, 17. Juni 1980, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 14 StuB Sitzungsprotokoll, 17. Juni 1980, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 15 »Bewegte Zeiten ... Bewegte Basler Maulwürfe greifen zum Griffel«, *Zeitung der Maulwurf und Bresche Unigruppe*, Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308.
- 16 »Bewegte Zeiten ... Bewegte Basler Maulwürfe greifen zum Griffel«, *Zeitung der Maulwurf und Bresche Unigruppe*, Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308.
- 17 Presseerklärung des StuB-Vorsitzenden Erich Grädel zu den Vorfällen rund um die Vollversammlung der Jugendbewegung an der Uni, 12. Februar 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 18 Mäged Helmy, Andy Wüthrich: *Frei Sicht uff Basel: Das andere Handbuch*, Zürich: Eco Verlag (1982), S. 64.

- 19 »Querschläger. Selber produzierte Zeitung der Jugendbewegung«, November 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 4f. 13-3 (1) 4.
- 20 Booklet zur Ausstellung »Zürich 1980. Poetische Provokationen: Die Sprache der Bewegung« im ZAZ Zentrum Architektur Zürich, 3. September 2020–7. März 2021.
- 21 Briefliche Einladung der Jugendbewegung für eine Vollversammlung im AJZ an der Hochstrasse, Februar 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308.
- 22 Vgl. Linda Stibler: »En heisse Summer – Subito. Jugendunruhen in der Schweiz«, in: Ingrid Müller-Münch, Jacqueline Klein (Hg.): *Besetzung – weil das Wünschen nicht geholfen hat*, Hamburg: Rowohlt (1981), S. 198.
- 23 Steven Epstein: *Impure Science: AIDS, Activism, and the Politics of Knowledge*, Berkeley: University of California Press (1996), S. 234.
- 24 Vgl. Johannes Pantenburg, Sven Reichardt, Benedikt Sepp: »Corona-Proteste und das (Gegen-)Wissen sozialer Bewegungen«, in: *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/apuz/wissen-2021/325605/corona-proteste-und-das-gegen-wissen-sozialer-bewegungen> (15. Januar 2021).
- 25 Siehe Dieter Rucht: »Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten«, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2/9 (1988), S. 290–305.
- 26 Vgl. Dieter Rucht: »Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten«, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 2/9 (1988), S. 290–305, hier S. 291.
- 27 Vgl. Jonathan Benthall: »The Attack on Professor Loeffler«, in: *Rain. Royal Anthropological Institute News* 43 (1981), S. 1–4, hier S. 3.
- 28 Vgl. Julian Schenke: *Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart*. Bielefeld: Transcript (2020), S. 265.
- 29 »AJZ«, Selbstproduzierte Zeitung des AJZs an der Hochstrasse, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308, S. 1.
- 30 »Das aktuelle Interview«, *semainier – Studierendenzzeitung*, 27. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 31 »Studentenschaft und Jugendbewegung«, Paper für die Arbeitsgruppen vom StuB-Vorstand und StuB-Rat, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 32 »AJZ«, Selbstproduzierte Zeitung des AJZs an der Hochstrasse, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308, S. 1, Hervorhebung im Original.
- 33 »Studentenschaft und Jugendbewegung«, Paper für Arbeitsgruppe StuB-Vorstand und StuB-Rat, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 34 »Zum Mensaproblem«, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-3 (1).
- 35 Protokoll Mensakommission, 16. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI REG 10a 2-1-3 (1).
- 36 Protokoll Mensakommission, 16. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI REG 10a 2-1-3 (1).
- 37 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 38 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 39 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 40 Informationsschreiben über die Aktivitäten der StuB im Frühjahrssemester an ihre Mitglieder, März 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 41 Protokoll Mensakommission, 16. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI REG 10a 2-1-3 (1).
- 42 StuB Sitzungsprotokoll, 13. Januar 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 43 »Studentenschaft und Jugendbewegung«, Paper für die Arbeitsgruppen vom StuB-Vorstand und StuB-Rat, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1). Das »Packeis« stand sinnbildlich für einen repressiven Staat und eine automatisierte Arbeitswelt, gegen das die Jugendbewegung, die »Eisbrecher«, opponierten.
- 44 StuB Vorstandsprotokoll, 5. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 45 U.a. StuB Sitzungsprotokoll, 2. Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 46 U.a. StuB Sitzungsprotokoll, 2. Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-1 (1).
- 47 »Es stellt sich nun namentlich die Frage, ob der nächste Wahlkampf autonom oder gewaltlos geführt werden soll.« »SR Wahlen«, *semainier – Studierendenzzeitung*, 9. Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 48 Brief der StuB an ihre Mitglieder, 18. März 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 49 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 50 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 51 Grundsatzklärung der StuB, 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 52 Verzeichnis des Polizeidepartements des Kantons Basel-Stadt, 18. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, PD-REG 1c 9 (1) 308.
- 53 Studierenderrat Büro.
- 54 Heiner Vischers »Läserbrief«, *semainier – Studierendenzzeitung*, 25. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 55 Briefliche Aufforderung von Rektor Frank Vischer an die StuB, 15. Mai 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 10-2 (1).
- 56 Heribert Adam: *Studentenschaft und Hochschule: Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt (1965), S. 52.
- 57 »SR Wahlen«, *semainier – Studierendenzzeitung*, 9. Juni 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 58 »Ist die StuB zur Bestattung bereit?«, *semainier – Studierendenzzeitung*, 14. Dezember 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.

ADNA RUHOTINA

- 59 »Studentenpolitik am Wendepunkt?«, semainier – Studierendenzzeitung, 14. Dezember 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.4.
- 60 Brief an die StuB-Mitglieder, 15. April 1981, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 10a 2-1-3 (1), Hervorhebung im Original.

Geschlechtergeschichte auf die Strasse tragen

Engagierte Studentinnen trugen massgeblich zur Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechtergeschichte in Basel bei. Das erarbeitete Wissen teilen und erweitern sie seit den 1990er Jahren im Rahmen des Vereins Frauenstadtrundgang mit der Öffentlichkeit.

Basel, Tramstation *Uf dr Lyss* an einem Frühlingsnachmittag am Anfang des 20. Jahrhunderts, zwei Frauen warten auf das Tram. Eine spricht die andere an: »Das Tram ist ja wieder mal verspätet! Das ist so mühsam. Dabei kommt heute mein Verlobter Johann zu uns zu Besuch. Wir wollen miteinander die bevorstehende Hochzeit besprechen.« Die andere, sie ist schwanger, antwortet: »Ja, auch ich bin pressant. Das Nachtessen kocht sich ja nicht von alleine. Und Willi hat keine Freude, wenn er nach Hause kommt und das Essen nicht auf dem Tisch steht.« Erstaunt erwidert die erste: »Kommen Sie denn von der Arbeit?! Eine Frau in ihren Umständen sollte doch gar nicht mehr arbeiten gehen!« Dabei deutet sie auf den Bauch ihrer Gesprächspartnerin. Diese antwortet: »Das wäre schön. Aber wir können uns das nicht leisten. Mein Mann verdient zu wenig. Und selbst mit meinem kleinen Verdienst reicht das Geld kaum. Ich weiss gar nicht, wie das gehen soll, wenn ich denn niedergekommen und Wöchnerin bin. Dann fällt ja mein Verdienst weg! Das Gesetz denkt einfach nicht an uns Arbeiterinnen. Es ist für Frauen wie Sie gemacht. Darf ich fragen, als was Sie arbeiten?« Die andere Frau antwortet, dass sie bei der Bank Sarasin als Bürofräulein arbeite und ihre Ausbildung an der Handelsabteilung der Töchterschule absolviert habe, aber zu Hause bleiben wolle, sobald sie geheiratet hat, um sich ein gemütliches Heim einzurichten. Darauf die andere, seufzend: »Ja, das stelle ich mir auch gemütlich vor. Aber da kommt ja schon das Tram. Einen schönen Abend noch!« – »Das wünsche ich Ihnen auch. Und alles Gute für die Niederkunft!«¹

Dieses fiktive Gespräch zwischen einer jungen Frau aus dem Bürgertum und einer Arbeiterin wird beim Frauenstadtrundgang *Basel bricht das Eis. Der lange Weg zum Frauenstimmrecht* aufgeführt. Der Dialog soll die Lebensrealitäten von Frauen unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten um 1900 nachvollziehbar machen. Das hier verhandelte Familienmodell, in dem eine Frau ihre Zeit unentgeltlich dem Ehemann und der Fürsorge und Erziehung der Kinder widmet, während der Mann einer bezahlten Arbeit nachgeht, konnte nur im Bürgertum gelebt werden. In Basel arbeiteten viele Frauen der Arbeiter*innenschicht in Seidenbandfabriken oder im Gewerbe, um ihre Familien finanziell über die Runden zu bringen.² Dem gegenüber stand die im Eherecht implizite Erwartung an Frauen, nach der Hochzeit ihre Arbeitsstelle aufzugeben – bis 1987 durften Frauen in der Schweiz nur mit Einwilligung des Ehemanns ausserhäuslich erwerbstätig sein. Der fiktive Dialog veranschaulicht dem heutigen Publikum der Frauenstadtrundgänge, dass es damals wie heute keine einheitliche Kategorie *der Frau* gab und gibt, sondern weibliche Lebensrealitäten auch denjenigen der gesellschaftlichen Klasse Rechnung tragen. Solche spielerischen Darstellungen fiktiver Gespräche machen historische Realitäten im Stadtraum erfahrbar und berufen sich dabei auf Diskurse und Forschung aus akademischen Kontexten. Erkenntnisse aus der Geschichtswissenschaft werden hier im Stadtraum verortet und von Studierenden und jungen Wissenschaftler*innen einem ausserakademischen Publikum zugänglich gemacht.



Abb. 1: Zwei Stadtrundgangsleiterinnen inszenieren ein fiktives Gespräch zwischen zwei Frauen anfangs des 20. Jahrhunderts, 2021.

Die Basler Frauenstadtrundgänge geben der Perspektive der Frauen- und Geschlechtergeschichte einen öffentlichen Ort. Akademisches Wissen wird unter Einbezug der Frage nach verständlicher Vermittlung aufgearbeitet, wodurch sie an der Schnittstelle zwischen Akademie und Öffentlichkeit operieren. Dabei ist es nicht allein der akademische Rahmen, der Form und Inhalte der Frauenstadtrundgänge prägte, vielmehr entwickelte sich eine fruchtbare Wechselwirkung zwischen universitärer Forschung und öffentlichem Diskurs. 1990 organisierten acht Studentinnen des Historischen Seminars der Universität Basel den ersten Stadtrundgang, mit dem sie sich und ihrer Arbeit zu Themen der Frauen- und Geschlechtergeschichte »nicht nur innerhalb der Universität Gehör« verschaffen, sondern auch eine »breite Öffentlichkeit«, und das hieß vor allem »Personen, die keinen Zugang zur Universität haben«, erreichen wollten.³ Es gelang ihnen so, eine öffentliche Plattform zu schaffen für ihr Anliegen, die Frauen- und Geschlechtergeschichte an der Universität zu institutionalisieren.

Vernetzt durch und für Frauengeschichte

Die Frauen- und Geschlechtergeschichte, wie sie heute in Forschung und Lehre zu finden ist, hat wiederum ihre eigene Geschichte.⁴ Der Blick auf die Entstehungsgeschichte des Vereins Frauenstadtrundgang zeigt, dass es massgeblich dem Engagement von aktivistischen und feministischen Frauennetzwerken zu verdanken ist, dass die Frauen- und Geschlechtergeschichte in den 1970/80er Jahren innerhalb der Universität Basel nach und nach Anerkennung fand. Engagierte Geschichtsstudierende und Historikerinnen erarbeiteten im Rahmen von Arbeitsgruppen für

Frauengeschichte, auf Tagungen und im engen Austausch untereinander eine *Public History*, die beispielsweise die konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen aufarbeitete, nachvollzog und dadurch sichtbar machte. Die Thematisierung von ökonomischen und sozialen Strukturen sowie der Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen den Geschlechtern ermöglichte es, die bis zu diesem Zeitpunkt zumeist von Männern betriebene Geschichtsschreibung infrage zu stellen. Dafür mussten in der Schweiz jedoch erst neue Räume und Netzwerke geschaffen werden, da Forschung zur Frauengeschichte innerhalb der institutionalisierten Geschichtswissenschaft nur sehr schleppend anerkannt wurde – obwohl sie im englischsprachigen Raum in den 1970er Jahren bereits etabliert war.⁵

Regina Wecker, Assistentin, und Hans Rudolf Guggisberg, Professor für Neuere Allgemeine und Schweizergeschichte am Historischen Seminar der Universität Basel, boten im akademischen Jahr 1978/79 die ersten beiden offiziellen Seminare zum Thema Frauengeschichte an. Diese hatten englische Titel und deutsche Untertitel: »*To Suffer and be still*: Die Frau im 19. Jahrhundert« und »*Her-Story*: Die Frau in der amerikanischen Geschichtsforschung«. ⁶ Die Forschungsliteratur für das Seminar hatte Guggisberg aus seinen Forschungsaufenthalten in den USA mitgebracht.⁷



Abb. 2: Auf einem Frauenstadtrundgang, um 1993.

Angeregt durch den Austausch in den ersten Seminaren zur Frauengeschichte formierte sich Anfang der 1980er Jahre die Arbeitsgemeinschaft Frauengeschichte, die sich in informellem Austausch mit theoretischer Literatur zur Geschlechtergeschichte befasste. Gleichzeitig setzte sie sich aktiv dafür ein, dass am historischen Seminar regelmässig Lehraufträge zur Frauengeschichte vergeben wurden.

Vorlesungen und Seminare durften bis in die neunziger Jahre nur von habilitierten Personen gehalten werden. Die Auswahl an Schweizer Dozent*innen, welche auf dem Gebiet forschten, war dadurch sehr eingeschränkt, weshalb vor allem Lehrende aus Deutschland eingeladen wurden. Das erklärte Ziel der Arbeitsgruppe war die verstärkte Institutionalisierung von Frauengeschichte an der Universität Basel. Regina Wecker, auch Teil dieser Arbeitsgruppe, beschreibt im Rückblick, dass die Institutionalisierung im Rahmen eines Forschungsprojekts oder Lehrstuhls, der Schwerpunkte setzte oder Informationen bündelte, fehlte, dies jedoch das wachsende Interesse an der Frauengeschichte nicht aufhalten konnte:

»Das führte zu einer Vielfalt der Methoden, setzte innovative Kräfte frei und erlaubte Konzepte, Forschungsfragen und Projekte, die innerhalb der Ordinariuniversitäten wenig Chancen auf Verwirklichung gehabt hätten. Es hiess aber auch, dass historische Forschung von Frauen fast immer durch fachfremde Arbeit finanziert werden musste.«⁸

1983 fand dann die erste Historikerinnentagung in Bern statt. Zunächst von Berner und Basler Historikerinnen gemeinsam organisiert, wurde sie später in Abständen von ein bis zwei Jahren abwechselnd in Basel, Bern und Zürich durchgeführt.¹⁰ Diese von Studierenden und Assistenten organisierten Veranstaltungen hätten anfangs kaum Beachtung gefunden und seien belächelt worden, da sie quasi »von unten« organisiert worden seien, berichten ihre Initiantinnen.¹¹ Dieser »Wurzelgrund für feministische Historikerinnen«¹² war jedoch wichtig für die Debatten der Geschlechtergeschichte in der Schweiz: Die Historikerinnentagungen dienten als Vernetzungsplattform und ermöglichten es, Quellen und Hinweise zu aktuellen Forschungen auszutauschen.¹³

Öffentliche Wissenschaft

Das in den 1970er und 80er Jahren aufkommende Interesse an der Geschichte der Frauen im akademischen Rahmen ist mit den politischen Forderungen der neuen Frauenbewegung und dem damit einhergehenden Ruf nach einer Geschichte von Frauen verknüpft. Die amerikanische Historikerin Joan W. Scott beschreibt, wie historische Forschung auch als feministische Strategie verstanden werden kann. Feministische Geschichte liefert, so Scott, grundlegende Elemente für ein kritisches Handeln in der Gegenwart. Mithilfe der Vergangenheit lasse sich die Gewissheit der Gegenwart aufbrechen und mache der Gesellschaft auf diese Weise den Weg frei, eine andere Zukunft zu denken.¹⁴ Sie schreibt:

»Feministische Geschichte war nie vorrangig damit beschäftigt, die Erfahrung von Frauen in der Vergangenheit zu dokumentieren, auch wenn dies das sichtbarste Mittel war, mit dem wir unser Ziel verfolgt haben. Der Anlass dafür, in die Vergangenheit zu blicken, war der Wunsch die Gegenwart zu destabilisieren, die

patriarchalen Institutionen und Denkweisen, die sich selbst als naturgegeben legitimieren, zu hinterfragen und das Udenkbare zu denken.«¹⁵



Abb. 3: Der erste Basler Frauenstadtrundgang im Ausstellungskatalog der Jubiläumsausstellung 100 Jahre Frauenstudium an der Universität Basel, 1990.

Diese Idee einer politisch engagierten Geschichtsschreibung, welche die Trennung zwischen einer vermeintlich objektiven, »naturgegebenen« allgemeinen Geschichtsschreibung und dem öffentlichen Diskurs in Frage stellt, wurde zu dieser Zeit auch an anderen Orten verhandelt. Die Vermittlung von Geschichte an ein nichtwissenschaftliches Publikum wurde beispielsweise von der in den 1970er Jahren entstandenen *Public History*, einer Teildisziplin der amerikanischen Geschichtswissenschaft, ins Zentrum gesetzt und als Berufsfeld zunehmend professionalisiert.¹⁶ In Deutschland wurden ähnliche Fragen in den in den 1980er Jahren aufkommenden *Geschichtswerkstätten* diskutiert. Mit dem Ansatz, »Geschichte von unten« zu machen, verfolgten diese Geschichtsinitiativen das Ziel, bisher in der

Geschichtsschreibung vernachlässigte gesellschaftliche Gruppen in den Blick zu nehmen und deren lokale und alltägliche Lebensweise zu erforschen.¹⁷ Die Forderung, nicht nur einem engen wissenschaftlichen Kreis neue Forschungsergebnisse vorzulegen, sondern diese einem breiten Publikum zugänglich zu machen, ging mit einem Anspruch an die Demokratisierung und Identitätsstiftung einer Gesellschaft und ihrer Geschichte einher. Die Spurensuche sollte dazu dienen, sich des historischen Kontextes seiner eigenen Biografie bewusst zu werden und Handlungsperspektiven für die gegenwärtige Gesellschaft zu bieten.¹⁸

Format Frauenstadtrundgang

Während die Forschung zur Frauen- und Geschlechtergeschichte allmählich Fahrt aufnahm, formierte sich Ende 1989 der Verein Frauenstadtrundgang Basel. Seine Geschichte beginnt mit einer Gruppe von acht Historikerinnen und Geschichtsstudierenden, die anlässlich des hundertjährigen Jubiläums des Frauenstudiums an der Universität Basel einen ersten Rundgang konzipierten. Die Gründung des Vereins ist eng mit den Aktivitäten der beiden AGs Frauengeschichte verschränkt. Die regelmässige Thematisierung von Frauengeschichte in den von den AGs initiierten Lehrangeboten motivierte Studierende, diese auch in Seminar- und Lizenziatsarbeiten zu vertiefen.



Abb. 4: Gaby Sutter als Stadtrundgangsleiterin, um 1993.

Heute beschreibt Gründungsmitglied Brigitta Gerber den Austausch in diesen Seminaren als sehr belebend und erinnert sich an den Enthusiasmus bei der Begegnung mit »wirklich neuem Wissen«.¹⁹ Nachdem erste Forschungsergebnisse vorlagen, entstand das Bedürfnis, die neuen

Erkenntnisse auch ausserhalb der Universität zu vermitteln.²⁰ Während die AG Frauengeschichte ihren Fokus auf die wissenschaftliche Ausbildung im Bereich der Frauen- und Geschlechtergeschichte legte, ging es mit dem neu gegründeten Frauenstadtrundgang darum, die neuartigen Erkenntnisse nach aussen zu tragen.

Die Idee für das Format eines Frauenstadtrundgangs geht auf den Kölner Frauengeschichtsverband zurück. Irene Franken und Gwen Edith Kiesevalther, Initiantinnen der ersten Kölner Stadtrundfahrt, stellten auf der 5. Schweizerischen Historikerinnentagung 1988 ihre Erfahrungen und Erkenntnisse vor. In ihren Ausführungen, vorgetragen in betroffenem Tonfall, der ihren Beitrag deutlich von den anderen abhebt, wird ersichtlich, wogegen sie mit ihrem Format ankämpfen: den Ausschluss der Frauen aus der Geschichtsschreibung.²¹ Dieses Anliegen führen sie auf ihre persönlichen Erfahrungen in verschiedenen Frauenprojekten zurück:

»Der Ausschluss von Frauen aus der Geschichtsschreibung (wie auch aus vielen anderen öffentlichen Bereichen) bzw. die verzerrte und einseitige Darstellung von Frauen in der Geschichte macht es Frauen heute schwer, eine positive Einstellung zu ihrem Geschlecht und damit ein gutes Selbstwertgefühl zu entwickeln. Durch unsere Arbeit wurden wir Zeuginnen dafür, dass Frauen geradezu ausgehungert sind nach Bildern und Vorbildern.«²²

Solche Vorbilder galt es mit den Stadtrundfahrten zu erschaffen. Ihre persönliche Erfahrung spielte auch eine zentrale Rolle für das Vermittlungsformat. Dazu schreiben die Autorinnen verallgemeinernd, dass unterhaltsame, szenische Vermittlungsformen »gerade für Frauen besonders angemessen« seien, »haben wir doch alle unsere Vorurteile gegen eine Geschichtsschreibung, in der wir nicht vorkommen, zu überwinden, was vielen Frauen generell die Lust an der Geschichte verbaut hat.«²³ Die Autorinnen formulieren mit ihrem »lokalen, sinnlichen und unmittelbaren Zugang« neue und kritische Ansprüche an die bisher »männerorientierte Geschichte«.²⁴ Ihre Ansprüche an neue Vermittlungsformate leiten sie dabei aus einer binären Geschlechterkonstruktion ab. Intersektionale Perspektiven, welche in Basel später auch Teil der Vermittlungsarbeit werden, bleiben hier noch aussen vor. Das ein Jahr später vorgelegte Grundlagenkonzept der Baslerinnen greift die beschriebenen Ansprüche auf: »Die heutige Geschichtsschreibung gibt ein einseitiges, geschlechtsspezifisches Menschenbild wieder. Die wissenschaftlichen Prämissen einer männlich dominierten Geschichte sollen über Bord geworfen werden.«²⁵ Auch in ihren Augen ist »diese Art von Geschichte für Frauen äusserst uninteressant«,²⁶ da diese durch die herrschende, männliche Perspektive davon ausgeschlossen würden. Daraus resultierte ihre Motivation, vor allem Führungen von Frauen für Frauen zu planen.



Abb. 5: Zwei Stadtrundgangsleiterinnen als römische Frauen verkleidet, Augusta Raurica, 1998.

Die Zusammenarbeit in der Gruppe, das gemeinsame Interesse für marginalisierte Themen und deren spielerische Aufarbeitung, hat den Beteiligten »auch einfach enorm Spass gemacht!«²⁷ So blickt Gaby Sutter, welche sich in den 1990er Jahren in den beiden AGs Frauengeschichte engagierte und an der Ausarbeitung des zweiten Rundgangs beteiligt war, auf die Zeit zurück. Sie beschreibt, wie die Vereinsmitglieder als Abwechslung zum teilweise eher trockenen Zuhören, Lesen und Diskutieren von Texten im Studium unterschiedliche Vortragsstile und kreative Umsetzungen ausprobierten.²⁸ Mithilfe von Requisiten wie Bildern, Gerichtsakten, Briefen und Tondokumenten wurden die Rundgänge belebt, und mittels Kostümen und Accessoires schlüpften die Leiter*innen in unterschiedliche Rollen.

Der Erfolg des Formats und die gemeinsame Begeisterung für die Themen zeigen eine Geschichtsschreibung, welche die Wissenschaftlerinnen in ihren Interessen bestätigte und auch zur Weiterverfolgung der Themen motivierte. Die gegenseitige Unterstützung und Motivation hatte hier direkten Einfluss auf ihre weitere Forschung und somit auch auf die

Diversifizierung der Geschichtsschreibung. Gleichzeitig konnte durch die ausserakademische Vermittlung das öffentliche Interesse für Frauen- und Geschlechtergeschichte geweckt werden.²⁹

Der erste Basler Frauenstadtrundgang 1990, der sich Frauenarbeit zum Thema nahm, beleuchtete an verschiedenen Stationen das Leben der Beginen im Mittelalter, als Hexen angeklagte Frauen im 16. und 17. Jahrhundert, Dienstbotinnen um 1900, Fabrik- und Heimarbeiterinnen, Sexarbeit sowie hausierende Sandverkäuferinnen.³⁰ Alles Themen, die von den damaligen Studierenden an der Universität Basel erforscht wurden. Dass die Stadtführerinnen sich für Arbeit als Schwerpunktthema entschieden, ist insofern nicht erstaunlich, als die ersten akademischen Forschungen im deutschsprachigen Raum sich ebenfalls damit befassten. So waren die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen auch das Thema der ersten Historikerinnentagung 1983 in der Schweiz.³¹ Die damals erarbeiteten Inhalte der Frauenstadtrundgänge lassen sich in der *Quergängerin* nachlesen, einer 1991 herausgegebenen Publikation, die aufgrund der grossen Nachfrage nach einer Dokumentation des Rundgangs damals gedruckt wurde.



Abb. 6: Cover der ersten Publikation des Vereins zum Thema Arbeit, 1991.

Durch die wissenschaftliche Dokumentation hebt sich der Frauenstadtrundgang von anderen Formen der Geschichtsvermittlung wie *Living History* und *Reenactment* ab, da der Anspruch an wissenschaftliche Fundiertheit und der aktuelle Stand der Forschung wichtige Merkmale der Rundgänge und der Publikationen darstellen. Ausserdem machten die Vereinsaufgaben eine praktische Auseinandersetzung in der Zusammenarbeit mit Verlagen und Grafiker*innen, Fundraising, Koordination sowie Teamarbeit nötig.³² Der Blick auf die Karrieren

ehemaliger Mitglieder – als freischaffende Historikerinnen, im Museumsbereich, als Vermittlerinnen – zeigt, dass der Frauenstadtrundgang durchaus auch in der Entwicklung ausserakademischer Praxisfelder für Historikerinnen seine Spuren hinterlassen hat.³³

Die Anliegen

Das übergeordnete Anliegen der Frauennetzwerke, in denen Forschungsergebnisse besprochen, theoretische Literatur diskutiert und für die Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechtergeschichte gekämpft wurde, war es, Frauen aus ihrer historischen Unsichtbarkeit zu holen. Auch die direkte Betroffenheit der Studentinnen, die sich in der Geschichte nicht repräsentiert sahen, führte dazu, sich über den akademischen Rahmen hinaus für die Frauen- und Geschlechtergeschichte zu engagieren.

Der Anspruch, die erarbeiteten Erkenntnisse nicht nur innerhalb des akademischen Rahmens mit anderen Historiker*innen zu teilen, sondern einem breiten Publikum zugänglich zu machen, war auch mit dem Bedürfnis der Historiker*innen verknüpft, sich ein »ausser-universitäres, wissenschaftliches Bestätigungsfeld« zu schaffen.³⁴ »Das Projekt versteht sich als Beitrag zur Förderung von Frauen in Kultur und Wissenschaft, insbesondere den Historischen Wissenschaften« – so ist es in den Vereinsstatuten von 1991 formuliert.³⁵ Mit dem Frauenstadtrundgang wurde ein Verein gegründet, aus dem zum einen wissenschaftliche Erkenntnisse hervorgehen und zum anderen universitätspolitische Anliegen in die Öffentlichkeit getragen werden können. Dafür wurden bewusst die Grenzen der Universität überschritten. Schon beim ersten Rundgang 1990 wurde aktiv die Presse eingeladen, mit der Absicht, auch mit Medienpräsenz eine öffentliche Plattform für die Anliegen der AG Frauengeschichte zu schaffen. Die Frauenstadtrundgängerinnen suchten ausserdem den direkten Kontakt zur Politik: Für Basler Politiker*innen gab es etwa eine Spezialführung des ersten Rundgangs.³⁶ Es ging dem Frauenstadtrundgang nicht darum, der Universität den Rücken zu kehren, sondern Mittel zu suchen, um aus einer anderen Position ihre Anliegen einzubringen. Regina Wecker wurde schliesslich 1993 auf die erste aus einem Bundesprogramm finanzierte Assistenzprofessur für Frauen- und Geschlechtergeschichte berufen. Dass diese jedoch erst im Jahr 1997 in eine ausserordentliche Professur umgewandelt wurde, zeigt, wie langsam die Universität den Forderungen nachkam.

Auch wenn heute ähnliche Vereine in der ganzen Schweiz, unter anderem in Zürich, Luzern, Winterthur und Aarau,³⁷ Frauenstadtrundgänge anbieten, ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Geschlecht immer noch ein öffentlich umkämpftes Feld – ebenso die immer wieder angegriffenen Gender Studies, die seit 2001 an der Universität Basel studiert werden können. Die Geschichte des Vereins Frauenstadtrundgang Basel zeigt das Potenzial, welches im Operieren an der Schnittstelle von Akademie und

Öffentlichkeit, hier mit Fokus auf den Transfer von kritischem wissenschaftlichem Wissen zu Frauen- und Geschlechtergeschichte in der Gesellschaft, steckt.

Marian Cramm studiert Kulturtechniken an der Universität Basel. Sie ist Mitglied im Verein Frauenstadtrundgang Basel.



Abb. 7: Verschiedene Flyer auf dem Cover des Jahresberichts 2004.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Yvonne Siemann, 26.06.2021.

Abb. 2: Thomas Kneubühler, um 1993.

Abb. 3: Historisches Seminar (Hg.): *D' Studäntin kunnt. 100 Jahre Frauen an der Uni Basel*, Basel (1991), S. 13.

Abb. 4: Thomas Kneubühler, um 1993.

Abb. 5: Unbekannt, 1998, Archiv des Frauenstadtrundgangs Basel.

Abb. 6: Verein Frauenstadtrundgang Basel (Hg.): *Quergängerin 1: Arbeit*, Basel: AZ Verlag (1991), Cover.

Abb. 7: Verein Frauenstadtrundgang Basel, Jahresbericht 2004, Cover.

Literatur

- 1 Der Sprechtext ist der Station »Biografien von Frauen innerhalb des Konzepts der sog. Geschlechtscharaktere« des Frauenstadtrundgangs *Basel bricht das Eis. Der lange Weg zum Frauenstimmrecht* entnommen. Die Station wurde 2006 im Auftrag der Vereinigung für Frauenrechte Basel erarbeitet.
- 2 Vgl. dazu: Eleonora Heim, Lena Heizmann: »Arbeiter*innen und moralisch-bürgerliche Ansprüche«, in: Verein Frauenstadtrundgang Basel (Hg.): *Auf Abwegen: Frauen im Brennpunkt bürgerlicher Moral*, Basel: Christian Merian Verlag (2021), S. 23-55.
- 3 AG Frauengeschichte Stadtrundgang, »Grundlagenkonzept zum Stadtrundgang Juni 1990«, 25. November 1989, Archiv des Verein Frauenstadtrundgang Basel, o.S.
- 4 Vgl. dazu: Anne-Lise Head-König: »Geschlechtergeschichte«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz HLS*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/027814/2021-01-26/> (26. Januar 2021).
- 5 Regina Wecker: »Frauengeschichte – Geschlechtergeschichte«, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 41 (1991), S. 308–319, hier S. 308f.
- 6 Regina Wecker: »Frauengeschichte – Geschlechtergeschichte«, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 41 (1991), S. 308–319, hier S. 309.
- 7 Interview mit Regina Wecker, geführt von Marian Cramm am 8. Dezember 2020.
- 8 Regina Wecker: »Frauengeschichte – Geschlechtergeschichte«, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 41 (1991), S. 308–319, hier S. 310.
- 9 Vgl. Bettina Vincenz, Regina Käslin Scherrer, Elisabeth Joris: »Die Schweizerische HistorikerInnentagung – Wurzelgrund für feministische Historikerinnen: Interview«, in: *Rosa: Die Zeitschrift für Geschlechterforschung* 24 (2002), S. 8–12, hier S. 8.
- 10 1987 wurde die HistorikerInnentagung von der AG Frauengeschichte in Basel ausgerichtet. Vgl. dazu: Arbeitsgruppe Frauengeschichte Basel (Hg.): *Auf den Spuren weiblicher Vergangenheit: Beiträge der 4. Schweizerischen HistorikerInnentagung*, Zürich: Chronos (1988).
- 11 Bettina Vincenz, Regina Käslin Scherrer, Elisabeth Joris: »Die Schweizerische HistorikerInnentagung – Wurzelgrund für feministische Historikerinnen: Interview«, in: *Rosa: Die Zeitschrift für Geschlechterforschung* 24 (2002), S. 8–12, hier S. 9.
- 12 Bettina Vincenz, Regina Käslin Scherrer, Elisabeth Joris: »Die Schweizerische HistorikerInnentagung – Wurzelgrund für feministische Historikerinnen: Interview«, in: *Rosa: Die Zeitschrift für Geschlechterforschung* 24 (2002), S. 8–12, hier S. 9.
- 13 Vgl. Bettina Vincenz, Regina Käslin Scherrer, Elisabeth Joris: »Die Schweizerische HistorikerInnentagung – Wurzelgrund für feministische Historikerinnen: Interview«, in: *Rosa: Die Zeitschrift für Geschlechterforschung* 24 (2002), S. 8–12, hier S. 9.
- 14 Vgl. Joan W. Scott: »Geschichte der Feministinnen«, in: *L'homme: Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft* 14/2 (2003), S. 317–336, hier S. 327.
- 15 Vgl. Joan W. Scott: »Geschichte der Feministinnen«, in: *L'homme: Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft* 14/2 (2003), S. 317–336, hier S. 333.
- 16 Vgl. dazu Simone Rauthe: »Public History in den USA«, in: Wolfgang Hardtwig, Alexander Schug (Hg.): *History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag (2009), S. 372–380.
- 17 Vgl. Etta Grotrian: »Geschichtswerkstätten und alternative Geschichtspraxis in den achtziger Jahren«, in: Wolfgang Hardtwig, Alexander Schug (Hg.): *History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag (2009), S. 243–255, hier S. 244.
- 18 Vgl. Etta Grotrian: »Geschichtswerkstätten und alternative Geschichtspraxis in den achtziger Jahren«, in: Wolfgang Hardtwig, Alexander Schug (Hg.): *History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag (2009), S. 243–255, hier S. 245.
- 19 Interview mit Brigitta Gerber, geführt von Marian Cramm am 14. Dezember 2020.
- 20 Interview mit Gaby Sutter, geführt von Marian Cramm am 1. Dezember 2020.
- 21 Vgl. Gwen Edith Kiesewalter: »Touristin in der eigenen Stadt – Historische Stadtrundfahrten für Frauen in Köln. Ein Erfahrungsbericht«, in: Regula Ludi, Ruth Lüthi, Regula Rytz (Hg.): *Frauen zwischen Anpassung und Widerstand. Beiträge der 5. Schweizerischen HistorikerInnentagung*, Zürich: Chronos (1990), S. 123–131, hier S. 123.
- 22 Gwen Edith Kiesewalter: »Touristin in der eigenen Stadt – Historische Stadtrundfahrten für Frauen in Köln. Ein Erfahrungsbericht«, in: Regula Ludi, Ruth Lüthi, Regula Rytz (Hg.): *Frauen zwischen Anpassung und Widerstand. Beiträge der 5. Schweizerischen HistorikerInnentagung*, Zürich: Chronos (1990), S. 123–131, hier S. 123ff.
- 23 Gwen Edith Kiesewalter: »Touristin in der eigenen Stadt – Historische Stadtrundfahrten für Frauen in Köln. Ein Erfahrungsbericht«, in: Regula Ludi, Ruth Lüthi, Regula Rytz (Hg.): *Frauen zwischen Anpassung und Widerstand. Beiträge der 5. Schweizerischen HistorikerInnentagung*, Zürich: Chronos (1990), S. 123–131, hier S. 125.
- 24 Gwen Edith Kiesewalter: »Touristin in der eigenen Stadt – Historische Stadtrundfahrten für Frauen in Köln. Ein Erfahrungsbericht«, in: Regula Ludi, Ruth Lüthi, Regula Rytz (Hg.): *Frauen zwischen Anpassung und Widerstand. Beiträge der 5. Schweizerischen HistorikerInnentagung*, Zürich: Chronos (1990), S.

123–131, hier S. 125.

- 25 Vgl. AG Frauengeschichte Stadtrundgang, »Grundlagenkonzept zum Stadtrundgang Juni 1990«, 25. November 1989, Archiv des Verein Frauenstadtrundgang Basel, o.S.
- 26 Vgl. AG Frauengeschichte Stadtrundgang, »Grundlagenkonzept zum Stadtrundgang Juni 1990«, 25. November 1989, Archiv des Verein Frauenstadtrundgang Basel, o.S.
- 27 Interview mit Gaby Sutter, geführt von Marian Cramm am 1. Dezember 2020.
- 28 Interview mit Gaby Sutter, geführt von Marian Cramm am 1. Dezember 2020.
- 29 Beispielsweise wurden die Frauenstadtrundgänge bereits 1990 im *Basler Stadtbuch* erwähnt: Brigitta Gerber, Katharina Huber: »Der Frauenstadtrundgang: zur Geschichte von Frauen in Basel«, in: *Basler Stadtbuch* 111 (1990), S. 152–154.
- 30 Verein Frauenstadtrundgang Basel: *Quergängerin 1: Arbeit*, Basel: AZ Verlag (1991), S. 3.
- 31 Der Tagung in der Schweiz ging eine in Deutschland voraus. Vgl. Barbara Duden, Gisela Bock: »Arbeit aus Liebe. Liebe als Arbeit«, in: *Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Berlin: Courage-Verlag (1977), S. 118–199.
- 32 Bereits nach einem Jahr richtete der Verein eine Koordinationsstelle ein, welche durch ein vom Arbeitsamt finanziertes 100%-Pensum besetzt werden konnte, das sich die ersten Mitglieder untereinander aufteilten.
- 33 Vgl. dazu Alexandra Bloch Pfister: »Ausseruniversitäre Geschichtspraxis in der Schweiz«, in: Wolfgang Hardtwig, Alexander Schug (Hg.): *History Sells! Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag (2009), S. 425–438.
- 34 Brigitta Gerber, Katharina Huber: »Der Frauenstadtrundgang: zur Geschichte von Frauen in Basel«, in: *Basler Stadtbuch* 111 (1990), S. 152–154, hier S. 152.
- 35 Vgl. AG Frauengeschichte Stadtrundgang, »Statutenneuerung 1991: I. Zweck und Ziel, Art. 3«, 5. August 1991, Archiv des Verein Frauenstadtrundgang Basel, o.S.
- 36 Vgl. Martina Lichtensteiner, Maya Natarajan: »Erstmals öffentlich angeboten: ein Frauenstadtrundgang in Basel«, in: Mireille Othenin-Girard, Anna Gossenreiter, Sabine Trautweiler (Hg.): *Frauen und Öffentlichkeit. Beiträge der 6. Schweizerischen Historikerinnentagung*, Zürich: Chronos, 1991, S. 239–243.
- 37 Vgl. Eva Bachmann: »Von Nonnen, Hexen, Dienstmädchen und Patrizierinnen: Frauenstadtrundgänge in der Schweiz«, in: *Traverse: Zeitschrift für Geschichte* 22 (2015), S. S. 7–16.

Was mit Wahrnehmung: Medienwissenschaften in Basel

Neue Medien versprachen der ältesten Schweizer Hochschule zur Jahrtausendwende mehr Aktualität im Curriculum. Doch: (Wie) liess sich Medialität akademisieren? Das beschäftigte nicht nur Berufungskommissionen, sondern auch Student*innen des Deutschen Seminars.

»Die – epistemologisch wie hochschulpolitisch gleichermaßen noch ungelöste – Frage, ob Medien den Wandel von Gesellschaft, Kultur und Wahrnehmung konstituieren oder nur begleiten, ist notwendigerweise in die Frage nach der Geltung einer *eigenständigen* Wissenschaft der Medien zu überführen.«¹

Davon, wie die Medienwissenschaft ›erfunden‹ wurde, oder, es geht auch eine Nummer kleiner, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an verschiedenen Orten etablierte, lässt sich ganz unterschiedlich erzählen. Denken wir etwa an McLuhans Kommunikationsseminare im Toronto der 1950er Jahre oder an die ersten Versuche am »Institut für Sprache im technischen Zeitalter« der Technischen Universität Berlin in den 1970er Jahren, mit der Einführung des Videorekorders als Lehrmittel den Seminarraum zu ›medialisieren‹.² Dieser Text beschreibt im Folgenden zwar ebenfalls, »wie aus den Medien eine Wissenschaft wurde«, will diesen »soziobiographischen Fachgeschichten« aber nicht einfach eine weitere Meistererzählung aus der Schweiz hinzufügen.³ Er ist, auch wenn sein Titel das möglicherweise zunächst nicht erwarten lässt, auch keine bloße Chronik des vor zwanzig Jahren gegründeten Seminars für Medienwissenschaft, sondern interessiert sich mit Fokus auf eine studentische Initiative und die Berufung des ersten »Ordinarius für Medienwissenschaften« vor allem dafür, wann, weshalb, wie und mit welchen Akteur*innen und Ansprüchen sich das Lesen, Schreiben und Denken von Medialität an der Universität Basel formalisierte.

Gründungsdiskurse der Medienwissenschaft

Als ein Medienwissenschaftler der ›zweiten Generation‹ blickte Claus Pias vor zehn Jahren auf die von ihm als Erfolgsgeschichte erzählte Entwicklung seiner Disziplin in den 1990er und 2000er Jahren zurück. Er fragte: »Was waren Medien-Wissenschaften?«, und stellte seine bilanzierenden Beobachtungen unter das Motto eines Vortrags, den der am Erfolg der Disziplin ebenfalls nicht gerade unbeteiligte Kulturwissenschaftler Thomas Macho 1997 an der Linzer Hochschule für künstlerische Gestaltung gehalten hatte. In »Traumuniversität 1810/1910« identifizierte Macho die zeitliche Begrenztheit von akademischen Curricula als ein Merkmal der modernen Universität: Es gebe heute immer mehr »Wissenschaften auf Zeit«, die in einer bestimmten Situation gegründet, in einer anderen Situation wieder abgeschafft oder neu definiert werden könnten.«⁴ Während Pias in seinem 2011 veröffentlichten Rückblick die akademische Institutionalisierung der Medienwissenschaften als Erfolg wertete, kritisierte sein Kollege Geert Lovink im gleichen Jahr genau diese Entwicklung. In seinem polemischen Text über die »gescheiterte Fusion« der Medienwissenschaften mit digitalen Methoden und empirischen Forschungsansätzen bemängelt er den »Überfluss von spekulativen Theorien« und Paradigmen im Fach und hinterfragte grundsätzlich die Hochschule als geeigneten Ort für kritische Medienreflexionen:

»Die Frage, wie man das Internet und die Neuen Medien interpretieren könnte, ist zu wichtig, um sie Universitätsbürokraten zu überlassen. Die aus den Geisteswissenschaften kommenden Medienwissenschaften haben die Neuen Medien und die Aufklärungsarbeit im Bereich Internet nie in den Griff bekommen.«⁵

Auch Lovink beschäftigte das Verhältnis von Medienwissenschaft, Universität und Zeit: »Der Zeithorizont akademischer Forschung ist so langfristig und immer noch so sehr auf die Produktion von Büchern fixiert, dass es immer weniger Raum für Interventionen in Echtzeit gibt – von geisteswissenschaftlichen Beiträgen zur Zukunft von Technik und Gesellschaft ganz zu schweigen.«⁶ Für ihn sollte Medienforschung nicht der Universität vorbehalten sein, sondern durch Kulturarbeit akademische Grenzen überschreiten.

Die Medienwissenschaften zwischen Studiengang und Projektemacherei: Das traf auch auf die Situation an der Universität Basel Ende der 1990er Jahre zu. Bevor der Philosoph Georg Christoph Tholen 2001 die erste »Medienprofessur« antrat, übten sich engagierte Student*innen des Deutschen Seminars in Medienreflexivität, die sie in Forschung und Lehre der Universität vermissten. Ihr *Projekt Wahrnehmung* hatte zwar keine Fachgründung im Sinn, doch gewinnt man aus heutiger Sicht den Eindruck, dass sie ihr in Basel durchaus vorfühlten. Die Student*innen machten von ihrer akademischen *agency* Gebrauch und verstanden sich zugleich als universitäre Intervention. Es ging ihnen darum, so der Mitinitiant und Literaturwissenschaftler Sandro Zanetti, »einen Ausbruch aus dem universitären Elfenbeinturm zu wagen und gleichzeitig eine Reflexion über die Funktion einer Universität in der heutigen Medienlandschaft in Gang zu setzen.«⁷

Die Geschichte des *Projekt Wahrnehmung* ist nicht zuletzt durch dessen Teilnehmer*innen gut dokumentiert und soll an dieser Stelle keineswegs nacherzählt werden. Der Rückblick erlaubt es aber, die theoretischen Gründungsnarrative, wie zum Beispiel auch Ulrike Bergermanns Beschreibung der frühen Medienwissenschaft als »leeres Fach« ohne eigenen Gegenstand oder klare Disziplingrenzen,⁸ anhand der studentischen Initiative zu konkretisieren. Auf diese Weise kontextualisiert der Artikel die kultur- und medienwissenschaftlichen Gründungsdiskurse »um 2000« anhand des Basler Beispiels und fragt nach hochschulpolitischen Hintergründen: Die Etablierung der Medienwissenschaft wird dann nicht mehr auf rein diskursiver Ebene verhandelt, sondern aus Sicht der Organisation und Programmierung von Universität zwischen Berufungskommissionen und Bologna-Reformen, Schwerpunktstrategien und Student*innen.

Das Projekt Wahrnehmung

»Wie verändert sich Wahrnehmung, und was heisst Wahrnehmen im Zeitalter von Cyberspace?«, fragten im Frühjahr 1997 die drei angehenden Germanistinnen Jana Ulmann, Brigitte Häring und Natalie Schweizer in der *Unabhängigen Studentinnenzeitung* der Universität Basel: »Neue Medien« wie Computer, Internet und Virtuelle Realität »provozieren neue Verhaltens- und Umgangsstrategien, sowohl bei Individuen als auch bei den massgeblichen Instanzen einer Gesellschaft«, heisst es in dem »Das Projekt Wahrnehmung« betitelten Text weiter.⁹ Dem Artikel gingen zahlreiche WG-Abende voraus, auf denen diskutiert und konzipiert wurde, wie sich diesen Entwicklungen im Rahmen der Universität angemessen gewidmet werden könnte. Die Lösung: Ein eigenes Programm zusammenstellen und selbst mitbestimmen, was in der Lehre vermittelt wird. Ihre Arbeitsgruppe »Blickwinkel«, so der Artikel weiter, freute sich dementsprechend über Interessierte, die mit ihnen gemeinsam film- und medienwissenschaftliche Podiumsgespräche planen würden, »zu denen Koryphäen aus dem In- und Ausland eingeladen werden.«¹⁰ Den drei Studentinnen schlossen sich schliesslich mit Pat Kalt und Sandro Zanetti zwei Kommilitonen vom Deutschen Seminar an [Abb. 1]. Motiviert von der »Lust, ein eigenes interdisziplinäres Programm zu gestalten«, und vom »Überdruß an hierarchischen universitären Strukturen«, wie es 2004 eine Dokumentation des *Projekt Wahrnehmung* zusammenfasste, hatten sie sich durch ihre Initiative mehr studentische Mitsprache und einen grösseren Aktualitätsbezug an der Universität erhofft.¹¹



Abb. 1: Das »Pflänzchen« »Projekt Wahrnehmung« begiessen: Sandro Zanetti (mit Giesskanne), Pat Kalt, Jana Ulmann, Brigitte Häring und Natalie Schweizer (v.l.n.r.) auf der Dachterrasse des Deutschen Seminars der Universität Basel.

Kultur- und medienwissenschaftliche Zugänge leisteten in der Zeit um das Millennium genau das: Sie versprachen einen technischen Anschluss an den Mediengebrauch der Gesellschaft, eine Diskussionsebene für Themen der Gegenwart und fächerübergreifende Theorien. Für die Basler Student*innen war mit dem Kanon der Geistes- und Sozialwissenschaften allein das Verhältnis von Medien und Wahrnehmung nicht (mehr) adäquat zu erfassen. Laut Zanetti wünschten sie sich neue Heuristiken, Gegenstände und Methoden. Vor allem aber fragten sie sich dabei: Für wen ist die Universität überhaupt da, wem soll die Lehre eigentlich dienen und wer darf über ihre Inhalte (mit)entscheiden? Die selbstbewusste Antwort lautete: Wer, wenn nicht wir, die Studentinnen und Studenten selbst.

Für die Akteur*innen des *Projekt Wahrnehmung* war es unabdingbar, dass sich mit den durch Computer und Internet verändernden Mediengebrauchs- und Wahrnehmungsweisen auch das akademische Curriculum anpassen musste. Ein Programmheft gibt detailliert Auskunft über ihre Aktivitäten im Frühjahrsemester 1998: Die Gruppe stellte Lehrveranstaltungen aus verschiedenen Fächern mit Bezug zu Wahrnehmungsfragen (Geschichte, Philosophie, Natur- und Sprachwissenschaften) zusammen, organisierte öffentliche Abendvorträge und veranstaltete ein Abschluss-symposium, auf dem »internationale Fachleute Vorträge halten, die sich mit einem spezifischen Aspekt der Wahrnehmung, den unterschiedlichen Wahrnehmungskonzepten der sogenannten »alten« und »neuen« Medien, beschäftigen.«¹² Es war ihnen wichtig, mit ihrem Projekt »nicht einen bestimmten Veranstaltungstypus zu wählen, sondern verschiedene Plattformen zu schaffen, die es ermöglichen sollten, dieses riesige Themenfeld »Wahrnehmung« wenn schon nicht abzudecken, so zumindest doch anzudeuten.«¹³ Ein Blick in dieses Semesterprogramm zeigt, dass für die Projektmacher*innen Wahrnehmung kein Problem der Publizistik war, sondern die grundsätzliche Frage nach der Medialität von Wirklichkeit implizierte, wie sie in der Schweizer Hochschullandschaft zu dieser Zeit noch vor allem an Orten wie der heutigen Zürcher Hochschule der Künste und in Buchreihen wie den »Interventionen« aufgeworfen wurde. Dem diskursiven, historischen und theoretischen Wahrnehmungsbegriff der Organisator*innen entsprechend, finden sich in der Broschüre unter anderem Seminare zur »Fremd- und Eigenwahrnehmung der Schweiz« nach 1945 (Regina Wecker) und zur »Wahrnehmung des Fremden« im Spätmittelalter (Rüdiger Schnell), eine Übung mit »Deleuze-Lektüren« (Martin Stingelin) sowie ein Vortrag über »Gewaltwahrnehmung und Medien« (Valentin Groebner). Neben diesem redaktionellen Eingriff ins Vorlesungsverzeichnis durch die Kompilation und das Kuratieren fächerübergreifender Lehrveranstaltungen organisierte die Projektgruppe auch ein umfassendes Begleitprogramm, das mit einer Filmreihe im Stadtkino, einer Ausstellung im Kantonsmuseum Baselland und einer Performance im Deutschen Seminar an verschiedenen Orten »Wahrnehmung« thematisierte. Ihre Arbeit beschränkte sich folglich nicht auf den Rahmen der Universität, sondern bezog den Raum der Öffentlichkeit mit ein.



Abb. 2: Eines der Schönsten Schweizer Bücher 2004: Die Dokumentation des Symposiums »Buchstaben, Bilder, Bytes« - herausgegeben von fünf Student*innen der Universität Basel.

Den das Projekt abschliessenden Höhepunkt stellte das Symposium »Von Buchstaben, Bildern und Bytes« dar. Renommierete Forscher*innen aus der Schweiz und dem europäischen Ausland folgten der Einladung der fünf Student*innen, um in der von ihnen gemieteten Kulturwerkstatt Kaserne am 12. und 13. Juni 1998 über Themen wie die »Bewegungswahrnehmung und Programmrezeption in Film und Fernsehen« (Knut Hickethier), die »Augenmetapher der Fotografie« (Herta Wolf) oder die Entstehung einer »Public Digital Culture« in Amsterdam (Geert Lovink) zu diskutieren. Ein genaues Bild dieser Veranstaltung vermittelt die 2004 als eines der »Schönsten Schweizer Bücher« ausgezeichnete Dokumentation *Buchstaben, Bilder, Bytes* [Abb. 2, 3]. Deren Einleitung fasst noch einmal das inhaltliche und hochschulpolitische Anliegen der studentischen Initiative zusammen: »Das Projekt wollte den breit geführten Disput rund um das Verhältnis von alten und neuen Medien [...] aufgreifen und den entsprechenden Fragen in einem eigens dafür entworfenen Rahmen weiter nachspüren.«¹⁴

Was *Buchstaben, Bilder, Bytes* nicht dokumentiert, findet sich heute in Klarsichtfolien bei Sandro Zanetti: Die abgehefteten Anschreiben, Broschüren, Rechnungen sowie Programme und Planungsunterlagen für Seminare und Podien legen ein eindrückliches Zeugnis von einem Wissenschaftsmanagement ab, das Ende der 1990er Jahre und damit unmittelbar vor den Hochschulreformen rund um Bologna (noch) keine Selbstverständlichkeit im Universitätsalltag gewesen ist – schon gar nicht für Student*innen. Die brieflichen Absagen Jacques Derridas und Paul Virilios, die sich ebenfalls in dem Konvolut finden, erzählen von den grossen

Ambitionen des Vorhabens und dem selbstbewussten Auftreten der studentischen Projektmacher*innen, die sich neben Seminaren und Vorlesungen mit Antragsschreiben, Publikationsfragen und Teilnehmer*innenakquise auseinandersetzten. Welche Rolle spielte bei ihrem Engagement die Universität? In der Danksagung des Projekts taucht sie vor allem als Geldgeberin auf: etwa in Form des Deutschen Seminars, des Departements für Geistes- und Kulturwissenschaften oder studentischen Körperschaften, wo sie mangels alternativer Initiativen offene Türen einrannten. Doch was war mit der Medienwissenschaft, die doch eigentlich erster Ansprech- und Kooperationspartner für das Thema »Wahrnehmung« hätte sein müssen?



Abb. 3: Das Symposium am 12. und 13. Juni 1998 in der Basler Kaserne, dokumentiert von Claudia Baulesch. Rechts oben im Bild: Friedrich Kittler.

Medienwissenschaftsprovisorium

Ulrich Saxer, Gründungspräsident der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft, stellte 1984 der akademischen Auseinandersetzung mit Medien an Schweizer Hochschulen ein bescheidenes Zeugnis aus: Als Wissenschaften seien die Bereiche Kommunikation und Medien »nicht ausreichend entwickelt« und dringend auszubauen, »werden doch die zu erwartenden Neuerungen nicht nur die Arbeit der in den Medien Tätigen völlig verändern, sondern könnten auch unsere gewohnte Existenzweise grundlegend beeinflussen«.¹⁵ 1994, zehn Jahre nach diesem ersten Entwicklungsbericht, stellte Saxer eine »Zweiteilung in primär sozialwissenschaftlich orientierte Publizistikwissenschaft, die besonders stark an der Analyse politischer

Kommunikation interessiert ist, und vornehmlich geisteswissenschaftlich verfahrenender, kulturorientierter Medienwissenschaft« fest.¹⁶ Ein Forschungstrend, der sich auch am Beispiel der Universität Basel nachvollziehen lässt.

Erste Versuche, ein medienwissenschaftliches Curriculum an der Universität Basel aufzubauen, reichen bis in die 1980er Jahre zurück. Diese »Medienwissenschaften« standen aber noch ganz im Zeichen einer an Meinungsforschung und Statistik orientierten Publizistik, wie sie schon in Bern und Zürich bestand. Sie sollte den angehenden Geistes- und Sozialwissenschaftler*innen in erster Linie Medienpraxis vermitteln. Im April 1986 stellte Heinrich Löffler, Professor für Deutsche Philologie und Programmleiter, den neu eingerichteten Studiengang vor. Das Ausbildungsziel: ein »Journalist mit akademischem Abschluss«, der nicht nur an der Universität, sondern auch in den Massenmedien – an denen es, laut Studiengangsbeschreibung, in der »Medienstadt Basel« damals angeblich kaum mangelte – einsetzbar wäre.¹⁷ Dass sich diese Medienwissenschaften trotz regem Interesse vonseiten der Student*innen nicht etablieren konnten, lag vor allem an deren fehlender Abgrenzung zu anderen Fächern: Es gab kein klares Konzept, wie das gleich im ersten Probejahr der Studienrichtung erscheinende »Memorandum« einer »Studentischen Arbeitsgruppe Medienwissenschaft« nahelegt [Abb. 4]. In ihrem Namen schrieb der damalige Medienstudent Christian Mensch, heute Journalist für Basler und Schweizer Medien: »Wir glauben, dass bei der gegenwärtigen Konzeption der Studienrichtung der Abschluss des Studiums mit medienwissenschaftlichem Schwerpunkt die Jobchancen im Medienbereich nicht wesentlich erhöht.«¹⁸ Als einen zentralen Grund für die Unzufriedenheit der Arbeitsgruppe mit dem Programm führte Mensch die »uneinsichtige« Auswahl der aus Germanistik und Geschichte, Soziologie und Sprachwissenschaften zusammengestellten Lehrveranstaltungen an: So gehörte zum Beispiel eine »Einführung in die moderne Geschichte« zum Angebot für Student*innen der Medienwissenschaften, »ein Seminar über die Dramaturgie des 20. Jahrhunderts« hingegen nicht.

Doch das Programm hielt auch »fachspezifische« Lehrveranstaltungen bereit: eine praktische Einführung in die »Video-Arbeit« sowie »Übungen zur Radiokommunikation« etwa. Mit Friedrich Kittler (1943–2011) taucht im Vorlesungsverzeichnis schliesslich auch ein aus heutiger Perspektive über die Grenzen des Fachs hinaus bekannter Name auf: Kurz nach der Annahme seiner heftig umstrittenen Habilitation *Aufschreibesysteme 1800/1900* durch das Germanistische Seminar der Universität Freiburg – im Rückblick noch so ein Meilenstein in den Gründungsdiskursen der deutschen Medienwissenschaften – hielt er in Basel im Sommersemester 1986 eine Vorlesung zum Verhältnis von »Radio und Literatur«.¹⁹ Die Präsenz von Kittler legt nahe, dass sich die Medienwissenschaften in Basel von Anfang an trotz ihrer »quantitativen«, den Massenmedien zugewandten Forschung gegenüber einer technisch interessierten, »qualitativ« ausgerichteten Methodik, für die sich die Begriffe der Kulturwissenschaft und der Kulturtechnik durchsetzen sollten, nicht versperrten.

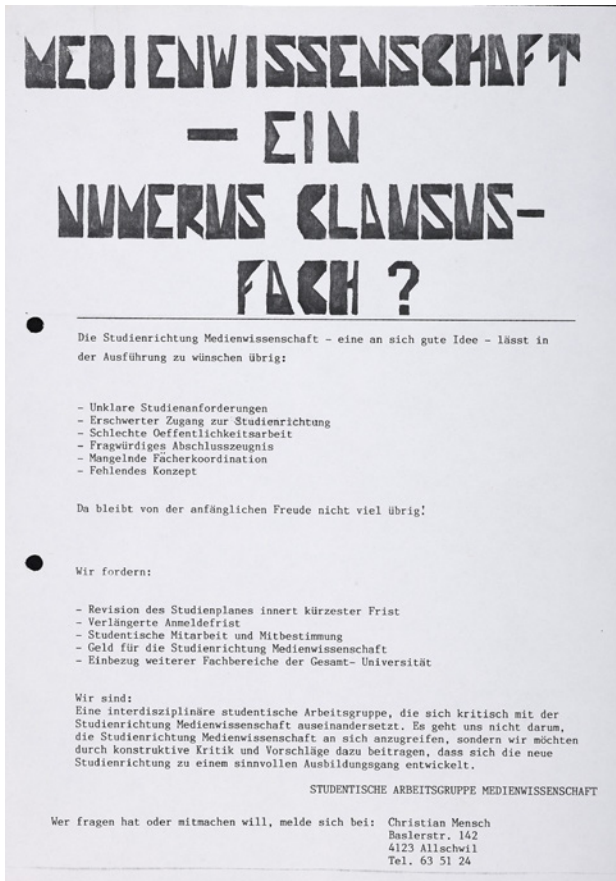


Abb. 4: »Studienrichtung Medienwissenschaft«: Eine gute, aber schlecht umgesetzte Idee - geht es nach ihren Student*innen in den 1980er Jahren.

1995 erlangten die Medienwissenschaften den Status eines Nebenfachs. Doch das Engagement der Professoren Roger Blum und Klaus Schrape, die für das Programm Lehraufträge erteilten, konnte die personell und finanziell beschränkten Mittel nicht ausgleichen. Daher war die Auseinandersetzung mit Medien in Basel weiterhin ein Provisorium ohne feste Strukturen oder fachliche Anbindung innerhalb der Universität, als die Student*innen des *Projekt Wahrnehmung* ihre Arbeit aufnahmen. Doch war ein Anfang gemacht, von dem auch das Projekt profitieren konnte: Martin Stingelin, damals Assistent am Deutschen Seminar, verwies auf diese Fachgeschichte, als er Kittler für das Projekt kontaktierte, und erinnerte ihn an dessen letzten Besuch in Basel 1986, der die Philosophisch-Historische Fakultät offenbar nachhaltig beschäftigt hatte:

»Lieber Friedrich,

Seit Du uns [...] während Deines Basler Gastsemesters über das Hörspiel unterrichtet hast, ist durch Deine Denkanstöße viel Bewegung in die Basler Germanistik gekommen. Schon steht die jüngste Generation von Studentinnen und Studenten an, uns

abzulösen. Ausdruck dieses sehr belebenden Überschwangs ist die beiliegende Einladung zum Symposium ›Von Buchstaben, Bildern und Bytes. Medien gestern, heute und morgen‹, das am 12. und 13. Juni 1998 hier stattfinden wird; die Programmskizze spricht für sich. Komm doch bitte.«²⁰

Buchstaben, Bilder, Bytes. Oder: Kittler in der Kaserne

Es war vor allem die von Kittler provokativ vorgetragene »Austreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften«, die das Interesse der Basler Student*innen weckte.²¹ Schliesslich sorgte gerade auch diese Rhetorik dafür, dass sich im deutschsprachigen Raum die Bedingungen für medienwissenschaftliches Denken in der Zwischenzeit geändert hatten. Nicht mehr vom Journalismus oder von Medienwirkung war hier die Rede, sondern von Apparaten und »Aufschreibesystemen«; von Medialität, Technik, Wahrnehmung. Das war am Symposium alleine schon dem Titel von Kittlers Beitrag, der eine »halbtechnische Einführung« in die Computergraphik versprach, zu entnehmen.²² Der detail- und voraussetzungsreiche Vortrag zeigt exemplarisch, warum Kittler nicht erst im Rückblick auch als »der Schwierige« galt.²³ Wie selbstverständlich kombinierte Kittler Kommentare zu zeitgenössischen Software-Entwicklungen und informatischen Fachjargon mit der kunstwissenschaftlichen Frage nach dem »Wassein« von Bildern und einem Exkurs zu Descartes' philosophischer Methode: Es ist fraglich, ob am Ende seiner ausufernden Ausführungen das Basler Publikum noch zwischen Anmerkung und Argument unterscheiden konnte. Vermutlich war aber auch genau das der Punkt: Es ging nun weniger um Hermeneutik und Verstehen als vielmehr um Theorie und Öffnung.

Kittlers Input griff im Prinzip seinen Berliner Vorlesungen, die wenige Jahre später unter dem Titel *Genealogie der optischen Medien* als Merve-Bändchen erschienen, voraus.²⁴ Dass seine »halbtechnische Wissensprosa« und der ihr zugrundeliegende medienwissenschaftliche Ansatz, die philologische Praxis um die Auseinandersetzung mit den materiellen Bedingungen von geistiger Arbeit zu erweitern, nicht in jedem Deutschen Seminar positiv aufgenommen wurde, verdeutlicht eine zeitgenössische Polemik im *Mercur*. Für den Germanisten Friedrich Vollhardt waren die neuen *Studies* der Kultur- und Medienwissenschaft insgesamt schon alleine wegen ihrer methodischen Beliebig- und Kontextlosigkeit, die sie von sprachlicher Genauigkeit oder historischer Archivarbeit zu befreien schienen, zu unverbindlich und lediglich ein mit kunsthistorischen und literarischen Referenzen ausgestattetes »Entertainment«.²⁵ Er klagte ferner, dass sich die jüngeren Disziplinen im Gegensatz zur geisteswissenschaftlichen Tradition an den Universitäten institutionell verankern konnten, ohne »eine lange Formationsphase mit eingehender

Begründung und klarer Abgrenzung ihrer Gegenstandsbereiche und Verfahrensweisen zu durchlaufen.«²⁶ Trotz oder gerade wegen solcher akademischen Grabenkämpfe und methodischen Einwände war Kittler, als er 1998 in Basel vortrug, schon dabei, sich in den zeitgenössischen Kanon eines narrativen und technischen Verständnisses von Medien einzuschreiben, wie sich an seiner Aufnahme in das *Kursbuch Medienkultur* zeigt.²⁷

Wenn auch das ›Kittlerdeutsch‹ nicht überall gleichermassen gerne gelesen wurde, so traf seine Forderung einer Analyse von ›Medialität‹ wie im Vorwort zu *Grammophon, Film, Typewriter* offenbar einen Nerv: »Medien bestimmen unsere Lage, die trotzdem (oder gerade deshalb) eine Beschreibung verdient.«²⁸ Die Auseinandersetzung mit Medien versprach einen Bezug zur eigenen Gegenwart, wie ihn sich ja auch die studentischen Organisator*innen des Symposiums in Basel versprochen hatten. Von einer »Tyrannei der Medien«, wie sie Friedrich Balke »in den Seminaren und auf den Kongressen, in den wissenschaftlichen Publikationen, ebenso wie in den Feuilletons«,²⁹ kurz: in den akademischen Debatten in Deutschland ausmachte, konnte in der Schweizer Hochschullandschaft kurz vor der Jahrtausendwende allerdings keine Rede sein. Das lag nicht zuletzt daran, dass es weder ein Institut noch ein Seminar gab, das sich aus einem kulturwissenschaftlichen Interesse heraus mit der Geschichte und Theorie der Medien auseinandersetzte. Das war in Deutschland bis in die 1990er Jahre hinein aber nicht anders, wie Kittler 2000 in einem Interview bereitwillig berichtete:

»Als die Humboldt-Universität unmittelbar nach der Wende bei Thomas Macho, bei anderen und bei mir anfragte, ob wir Lust hätten, diese neue Kulturwissenschaft aufzubauen, bekamen wir das Angebot, unsere Stellen freiweg zu definieren. Ohne dass wir uns erneut habilitiert hätten, rutschten wir ganz einfach in die Kulturwissenschaft. Ich habe dann den Wunsch nach einer Professur für die *Geschichte der Medien* geäußert, die [...] zu *Geschichte und Ästhetik der Medien* umbenannt wurde. Der Glücksfall ist schlicht eingetreten: Ich habe eine Geschichte der Medien geschenkt bekommen, an deren Erfindung ich selbst mitgebastelt habe, und plötzlich konnte ich meinen Beruf wechseln.«³⁰

In einer »Professur für Geschichte und Ästhetik der Medien« mündete die Arbeit des *Projekt Wahrnehmung* zwar nicht. Doch stiess es einen Diskurs an, der sich über den Abschluss seines Symposiums fortsetzte und fortan Berufungskommissionen und Dekane beschäftigte: Wie lässt sich eine Reflexion über Medien, in der ›Medien‹ nicht schon vorausgesetzt, sondern Gegenstand der Untersuchung selbst sind, in den Lehrplan der Universität integrieren und dem ›neuen‹ geisteswissenschaftlichen Grundbegriff »Kultur« Rechnung tragen? Die Frage nach dem Umgang mit Neuen Medien und ihrem Einfluss auf den Fächerkanon der Universität, wie ihn das studentische Projekt anhand von Theorien und Praktiken der

»Wahrnehmung« stellte, sind die textbasierten Geistes- und Sozialwissenschaften in den letzten Jahrzehnten jedenfalls nicht mehr losgeworden, wie nicht zuletzt die aktuellen Debatten um die Digital Humanities und ihren Einfluss auf die Literaturwissenschaften bezeugen: »Eine Disziplin, die ›Literatur‹ im Namen trägt, muss sich fragen, was das ist und wen es noch interessiert. Der Status ihrer Medien steht in Frage. Wenn es nicht mehr um Bücher geht, kann dies auch durch die elaborierteste Texttheorie nicht einfach aufgefangen werden.«³¹

Von der Kommunikations- zur Kulturwissenschaft – und zurück?

»Angefangen hat es vielversprechend: In einem Grundsatzpapier der Philosophisch-Historischen Fakultät von 1999 wurde ein modernes Hauptfach entworfen, welches die Geschichte und Zukunft der Medien untersuchen sollte. Kritische Reflexion also, angesiedelt im Makroschwerpunkt Kultur.«³²

Am 19. Januar 2001 stiess die Universität Basel, so der damalige Rektor Ulrich Gähler auf einer Medienkonferenz, in »zukunftsgerichtete Unterrichts- und Forschungsfelder vor, die bisher nicht oder zumindest nicht auf dem Niveau einer Professur abgedeckt waren.«³³ Ihr »Aufbruch in die Autonomie« eröffnete der Schweizer Hochschule seit 1996 nicht nur zusätzliche Einnahmequellen und das Versprechen höherer Effizienz im Stile des New Public Management, sondern auch inhaltliche Handlungsspielräume.³⁴ Von dieser neuen Programmatik und Professionalität an der Universität Basel zeugt auch die Medienkonferenz, auf der Gähler die neuen Professor*innen vorstellte, deren Fachgebiete »ausgesprochene Netzwerkfunktionen« hatten und »stark auf Kooperation und Kommunikation« inner- und ausserhalb der Universität setzten.³⁵ Unter ihnen: Andrea Maihofer als »ausserordentliche« Professorin für Gender Studies und der erste Basler »Ordinarius« für Medienwissenschaften, Georg Christoph Tholen [Abb. 5]. Neben der Geschlechter- und Wissenschaftsforschung (sowie den African Studies ab 2002/03), versprach sich die Universität Basel zu Beginn des 21. Jahrhunderts gerade von den Neuen Medien und ihrer Analyse den Anschluss an die Gesellschaft zu finden. Ein »Makroschwerpunkt Kultur« sollte den Fächerkanon der Philosophisch-Historischen Fakultät ausbauen und das Curriculum modernisieren. Ein wichtiger Schritt zu dessen Konkretisierung: das neu eingerichtete und von Tholen geleitete Institut für Medienwissenschaften, das dem Fach aus seinem Schattendasein im Lehrplan verhelfen sollte. Tholens Bestreben, mit städtischen Institutionen, wie in Basel schon bald mit dem Forum für Neue Medien, dem Viper-Festival und der Hochschule für Gestaltung und Kunst, zu kooperieren und ein über die Fachgrenzen hinausreichendes Netzwerk für die Hochschule zu aktivieren, passte zur neuen Arbeits- und Organisationsweise der Universität.

Uni: Der Medienzug ist ins Stocken geraten

Probleme beim Aufbau des Medienwissenschaftlichen Instituts der Universität Basel: Zu hohe Studentenzahlen überfordern die Institutsleitung, die nun Sukkurs erhält durch das Dekanat der Phil.-I-Fakultät. Neuer Institutsvorsteher wird Prodekan Achatz von Müller.



Viel versprechender Anfang. Georg Christoph Tholen wurde im Januar 2001 von Uni-Rektor Ulrich Gähler und dem damaligen Dekan der Phil.-I-Fakultät, dem Historiker Martin Schaffner, den Medien vorgestellt (v.l.n.r.). Foto Armbruster

Abb. 5: Medienwissenschaftler Georg Christoph Tholen (links) auf einer Medienkonferenz der Universität Basel, 2001.

Die Frage nach der Integration neuer Fächer wie der Medienwissenschaft stellte sich um 2000 jedoch auch vor dem Hintergrund der Bildungsreformen von Bologna. Wie die Basler Zeitung zum Semesterende 2002 berichtete, lehnte der Universitätsrat, die oberste Behörde der Hochschule, den von Tholen verantworteten Lehrplan zur Überraschung der Verantwortlichen ab. Für den Unirat »sei das eingereichte Curriculum inhaltlich zu unpräzise und sehr allgemein formuliert gewesen. Zum anderen orientiere es sich an der alten Lizentiatsordnung. Der Unirat vertritt aber den Standpunkt, dass alle neuen Fächer dem Bologna-System entsprechen müssen.«³⁶ Die Medienwissenschaften sollten in Basel also gleich nach den 1999 von den EU-Erziehungsministern beschlossenen Richtlinien entwickelt werden. Damit stellten sich dem Fach ganz neue administrative und strategische Herausforderungen, wie der damalige Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel, Achatz von Müller, erklärte:

»Das neue System will gestufte und geordnete Studiengänge, was für die Phil.-I.-Fakultät Probleme mit sich bringt. Das Lernziel der Selbstverantwortung lässt sich damit nicht in Einklang bringen. Während die Studierenden in einem Studium nach der alten Lizentiatsordnung ihre Fächer sehr frei kombinieren und auch sehr schnell Korrekturen anbringen können, werden sie in Zukunft Lerneinheiten studieren. Wir müssen dafür curriculare Sequenzen entwickeln. Kurz: Wir können nicht das alte ins neue System überführen wie die Juristen, Psychologen und Naturwissenschaftler, sondern müssen das Phil.-I-Studium neu erfinden.«³⁷

Mit Tholen als erstem Professor des Fachs sollte die Basler Medienwissenschaft ein eigenständiges Profil erhalten, nachdem sie über ein Jahrzehnt zwischen allen (Lehr-)Stühlen sass. Entsprechend gross war

das Medieninteresse nach Tholens Berufung. Direkt im Januar 2001 titelte zum Beispiel die *Basler Zeitung* auffallend dramatisch:

»Medienwissenschaft: Steht eine Zäsur bevor?«, und stellte den neuen Medienprofessor als Kenner der »neueren französischen Philosophie« um Derrida, Foucault und Lacan, sprich: als Kontrastprogramm zur bis dahin weniger diskursiven Ausrichtung der Disziplin in Basel, vor: »Dass Tholen von der klassischen, eher sozialwissenschaftlichen und pragmatisch orientierten Publizistik herkommt, kann man unter diesen Umständen nicht behaupten.«³⁸ Nicht nur die Umstellung auf die Bologna-Universität, auch die Ausrichtung des Fachs erschien manchen gewöhnungsbedürftig.

Der promovierte Philosoph wählte »als Leitmotiv für die zukünftige Profilbildung der Baseler Medienwissenschaft einen emblematischen Satz von Walter Benjamin« – die auch im Programm des *Projekt Wahrnehmung* zitierte Passage aus *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit* von 1936: »Innerhalb großer geschichtlicher Zeiträume verändert sich mit der gesamten Daseinsweise der historischen Kollektiva auch ihre Wahrnehmung [...]. Das Medium, indem diese erfolgt, ist nicht nur natürlich, sondern auch geschichtlich bedingt.«³⁹ Im Begriff der Wahrnehmung und der Forderung nach dessen historischer und künstlerischer Analyse sowie in Tholens Verständnis der Medien- als Projektwissenschaft lässt sich eine Verbindung zwischen dem ›Ordinarius‹ und der studentischen Initiative herstellen.

Die Neuausrichtung des Fachs zur Kulturwissenschaft, für die Tholen stand, wurde von den Student*innen begrüsst, auch wenn der von ihm angeschlagene, intellektuell-theoretische Ton zeitweise für Irritationen sorgte. Die *Basler Programmzeitung* berichtete: »Die rund 350 KMW-Studierenden haben den neuen Ordinarius in Probevorlesungen als ›etwas abgehoben, doch engagiert-begeistert‹ erlebt.«⁴⁰ Tholen beschrieb seine Position als »phänomenologische Offenheit« und warb für ein dynamisches Denken in Konfigurationen, das er pauschalen und statischen Kulturkritiken entgegensetzte. Doch wenn es ums Lesen ging, zeigte er sich auch selbst einmal von seiner skeptischen Seite: »Die jüngere Generation kennt kaum noch E.T.A. Hoffmanns ›Der Sandmann‹, kennt nicht Marcel Prousts ›Auf der Suche nach der verlorenen Zeit‹, kennt weder Freud noch Luhmann. Auch die Kunst, lange Sätze lesen und denken zu können, hat einfach abgenommen.«⁴¹ Versuche, die Lust an kanonischen Texten wiederherzustellen, blieben nicht aus, überzeugten aber auch nicht restlos, wenn es um die Ausrichtung der Medienwissenschaft ging. Tholen sollte schliesslich einen »Kollegen bekommen, der die empirische Seite des Faches stärker betont«,⁴² um seinen Schwerpunkt Geschichte und Theorie der Medien durch Kommunikation und Mediensoziologie zu ergänzen.

Der Ausbau des »Boombachs« war angesichts der stark gewachsenen Nachfrage »von circa 200 auf 650 Studierende« nicht nur inhaltlich erwünscht, sondern formal notwendig geworden, wie Tholen 2009 betonte.⁴³ Seinem Institut erging es damit ähnlich wie vergleichbaren Programmen in Berlin, Potsdam und Weimar: Es wurde letztlich vom

eigenen Erfolg – wie er sich etwa in den positiven Würdigungen, die das »Baseler Profil« in »Zukunftskommissionen« in Deutschland und der Schweiz erfuhr, ausdrückte – eingeholt. Die an der Universität Basel vom Projekt Wahrnehmung gestartete und an Tholens Institut aufgegriffene Suche nach geeigneten Formen, Neue Medien in das Curriculum zu integrieren und eine über den Hörsaal hinausreichende Öffentlichkeits- und Projektarbeit auf die akademische Agenda der Geisteswissenschaften zu setzen, gewann vor dem Hintergrund dieses Erfolgs an Relevanz.

Joshua Klein studierte Geschichte und Medienwissenschaft in Basel und Potsdam.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Privataarchiv Sandro Zanetti.

Abb. 2: Bundesamt für Kultur, Schönste Schweizer Bücher 2004 © Raphael Hefti.

Abb. 3: Joshua Klein. Eigene Aufnahme.

Abb. 4: Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 16a 8-1 (1) 3.

Abb. 5: *Basler Zeitung* vom 16. Januar 2003.

Literatur

- 1 Georg Christoph Tholen: »Medienwissenschaft als Kulturwissenschaft. Zur Genese und Geltung eines transdisziplinären Paradigmas«, in: *LiLi. Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik* 132 (2003), S. 35–48, hier S. 37, Hervorhebung im Original.
- 2 Vgl. Joachim Paech: »Die Erfindung der Medienwissenschaft. Ein Erfahrungsbericht aus den 1970er Jahren«, in: Claus Pias (Hg.): *Was waren Medien?*, Zürich: Diaphanes (2011), S. 31–56.
- 3 Vgl. Friedrich Knilli: »Wie aus den Medien eine Wissenschaft wurde. Exposé für eine soziobiographische Fachgeschichte«, in: *MEDIENwissenschaft* 1 (2003), S. 17–20.
- 4 Thomas Macho zit. nach Claus Pias: »Was waren Medien-Wissenschaften? Stichworte zu einer Standortbestimmung«, in: Ders. (Hg.): *Was waren Medien?*, Zürich: Diaphanes (2011), S. 7–30, hier S. 7.
- 5 Geert Lovink: »Medienwissenschaften. Diagnose einer gescheiterten Fusion«, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 4 (2011), S. 159–176, hier S. 159.
- 6 Geert Lovink: Medienwissenschaften. Diagnose einer gescheiterten Fusion, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 4 (2011), S. 159–176, hier S. 166.
- 7 Sandro Zanetti: »Die heimlichen Drahtzieher«. Unveröffentlichter Artikel für die Zeitschrift *Grauzone*. Sein Fazit: »Man darf sagen, daß dieses Experiment geglückt ist, und es bleibt die Hoffnung, daß es in irgendeiner Form auch weitergeführt und weitergetragen wird, sei es in Basel oder an anderen Universitäten und Institutionen.« (Aus dem Privataarchiv Sandro Zanetti.)
- 8 Ulrike Bergermann: *Leere Fächer. Gründungsdiskurse in Kybernetik und Medienwissenschaft*, Münster: Lit Verlag (2015).
- 9 Brigitte Häring, Natalie Schweizer, Jana Ulmann: »Das Projekt Wahrnehmung. Wahrnehmung, Kultur, Wirklichkeit«, in: *GeZetera. Unabhängige Studentinnenzeitung der Universität Basel* 10/2 (1997), S. 26.
- 10 Brigitte Häring, Natalie Schweizer, Jana Ulmann: »Das Projekt Wahrnehmung. Wahrnehmung, Kultur, Wirklichkeit«, in: *GeZetera. Unabhängige Studentinnenzeitung der Universität Basel* 10/2 (1997), S. 26.
- 11 Das Projekt Wahrnehmung: »Vorwort«, in: dies. (Hg.): *Buchstaben, Bilder, Bytes*, Norderstedt: Books on Demand (2004), S. 7.
- 12 Programmbroschüre des »Projekt Wahrnehmung«, Basel 1998, S. 1. (Aus dem Privataarchiv Sandro Zanetti.)
- 13 Programmbroschüre des »Projekt Wahrnehmung«, Basel 1998, S. 1. (Aus dem Privataarchiv Sandro Zanetti.)
- 14 Das Projekt Wahrnehmung: »Vorwort«, in: dies. (Hg.): *Buchstaben, Bilder, Bytes*, Norderstedt: Books on Demand (2004), S. 7.
- 15 Ulrich Saxer: »Gedanken zum Stand der Kommunikations- und Medienwissenschaft in der Schweiz«, in: *Bulletin. Kommunikationswissenschaft* 1 (1984), S. 4.

- 16 Ulrich Saxer: »Kommunikations-/Medien-/Publizistikwissenschaft. State of the Art«, in: *Medienwissenschaft Schweiz* 2 (1994), S. 40.
- 17 Heinrich Löffler: »Der Journalist mit akademischem Abschluss. Vorstellung eines Modells«, Einführungen, Blockveranstaltungen 1986–1987, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 16a 8-1 (1) 1. Zur »Medienstadt« siehe Markus Kuttler: *Medienstadt Basel?*, Basel: Kirschgarten-Druckerei (1985).
- 18 Studentische Arbeitsgruppe Medienwissenschaft: »Medienwissenschaft – Ein Numerus Clausus Fach?«, Arbeitsgemeinschaft Medienwissenschaften 1985–1987, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 16a 8-1 (1) 4, S. 2.
- 19 Vgl. »Programm Sommersemester 1986« der Studienrichtung Medienwissenschaften, Programm Medienwissenschaften 1985–1987, Staatsarchiv Basel-Stadt, UNI-REG 16a 8-1 (1) 2.
- 20 Martin Stingelin an Friedrich Kittler, 17. September 1997. (Aus dem Privatarchiv Sandro Zanetti.)
- 21 Vgl. Friedrich Kittler (Hg.): *Austreibung des Geistes aus den Geisteswissenschaften. Programme des Poststrukturalismus*, Paderborn: Schöningh (1980).
- 22 Friedrich Kittler: »Computergraphik. Eine halbtechnische Einführung«, in: Das Projekt Wahrnehmung (Hg.): *Buchstaben, Bilder, Bytes*, Norderstedt: Books on Demand (2004), S. 47–62.
- 23 Vgl. Geoffrey Winthrop-Young: »Friedrich Kittler. Kultur als Datenverarbeitungsgestell«, in: Stephan Moebius, Dirk Quadflieg (Hg.): *Kultur. Theorien der Gegenwart*, Wiesbaden: Springer (2011), S. 572–579.
- 24 Friedrich Kittler: *Optische Medien. Berliner Vorlesung 1999*, Berlin: Merve (2002).
- 25 Friedrich Vollhardt: »Kittlers Leere. Kulturwissenschaft als Entertainment«, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 628 (2001), S. 711–716, hier S. 711.
- 26 Friedrich Vollhardt: »Kittlers Leere. Kulturwissenschaft als Entertainment«, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 628 (2001), S. 711–716, hier S. 711.
- 27 Claus Pias et al. (Hg.): *Kursbuch Medienkultur. Die maßgeblichen Theorien von Brecht bis Baudrillard*, Stuttgart: DVA (1999).
- 28 Friedrich Kittler: *Grammphon, Film, Typewriter*, Berlin: Brinkman & Bose (1986), S. 3.
- 29 Friedrich Balke: »Die Tyrannei der Medien und die Literatur«, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 613 (2000), S. 450–456, hier S. 450.
- 30 Alessandro Barberi: »Weil das Sein eine Geschichte hat. Ein Gespräch mit Friedrich A. Kittler«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichte* 11/4 (2000), S. 109–123.
- 31 Christoph Möllers: »Disziplinbegrenzung zwischen Historismus und Relevanzbedürfnis«, in: *Deutsche Vierteljahrschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte* 89/4 (2015), S. 485–493, hier S. 485f.
- 32 Georg Christoph Tholen: »Unerwünschter Erfolg? Medienwissenschaft in Basel«, in: *Basler Zeitung* (12. Mai 2009), S. 26.
- 33 Georg Schmidt: »Medien als Thema und Netzwerke als Form«, in: *Basler Zeitung* (27. Januar 2001), S. 27.
- 34 Vgl. hierzu: Universität Basel: »Der Aufbruch in die Autonomie«, <https://unigeschichte.unibas.ch/550-jahre-im-ueberblick/juengste-geschichte-ab-1985/der-aufbruch-in-die-autonomie> (2020).
- 35 Universität Basel: »Der Aufbruch in die Autonomie«, <https://unigeschichte.unibas.ch/550-jahre-im-ueberblick/juengste-geschichte-ab-1985/der-aufbruch-in-die-autonomie> (2020).
- 36 Christoph Heim: »Rote Karte für die Medienwissenschaft«, in: *Basler Zeitung* (3. Mai 2002), S. 25.
- 37 Christoph Heim: »Rote Karte für die Medienwissenschaft«, in: *Basler Zeitung* (3. Mai 2002), S. 25. Die Medienwissenschaft institutionalisierte sich in Basel zu einem Zeitpunkt, als die Universität auf Beschleunigung setzte und bereits ab 2003 Bologna-kompatible Studiengänge vorsah: »Während andere Universitäten wie etwa Zürich sich für eine gemächliche Gangart bei der Umsetzung des neuen Systems entschieden haben, setzte sich 1997 die Universität Basel mit der Hochschule St. Gallen an die Spitze der Modernisierungsbewegung.«
- 38 Georg Schmidt: »Medienwissenschaft: Steht eine Zäsur bevor?«, in: *Basler Zeitung* (15. Januar 2001), S. 21.
- 39 Georg Christoph Tholen: *Perspektiven der Medienwissenschaft an der Universität Basel. Stichworte zur Pressekonferenz am 19. Januar 2001*. Online: <http://gctholen.info/texte/> (20. Februar 2021).
- 40 »Notiz. Institut für Medienwissenschaft« (o.V.), in: *Programmzeitung* 3 (2001), S. 8. Die Abkürzung KMW steht für Kultur- und Medienwissenschaft.
- 41 Georg Christoph Tholen: Die Medien sind die übersehenen Raster der Wahrnehmung (Interview), in: *Basler Zeitung* (31. Mai 2001), S. 45.
- 42 »Ausbau bei den Medienwissenschaften« (o.V.), in: *Basler Zeitung* (3. Dezember 2003), S. 27.
- 43 Vgl. Georg Christoph Tholen: »Unerwünschter Erfolg? Medienwissenschaft in Basel«, in: *Basler Zeitung* (12. Mai 2009), S. 26.

»Fräuleins« und »Schnägglis« im Verbindungswesen: Feministische (Gegen-) Räume an der Universität Basel

1912 und 2020 formieren sich an der Universität Basel zwei Studierendenverbindungen, die nicht dem traditionellen Bild einer Burschenschaft entsprechen. Sie schaffen feministische Gegenräume und bergen das Potenzial, die männlich geprägte Wissenschaft kritisch zu hinterfragen.

»Eine Frau muss Geld und ein eigenes Zimmer haben, um schreiben zu können«, konstatierte Virginia Woolf bereits 1929 in ihrem später zu einem der Leitwerke der feministischen Literatur avancierten Essay *A Room of One's Own*.¹ Das Zimmer steht hier metaphorisch für künstlerische Freiheit und Unabhängigkeit. Gemeint ist ein eigener diskursiver Raum, in dem sich das Denken entfalten kann. Das Einfordern von eigenen Zimmern oder Räumen ist bis heute ein wichtiger Teil feministischer Praxis. Dabei wird nicht nur privater, sondern auch öffentlicher Raum reklamiert. So lässt sich auch an der Universität beobachten, wie marginalisierte Gruppierungen Raum und Teilhabe einfordern. Gegenräume oder *counter-spaces*² bieten eine Alternative zu den existierenden Räumen, welche in aller Regel von den vorherrschenden gesellschaftlichen Normen und Verhaltensweisen dominiert werden. Dagegen sind Gegenräume »Gegenplatzierungen und Widerlager [...] in denen die wirklichen Plätze innerhalb der Kultur gleichzeitig repräsentiert, bestritten und gewendet sind, gewissermaßen Orte außerhalb aller Orte, wiewohl sie tatsächlich geortet werden können.«³ Die gegenkulturellen Räume, wie sie Martina Löw nennt, entstehen durch ein von der Dominanzkultur abweichendes Handeln, das durch Wiederholungen ebenfalls routiniert wird. So können Räume geschaffen werden, die nicht (oder noch nicht) im Einklang mit gesellschaftlichen Strukturen stehen.⁴ Sie bergen das Potenzial, bestehende Räume herauszufordern und kritisch zu hinterfragen. Auch an der Universität Basel entstehen immer wieder solche im Woolf'schen Sinne »eigene Zimmer« oder Gegenräume, die einen Gegenentwurf zur bestehenden Ordnung bieten und damit den Universitätsbetrieb und eingefahrene Strukturen kritisieren.

Die Universität ist ein gutes Beispiel, um die geschlechtliche Prägung von Räumen zu begreifen. Diese manifestiert sich sowohl in physischer als auch sozial-symbolischer Hinsicht und zeigt sich zugespitzt im männlich dominierten Verbindungswesen. Das Ideal der exzellenten Wissenschaftsperson orientiert sich nach wie vor an stereotyp männlichen Eigenschaften. Da deshalb Frauen und Menschen mit queerer Geschlechtsidentität der Zugang zum Raum der Wissenschaft erschwert ist, haben Gruppierungen an der Universität immer wieder nach eigenen, alternativen Räumen und *counter-spaces* gesucht.

Beispielhaft dafür sind die beiden im Folgenden im Zentrum stehenden, von der Norm abweichenden Studierendenverbindungen: Sowohl die 1912 gegründete »Christliche Studentinnenvereinigung« (C.S.V.) als auch die im Rahmen des Feministischen Streiks 2020 entstandene »Socordia« bieten eine Alternative zum männlich geprägten Verbindungswesen und fordern damit nicht nur die Vorstellungen einer traditionellen Studentenverbindung, sondern auch den männlich geprägten Raum der Wissenschaft heraus. Beide eint der Antrieb, sich durch Raumaneignung öffentlich zu positionieren und somit Sichtbarkeit für feministische Anliegen zu schaffen, die sonst im Wissenschaftskosmos unterzugehen drohen. Die »C.S.V.« und die »Socordia« stehen dabei nicht in einem direkten genealogischen Verhältnis. Der Artikel ist viel eher von der heuristischen Annahme geleitet,

dass die Konfrontation beider Vereinigungen in ihrer Unterschiedlichkeit etwas über das je spezifische Verständnis von vergeschlechtlichten Räumen der Universität aussagt. Und damit auch darüber, was es Anfang des 20. Jahrhunderts und 2020 bedeutet(e), Teil einer feministischen Verbindung zu sein.

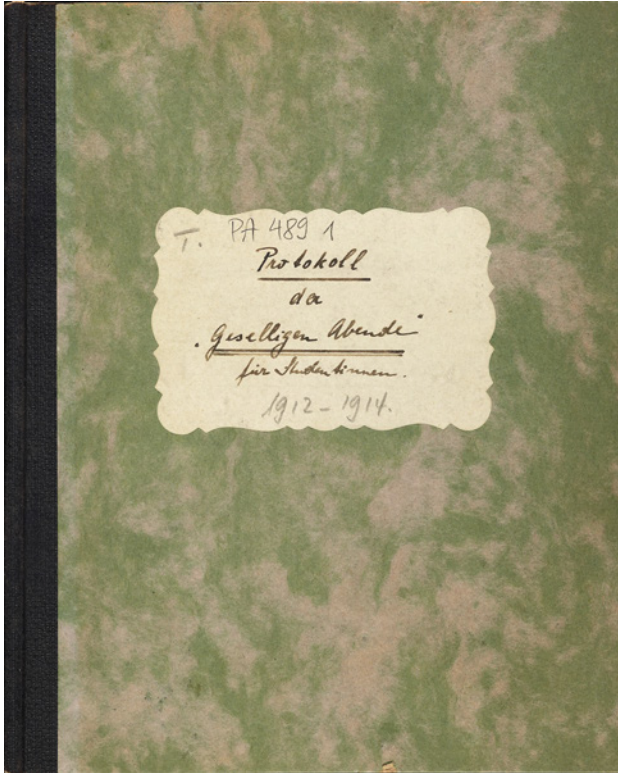


Abb. 1: Protokoll der »Geselligen Abende für Studentinnen«.

Schöne, heile Männerwelt

Dass die Universität als Produkt sozialer Praxis einer patriarchalen Gesellschaft einen Raum (re)produziert, der klar männlich geprägt ist, mag heute nicht mehr überraschen. Die sozialen Interaktionsprozesse in ihm drehen sich um Geltung, Macht und Erfolg. Diese Logik zeigt sich auch in der zunehmenden Ökonomisierung und dem vermehrt effizienzorientierten Selbstverständnis der Universität: »Wissenschaft muss sich messen und evaluieren lassen, sie muss Output generieren, Gelder einwerben, Konkurrenten ausstechen, Netzwerke schaffen und Kosten amortisieren.«⁵ Alles Denk- und Verhaltensweisen, die traditionsgemäß dem männlichen Habitus entsprechen. »Das herrschende Wissenschaftssystem« ist, wie Andrea Maihofer in Anschluss an Pierre Bourdieu formuliert, »in sich immer schon auf spezifische Weise vergeschlechtlicht und vergeschlechtlichend.«⁶ Die Vergeschlechtlichung der Wissenschaftskultur und die Privilegierung des männlichen Habitus zeigen sich auch in der universitären

Verbindungslandschaft. Die Universität Basel sieht studentische Vereine und Verbindungen als wichtigen Teil ihrer Institution an, da sie »zum sozialen Leben an der Universität beitragen.«⁷ Auf der Website der Universität⁸ werden 48 studentische Organisationen aufgelistet. Von der »AG Nachhaltigkeit« bis zum »Science Slam Club Basel« sind diverse Gruppierungen dabei. Mindestens zehn davon bezeichnen sich offiziell als Studenten- oder Studierendenverbindung. Unterschieden wird auf der Website zwischen »studentischen Vereinen« und »studentischen Initiativen«. Die unter die erste Kategorie fallenden haben das Recht, sich als Verein an der Universität Basel zu bezeichnen, und geniessen Vorrechte bei der Benutzung universitärer Räume. Studentische Initiativen, zu denen auch die traditionellen Studentenverbindungen zählen, »arbeiten teilweise eng mit der Universität zusammen und bieten Studierenden eine Vielzahl an Unterstützungsangeboten«. Ausserdem finden sich auf der Website Hinweise zum Registrierungsprozess für neue studentische Initiativen. Hier zeigen sich bereits erste Hürden für eine Teilhabe. Entgegen dem alltäglichen Verständnis von Initiativen, dürfen diese an der Universität nicht einfach so ergriffen werden, sondern benötigen die offizielle Erlaubnis des Rektorats. Dabei ist nicht nur begrenzt, wer überhaupt eine Registrierung beantragen kann (Studierende und Absolvent*innen der Universität Basel), sondern auch die Anzahl der Mitglieder bei Antragstellung (rund zwanzig) ist vorgegeben. Insbesondere wird betont, dass der Vereinszweck im »universitären Sinne« sein soll. Dies ist – im Hinblick auf die vielseitigen Möglichkeiten, was Universität sein kann – eine ziemlich offene Formulierung, die Raum für unterschiedliche Auslegungen lässt. Das Rektorat versteht darunter studentische Vereine, die einen aktiven Beitrag zum universitären Leben leisten und gleichzeitig »die im Universitätsstatut (vom 3. Mai 2012) formulierten Grundsätze der Achtung der Würde des Menschen und der Kreatur, der Freiheit von Lehre und Forschung, der Gleichstellung der Geschlechter, der kulturellen und sozialen Vielfalt sowie der Nachhaltigkeit«⁹ einhalten. Der Vereinszweck darf somit nicht im Widerspruch zu einem »respektvollen, toleranten und diversen Universitätsleben stehen, so wie es auch das Leitbild der Universität vorsieht«. Wenn der »ordentliche Betrieb der Universität« gestört würde oder ein Bezug des Vereins zur Universität als »Stätte der wissenschaftlichen Lehre, Forschung und Dienstleistung« nicht nachvollziehbar ist, behält sich das Rektorat vor, Gesuche abzulehnen. Wie strikt die im Universitätsstatut formulierten Grundsätze, insbesondere die »Achtung der Gleichstellung der Geschlechter«, bei der Vergabe der Zulassung tatsächlich angewendet werden, ist mit Blick auf die Anerkennung rein männlicher Studentenverbindungen fragwürdig.

Studentenverbindungen haben an Universitäten eine lange Tradition, sie prägen den Sozial-Kosmos der Wissenschaft mit. Die Entstehung der Studentenverbindungen in der Schweiz hängt dabei eng mit Deutschland zusammen: Weil das Lehrangebot Anfang des 19. Jahrhunderts in der Schweiz beschränkt war, gingen viele zum Studium ins Nachbarland.¹⁰ Mit in die Heimat zurück brachten sie die deutschen Bräuche der Studentenverbindungen. Dazu gehörte auch das Tragen der »Couleurs«, der

Farben der Verbindung, oder (umstrittene) Rituale wie die Mensur. Insgesamt dürfte es in der Schweiz ab 1819 rund 950 Studierendenverbindungen gegeben haben. Die Blütezeit der Schweizerischen Studierendenverbindungen dauerte bis etwa 1914 an.¹¹ Viele der Verbindungen waren an eine Konfession gebunden und folgten einem klaren Muster. Im sogenannten »Comment« wurden Normen und Prinzipien festgehalten betreffend hierarchische Struktur und Rituale, aber auch das gesellige Beisammensein und Trinken folgte klaren Regeln.

Wer in eine Verbindung aufgenommen wird, bleibt wortwörtlich sein Leben lang mit ihr verbunden. Dieses Lebensbundprinzip ermöglicht den aktiven Studierenden den sozialen Kontakt mit den »Altherren« und umgekehrt, »dabei können Junge von den Erfahrungen der Älteren, die Alten von den Neuerungen der jungen Generation profitieren«,¹² wie die »Jurassia« auf ihrer Website schreibt.

Weitere Gründe für die Einbindung der »alten Herren« sind aber auch die vielfältigen Verbindungen zu strategisch wichtigen Machtpositionen, die sich daraus ergeben, und ihre Zahlungskraft. »Die Aussicht auf lukrative Beziehungen, Protektionen werden unter der Hand auch als Lockmittel eingesetzt«,¹³ wie 1991 in der Studierendenzeitschrift *kolibri* zu lesen ist. Der *kolibri* galt als offizielles Organ der Basler Studierendenschaft und ist zwischen 1958 und 1995 regelmässig erschienen. Publiziert wurden Artikel zu Themen »von spezifisch studentischer oder sonst wie begründeter Aktualität« aus einer eher linken Perspektive.¹⁴

Lange Zeit¹⁵ haben Studentenverbindungen ein hohes Ansehen genossen, aus ihren Reihen rekrutierte sich die führende Elite in Politik und Wirtschaft. Studierende fanden, so hiess es, in Verbindungen Geselligkeit, Gemeinschaft, Vertrauen – einen Bund fürs Leben.¹⁶ Durch die »Verbundenheit«, die sich bereits im Namen findet, und die Abgrenzung nach aussen wird eine »schöne, heile Männerwelt geschaffen«, wie der *kolibri* kritisch anmerkte: »Die Verbindung wird zum Zuhause, zur Welt. Ihre Mitglieder sind versorgt. Die Verbindung ist eine Versorgungsanstalt.«¹⁷

Der Zugang zu dieser »schönen, heilen Männerwelt« war und ist weiterhin beschränkt: Studentenverbindungen und Burschenschaften sind, wie der Name schon sagt, traditionell männlichen Studierenden und Alumni vorbehalten. Dass es an der Universität Basel auch Verbindungen gab und gibt, die nicht nur männliche, sondern explizit auch weibliche und queere Mitglieder zulassen, gerät durch die Dominanz männlicher Studentenverbindungen in den Hintergrund. Im Folgenden soll ein Schlaglicht auf zwei Vereinigungen geworfen werden, die nicht dem traditionellen Bild einer Studentenverbindung entsprechen und trotzdem – oder gerade deshalb – einen Platz in der Liste der studentischen Initiativen einfordern.

Vom Typenwandel der studierenden Frau

1912 gründeten Studentinnen an der Universität Basel die »Christliche Studentinnenvereinigung« (C.S.V.). In regelmässigen Abständen traf sich eine Gruppe zu »Geselligen Abenden«, um über Literatur und Musik, aber auch über heutzutage als feministisch geltende Themen wie die »Rechte und Pflichten der modernen Frau« zu diskutieren.¹⁸ Die »Geselligen Abende« sollten dem Zweck der Annäherung der Studentinnen verschiedener Fakultäten dienen und dabei keiner religiösen Tendenz folgen. Geselligkeit wurde in Lese- oder Liederabenden gelebt und gemeinsam wurde unter anderem über so grosse Fragen wie »Ist das Christentum eine Illusion?« debattiert. Als Ausgleich unternahmen die Mitglieder gerne Wanderungen und Ausflüge ins Umland, etwa auf »die luftigen Höhen des Bruderholz«. Dass die Studentinnen allesamt »*femmes savantes*« waren, versteht sich laut Protokollantin von selbst. Doch waren die Mitglieder auch *femmes féministes*?

Wie den handgeschriebenen Protokollen der Studentinnenvereinigung zu entnehmen ist,¹⁹ wurde bereits im Wintersemester 1912, angeregt durch einen »populären Bernoullianumsvortrag«,²⁰ nach Meinungen zum Frauenstimmrecht gefragt. Da die Zeit für »alle Erörterungen zu kurz war«, wurde dem Thema ein zweiter Abend gewidmet. »Fräulein A. Gutknecht«, eine eingeladene Rednerin, schilderte in ihrem Vortrag die »Stellung der Frau«, woraus sich eine lebhafte Diskussion ergab, die aber leider »auf keinen grünen Zweig kam«. Die Gruppe entschied sich, das brisante Thema im kommenden Semester erneut anzuschneiden. In einer Versammlung im grösseren Rahmen sollte über »allerlei Fragen, wie Recht der Frau, Frauenstudium etc.« debattiert werden. Es fehlte dann aber wohl doch »die rechte Lust« dazu. Sei es, weil die Studentinnen ihrer »Rednerinnengabe« zu wenig zutrauten oder noch nicht genügend »überzeugte Suffragetten waren, um mit Erfolg öffentlich auftreten zu können«.²¹ Die von Gutknecht angestossene Diskussion scheint ausserdem einen »recht verderblichen Einfluss« auf den Kreis der Studentinnen ausgeübt zu haben: »Hat sich doch die, damals für die Gleichberechtigung der Frau sich so feurig und energisch verwendende Rednerin, bereits unter das Joch der Ehe gebeugt und eine andere Abtrünnige liebäugelt auch schon mit [dem] Brautschleier«.²² Die Studentinnenvereinigung widmete sich – enttäuscht von den doch nicht so standhaften »Abtrünnigen« – fortan wieder musikalisch-literarischen Aspekten. Die gesellschaftliche Stellung der Frau sollte in den kommenden Semestern nur noch indirekt in Referaten zur Sprache kommen. So wurde unter anderem über »das Elend der Kinderwitwen in Indien« oder die weibliche Literatur gesprochen.²³ Neben den Lese- und Diskussionsabenden wollten die Studentinnen auch etwas Praktisches tun und engagierten sich in sozialer Arbeit. Dabei sei es nicht darum gegangen, »die Welt zu verbessern, sondern etwas zu leisten, was Andern zu Gute kommt« und gleichzeitig den eigenen Kräften entspreche. Die Mitglieder der »C.S.V.« leisteten soziale Arbeit in Form von Kinderbetreuung oder Krankenpflege, erfüllten also die »natürlichen Pflichten« einer Frau und entsprachen somit ganz den gesellschaftlichen Vorstellungen.

Etwas mehr als zwanzig Jahre später beschäftigte die bereits von »Fräulein A. Gutknecht« erörterte Stellung der Frau auch die Universitätsleitung. Der damalige Rektor und Gynäkologe, Alfred Labhardt, hielt in seinem Amtsjahr 1934 im Rahmen des *Dies Academicus* eine Rede, die verdeutlichte, dass sich im Umgang mit dem Thema (auch von offizieller Seite) kaum etwas gewandelt hatte. Eine naturgewollte Bestimmung der Frau sah Labhardt in all jenen Bereichen,

»die den mehr gemütsbetonten Qualitäten der Frau entsprechen [...]. Es sind all jene Berufe, die im Dienste und in der Fürsorge des Nächsten und namentlich der Kinder stehen. Unendlich viel Wohltätiges kann hier die Frau mit ihrem feinen Verständnis für Bedürfnisse und Nöte ihrer Mitmenschen tun, Dinge, denen der Mann in dieser Weise nicht gewachsen ist.«²⁴

Was der damalige Rektor in seiner Rede ansprach, sind die scheinbar natürlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau, die die Geschlechterrollen bestimmen sollen. Er sah die Natur als »Richtschnur für unser menschliches Dasein«²⁵ und reproduzierte damit die Vorstellung, dass das biologische Geschlecht die entsprechende gesellschaftliche Stellung bedingt.

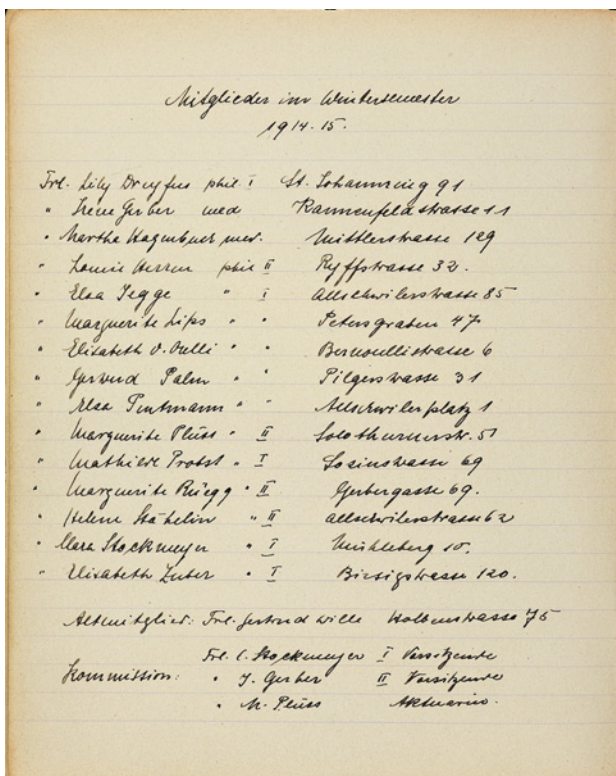


Abb. 2: Fünfzehn »Fräuleins« sind 1914/1915 Mitglied der »Studentinnenvereinigung Basel«.

Geschlecht wurde im (damals) herrschenden bürgerlichen Diskurs biologisch begründet und die Differenzen zwischen Frau und Mann als Ausdruck natürlicher Wesensunterschiede verstanden. Die Geschlechterunterschiede galten nicht als graduelle, sondern als qualitative Unterschiede, die in binär-hierarchische Geschlechterdifferenzen münden. Im Zuge dieser Vorstellung etablierte sich eine allgemein geltende Norm von Männlichkeit und Weiblichkeit mit entsprechenden geschlechtsklassengebundenen Verhaltensweisen.²⁶ Dazu gehörte auch die Idee, dass Frauen naturgemäss ihre Bestimmung in der Haus- und Fürsorgearbeit finden. Damit waren sie per se nicht für das Studium vorgesehen, was die restriktive Zulassungspolitik in Basel widerspiegelt. Anders als an anderen Universitäten waren in Basel Frauen erst ab 1890 zum Studium zugelassen. Während der Frauenanteil in den 1920er Jahren nach einer ersten Hochphase um 1900 wieder stieg, stagnierte er in den 1930er Jahren.²⁷ Daran dürften auch Reden wie die von Alfred Labhardt ihren Anteil gehabt haben, waren es doch gerade angesehene Wissenschaftler, die den gesellschaftlichen Geschlechterdiskurs stützten und durch misogyne Annahmen den Handlungsraum von Frauen beschränkten.

1914 gab die »C.S.V.« die »Geselligen Abende« auf, weil sie kaum noch besucht wurden. Die »C.S.V.« bestand als Vereinigung aber weiterhin. Als Ergänzung sollten nun diejenigen Studentinnen für eine neue freie Verbindung gewonnen werden, die sich bis anhin noch ferngehalten hatten. Betont wurde dabei die Unabhängigkeit von der »C.S.V.«, weil viele in ihr den Grund für das Fernbleiben von Verbindungen sahen.²⁸ 1915 zählte die neugegründete »Studentinnen Vereinigung Basel« (S.V.B.) 15 »Fräuleins« als Mitglieder, die sich in regelmässigen Abständen im neuen Vereinslokal der »Frauen Union« zusammenfanden.²⁹ Mit den neuen Räumlichkeiten hatte die Vereinigung eine Art Verbindungshaus, einen neuen Treffpunkt, losgelöst von der universitären Infrastruktur. Zum sozial geschaffenen Gegenraum kam also ein physischer hinzu. Damit glichen sie sich den männlichen Studentenverbindungen an, die sich schon länger in Verbindungshäusern trafen. Vielleicht war es dieser neue Raum, der eine ermächtigende Wirkung hatte und Diskussionen über frauenbewegte Forderungen wieder aufflammen liess. Broschüren zur »Frauenfrage« zirkulierten, es wurde über den Eintritt in die Frauenzentrale, eine Auskunftsstelle für Frauenvereine, diskutiert.³⁰ Zwei Vertreterinnen des Vereins für Frauenstimmrecht referierten im Wintersemester 1915/16 über »Was schulden wir der Frauenbewegung? Geschichte, Bestrebungen des Frauenrechtsvereins«. Letztlich entschied sich die »S.V.B.« für einen Eintritt in den Verein als Kollektivmitglied und positionierte sich somit auch öffentlich zur »Frauenfrage«.³¹ Mit der öffentlichen Positionierung war ein Schritt Richtung Gleichstellung getan, denn die Öffentlichkeit war – und ist – ein wichtiger Ort geschlechtsspezifischer Ein- und Ausgrenzung.³² Der Zusammenschluss verschiedener Frauenverbände und -zentralen ermöglichte der Frauenbewegung eine verstärkte Präsenz im öffentlichen Raum.³³ Kritik an der Geschlechterordnung und den entsprechenden Machtverhältnissen formulierten die Frauen nun öffentlich und direkt, wenn

auch »massvoll und unsern schweizerischen Verhältnissen und Sitten angepasst«. ³⁴ Wie man in einem 1908 erschienenen Artikel lesen kann, bedeutete das, dass es sich bei »all diesen Forderungen für die Frau nicht darum handelt, sich in einen Gegensatz zum Manne zu stellen, sondern darum, dass sie als notwendige Ergänzung an seine Seite treten möchte«. ³⁵ Die Schweizer Frauen sollten sich und ihren »Qualitäten« treu bleiben und »ihre Kraft an die Erziehung und Vervollkommnung der ihr eigentümlichen guten Anlagen aufwenden«, ³⁶ ohne sich dem Mann zu sehr anzueignen.

Frauen erkämpften sich in kleinen Schritten Zugang zum gesellschaftstheoretischen Diskurs und Teilhabe an der männlich geprägten Öffentlichkeit. Durch dieses Eindringen in den öffentlichen Raum wurden sie zu selbstbestimmten Akteurinnen, sie reklamierten einen Anspruch auf Beteiligung an staatlichem und wirtschaftlichem Handeln, der ihnen zuvor verwehrt gewesen war. Gleichzeitig wurde dadurch die männliche Identität des öffentlichen Raumes erschüttert, wie Caroline Arni schreibt. ³⁷ Die Forderungen der Frauen konnten nun weniger leicht überhört werden. Trotzdem schritt die emanzipatorische Bewegung in der Schweiz vergleichsweise langsam voran, was sich eindrücklich an der späten Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts erkennen lässt. Schon 1931 schrieb Elisabeth Thomen:

»Im Vergleich zu den Frauenbewegungen anderer Länder und deren Erfolg schreitet die schweizerische geruhig und stetig durch die Jahrzehnte, vom ernsten Willen ungezählter Schweizerfrauen getragen, doch selten den Rahmen gleichmässiger Entwicklung sprengend.« ³⁸



Liebe Freund*innen,
Auch wir mussten die Ereignisse des letzten Sonntags erstmal verarbeiten. Langsam wird aber auch Zeit für die guten Nachrichten des Frauen*streiktags: Wir gründen die erste feministische Student*innenverbindung der Universität Basel! Interessierte dürfen sich gerne bei uns mit PN melden. Mitmachen können alle Geschlechter. Um was es genau geht, erfahrt ihr in unserer Eröffnungsrede, die wir am Sonntag gehalten haben und hier gerne nochmals mit euch teilen:

Im Eröffnungsumzug der ersten Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit 1928 zog eine Gruppe von Frauen eine grosse Schnecke auf das Ausstellungsgelände. Die Schnecke war ein Symbol dafür, wie langsam der Kampf ums Frauenstimmrecht in der Schweiz voran ging. Ein Jahr nach dem Frauenstreik 2019 möchten wir daran erinnern, dass dieses Schnecken tempo auch heute noch nicht aus der Schweizer Politik verschwunden ist. Dass davon nicht nur der Kampf gegen Sexismus, sondern auch der gegen andere Diskriminierungsformen betroffen ist, daran hat uns die Black Lives Matter Bewegung vor kurzem eindrücklich erinnert. An dieser Stelle möchten wir auch unsere Solidarität für diese Bewegung aussprechen.
Wir alle haben das Warten auf Gerechtigkeit satt. Vor einem Jahr hat unsere Gruppe bei der Universität eine Liste mit Forderungen einereicht. Eine definitive Stellungnahme

Abb. 3: Facebook-Statement zur Entstehung der feministischen Studierendenverbindung »Socordia«.

Diese Trägheit der schweizerischen Frauenbewegung lässt sich auch an der »Studentinnen Vereinigung Basel« beobachten. Im Sommersemester 1918 wurde zwar über den »Typenwandel der studierenden Frau« diskutiert,

doch die gewünschte Beteiligung blieb aus, bis sich die »S.V.B.« 1918 wegen »flaumem Betrieb, Zwecklosigkeit« und »Mangel an neuen Mitgliedern« vorerst auflöste.³⁹ Bereits 1922 wurde jedoch ein neuer Studentinnenverein gegründet, und in den 1930er und 1940er Jahren tauchte die wieder zum Leben erweckte »S.V.B.« erneut in den Archivalien⁴⁰ auf. Sei es in Korrespondenz mit dem Rektor mit der Bitte einer Abnahme der Statutenrevision oder in der Studierendenzeitschrift »Basler Studentenschaft«, wo um neue Mitglieder zur »Schaffung eines geistigen Kontaktes unter den Studentinnen der Universität Basel und die Pflege von Kollegialität und Solidarität«⁴¹ geworben wurde.

Schnäggli-Burschenschaft

14. Juni 2020, der feministische Streiktag jährt sich ein weiteres Mal. Auf dem Petersplatz vor dem Kollegien-Gebäude hat sich eine Gruppe von Menschen zusammengefunden. Einige von ihnen tragen Hüte mit violetter Federschmuck, sie haben Transparente dabei. »Hysterische Frauen – so 19. Jh.« ist darauf zu lesen oder »Schnäggli-Burschenschaft«. Die »Socordia« wird ins Leben gerufen, der 14. Juni 2020 wird zum Gründungstag einer neuen Studierendenverbindung an der Universität Basel. Sie ist aus der Aktionsgruppe »Frauen*streik Hochschulen Basel« heraus entstanden. Zum feministischen Streik 2019 hatte diese Gruppe eine Liste mit Forderungen an die Universität eingereicht.⁴² Darin forderte sie einen gerechteren Wissenschaftsbetrieb und gleichberechtigten Zugang zu Bildung, darunter mehr Diversität auf allen Ebenen der Lehre sowie eine angemessene Repräsentation von Frauen auf Stufe der Professuren. Gleichzeitig sollten der männliche Kanon und gegenwärtige Kriterien der Exzellenz hinterfragt werden. Die Universität sollte ein Raum werden mit Strukturen nicht nur für männliche Wissenschaftler, sondern ein Ort des Wissens auch für Frauen und Menschen, die sich nicht im binären Geschlechtersystem einordnen.

Ein Jahr nach Eingabe der Forderungen ist die Aktionsgruppe »#immernohässig«,⁴³ weil bis dato keine offizielle Stellungnahme der Universität erfolgt ist.⁴⁴ Einige Mitglieder der AG Hochschulen entscheiden sich, eine feministische Studierendenverbindung zu gründen, auch weil man »das Warten auf Gerechtigkeit satthat«.⁴⁵ Die »Socordia« entsteht und mit ihr die selbsternannte erste feministische Studierendenverbindung an der Universität Basel. Anders als die Studentinnenverbindungen im 20. Jahrhundert, ist sie offen für Menschen jeglichen Geschlechts. Ihr Name ist an die Figur »Socordia« angelehnt, die den Mitgliedern zufolge eine »ziemliche bad-ass« römische Göttin ist, die für Faulheit und Trägheit steht und »ihre Lasterhaftigkeit fast schon feministisch zur Schau stellt«. Diese Wortwahl entspricht dem »modernen« Feminismus, der in den sozialen Medien einen wichtigen Schau- und Kampfplatz hat und sich in Hashtags wie #MeToo manifestiert. Damit hebt sich die Sprache jedoch klar vom Lateinischen ab, das üblicherweise Verbindungsduktus ist.

Daneben bedeutet *socordia* im Lateinischen geistige Beschränktheit und Geistesschwäche. Mit diesen Attributen repräsentiert die Verbindung einen drastischen Gegenentwurf zum Idealbild des universitären Wissenschaftlers,⁴⁶ der »als begnadet angesehen wird, ausgestattet mit einer keineswegs jedermann zufallenden Gabe des Geistes«.⁴⁷ Neben dieser geistigen Hochleistung spielen Hingabe und Fleiss eine wichtige Rolle in der Biografie einer Person, die in der Wissenschaft erfolgreich sein möchte. Das Narrativ der spezifischen Lebensweise einer exzellenten Wissenschaftsperson ist in der Forschung bestens bekannt: Sie arbeitet mindestens sechzig Stunden die Woche und verzichtet auf ein Leben neben der Wissenschaft beziehungsweise macht die Wissenschaft zu ihrem Leben.⁴⁸ Wissenschaft ist somit Beruf und Berufung zugleich.⁴⁹ Was klischiert klingt, ist zumindest in einigen Fächern immer noch Realität im Forschungsalltag. Dieses Ideal der exzellenten Wissenschaftsperson, die zeitlich uneingeschränkt verfügbar und mobil ist, wird mit einem Lebensentwurf verbunden, der sich unabhängig von Familien- und Care-Arbeit definiert und somit als traditionell »männlich« bezeichnet werden kann. Der Zusammenhang zwischen hegemonialer Männlichkeit und Exzellenz wird jedoch nicht nur in Hinblick auf den Lebensentwurf deutlich, sondern auch mit Blick auf Habitus und Performance der Forschenden im Wissenschaftsalltag.⁵⁰



Abb. 4: Socordia, Gravur von Heinrich Aldegrever nach Cornelis Athonisz.

Zugang zu und Erfolg im Raum der Wissenschaft hängen oft auch von einer überzeugenden Performance hegemonialer Männlichkeit ab. Dazu gehören »Qualitäten« wie Durchsetzungsvermögen, Zielorientiertheit und Konkurrenzbereitschaft. Eigenschaften, die eher Männern als Frauen zugeschrieben werden. Ein anderer wichtiger Aspekt ist die homosoziale Reproduktion des wissenschaftlichen Feldes, die sich unter anderem auf die Rekrutierung auswirkt. Professoren erkennen sich in den männlichen Aspiranten wieder, wodurch ihre Sympathie für diese Kandidaten steigt.⁵¹ Ein männlicher Habitus zahlt sich demnach im Wissenschaftskontext aus. Die Bevorzugung des Gleichen begünstigt die Reproduktion homosozialer Räume und macht es gleichzeitig für alle Menschen, die nicht dem hegemonialen Männlichkeitsbild entsprechen, schwieriger. Mit diesem Verständnis von Wissenschaft bricht das Symbol der Schnecke, welches zum *spirit animal* der neuen Studierendenverbindung wird. Dabei taucht der Bauchfüssler hier nicht zum ersten Mal im Zusammenhang mit feministischen Themen auf. Am Eröffnungsumzug der ersten »Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit (SAFFA)« 1928 zog eine Gruppe von Frauen eine grosse Schnecke auf das Ausstellungsgelände vor dem Bundeshaus.⁵² Die Schnecke sollte die schweizerische Langsamkeit im Kampf um Gleichberechtigung und die Einführung des Frauenstimmrechts repräsentieren. Auch in der Literatur tauchte die Schnecke in Verbindung mit feministischen Themen bereits auf: Virginia Woolf (1882–1941) bediente sich in zwei ihrer Texte⁵³ der Schnecke als Symbol, um über männliche Herrschaft und Krieg zu sinnieren.

Feministische Raumaneignung

Feministische Perspektiven auf Raum thematisieren die wichtige Rolle, die Geschlecht in der Raumproduktion und -wahrnehmung einnimmt. Die Zugänglichkeit und Beziehung zu Raum beschäftigt(t)en Feminist*innen früher wie heute, weshalb Virginia Woolfs *Room Of One's Own* auch heute nichts an Aktualität eingebüsst hat. Gerade die dichotome Aufteilung in »weibliche Privatheit« und »männliche Öffentlichkeit« und die entsprechende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in ausserhäusliche Erwerbsarbeit und heimische (Re-)Produktionsarbeit spielen für die Forderungen der Frauenbewegung eine wichtige Rolle. Beide Sphären beschreiben sowohl physische wie auch soziale Phänomene, die geschlechtlich geprägt sind.⁵⁴ In der Frauenbewegung hat sich in den Jahren seit der Gründung der »C.S.V.« trotz schneckenhafter Langsamkeit einiges getan. Schritte Richtung Gleichstellung wurden gemacht. Die Diskussionspunkte in der »Socordia« sind sicher nicht mehr dieselben, wie sie es in der »Studentinnen Vereinigung Basel« Anfang des 20. Jahrhunderts waren. So geht es in der »Socordia« heute nicht mehr nur um die »Frauenfrage«, sondern um die Gleichstellung aller Menschen. Geschlecht wird weniger binär-biologisch als vielmehr vielfältig verstanden. Ausserdem wird Ungerechtigkeit stärker intersektional bewertet, verschiedene Differenzkategorien werden in den Blick genommen und kritisch adressiert. Trotz dieser unterschiedlichen Umstände und Inhalte

gibt es Punkte, die die beiden Verbindungen einen. Geschlecht ist immer noch eine von mehreren Kategorien, die für soziale Ungerechtigkeit sorgen. Dass Veränderungen Richtung Gleichberechtigung nur langsam vorangehen, versinnbildlicht das Symbol der Schnecke, das seit den 1920er-Jahren bis heute in feministischen Kreisen auftaucht. Die Universität als Bildungsinstitution existiert nicht losgelöst von gesellschaftlichen Prozessen, vielmehr sind die Ungleichheiten auch in den Handlungs- und Denkweisen des Wissenschaftsalltags verankert, der weiterhin männlich dominiert ist. Die offizielle Anerkennung und Einbettung weiblicher Zusammenschlüsse in universitäre Strukturen birgt das Potenzial, Kritik am männlich geprägten Wissenschaftsbetrieb zu formulieren und diesen zu hinterfragen. In der Art und Weise, wie dies getan wird, unterscheiden sich die beiden Verbindungen. Beide sind »Kinder ihrer Zeit«; während sich der Gegenraum in der »C.S.V.« in Form von Diskussions- und Liederabenden manifestierte, setzt die »Socordia« auf Online-Präsenz und öffentliche Sichtbarmachung mittels Demonstrationen.



Abb.5: Die SAFFA-Schnecke. Wichtiges Symbol der Schweizer Frauenbewegung.

Getrieben werden beide von einem Gefühl der Ungerechtigkeit, aber auch der Hoffnung, dass sich die Gesellschaft und somit auch die Universität als Institution mit gesellschaftlicher Verantwortung zu einem Raum mit für alle Menschen gleichberechtigtem Zugang wandeln könnte. Oder, wie Elisabeth Thomen bereits 1931 treffend formuliert hat: »Ach es sind immer die Unzufriedenen und Aufmuckser, welche die Welt vorwärts bringen!«⁵⁵

Alea Läuchli studiert Geschlechterforschung und Medienwissenschaft an der Universität Basel. Sie ist Mitglied der Socordia.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Protokoll der »Geselligen Abende für Studentinnen«.

Protokoll der »Geselligen Abende« für Studentinnen 1912–1914. Staatsarchiv Basel, PA 489 1, Cover.

Abb. 2: Fünfzehn »Fräuleins« sind 1914/1915 Mitglied der »Studentinnenvereinigung Basel«.

Mitgliederliste 1914/1915 »Studentinnenvereinigung Basel« Protokoll Studentinnenvereinigung Basel 1914–1918. Staatsarchiv Basel, PA 489 1, Auszug.

Abb. 3: Facebook-Statement zur Entstehung der feministischen Studierendenverbindung »Socordia«. Facebookseite Frauenstreik Hochschulen Basel, Screenshot einer Meldung vom 17. Juni 2020, Online: https://www.facebook.com/FrauenstreikHochschulenBasel/posts/3076357392457785?_tn_ =K-R.

Abb. 4: Socordia, Gravur von Heinrich Aldegrevener nach Cornelis Athonisz.

Heinrich Aldegrevener nach Cornelis Athonisz, *Socordia* (1549), Amsterdam: Rijksmuseum, RP-P-OB-2725, Online: <https://www.rijksmuseum.nl/nl/collectie/RP-P-OB-2725>.

Abb.5: Die SAFFA-Schnecke. Wichtiges Symbol der Schweizer Frauenbewegung.

Unbekannt, *SAFFA-Schnecke* (1928), Worblaufen: Gosteli-Stiftung, AGoF Fotosammlung A 228.

Literatur

- 1 Virginia Woolf: *A Room of Ones's Own*, London: Hogarth Press (1929).
- 2 Henri Lefebvre: *The Production of Space*, Oxford: Blackwell (1991), S. 349.
- 3 Michel Foucault: »Andere Räume«, in: Karlheinz Barck (Hg.): *Aisthesis: Wahrnehmungen heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik*, Leipzig: Reclam (1993), S. 34–46, hier S. 39.
- 4 Vgl. Martina Löw: *Raumsoziologie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2001), S. 185.
- 5 Irmtraud Huber: *Wissenschaft als Beruf? Das Paradox des heutigen Wissenschaftsverständnisses*, Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden (2013), S. 3.
- 6 Andrea Maihofer: »Disziplin – Disziplinierung – Habitualisierung«, in: Balz Engler (Hg.): *Disziplin – discipline: Tagungsband zur gleichnamigen Tagung der SAGW*, Fribourg: Academic Press (2014), S. 57–75, hier S. 58.
- 7 Vgl. »Registrierungsprozess«, Website Universität Basel, <https://www.unibas.ch/de/Studium/Student-Life/Studentische-Organisationen/Registrierungsprozess.html>.
- 8 Vgl. »Studentische Organisationen«, Website Universität Basel, <https://www.unibas.ch/de/Studium/Student-Life/Studentische-Organisationen.html>.
- 9 Vgl. »Registrierungsprozess«, Website Universität Basel, <https://www.unibas.ch/de/Studium/Student-Life/Studentische-Organisationen/Registrierungsprozess.html>. Die folgenden Zitate ebenda.
- 10 Sibilla Bondolfi: »Wie radikal sind Schweizer Burschen?«, in: *Swissinfo*, https://www.swissinfo.ch/ger/studentenverbindungen_wie-radikal-sind-schweizer-burschen/43276100 (2017).
- 11 Paul Ehringer: »Studentenverbindungen«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016424/2013-12-03/> (2013).
- 12 Eingangsseite der Website der Jurassia Basiliensis, <https://www.jurassia.ch> (2021).
- 13 »Studentenverbindungen: Der grosse Sumpf«, kolibri (1), 1991. Staatsarchiv Basel-Stadt.
- 14 Vgl. »Die Anfänge der Basler Studentenschaft«, Website Uni Geschichte, <https://unigeschichte.unibas.ch/akteure/studentenschaft/die-anfaenge-der-basler-studentenschaft>.
- 15 Die Blütezeit der Studierendenverbindungen in der Schweiz dauerte von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis ca. 1914. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gab es in der Schweiz noch über 200 Verbindungen.
- 16 Vgl. »Studentenverbindungen: Der grosse Sumpf«, kolibri (1), 1991. Staatsarchiv Basel-Stadt.
- 17 Vgl. »Studentenverbindungen: Der grosse Sumpf«, kolibri (1), 1991. Staatsarchiv Basel-Stadt.
- 18 Protokoll der »Geselligen Abende« für Studentinnen 1912–1914, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 489 1.
- 19 Protokoll der »Geselligen Abende« für Studentinnen 1912–1914 und Protokoll Studentinnenvereinigung Basel 1914–1918, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 489 1.
- 20 Die »öffentlich populären Vorträge im Bernoullianum« wurden zwischen 1864–1978 an der Universität Basel abgehalten. Mit den Vorträgen sollten Resultate der Wissenschaft der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Der genaue Titel des genannten Vortrages ist leider nicht bekannt. Vgl. Markus Klingler: »113 Jahre Öffentliche Populäre Vorträge im Bernoullianum«, in: *Basler Stadtbuch*, Basel: Christoph Merian Stiftung (1978), S. 82–88.
- 21 Vgl. Protokoll der »Geselligen Abende« für Studentinnen 1912–1914, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 489 1.
- 22 Protokoll der »Geselligen Abende« für Studentinnen 1912–1914, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 489 1.
- 23 Vgl. Protokoll der »Geselligen Abende« für Studentinnen 1912–1914, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 489 1.

- 24 Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 26.
- 25 Vgl. Alfred Labhardt: *Die natürliche Rolle der Frau im Menschheitsproblem und ihre Beeinflussung durch die Kultur: Rektoratsrede gehalten am 16. November 1934*, Basel: Helbing & Lichtenhahn (1935) (Basler Universitätsreden 6), S. 3.
- 26 Vgl. dazu Andrea Maihofer: *Geschlecht als Existenzweise: Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz*, Frankfurt am Main: Helmer Verlag (1995).
- 27 Frauenstudium, »Konsolidierung am Rand: 1920er–1940er«, Website Uni Geschichte, <https://unigeschichte.unibas.ch/akteure/frauenstudium/konsolidierung-am-rand> (2021).
- 28 Protokoll Studentinnenvereinigung Basel 1914–1918, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 489 1.
- 29 Protokoll Studentinnenvereinigung Basel 1914–1918, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 489 1.
- 30 Vgl. Protokoll Studentinnenvereinigung Basel 1914–1918, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 489 1.
- 31 Was »die Frauenfrage« genau beinhaltet und wie sie innerhalb der Verbindung beantwortet wurde, bleibt offen.
- 32 Vgl. Caroline Arni: »Erstrittene Öffentlichkeit: Jenny P. d'Héricourts Auseinandersetzung mit den Theorien von Geschlecht und Gesellschaft«, in: Brigitte Studer, Regina Wecker, Béatrice Ziegler (Hg.): *Frauen und Staat: Berichte des Schweizerischen Historikertages in Bern, Oktober 1996*, Basel: Schwabe (1998), S. 77–89.
- 33 Vgl. Elisabeth Joris: »Frauenbewegung«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016497/2008-05-22/> (2008).
- 34 J. Bosshardt Winkler: »Die Frauenbewegung in der Schweiz«, in: *Wissen und Leben 3* (1908/09), S. 81–92, hier S. 86.
- 35 J. Bosshardt Winkler: »Die Frauenbewegung in der Schweiz«, in: *Wissen und Leben 3* (1908/09), S. 81–92, hier S. 92.
- 36 J. Bosshardt Winkler: »Die Frauenbewegung in der Schweiz«, in: *Wissen und Leben 3* (1908/09), S. 81–92, hier S. 91–92.
- 37 Vgl. Caroline Arni: »Erstrittene Öffentlichkeit: Jenny P. d'Héricourts Auseinandersetzung mit den Theorien von Geschlecht und Gesellschaft«, in: Brigitte Studer, Regina Wecker, Béatrice Ziegler (Hg.): *Frauen und Staat: Berichte des Schweizerischen Historikertages in Bern, Oktober 1996*, Basel: Schwabe (1998), S. 77–89, hier S. 83.
- 38 Elisabeth Thomen: »Kurzer Querschnitt durch die Entwicklung der schweizerischen Frauenbewegung«, in: *Die Frau in der Schweiz: Illustriertes Jahrbuch für Frauenbestrebungen 3–4* (1931), S. 28–32, hier S. 28.
- 39 Vgl. Protokoll Studentinnenvereinigung Basel 1914–1918, Staatsarchiv Basel-Stadt, PA 489 1.
- 40 Studentinnenvereinigung, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv V22, 1913–1935 (Serie).
- 41 Studierendenzschrift Basler Studentenschaft. Wintersemester 1930/31, Heft 1, Staatsarchiv Basel-Stadt, Universitätsarchiv AA 13.1., 1925–1944.
- 42 Forderungen der AG Hochschulen anlässlich des Frauen*streiks am 14. Juni 2019.
- 43 Vgl. Facebookseite Frauenstreik Hochschule Basel, <https://www.facebook.com/FrauenstreikHochschulenBasel> (2020).
- 44 Inzwischen hat die Universität auf die Forderungen reagiert. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Kommissionsmitgliedern der Regenz-Kommission Diversity und Vertreter*innen mit Gaststatus aus der Frauen*streikinteressengruppen und den Gender Studies, hat eine Stellungnahme mit Empfehlungen ausgearbeitet.
- 45 Vgl. Facebookeintrag Frauenstreik Hochschule Basel, 17. Juni 2020, <https://www.facebook.com/FrauenstreikHochschulenBasel>.
- 46 Hier wird bewusst nur die männliche Form benutzt.
- 47 Steffani Engler: »Zum Selbstverständnis von Professoren und der Illusion des wissenschaftlichen Feldes«, in: Beate Kraus (Hg.): *Wissenschaftskultur und Geschlechterordnung: Über die verborgenen Mechanismen männlicher Dominanz in der akademischen Welt*, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag (2000), S. 112–151, hier S. 121.
- 48 Vgl. Andrea Zimmermann, Fleur Weibel: »Gender & Science: Das Potenzial von Inclusion für die Transformation wissenschaftlicher Machtverhältnisse am Beispiel eines nationalen Forschungsschwerpunkts«, in: *ZDfm – Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management 2* (2020), S. 153–166, hier S. 159.
- 49 Vgl. hierzu Max Weber: »Wissenschaft als Beruf (1917/1919)«, in: *Max Weber Gesamtausgabe*, Bd. 17, hg. von Wolfgang J. Mommsen et al., Tübingen (1992), S. 71–112.
- 50 Vgl. Andrea Zimmermann, Fleur Weibel: »Gender & Science: Das Potenzial von Inclusion für die Transformation wissenschaftlicher Machtverhältnisse am Beispiel eines nationalen Forschungsschwerpunkts«, in: *ZDfm – Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management 2* (2020), S. 153–166, hier S. 159f.
- 51 Marieke Van den Brink, Yvonne Benschop: »Gender in Academic Networking: The Role of Gatekeepers in Professional Recruitment«, in: *Journal of Management Studies 51/3* (2014), S. 460–492, hier S. 475.
- 52 SAFFA – Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit – Bern 1928. Die Fortschritte des Frauenstimmrecht in der Schweiz. Eröffnungsumzug der Schweizerischen Ausstellung für Frauen-Arbeit – Frauenstimmrecht, Bern – Bundesplatz – Vor dem Bundeshaus, http://expoarchiv.ch/1928_saffa/saffa61_er17.html.
- 53 Virginia Woolf: *Kew Gardens*, Richmond: Hogarth Press (1919); Dies.: »The Mark on the Wall«, in:

Virginia Woolf, L.S. Woolf (Hg.): *Two Stories*, Richmond: Hogarth Press (1917).

54 Vgl. Valerie Linner: »Das Patriarchat muss draußen bleiben«. *Heterotope Raumproduktion im Frauen*café*, Diplomarbeit, Wien: Universität Wien (2012).

55 Elisabeth Thomen: »Kurzer Querschnitt durch die Entwicklung der schweizerischen Frauenbewegung«, in: *Die Frau in der Schweiz: Illustriertes Jahrbuch für Frauenbestrebungen* 3-4 (1931), S. 28-32, hier S. 28.

Kartenlesen: Zur Medienökologie des Studierendenausweises

Moderne Studierendenkarten als multifunktionale Ausweise sind mehr als nur studentische Identifizierungsmittel: Mit dem Wechsel von Papier zu Plastik materialisieren sich Managementstrukturen der Organisation auch in der universitären Infrastruktur.

Im Frühjahrssemester 2019 schafft die Universität Basel die Legi ab. Der Studierendenausweis soll fortan als Kreditkarte daherkommen und damit dem Beispiel anderer Schweizer Universitäten folgen. Eine Ausweiskarte »im Kreditkarten-Look«, heisst es in der Ankündigung der neuen Karte, »[ruft] weniger Akzeptanzprobleme hervor«.¹ Dies verweist auf eine Verschränkung von erkennungsdienstlicher Erfassung inner- und ausserhalb der Universität. Gleichzeitig wird der Studierendenausweis mit der Umstellung auf die »UNlcard«, wie die Legi (kurz für: Legitimationskarte) fortan heissen soll, auch innerhalb der Institution Universität multifunktional. Die neue, wiederbeschreibbare UNlcard ist Schlüssel, Druck- und Kopierkarte, Bibliotheksausweis und Zahlungsmittel in einem. Auch die übrigen Angehörigen der Universität erhalten eine UNlcard.

Eine nähere Betrachtung der Einführung des multifunktionalen Studierenden- und Mitarbeitendenausweises wird zeigen, dass die UNlcard sich in eine Medienökologie der Universität einfügt. Im Verbund mit Validierungsstationen, elektronischen Chiplesern sowie Karten- und Zutrittsmanagementsystemen und den jeweils zugehörigen Datenbanken agiert sie dabei »als notwendige hardwareseitige Bedingung bzw. apparative Voraussetzung von Medienprozessen« wie etwa dem Ausleihen von Bibliotheksbeständen oder dem Zahlungsprozess in der Mensa.²

Die Schlüsselfunktion der Karte und die dafür notwendigen elektronischen Schliesssysteme können als Teil einer Kontrollkultur beschrieben werden, die für Medienökologien bezeichnend ist. Zudem führt die Einführung von unterschiedlichen Karten- und Zutrittsmanagementsystemen zu einer »Managementisierung« der Hochschulverwaltung, welche wiederum im Zeichen eines Wandels von der klassischen Akademie zur Corporate University steht. Eine solche strategische Ausrichtung der Universität Basel materialisiert sich im Wechsel von der Legi zur UNlcard. Dies zeigt sich insbesondere in der Verteilung der sogenannten UNlcard-Stationen, die grossmehrheitlich in den Gebäuden der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät und der medizinischen Fakultät untergebracht sind, obwohl etwa die philosophisch-historische Fakultät ähnlich viele Studierende beherbergt.³ In der Bündelung bislang getrennter, unterschiedlicher Funktionen in nunmehr einer einzigen Karte wird deutlich, dass die Begründung der Kartennutzung als Zahlungsmittel und als Druckerkarte der Effizienzhistorik der *Corporate University* unterliegt. Ausserdem trägt die Ausweitung des Mitarbeitendenausweises auf Studierende, Externe und Gäste zur Stärkung der *Corporate Identity* der Universität Basel bei.

Offene Türen

Vor der Einführung elektronischer Schliesssysteme war die Frage nach dem Zutritt zu einem Gebäude noch einfach: Die Tür war entweder offen oder verschlossen, und wer einen passenden Schlüssel am Schlüsselbund trug,

konnte diesen Zustand verändern.⁴ Die öffentliche Zugänglichkeit hing von verschiedenen Faktoren ab, etwa der Art der Räumlichkeiten und den Öffnungszeiten. Das wird auch in Zukunft so sein an der Universität Basel. Allerdings werden in den Gebäuden der Universität vermehrt elektronische Zutrittssysteme integriert. Mit der Umstellung der Legitimationskarte aus Papier auf eine sogenannte »One-Card-for-all«-Lösung, die UNICard, trägt jede*r Studierende genauso wie alle Mitarbeitenden einen Schlüssel im Portemonnaie, der prinzipiell alle entsprechend umgerüsteten Türen der Universität zu öffnen und zu schliessen vermag.

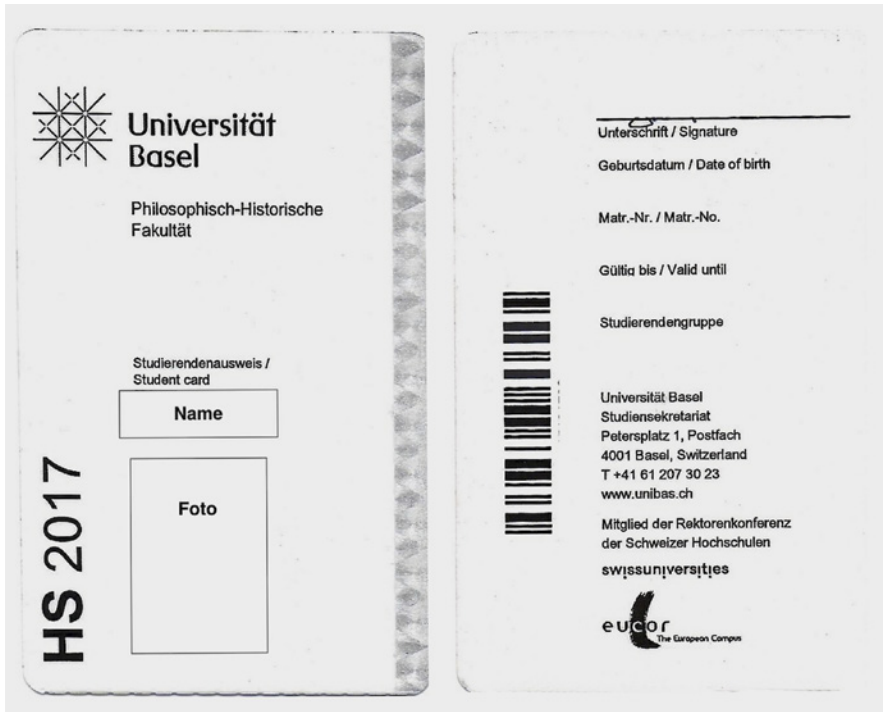


Abb. 1: Ein Stück laminiertes Papier: Die alte Legitimationskarte der Universität Basel.

Natürlich gilt dies nicht für alle Türen der Universität: »Elektronische Zutrittssysteme werden grundsätzlich für Aussenschliessungen, zur Steuerung von stark frequentierten Durchgängen und bei Räumen mit erhöhten Anforderungen eingesetzt.«⁵ Bei stark frequentierten und von vielen verschiedenen Personen genutzten Räumlichkeiten auf elektronische Systeme umzustellen, entspricht den allgemeinen Tendenzen zur zunehmenden Digitalisierung nicht nur des universitären Betriebs.⁶ Jedoch ersetzen die elektronischen Zutrittssysteme die manuellen Schliesssysteme nicht einfach. Da sie über zusätzliche Funktionen verfügen, ermöglichen sie auch neue Formen der Kontrolle. Für Aussentüren etwa lassen sich feste Öffnungszeiten vorprogrammieren, die den Zutritt zu den universitären Gebäuden für die Öffentlichkeit je nach Wochentag und Tageszeit ermöglichen oder verwehren, ohne dass menschliche Akteur*innen die Öffnung oder Schliessung vornehmen müssen. »[D]er Wechsel [...] der Tür zur Kontrollfunktion«,⁷ den Bernhard Siegert der Einführung der Drehtür

attestiert, lässt sich in seiner Fortsetzung auch bei den automatischen, programmierten Öffnungs- und Schliesszeiten für die Universitätstüren feststellen. Die Einbettung der Tür in einen Medienverbund kann in die Geschichte einer den Medienökologien inhärenten »environmentalen Kontrollkultur« eingegliedert werden, distribuiert und distribuierend durch in die Umwelt auswandernde Computer, algorithmische Umgebungen und sensorische Umwelten.⁸

Diese Kontrollkultur, die ein- und ausschliesst und Zugänge und Personenströme reguliert, wird mit der Einführung elektronischer Zutrittssysteme an den Aussentüren der Universität Basel auch die UNICard angegliedert. Für Räumlichkeiten, die von unterschiedlichen Personen genutzt werden, müssen nach der Umstellung auf die UNICard nicht mehr unzählige Schlüssel hergestellt und ausgehändigt werden, es reicht die Programmierung eines elektronischen Kartenlesers. Mitarbeitende, die Zutritt zu verschiedenen Gebäuden benötigen, können diese mit einem zentralen Schlüssel öffnen.

Die Zutrittsberechtigungen der Universität Basel werden über ein Zutrittsmanagementsystem verwaltet, welches vom jeweiligen Campus Management für den Campus Petersplatz, Rosental und Schällemättli betrieben wird. Diese »Managementisierung« zeigt die zunehmende Bedeutung privatwirtschaftlicher Strukturen in der universitären Organisation. Da sich die Departemente und Institute nicht an einem gemeinsamen Ort befinden, sondern sich über Stadt und Peripherie verteilen, besitzt die Universität Basel keinen eigentlichen Campus. Die Zusammengehörigkeit der Gebäude wird nach aussen über die Zugehörigkeit zur Dachorganisation Universität markiert, innerhalb dieser werden die verschiedenen Standorte zur Verwaltung durch ein Campus-Management-System in drei verschiedene Campus eingeteilt.⁹

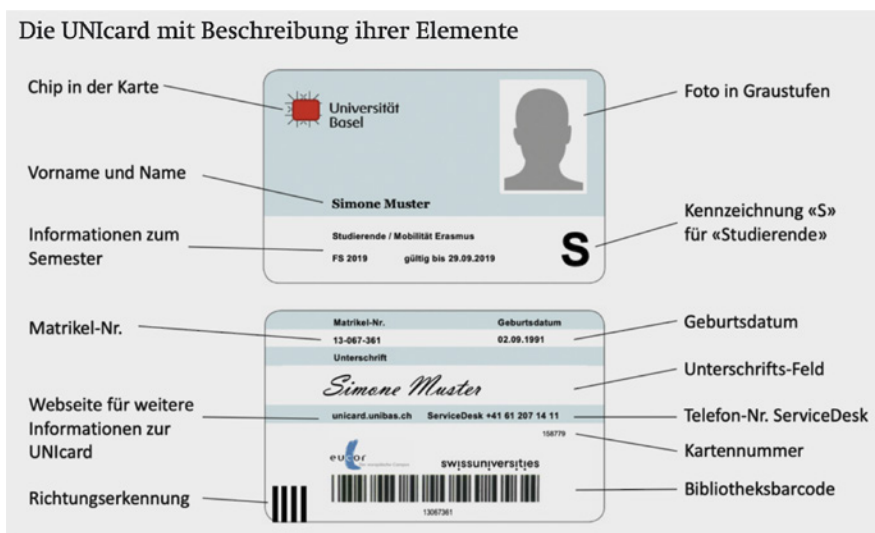


Abb. 2: Mehr als nur ein Ausweis: Schematischer Aufbau der neuen UNICard.

Die Zuteilung der Räumlichkeiten in die Campus lässt sich mehrheitlich mit ihrer Lage begründen, sodass einzelne benachbarte Gebäude zu einem Campus zusammengefasst werden, ist jedoch auch bedingt durch das Managementsystem der Universitätsverwaltung. Um die Zutrittsrechte zu organisieren, verteilt das jeweilige Campus Management schliesslich die Zuständigkeiten für die Gebäude an die Gebäudeverantwortlichen. Die Basisdaten für das Zutrittsmanagementsystem liefert ein separates Kartenmanagementsystem, welches nicht vom Campus Management, sondern vom UNlcard-Betriebsteam betrieben wird, welches die UNlcard herausgibt. Zur Verwendung der UNlcard als Schlüssel werden also zwei unterschiedliche Datenmanagementsysteme – ein Kartenmanagementsystem und ein Zutrittsmanagementsystem – verwendet, die von unterschiedlichen Stellen betrieben werden. Daten und Zugang werden von der Universität selbst verwaltet und gespeichert.¹⁰ Tatsächlich spiegelt dies eine grundlegende Entwicklung im Hochschulsystem wider: »die Ausweitung von Handlungskapazitäten der Universität.«¹¹ Diese manifestiert sich in der Entstehung verschiedenster universitärer Dienste: »Pressestellen, Kontaktstellen für Weiterbildung, SchülerInnen-Büros, Career-Services, psychologische Beratungsstellen[,] Transferstellen« oder eben ein UNlcard-Betriebsteam, ein Campus Management und Gebäudeverantwortliche.¹² Diese »manageriellen Muster« sind Symptome einer Verschiebung der Universität von der klassischen Akademie hin zu einer Corporate University, einer öffentlichen Hochschule also, die sich gegen internationale Konkurrenz und innerhalb der Logiken des globalen Finanzmarkts behaupten soll und als Antwort auf diese Anforderungen unternehmensähnliche Strukturen und Strategien entwickelt, welche sich unter anderem in der Einführung einer UNlcard zeigen, die kommunikations- und damit wettbewerbsfähig ist.¹³

Zerstreute Präsenz

Wie bei der Kombination aus Karten- und Zutrittsmanagementsystem werden auch in den Gebäuden der Universität Basel zwei Varianten von elektronischen Zugangssystemen eingesetzt. Online-Systeme sind über eine Datenleitung mit dem Netzwerk der Universität verbunden. Zutrittsberechtigungen werden über die Verbindung zum Zutrittsmanagementsystem abgeglichen. Auf der Schlüsselkarte selbst wird keine Zutrittsberechtigung gespeichert. Anders sieht dies bei denjenigen Systemen aus, die nicht an das Netzwerk angeschlossen sind und offline funktionieren. Für diese Systeme muss die Zutrittsberechtigung direkt auf der Karte gespeichert sein, um die Tür zu öffnen. Die Zutrittsrechte werden über *Update-Terminals* auf der Karte hinterlegt. Dem Zutrittskonzept der Universität Basel ist jedoch zu entnehmen, dass »Weiterentwicklungen und Anbindungen an das WLAN Netz der Universität [...] in naher Zukunft ebenfalls einsetzbar sein« werden.¹⁴ Als Schlüssel dient bei allen diesen Systemen die UNlcard. In dieser Form unterscheiden sich Mitarbeitendenausweis und Studierendenausweis nur noch durch die Aufschrift. Mittels eines *ThermoReWrite*-Streifens auf der Vorderseite der

Karte lässt sich die UNICard situationsbedingt neu beschriften und aktualisieren. Dabei wird nicht etwa mit einem Farbband gearbeitet, sondern eine hitzeempfindliche Schicht in der Karte angeregt.¹⁵

Ihre Funktion als Schlüsselkarte verdankt die UNICard jedoch nicht dem sichtbaren *ThermoReWrite*-Streifen, sondern einem in die Karte eingelassenen, unsichtbaren RFID-Chip (*Radio-Frequency Identification*).¹⁶ Dieser ermöglicht die kontaktlose Datenübertragung mit dem entsprechenden Lesegerät und damit die Identifikation der Karte. »Karten [müssen] lesbar, ihr Code unschwer entschlüsselbar sein«,¹⁷ zumindest für die richtigen Stellen. Was Sybille Krämer für geografische Karten feststellt, gilt nicht weniger für Ausweis- und Schlüsselkarten der unternehmerischen Universität. Damit die UNICard als Schlüssel verwendet werden kann, muss sie regelmässig aktualisiert werden. Dies ist alle 30 Tage nötig.¹⁸ Je nachdem, ob eine Tür mit Online- oder Offline-System verwendet wird, müssen unterschiedliche Terminals angelaufen werden. Für Zutritt über Online-Systeme wird die UNICard an einem Validierungsleser, der an das Datennetzwerk der Universität angeschlossen ist, im Zutrittsmanagementsystem validiert. Wird ein Offline-Leser verwendet, muss die UNICard an einem *Update-Terminal* des passenden Systems aktualisiert werden, welches die Zutrittsberechtigung auf der Karte speichert. Validierungen der Validierungsleser gelten jeweils für den gesamten Campus. Update-Terminals finden sich in den meisten Gebäuden, in denen UNICard-Zutrittssysteme installiert sind. Diese Terminals und Validierungsstationen interagieren mit dem RFID-Chip der Karte. Damit beeinflusst die Karte die Bewegungsmuster all jener Universitätsangehörigen, die die UNICard als Schlüssel nutzen.

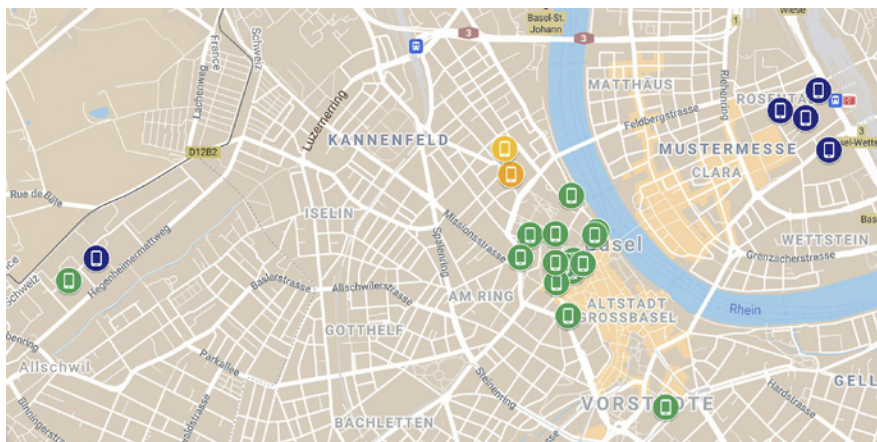


Abb. 3: Zusammen, was zusammengehört: Lage der UpdateTerminals, die für die Verwendung der UNICard als Schlüssel benötigt werden. Die Campus der Universität sind farblich unterschiedlich dargestellt.

Doch nicht nur jene, die die UNICard als Schlüssel verwenden, müssen regelmässig Terminals aufsuchen. Studierende und Angestellte müssen ihre UNICard jedes Semester an einer UNICard-Station aktualisieren. Damit die Karte ihre Gültigkeit erhält, müssen Semester und Ablaufdatum auf dem *ThermoReWrite*-Streifen aktualisiert werden. Solche UNICard-Stationen

stehen an verschiedenen Orten in den universitären Gebäuden. In der Verteilung dieser Stationen zeichnet sich die strategische Ausrichtung der Universität Basel mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt ab. Insgesamt sind es sieben Stationen, von denen sich die meisten im Umkreis des Kollegienhauses, dem Hauptgebäude am Petersplatz, befinden. Als zentral gelegene und von Studierenden unterschiedlichster Fachrichtungen regelmässig besuchte Gebäude bieten sich Kollegienhaus und Universitätsbibliothek als Standorte der Stationen an, die jede*r Studierende mindestens einmal im Semester anlaufen muss. Schliesslich finden sich zwei weitere Stationen im Umkreis von rund fünf Gehminuten zum Kollegienhaus oder zur Universitätsbibliothek: am (noch nicht eröffneten) Neubau Biozentrum der Universität Basel und am Departement für Mathematik und Informatik (DMI). Vier der sieben Stationen stehen also relativ zentral in Gebäuden der Basler Innenstadt und sind zu Fuss nur wenige Minuten voneinander entfernt, während sich die weiteren in abgelegeneren Universitätsgebäuden befinden.

Dass peripher gelegene Departemente eine eigene UNlcard-Station erhalten, liegt ebenso nahe wie die bevorzugte Unterbringung der Geräte in den allgemein genutzten Gebäuden des Kollegienhauses und der Universitätsbibliothek. Auch dass die Universität Basel eine solche Station im Prestigebau Biozentrum platziert, leuchtet ein. Dennoch fällt bei Betrachtung des Lageplans eine Verteilung auf, die sich zwar auch, aber nicht nur aus der geografischen Lage und dem Studierendenauftreten ableiten lässt. So stehen vier der sieben Stationen in der philosophisch-naturwissenschaftlichen oder der medizinischen Fakultät, während sich die übrigen fünf Fakultäten ihre Standorte teilen müssen. In den Gebäuden der theologischen, der philosophisch-historischen und der psychologischen Fakultät stehen keine UNlcard-Stationen. Dies hat weniger mit der geografischen Lage zu tun. Vielmehr überträgt sich mit dem Wechsel der Legi zur UNlcard auch die strategische Ausrichtung der Universität Basel auf ihre Infrastruktur. Diese Wechselwirkung wird umso klarer, wenn man bedenkt, dass »die technisch-räumliche Etabliertheit von Infrastrukturen« mit der »durch sie geregelte[n] Organisation von Abfolgen, also die zeitlich-konsekutiven Arbeitsabläufe, Management- und Vernetzungsroutinen von Unternehmen, Behörden, Staaten, Universitäten oder Forschergruppen« unmittelbar verknüpft ist.¹⁹

So trägt die Universität Basel zwar die Bezeichnung Volluniversität, da sie alle Studienrichtungen abdeckt, schreibt den Naturwissenschaften jedoch eine eindeutige Führungsposition zu: »Die Lebenswissenschaften sind der führende Schwerpunkt der Universität Basel, eng verbunden mit dem Pharma- und Biotechstandort Basel.«²⁰ Schon das in der Farbe Mint gestaltete Corporate Design der Universität Basel, welches sich auch auf der UNlcard wiederfindet, unterstreicht diese Schwerpunktsetzung auf die Fächer der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – die sogenannten MINT-Fächer. Und auch die Verteilung der UNlcard-Stationen scheint diesem Schwerpunkt der Lebenswissenschaften und der Naturwissenschaften zu entsprechen.



Abb. 4: Knotenpunkte I: Zwei UNICard-Stationen im Eingangsbereich des Kollegienhauses.

Der Eindruck einer Ungleichverteilung verstärkt sich mit Blick auf den Rektoratsbeschluss zur Projektfreigabe für die Einführung eines Kartenmanagementsystems an der Universität Basel, in welchem der Neubau des Biozentrums eine zentrale Rolle einnimmt: »Das Projekt wurde im Kontext des Neubaus des Biozentrums (NBZ) gestartet, welcher zu neuen Anforderungen an ein KMS (Zutrittskontrolle, Schliessung, Fahrstuhlsteuerung [sic] etc.) führt. Dies stellt einen geeigneten Zeitpunkt dar, um unterschiedliche dezentrale Lösungen durch ein universitätsweit einheitliches elektronisches KMS zu ersetzen.«²¹ In den unterschiedlichen Sicherheitsstufen unterliegenden Labors der naturwissenschaftlichen Fachbereiche dürfte das elektronische Zutrittssystem denn auch den grössten Nutzen aufweisen. Deren Funktionsweise wird in der Folge auf die übrigen Bereiche der Universität ausgeweitet, die sich in ihren Arbeitsprozessen anpassen müssen. Im Kartenmanagementsystem und dem zentralen Medium der UNICard materialisiert sich demnach die strategische Ausrichtung der Universität seitens der Forschung und Lehre in der Infrastruktur.

Effizienz und Rentabilität

Neben der Verwendung als Schlüssel ist eine der neuen Funktionen der UNICard die Verwendung als Zahlungsmittel.²² Damit gleicht sich der Studierendenausweis nicht nur in der Form, sondern auch in der Funktion den Kreditkarten an, denen er nachempfunden ist. Wie bei diesen stehen auch bei der Verwendung der UNICard Effizienz und Rentabilität im Vordergrund. Bezahlt werden kann mit der UNICard in den von der SV Group betriebenen Kantinen der Universität Basel sowie beim UNIprint. Um die Bezahlung per UNICard zu ermöglichen, wurden die Kassen mit entsprechenden Lesegeräten ausgestattet. Diese erkennen beim Auflegen der Karte, um welche Person es sich handelt und ob je nach Kategorie (Mitarbeitende, Studierende oder Externe) eine Vergünstigung vorliegt, welche direkt verrechnet wird. Das Auflegen der Karte wird aber auch Konsument*innen empfohlen, die nicht mit der UNICard bezahlen, wenn auch auf freiwilliger Basis: »Das Auflegen der UNICard für die Preisbestimmung ist fakultativ (freiwillig). Die UNICard wird ohne Auflegen auf den Leser als Lichtbildausweis zur Preisermittlung verwendet. Indem Sie Ihre UNICard auflegen, helfen Sie bei einer Bezahlung in Bar oder mit TWINT die Kassenabläufe zu beschleunigen.«²³

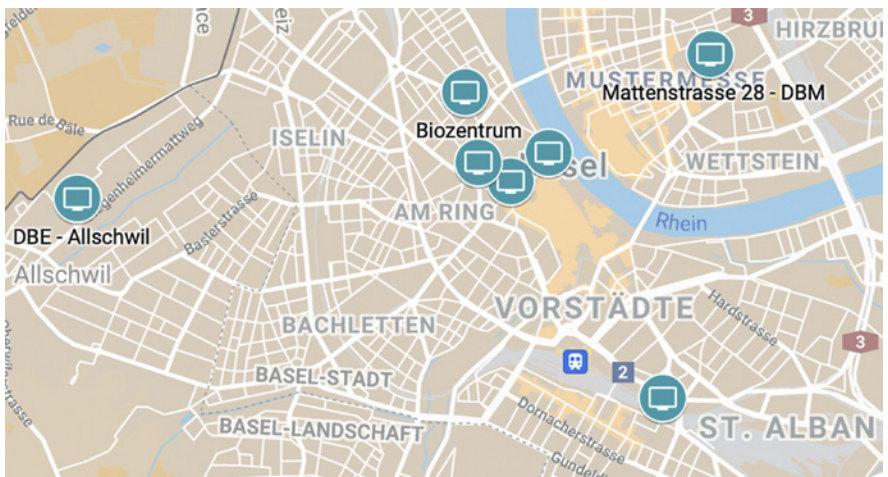


Abb. 5: Knotenpunkte II: Lage der UNICard-Stationen, an welchen die Studierenden ihre UNICard jedes Semester aktualisieren müssen.

Die so beschleunigten Prozesse erfordern allerdings auch die Erfassung und die – zumindest kurzfristige – Speicherung von Kundendaten, wenn auch »[a]us Datenschutzgründen [...] bei SV keine persönlichen Daten gespeichert [werden]. Das Auflegen der UNICard dient der raschen Ermittlung des korrekten Rabattes für Studierende oder Mitarbeitende und im Falle einer Bezahlung mit der UNICard der Verbuchung der Bezüge (nur Beträge/Zeit/Ort aber keine Produktinfos).«²⁴

Dass eines der Hauptargumente für die neue Zahlungsfunktion mit der UNICard die Effizienz ist, ist dabei kein Zufall. Der marktwirtschaftliche

Zwang, in einen Wettbewerb zu anderen Universitäten und privatwirtschaftlichen Unternehmen zu treten, »has led to a shift from *culture to excellence* as the validating principle or (to employ the predominant corporate language) the ›mission statement‹ of the university; from *truth and emancipation* to *efficiency and profitability* as the ›big stories‹ or grand narratives that the university tells in order to justify and pursue its mission; and from researcher and teacher *accountability* to *administration and accountancy* as the means of maintenance and evaluation of the effectiveness of the mission.«²⁵ Die Notwendigkeit von Effizienz (*efficiency*) und Rentabilität (*profitability*), die in Lehre und Forschung in den Vordergrund gerückt ist, zeigt sich nun also auch in universitärer Infrastruktur und anderen an die Universität angegliederten Diensten wie Kantinen. Die Universität als Ganzes – und nicht etwa nur Teile davon – unterliegen dabei Managementprinzipien, die aus dem Umfeld gewinnorientierter Privatunternehmen stammen.²⁶

Solche Merkmale der Corporate University zeigen sich nicht nur in der Effizienzrhetorik, mit der argumentiert wird, sondern auch in der Auslagerung von Dienstleistungen auf externe Anbieter. Neben den Kund*innen und der SV Group ist mit Polyright Cashless eine weitere Partei in den Zahlungsverkehr mit der UNICard involviert. Im Gegensatz zur SV Group werden bei Polyright persönliche Daten gespeichert, jedoch »*nur die persönlichen Daten, welche für die Erstellung des Cashless Accounts angegeben werden.*«²⁷ Um die Karte als Zahlungsmittel nutzen zu können, muss ein persönliches Konto bei Polyright eingerichtet und über die universitäre Emailadresse mit der jeweiligen UNICard verknüpft werden. Polyright hält in seinen Datenschutzrichtlinien fest: »Bei der Nutzung unseres Service, [sic] können wir Sie bitten, uns bestimmte personenbezogene Informationen zu geben, die verwendet werden, um Sie kontaktieren oder identifizieren zu können.«²⁸ Die bei der Registrierung eines Polyright-Kontos anzugebenden persönlichen Daten umfassen Vor- und Nachname, E-Mail-Adresse und Postanschrift, optional können auch Geschlecht, Geburtsdatum und Telefonnummer angegeben werden. Diese persönlichen Daten werden als Informationen zum Benutzerkonto bei Polyright gespeichert, welches anschliessend über die E-Mail-Adresse der Universität Basel mit der Kartenummer verknüpft wird. Damit kann Polyright eine Verknüpfung zwischen Karte und Person herstellen. Neben der Herausgeberin der Karte, der Universität Basel, kann also auch eine zweite Institution Karte und Person eindeutig zuordnen. Und dies, obwohl Polyright nur die Infrastruktur und die Plattform bietet, während »[d]as polyright Konto [...] von Ihrem Unternehmen oder der Schule zur Verfügung gestellt und verwaltet [wird].«²⁹ Die Hauptverantwortung bleibt also bei der Universität Basel, die die Karte herausgibt. So wird auch »[d]er Saldo des polyright-Kontos [...] von Ihrer Organisation verwaltet.«³⁰ Überweisungen und Einzahlungen zur Aufladung des Guthabens werden entsprechend an Konten der Universität Basel gerichtet.



Abb. 6: Neues Gebäude, neue Infrastruktur: Das neue Biozentrum der Universität Basel überragt die Häuser am Basler Rheinufer.

Mit den zusätzlichen Funktionen der neuen UNICard gehen auch Pflichten der Nutzer*innen einher, welche die Universität im Reglement für die Nutzung der UNICard festhält.³¹ Diese allgemeinen Bedingungen wie »Nutzung als Zahlungsmittel und Zutritts-Badge«, »Bezahlen von Waren und Dienstleistungen« oder »Sorgfaltspflichten« veröffentlicht die Universität auf ihrer Website, ohne allerdings im Begleitschreiben zur Erstausgabe der UNICard auf die Nutzungsbedingungen hingewiesen zu haben.³² Das ist nur konsequent: Dass Mitglieder der Universität ihre Zustimmung zu den Bedingungen verweigern, ist nicht vorgesehen.

Mit dem in die UNICard eingebauten RFID-Chip lässt sich der Studierendenausweis nicht nur als Schlüssel und als Zahlungsmittel in den Mensen der Universität verwenden, sondern löst auch die bisherigen UNIprint-Karten ab, mit denen Drucker der Universität benutzt werden konnten. Praktisch zeitgleich mit der Umstellung auf die UNICard wurde auch die Druckumgebung neu strukturiert:

»Der IVIT Steuerungsausschuss der Universität Basel hat die IT-Services Ende 2017 beauftragt, das Projekt ›Redesign UNIprint‹ umzusetzen. Die wichtigsten Ziele waren: Weitere Verbreitung von ›UNIprint‹ als zentraler Druckdienst an der Universität Basel [;] Einsatz der neuen UNICard als Identifikationsmittel für die Druckdienste[.] Die neue UNIprint-Umgebung wurde im Mai 2019 ausgerollt.«³³

Diese Zentralisierung und Vereinheitlichung ist ein Schritt in Richtung Corporate University. Auch bei der Begründung der Vorteile eines

Kartenmanagement-Systeme stechen besonders wirtschaftliche, und das heisst finanzielle, Vorteile hervor, die jedoch mit einer Ausweitung von Kontrollkompetenzen einhergeht:

»Zentrale Verwaltung der Funktionsberechtigten, der aufgeschalteten Funktionalitäten und Ablösung kostspieliger Insellösungen[,] Kostenreduktion durch die professionelle Erstellung/Verwaltung von MA-Ausweisen[,] Vermeidung eines separaten Investitionsprojekts für eine neue ›UniPrint-Lösung[,] Reduktion der Einzelplatzdrucker durch die Einführung von ›FollowMePrint‹ im NBZ [Neubau Biozentrum, ES] [...].«³⁴

Mehr als die Hälfte aller genannten Vorteile betreffen somit zumindest scheinbare Kosteneinsparungen und entsprechen damit den an anderer Stelle bereits genannten Kriterien einer auf dem freien Markt konkurrierenden Institution: der Erhöhung von Effizienz und Rentabilität. Die Orientierung an diesen Werten als Hauptargument entspricht dem, was Frank Meier als »managerielles Muster der Hochschul-Governance« beschreibt:

»die Selbststeuerung einer institutionell weitgehend autonomen Hochschule durch eine an Managementprinzipien orientierten und professionalisierten Leitung, während Selbstverwaltung durch die Träger der akademischen Profession eine nur untergeordnete Rolle spielt.«³⁵

Die Ausweitung dieser »manageriellen« Perspektive der Hochschulleitung ist keine ganz neue Entwicklung, zeichnet sie sich doch schon seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts durch eine Verschiebung zur »University of Excellence« ab.³⁶ Was unter dem Deckmantel der Kosteneinsparung ebenfalls mitschwingt, ist eine Ausweitung der Kontrollfunktion: Mit der Verwendung des UniPrint-Systems kann jeder Kopier- und Druckauftrag mitsamt der gedruckten Datei exakt der druckenden Person zugeordnet werden. Es scheint sich damit dem anzunähern, was Erich Hörl in Bezug auf die »Ökologisierung« von Medien »den bisherigen Gipfel des kybernetischen Epochenimaginären« nennt, »nämlich [...] die flächendeckende Durchsetzung der kybernetischen Hypothese universaler Steuerbarkeit und eines entsprechenden regulatorischen Ideals [...].«³⁷

Wie bereits bei der Infrastruktur und der Ausrichtung der Universität zeigt sich auch in diesem Punkt eine Parallele zwischen den Kernkompetenzen Forschung und Lehre und dem Betrieb der Universität als Organisation, wobei in diesem Fall die Richtung die umgekehrte sein dürfte und Methoden, die klassischerweise in der Unternehmensführung Anklang finden, nun auch auf universitäre Forschung und Lehre angewandt werden. »The University of Excellence [...] defines excellence in numerical terms. [...] This view of excellence as a *quantity* rather than a *quality* brings it into the realm of efficiency, profitability and administration.«³⁸

Schliesslich findet mit der Umstellung des alten Mitarbeitendenausweises und der Legitimationskarte für Studierende auf die UNICard eine Angleichung der Angehörigen der Universität und somit eine Stärkung der Corporate Identity statt. Ursprünglich dem Bedarf nach einer Mitarbeitendenkarte mit grösserer Funktionalität entsprungen, ist der »gleichberechtigt[e] Einbezug der Studierendenkarte in das Umsetzungskonzept« ein zentraler Punkt.³⁹ Mit der neuen UNICard haben nicht nur Studierende und Mitarbeitende den gleichen Ausweis, sondern auch Externen und Gästen können Ausweise mit Zugangsbefugnissen ausgestellt werden. Die Karte ist der Gestaltung nach im Corporate Design der Universität Basel gehalten. Damit stärkt die Angleichung von Mitarbeitenden-, Studierenden- und Gästekarte sowie der Karte für Externe auch die Corporate Identity der Organisation. Für die Angehörigen der Universität wird das Corporate Design mit dem Griff in die Tasche unmittelbar greifbar – auch wenn es damit noch nicht die permanente Sichtbarkeit der multifunktionalen Personalausweise, wie etwa derjenigen, die von den Mitarbeitenden der grossen Pharmaunternehmen in der Metropolregion Basel an der Hosentasche oder um den Hals getragen werden, erreicht. Mit der Ausweitung der Funktionalität und der Verallgemeinerung der Benutzenden scheint auch hier eine Angleichung zwischen den Angehörigen der Universität stattzufinden. Damit stärkt die neue UNICard die Corporate Identity der Universität Basel und lässt sich einordnen in die manageriellen Praktiken ökonomischen Handelns, welche an Hochschulen Einzug gehalten haben. Zwar wird die UNICard von den meisten Studierenden als »stille Begleiterin« im Portemonnaie mitgetragen, dennoch ist der Ausweis ein wichtiges Stück studentischer Identität, etwa beim Bezug von Vergünstigungen auch ausserhalb der Universität. Dass ein Studierendenausweis starke Identifikation auslöst, zeigen die Reaktionen in den Medien über den Wechsel von der Papierlegi zur UNICard.⁴⁰

In all den aufgezeigten Konsequenzen, die mit der Einführung der UNICard einhergehen, steht das Medium UNICard mit seiner Infrastruktur nicht im freien Raum, sondern ist eingebettet in eine Medienökologie der Universität. Diese Ökologie zeichnet sich in ihrem alltäglichen Gebrauch gerade dadurch aus, dass sie sich nicht als solche zu erkennen gibt.⁴¹ Dabei wird die UNICard mit ihren direkten Infrastrukturen beeinflusst von anderen menschlichen und nicht-menschlichen Akteur*innen im universitären Umfeld, während dieses selbst im Kontext einer globalen Finanz- und Marktwelt wiederum in eine Medienökologie eingefasst ist. In diesem Sinne kann eine Universitätsgeschichte immer auch als eine Mediengeschichte der Universität geschrieben werden.

Elias Stark studiert Medienwissenschaft und Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität Basel.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Elias Stark, *Alte Legitimationskarte der Universität Basel*, 2021.

Abb. 2: Universität Basel, *Aufbau & Funktionen der UNICard für Studierende*, <https://unicard.unibas.ch/de/unicard/unicard-studierende/>.

Abb. 3: Universität Basel, *Zutritt / Schliessung mit der UNICard*, <https://unicard.unibas.ch/de/zutritt/>.

Abb. 4: Elias Stark, *UNICard-Stationen im Kollegienhaus*, 2020.

Abb. 5: Universität Basel, *UNICard aktivieren / aktualisieren*, <https://unicard.unibas.ch/de/aktivieren-s/>.

Abb. 6: Elias Stark, *Biozentrum der Universität Basel*, 2020.

Literatur

- 1 Vgl. Universität Basel: »Neue UNICard statt Legi und Mitarbeitenausweis«, <https://www.unibas.ch/de/Aktuell/News/Uni-Campus/Neue-UNICard-statt-Legi-und-Mitarbeitenausweis.html> (2018).
- 2 Gabriele Schabacher: »Medium Infrastruktur. Trajektorien soziotechnischer Netzwerke in der ANT«, in: *Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung* 4 (2013), S. 129–148, hier S. 129.
- 3 Vgl. Universität Basel, Student Services: *Studierendendaten: Studierende im Überblick: Herbstsemester 2020* (2020), S. 2.
- 4 Zur Tür als Kulturtechnik vgl. Bernhard Siegert: »Türen. Zur Materialität des Symbolischen«, in: *Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung* 1 (2010), S. 151–170.
- 5 Universität Basel, Facilities: *Zutrittskonzept Universität Basel* (2019), S. 3.
- 6 Vgl. hierzu etwa: Universität Basel: *Strategie Digitalisierung in der Lehre* (2018), S. 5: »Die Universität fördert ›Connectedness‹ und ›Openness‹ und schafft die dafür notwendigen Rahmenbedingungen. [...] Sie schafft Lernorte und Lehrräume mit Infrastrukturen, die ein digital unterstütztes gemeinsames Lernen mit mobilen Geräten jenseits des Frontalunterrichts ermöglichen.«
- 7 Bernhard Siegert: »Türen. Zur Materialität des Symbolischen«, in: *Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung* 1 (2010), S. 151–170, hier S. 167.
- 8 Erich Hörl: »Die Ökologisierung des Denkens«, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 14 (2016), S. 33–45, hier S. 36.
- 9 Zur Bedeutung von Campus-Management-Systemen in Bezug auf die Vereinheitlichung von universitären Prozessen und auf die scheinbare Effizienzsteigerung in der Hochschulverwaltung vgl. Felix Raczkowski: »Cycle of Life. Campus-Management-Systeme«, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 24 (2021), S. 143–147.
- 10 Vgl. Universität Basel, Facilities: *Zutrittskonzept Universität Basel* (2019), S. 4f.
- 11 Frank Meier: *Die Universität als Akteur: Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (2009), S. 150.
- 12 Frank Meier: *Die Universität als Akteur: Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (2009), S. 150f.
- 13 Frank Meier: *Die Universität als Akteur: Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (2009), S. 125.
- 14 Universität Basel, Facilities: *Zutrittskonzept Universität Basel* (2018), S. 4.
- 15 Youcard: »Glossar: Thermo-Rewrite«, <https://www.youcard.de/glossar/thermo-rewrite/> (2020).
- 16 Eine schöne Zusammenfassung zur Geschichte und Funktionsweise von RFID findet sich bei Tonka Stoyanova: »Anwendung von RFID in Bibliotheken«, in: *Perspektive Bibliothek* 4/1 (2015), S. 68–92.
- 17 Sybille Krämer: »Karte, Kartenlesen, Kartographie: Kulturtechnisch inspirierte Überlegungen«, in: Philine Helas et al. (Hg.): *Bild/Geschichte*, Berlin: Akademie-Verlag (2007), S. 73–82, hier S. 74.
- 18 Universität Basel: »Zutritt/Schliessung mit der UNICard«, <https://unicard.unibas.ch/de/zutritt/> (2020).
- 19 Gabriele Schabacher: »Medium Infrastruktur. Trajektorien soziotechnischer Netzwerke in der ANT«, in: *Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung* 4 (2013), S. 129–148, hier S. 133.
- 20 Universität Basel: *Porträt Universität Basel* (2018), S. 5.
- 21 Universität Basel, Rektorat: »Beschluss des Rektorates Nr. 16.03.25 vom: 01.03.16. Kartenmanagement-System für die Universität Basel« (2016).
- 22 Vgl. Universität Basel: »Bezahlen mit der UNICard«, <https://unicard.unibas.ch/de/unicard/bezahlen-mit-der-unicard-168/> (2020).
- 23 Vgl. Universität Basel: »Bezahlen mit der UNICard«, <https://unicard.unibas.ch/de/unicard/bezahlen-mit-der-unicard-168/> (2020), Hervorhebung im Original.
- 24 Vgl. Universität Basel: »Bezahlen mit der UNICard«, <https://unicard.unibas.ch/de/unicard/bezahlen-mit-der-unicard-168/> (2020), Hervorhebung im Original.

- 25 Gary Rolfe: *The University in Dissent: Scholarship in the Corporate University*, London: Routledge (2013), S. 19.
- 26 Vgl. Frank Meier: *Die Universität als Akteur: Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (2009).
- 27 Vgl. Universität Basel: »Bezahlen mit der UNICard«, <https://unicard.unibas.ch/de/unicard/bezahlen-mit-der-unicard-168/> (2020), Hervorhebung im Original.
- 28 Polyright SA: »Datenschutzrichtlinie«, <https://cashless.polyright.com/Content/files/Polyright-Cashless-PrivacyPolicy-de.pdf> (2017).
- 29 Polyright SA: »Hilfe«, <https://cashless.polyright.com/de/help?Length=4> (2020).
- 30 Polyright SA: »Hilfe«, <https://cashless.polyright.com/de/help?Length=4> (2020).
- 31 Vgl. Universität Basel: *Reglement für die Nutzung der UNICard* (2018).
- 32 Universität Basel, Student Services: »UNICard – Erstaussgabe«, Begleitbrief zur UNICard, 2018.
- 33 Universität Basel: »»UNIPrint«-Drucken an der Universität Basel«, <https://unicard.unibas.ch/de/uniprint/> (2020).
- 34 Universität Basel, Rektorat: »Beschluss des Rektorates Nr. 16.03.25 vom: 01.03.16. Kartenmanagement-System für die Universität Basel« (2016).
- 35 Frank Meier: *Die Universität als Akteur: Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (2009), S. 125.
- 36 Vgl. Gary Rolfe: *The University in Dissent. Scholarship in the Corporate University*, London: Routledge (2013).
- 37 Erich Hörl: »Die Ökologisierung des Denkens«, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 14 (2016), S. 33–45, hier S. 36.
- 38 Gary Rolfe: *The University in Dissent: Scholarship in the Corporate University*, London: Routledge (2013), S. 9.
- 39 Universität Basel, Rektorat: »Beschluss des Rektorates Nr. 16.03.25 vom: 01.03.16. Kartenmanagement-System für die Universität Basel« (2016).
- 40 Claudia Hottinger, Andreas Schwald: »Unicard statt Papier-Legi: Wir werden dich vermissen du elender Papierfötzel«, in: *bz Basel* (2. Januar 2019), <https://www.bzbasel.ch/kommentare-bz/unicard-statt-papier-legi-wir-werden-dich-vermissen-du-elen-der-papierfoetzel-133838895>.
- 41 Vgl. Gabriele Schabacher: »Medium Infrastruktur: Trajektorien soziotechnischer Netzwerke in der ANT«, in: *Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung* 4 (2013), S. 129–148.

About Æther

Æther ist Lehrformat und hybride Publikation zugleich. Die einzelnen Ausgaben entstehen in Projektseminaren, in denen die Studierenden anhand eines konkreten Gegenstandes gemeinsam an einer Publikation arbeiten. Die Studierenden lernen, sich komplexe gesellschaftliche Sachverhalte im Bereich von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft eigenständig zu erschliessen, über diese Sachverhalte kritisch und schreibend zu reflektieren und sie einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln.

Die Reihe Æther wurde 2017/18 an der Professur für Wissenschaftsforschung der ETH Zürich im Rahmen eines Lehrprojekts entwickelt. Die Umsetzung erfolgte in Kooperation mit dem Masterprogramm für »Visuelle Kommunikation« der Zürcher Hochschule der Künste, betreut durch Sarah Owens, Jonas Vögeli und Patrik Ferrarelli. Das Projekt wurde durch Mittel der ETH Zürich grosszügig unterstützt, und zwar durch den InnovedumFonds des Rektorats, die CriticalThinkingInitiative, die Professur für Wissenschaftsforschung und den Lehrbeauftragten des Departments Geistes, Sozial und Staatswissenschaften.

Der intercom Verlag wurde 2018 als nichtgewinnorientierter Verein mit Sitz in Zürich gegründet. Er ist eine Plattform für die Gestaltung, Entwicklung und Umsetzung von neuen, unabhängigen Publikations-, Lehr- und Vermittlungsformaten in den Geistes und Kulturwissenschaften – mit einem Schwerpunkt auf der Geschichte und Gegenwart von Wissenschaft und Technik.

Dank

Die Herausgeber danken an erster Stelle den Autor*innen dieses Bandes, die über zwei Semester hinweg mit uns über Universitätsgeschichte diskutiert haben. Wir danken Markus Krajewski und Ralph Ubl für die grosszügige Förderung, die sein Erscheinen möglich gemacht hat, und Jacqueline Dubach, Barbara Hufft, Daniela Steinebrunner und Susanne Zacherl. Susanna Burghartz hat lange mit uns über Zugänge zur Universitätsgeschichte gesprochen und ihre Expertise zu derjenigen Basels mit uns geteilt. Hermann Wichers hat uns mit grosser Hilfsbereitschaft und Fachkenntnis den Weg in und durch die Akten des Universitätsarchivs im Staatsarchiv Basel-Stadt gewiesen. Wir danken Maja Egli von der Bibliothek des Kunstmuseums Basel und des Kunsthistorischen Seminars, den Mitarbeiter*innen der Universitätsbibliothek Basel und des Staatsarchivs Basel-Stadt sowie Sophie Bürgi, Brigitta Gerber, Sabine Gisiger, Susanne Grulich Zier, Martin Stingelin, Sabine Strebel, Gaby Sutter, Regina Wecker, Sandro Zanetti und unserer Lektorin Birgit Lulay. Nicht zuletzt gilt unser Dank der Redaktion von Æther: Ines Barner, Zohra Briki, Nils Güttler, Niki Rhyner und Max Stadler.

Impressum

Æther 05

Was ist Universität? Zwölf Antworten aus Basel

Herausgeber

Felix Lüttge, Felix Vogel

Redaktionelle Betreuung

Zohra Briki

Abbildung Umschlagrückseite

Gartenhofseite des Kollegiengebäudes der Universität (nach 1938),
Staatsarchiv Basel-Stadt, AL 45, 9-20-1.

Druck und Bindung

Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Deutschland

Æther

Konzept, Redaktion

Nils Güttler, Niki Rhyner, Max Stadler

Gestaltung

Loraine Olalia, Reinhard Schmidt, Nadine Wüthrich

Entwicklung

Süpèr (Daniel Stutz)

Æther erscheint bei

intercom Verlag, Kalkbreitestrasse 3, 8003 Zürich

Kontakt

info@intercomverlag.ch

www.intercomverlag.ch

1. Auflage

Printed in Germany

ISBN 978-3-9524954-6-9

© 2021 intercom Verlag



ISBN 978-3-9524954-6-9

aether.ethz.ch

intercomverlag